

Ungenutzte Potenziale: zur Lage der Integration in Deutschland

Woellert, Franziska; Kröhnert, Steffen; Sippel, Lilli; Klingholz, Reiner

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Woellert, F., Kröhnert, S., Sippel, L., & Klingholz, R. (2009). *Ungenutzte Potenziale: zur Lage der Integration in Deutschland*. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-321571>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ungenutzte Potenziale

Zur Lage der Integration in Deutschland



n +++ türkische Migranten haben den höchsten Nachholbedarf +++ Bildung ist der Schlüssel zur Integration +++ Aussiedler erfolgreicher als ihr Ruf +
land Schlusslicht bei der Integration +++ hoch gebildete Migranten bleiben unter Wert beschäftigt +++ in manchen Stadtteilen stammen bereits zwei D

Mit Ihrer Spende oder Zustiftung unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Think tank, der sich mit Fragen globaler demografischer Veränderungen und der Entwicklungspolitik beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten.

Das Berlin-Institut erstellt Studien, Diskussions- und Hintergrundpapiere, bereitet wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf und betreibt ein Online-Handbuch zum Thema Bevölkerung.

Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Online-Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter **www.berlin-institut.org**.

Das Berlin-Institut finanziert sich über Projektzuwendungen, Spenden und Forschungsaufträge. Das Institut ist als gemeinnützig anerkannt und erhält keinerlei öffentliche Grundförderung. Spenden und Zustiftungen an das Berlin-Institut sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung:
Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

Bei Überweisungen bitte unbedingt Name und Adresse angeben, damit eine Spendenquittung gestellt werden kann.

Kontakt:
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Telefon 030 22324845
Telefax 030 22324846
E-Mail: info@berlin-institut.org

Ungenutzte Potenziale

Zur Lage der Integration in Deutschland

Impressum

Herausgeber:

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstraße 59

10627 Berlin

Telefon (030) 22 32 48 45

Telefax (030) 22 32 48 46

E-Mail: info@berlin-institut.org

www.berlin-institut.org

Erste Auflage

Januar 2009

Autoren:

Franziska Woellert, Steffen Kröhnert, Lilli Sippel, Reiner Klingholz

Lektorat:

Margret Karsch, Andreas Weber, Renate Wilke-Launer

Recherche:

Sarah Ganter

Organisation:

Christian Kutzner

Gestaltung:

Jörg Scholz, Köln (www.traktorimnetz.de)

Druck:

Gebrüder Kopp GmbH & Co. KG, Köln

ISBN: 978-3-9812473-1-2

INHALT

SPÄT, ABER WICHTIG: WARUM WIR JETZT EINE NÜCHTERNE INTEGRATIONSDEBATTE BRAUCHEN.....	4
1. ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE Gemischte Integrationserfolge in Europas Zuwanderungsland Nummer 1	6
2. VORWEG ZWEI DEFINITIONEN	9
3. KURZE GESCHICHTE DER ZUWANDERUNG NACH DEUTSCHLAND Ein Einwanderungsland, das lange keines sein wollte	12
4. WER LEBT DENN HIER? Die wichtigsten Migrantengruppen in Deutschland.....	16
5. DER INDEX ZUR MESSUNG VON INTEGRATION (IMI) Kriterien und ihre Bewertung	28
6. VERSCHIEDENE HERKUNFT – UNTERSCHIEDLICHER ERFOLG Wie die einzelnen Gruppen im Integrationsvergleich abschneiden	34
7. WER INTEGRIERT WIE GUT? Ein Vergleich der deutschen Bundesländer.....	56
8. DER PREIS VERFEHLTER INTEGRATION Was unzureichende Eingliederung der Migranten die Gemeinschaft kostet.....	74
9. FAZIT Aus Erfolgen lernen – bekannte Fehler vermeiden	80
10. DAS PROBLEM IST DIE CHANCE Herausforderungen für eine künftige Integrationspolitik.....	83
METHODISCHE ERLÄUTERUNG ZUR AUSWERTUNG DES DATENSATZES	87
QUELLEN.....	90
GLOSSAR	91

SPÄT, ABER WICHTIG: WARUM WIR JETZT EINE NÜCHTERNE INTEGRATIONSDEBATTE BRAUCHEN

Moscheenstreit, Ausländerkriminalität, illegale Zuwanderung, Ehrenmord, Zwangsheirat, Kopftuchverbot – das sind Schlagworte, die sich in der Debatte um die gelungene oder missglückte Aufnahme von Zugewanderten oft in den Vordergrund drängen. Auch wenn diese Reizbegriffe nicht das objektive Bild der Integration in Deutschland zeichnen: Sie sind doch untrügliches Indiz dafür, dass einiges schief gelaufen ist bei der Eingliederung der mittlerweile rund 15 Millionen Menschen aus anderen Ländern und deren Nachkommen der zweiten und dritten Generation.

Die Zuwanderung, die wirtschaftlich lange gewollt war, deren Notwendigkeit aber politisch über Jahrzehnte nicht verteidigt wurde, zeigt längst unerwünschte Nebeneffekte. Eine unzureichende Integration verursacht brisante Probleme, deren Folgen die Gesellschaft lange ausgeblendet hat. Im Fokus stehen dabei nicht jene Millionen von Migranten, die einer Arbeit nachgehen, ihre Kinder zur Schule schicken und brave Steuerzahler sind. Diese Menschen sind – ob mit oder ohne deutschen Pass – längst normale Bürger des Landes geworden, also tragender Teil der Gesellschaft wie die meisten Einheimischen auch. Es geht vielmehr um jene, die offenkundig (noch) nicht in der neuen Heimat angekommen sind. Oft sind sie schlecht ausgebildet, ohne Glauben an die Zukunft, auf dem Weg in Parallelgesellschaften und im schlimmsten Fall der Gemeinschaft gegen-

über feindlich gesonnen. Und es geht um jene, die aus (religiöser) Überzeugung an Werten und Vorstellungen festhalten, die nicht mit den Grundlagen der hiesigen Gesellschaft zu vereinbaren sind.

Noch vor wenigen Jahren standen sich in der Integrationsdebatte – wenn sie denn geführt wurde – zwei Fronten gegenüber. Auf der einen Seite diejenigen, welche die Notwendigkeit von Integration schlicht verleugneten und die Tatsache ignorierten, dass Deutschland längst zum Einwanderungsland geworden ist. Auf der anderen Seite diejenigen, die zwar die Bedeutung der Zuwanderung nach Deutschland wahrnahmen, aber glaubten, durch falsch verstandene Multikulti-Toleranz sämtliche Hürden des Zusammenlebens von Zugewanderten und Einheimischen zu überwinden. Wirkliche Integration wurde von keiner Seite gefordert oder gefördert.

Die Vision einer multikulturellen Gesellschaft, in der jede Herkunftsgruppe unbeeinflusst ihre Eigenart ausleben sollte, ließ echte Integration nie zu, sondern stärkte das Leben in jenen Parallelgesellschaften, in denen sich die Unterschichten der Großstädte konzentrieren. Aber auch die jahrelange Verweigerung, Bleibewilligen die Staatsbürgerschaft anzubieten, unterband ein konstruktives Miteinander. Das „Rückkehrförderungsgesetz“ der 1980er Jahre etwa, das finanzielle Anreize zur Heimkehr der Migranten setzen sollte, sprach nur diejenigen an, die ohnehin vorhatten, das Land zu verlassen. Integrationswillige wurden dadurch vor den Kopf

gestoßen. Die Politik versäumte also, gerade jenen mit gezielten Integrationsmaßnahmen zu begegnen, die sich längst mit ihren Familien niedergelassen und in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt aufgebaut hatten.

Fast 20 Prozent der heute in Deutschland lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund. Diese Personen bekommen ein Drittel aller Kinder, die hier geboren werden. Sie bilden also schon heute keine kleine Minderheit, sondern gestalten ganz wesentlich unser aller Zukunft mit. In manchen Städten oder Quartieren stammen bereits jetzt schon zwei Drittel aller unter Fünfjährigen aus Migrantenfamilien. Im Jahre 2050 dürfte mindestens ein Drittel aller Menschen unter 30 einen Migrationshintergrund haben.

Allein aus ökonomischer Sicht bleibt unserem Gemeinwesen kaum eine andere Wahl, als diese Menschen besser zu integrieren. Denn die demografische Entwicklung – immer mehr ältere Rentenempfänger bei einer sinkenden Zahl junger Menschen, die ins Erwerbsleben einsteigen können und die notwendigen Rentenzahlungen erwirtschaften – zwingt dazu, alle potenziell fähigen Köpfe bestmöglich auszubilden und volkswirtschaftlich zu nutzen. Nur so lässt sich auch der Weg bereiten für weitere Zuwanderung, die das Land braucht, weil es wegen der niedrigen Kinderzahlen auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen ist, um seine Produktivität zu sichern.

Auf politischer Ebene hat in den vergangenen Jahren ein vorsichtiger Paradigmenwechsel stattgefunden. Nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün im Jahr 1998 trat ein überfälliges Staatsbürgerschaftsrecht in Kraft, das die Einbürgerung erleichtert und hier geborenen Kindern einen deutschen Pass zusichert, sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jahren legal in Deutschland lebt. Eine unabhängige Kommission kam 2001 zwar zu der Überzeugung, Deutschland brauche Zuwanderung, um die demografisch bedingten Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu kompensieren. Doch konkrete Maßnahmen, diese Zuwanderung über ein neues Gesetz zu organisieren, blieben zunächst aus.

Erst seit 2005 erleichtert ein neues Gesetz hoch Qualifizierten und ausländischen Studierenden eine dauerhafte Niederlassung. Zudem wurde erstmals die Förderung der Integration gesetzlich verankert. Zuwanderer sind seither verpflichtet, an Integrationskursen teilzunehmen, die ihnen Grundkenntnisse über den deutschen Staat, über das hier geltende Recht und vor allem der deutschen Sprache vermitteln. Gleichzeitig jedoch können nach dem neuen Zuwanderungsgesetz Menschen schneller abgeschoben werden, wenn gegen sie ein Verdacht auf Gefährdung der inneren Sicherheit vorliegt.

Die Gesellschaft hat spätestens seit den Integrationsgipfeln und der Islamkonferenz Einigkeit darüber erzielt, dass sich die Situation der in Deutschland lebenden Migranten verbessern muss. In einem „Nationalen Integrationsplan“ haben sich Bund, Länder und Kommunen sowie Vertreter der Bürgergesellschaft und vieler Migrantengruppen auf eine nachhaltige Integrationspolitik verständigt. Auslöser für diese neue Einigkeit waren unter anderem die ernüchternden Pisa-Ergebnisse, die dem deutschen Bildungssystem bescheinigten, wie sehr Bildungserfolg mit der Herkunft und dem familiären Bildungshintergrund zusammenhängt. Kinder aus Migran-

tenfamilien, aber auch aus den so genannten bildungsfernen Schichten, haben kaum eine Möglichkeit, ihr Milieu zu verlassen.

Die Einsicht, dass es notwendig ist, Menschen besser zu integrieren, ist also inzwischen vorhanden. Handeln ja – aber wie? Die Wissenslücken sind nach wie vor gewaltig. Bis vor kurzem vermochte niemand zu sagen, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund überhaupt in Deutschland leben. Die offizielle Statistik unterscheidet bis heute nur nach der Staatsbürgerschaft und berücksichtigt nicht, dass sich viele Menschen mit Migrationshintergrund einbürgern lassen oder inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft mit der Geburt erhalten können. Wer wie gut in Deutschland angekommen ist, wo die gut Integrierten leben und wer die Abgehängten sind, ließ sich mit den Daten, die in Deutschland bisher zur Verfügung standen, nicht beantworten. Eine vorurteilsfreie Diskussion war darum bislang kaum möglich. Nicht einmal die Kriterien für ein gelungenes Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ließen sich sicher bestimmen.

Die vorliegende Studie trägt dazu bei, mehr Klarheit in dieses Dunkel zu bringen. Denn nur, wenn wir wissen, wer bei der Integration auf welche spezifischen Schwierigkeiten stößt, lassen sich auch konkrete Schritte unternehmen. Pauschal über die Integrationsprobleme „der Ausländer“ zu sprechen, führt nicht weiter, eine differenzierende Betrachtung der Migranten ist notwendig. Die Frage der vorliegenden Untersuchung lautet daher: Welche Gruppen von Zugewanderten sind wo, in welchem Ausmaß und auf welche Weise integriert, und warum ist das so?

Um darauf eine Antwort zu geben, hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung zum ersten Mal in der deutschen Integrationsforschung auf Grundlage der jüngst verfügbaren Mikrozensusdaten einen statistischen Index entwickelt – den „Index zur Messung der Integration“ (IMI). Mit seiner Hilfe lässt sich bewerten, wie gut bestimmte

Migrantengruppen inzwischen in der einheimischen Gesellschaft angekommen sind. Und es lassen sich Erfolge und Schwachpunkte der bestehenden Zuwanderung herausfiltern.

Denn Migrant ist nicht gleich Migrant. Jeder bringt bei seiner Ankunft in Deutschland andere Voraussetzungen mit und hat folglich andere Startchancen. Ein Sprössling aus einer iranischen Akademikerfamilie verfügt über ein anderes Umfeld als ein Bauernkind aus dem Tschad oder Ostanatolien. Manche Migranten brauchen daher die volle Unterstützung der deutschen Gesellschaft, andere kommen auch gut ohne gesonderte Hilfe klar. Aber alle sollten möglichst schnell vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft werden können.

Der IMI ist dazu konzipiert, bestehende Schwierigkeiten in der bisherigen Zuwanderungssituation offen zu legen und besonders problematische Gruppen zu identifizieren. Gleichwohl ist es nicht das Ziel dieses Reports, jene bloßzustellen, die schlecht integriert sind. Es gilt vielmehr, spezifische Mängel zu beschreiben, damit gerade denen Hilfe zukommen kann, deren Situation als verfahren erscheint. Dabei steht auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft in der Pflicht, allen Migranten die Integration zu erleichtern.

Wie alle Vergleiche und Bewertungssysteme verfolgt diese Analyse das Ziel, von Erfolgen zu lernen und Fehler künftig zu vermeiden. Denn am Gelingen oder Scheitern der Integration zeigt sich, ob sich die Deutschen der Bedeutung einer vielfältigen Gesellschaft in der globalisierten Welt bewusst sind und ob sie deren Vorteil zu nutzen verstehen.

Berlin, im Januar 2009

Dr. Reiner Klingholz
Direktor Berlin-Institut für Bevölkerung
und Entwicklung

1

ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Gemischte Integrationserfolge in Europas Zuwanderungsland Nummer 1

In Deutschland leben rund 15 Millionen Menschen aus anderen Ländern beziehungsweise deren hier geborene Nachkommen. Fast 20 Prozent aller Einwohner haben damit einen so genannten Migrationshintergrund. Sie machen Deutschland zur europäischen Nation mit den meisten Zugewanderten. Weil die Kinderzahlen unter Migranten höher sind als die der einheimischen Deutschen, wächst der Anteil dieser Gruppe, selbst wenn es fortan keine weitere Zuwanderung gäbe. Ein großer Teil der Migranten ist nach öffentlicher und politischer Vorstellung unzureichend integriert – eine Vermutung, die diese Studie bestätigt. **Zugewanderte sind im Durchschnitt schlechter gebildet, häufiger arbeitslos und nehmen weniger am öffentlichen Leben teil als die Einheimischen.**

Bisher gibt es eine Reihe von Untersuchungen, die sich mit den Defiziten, aber auch mit Erfolgsgeschichten der Integration beschäftigen. Meistens wird dabei allerdings die Gruppe der Ausländer betrachtet, also jene über sieben Millionen Personen, die nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen. Mittlerweile besitzt aber eine gleich große Gruppe von Migranten einen deutschen Pass – ohne dass sich dadurch zwingend die Integrationsprobleme aufgelöst haben. Erst mithilfe der neuesten zugänglichen Daten des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung von einem Prozent aller Haushalte in Deutschland, bei der 2005 zum ersten Mal nach der nationalen Herkunft gefragt wurde, lassen sich spezifische Aussagen zu den sozioökonomischen Eigenschaften der gesamten Gruppe von Migranten machen.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat diese Daten erstmals für acht einzelne Herkunftsgruppen ausgewertet. Denn es ist bekannt, dass Migranten verschiedener Herkunftsländer und Einwanderungswellen ganz unterschiedliche Startbedingungen in Deutschland hatten: Ob sie als Gastarbeiter oder Asylanten, als Aussiedler oder hoch qualifizierte Wirtschaftsmigranten kamen, bestimmt ganz wesentlich ihren sozialen Status und teilweise den Bildungsstand. Und diese Bedingungen wiederum wirken sich massiv auf die Qualität der Integration aus.

Zusätzlich zu der Auswertung nach Herkunftsgruppen wurden die Integrationserfolge nach Bundesländern und größeren Städten differenziert. Dadurch soll mehr über den Einfluss von regionalen Rahmenbedingungen auf die Integration erfahren werden.

Die mit Abstand größte Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund sind die knapp vier Millionen Aussiedler, die im Wesentlichen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion stammen. Die Türkischstämmigen bilden mit fast drei Millionen Menschen erst die zweitgrößte Gruppe, auch wenn sie in der öffentlichen Wahrnehmung meist als die gewichtigste gilt. Es folgen die Gruppen von Migranten mit Herkunft aus den Weiteren Ländern der EU-25 (ohne die südeuropäischen Gastarbeiternationen), die Südeuropäer (aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien), die Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus dem Fernen Osten, dem Nahen Osten und schließlich die Afrikanischstämmigen, die kleinste der untersuchten Gruppen.

Demografisch am jüngsten sind die Gruppen mit türkischem und afrikanischem Migrationshintergrund, denn sie haben am meisten Kinder. Zudem wandern Personen aus Afrika meist als junge Menschen ein. Beide Gruppen wachsen im Unterschied zu den anderen allein aufgrund ihrer hohen Kinderzahlen, während die Zahl der Einheimischen schon seit Jahrzehnten schrumpft. **Die in Deutschland lebenden Personen mit türkischem Hintergrund sind bereits zur Hälfte hierzulande geboren** – prozentual mehr als in jeder anderen Gruppe. Die Türkischstämmigen sind somit nach diesem Kriterium den Einheimischen am ähnlichsten.

Um die spezifische Integrationslage der acht verschiedenen Herkunftsgruppen zu bewerten und zu vergleichen, hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung auf Grundlage der Mikrozensusdaten einen „Index zur Messung von Integration“ (IMI) entwickelt. Der IMI beschreibt mit Hilfe von 20 Indikatoren, wie die Herkunftsgruppen in den Bereichen Assimilation, Bildung, Erwerbsleben und soziale Absicherung im Vergleich zur deutschen Mehrheitsgesellschaft abschneiden. Darüber hinaus wurde auch berücksichtigt, wie sich die Integrationssituation der in Deutschland Geborenen im Vergleich zu den selbst Zugewanderten verändert. Als gelungene Integration wird dabei die Annäherung der Lebensbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund an die der Einheimischen im Sinne gleicher Chancen und gleicher Teilhabe definiert.

Die Herkunft entscheidet über den Integrationserfolg

Generell gibt es in allen Gruppen ein weites Spektrum an gut und schlecht Integrierten. Sowohl die Mittelwerte als auch die Verteilung variieren jedoch stark – einige Gruppen tendieren zu besseren, andere zu deutlich schlechteren Integrationswerten.

Am besten integriert sind – kaum verwundbar – die Personen aus den Weiteren Ländern der EU-25 (ohne Südeuropa). Sie gehören meist zu der europaweiten Wanderungselite, die leicht Beschäftigung findet und sehr gut gebildet ist, im Durchschnitt sogar besser als die einheimische Bevölkerung.

Ebenfalls gute Integrationswerte, und das widerlegt zum Teil die öffentliche Wahrnehmung, weist die sehr große Gruppe der Aussiedler auf. Über diese war bisher wenig bekannt, weil die Zugewanderten sofort einen Anspruch auf einen deutschen Pass haben und bisher statistisch nicht mehr zu identifizieren waren. Sie werden in dieser Studie erstmals als eigene Gruppe untersucht. Die Aussiedler sind mit einem vergleichsweise hohen Bildungsstand nach Deutschland gekommen. Sie finden sich relativ gut auf dem Arbeitsmarkt zurecht, und viele Faktoren weisen darauf hin, dass sie sich aktiv um die Integration in der Gesellschaft bemühen. So hat sich die Generation der hier Geborenen gegenüber der ihrer Eltern in jeder Hinsicht deutlich verbessert.

Die Gruppe mit südeuropäischem Migrationshintergrund, also häufig ehemalige Gastarbeiter und ihre Nachkommen, weist im Durchschnitt nach wie vor nur eine niedrige Bildungsqualifikation vor. Einzig die – relativ wenigen – Spanischstämmigen fallen in dieser Gruppe durch bessere Bildungswerte auf. Doch trotz dieses Defizits haben die Südeuropäer ihre wirtschaftliche und soziale Nische gefunden – sie sind ausreichend beschäftigt und haben heutzutage kaum noch mit Vorbehalten aus der Bevölkerung zu kämpfen. Auch

weil aus den südeuropäischen Herkunftsländern, insbesondere aus Spanien, immer mehr hoch Qualifizierte und Studenten im Rahmen der europäischen Binnenwanderung nach Deutschland kommen, verbessern sich die Integrationswerte.

Die Herkunftsgruppen aus dem Nahen und dem Fernen Osten sind sehr gemischt. Dies liegt an den unterschiedlichen Rahmenbedingungen ihrer Einwanderung. Manche Personen kamen als Bildungsmigranten oder hoch qualifizierte Erwerbstätige, andere als Asylbewerber. Diese Gruppen vereinen sowohl hoch wie auch gering Qualifizierte, für die jeweils unterschiedliche Integrationsfolge zu verzeichnen sind. Insgesamt schneiden sie jedoch im Bildungsbereich deutlich besser ab als auf dem Arbeitsmarkt.

Große bis sehr große Integrationsmängel bestehen bei den Gruppen mit Migrationshintergrund aus dem ehemaligen Jugoslawien, Afrika und der Türkei. Sie sind nach fast allen Kriterien weit entfernt von einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Migranten der jugoslawischen Herkunftsgruppe sind zum einen ehemalige Gastarbeiter, zum anderen Bürgerkriegsflüchtlinge. Sie bringen also jeweils schwierige Startbedingungen mit. In der heterogenen afrikanischen Gruppe finden sich wie in der nah- und der fernöstlichen sowohl hoch wie auch gering Qualifizierte. Da aber auch die besser Ausgebildeten Schwierigkeiten haben, eine Beschäftigung zu finden – weil Abschlüsse nicht anerkannt werden, weil der Asylantenstatus eine Erwerbsarbeit verhindert oder gesellschaftliche Vorurteile bestehen –, wird diesen Gruppen die Integration zusätzlich erschwert.

Mit Abstand am schlechtesten integriert ist die Gruppe mit türkischem Hintergrund. Zwar sind die meisten schon lange im Land, aber ihre Herkunft, oft aus wenig entwickelten Gebieten im Osten der Türkei, wirkt sich bis heute aus: Als einstige Gastarbeiter kamen sie häufig ohne Schul- oder Berufs-

abschluss, und auch die jüngere Generation lässt wenig Bildungsmotivation erkennen. Die in Deutschland geborenen Türken haben zwar doppelt so häufig das Abitur wie die selbst Zugewanderten, aber selbst der hoffnungsvolle Wert der Jüngeren liegt immer noch zu 50 Prozent unter dem Niveau der Einheimischen. Die hohe Erwerbslosigkeit unter den selbst Zugewanderten bleibt bei den Jüngeren bestehen. Ein Nachteil dieser Gruppe ist ihre Größe: Weil es vor allem in Städten so viele sind, fällt es ihnen leicht, unter sich zu bleiben. Das erschwert gerade zugewanderten Frauen, die häufig nicht erwerbstätig sind, die deutsche Sprache zu erlernen. Damit fehlt auch den Kindern eine wesentliche Voraussetzung für gute Integration. Ebenso kommt die Vermischung mit der Mehrheitsgesellschaft, die in den anderen Gruppen stetig voranschreitet, bei Personen mit türkischem Hintergrund kaum voran: 93 Prozent der in Deutschland geborenen Verheirateten führen eine Ehe mit Personen der gleichen Herkunftsgruppe. Parallelgesellschaften, die einer Angleichung der Lebensverhältnisse im Wege stehen, sind die Folge.

Positiv zu werten ist, dass in fast allen Bereichen und Gruppen die Generation der hier Geborenen besser abschneidet als die der Eltern. Die größten Fortschritte machen dabei die Aussiedler und die südeuropäischen Migranten. Deren nachwachsende Generationen dürften sich in einigen Jahrzehnten weitgehend in der hiesigen Kultur und Gesellschaft auflösen. Auch den hierzulande geborenen Personen mit fernöstlichem Hintergrund gelingt es, den relativ guten Bildungsstand ihrer Eltern noch zu steigern. Umso bedenklicher ist die Tatsache, dass sich das insgesamt unzureichende Bildungsniveau der Afrikanischstämmigen von der ersten zur zweiten Generation nicht verändert. Auch die Fortschritte bei Menschen mit türkischem Migrationshintergrund bleiben auf niedrigem Niveau. Selbst bei weiteren Verbesserungen würde es noch Generationen dauern, bis es zu einer Angleichung der Bildungswerte mit Einheimischen kommen kann.

Generell integrieren sich Eingebürgerte besser als Ausländer. Gerade bei Türkischstämmigen verbessern sich die Integrationswerte, wenn sie den deutschen Pass bekommen. Dabei bleibt die Frage nach Ursache und Wirkung ungeklärt: Es ist auch denkbar, dass die besser Integrierten mehr Anstrengungen unternehmen, sich einbürgern zu lassen.

Regionale Unterschiede

Um den Einfluss der regionalen Lebensumstände auf die Integration besser nachvollziehen zu können, wurden zusätzlich die Integrationsergebnisse der verschiedenen Bundesländer und der 20 größten Städte miteinander verglichen. **Relativ gute Integrationswerte weisen Hessen und Hamburg auf, besonders schlechte erreicht das Saarland.** Unter den Städten fallen München, Frankfurt, Bonn und Düsseldorf positiv auf, während die Bedingungen für Migranten in Ruhrgebietsstädten wie Duisburg oder Dortmund sowie in Nürnberg am schlechtesten sind.

Die Integration verläuft dort besser, wo der Arbeitsmarkt möglichst viele Personen aufnehmen kann. Städte und Regionen mit einer modernen Dienstleistungsökonomie, mit Banken, Verwaltungszentren, Forschungseinrichtungen und Medien, ziehen zum einen qualifizierte Migranten an und schaffen zum anderen auch Jobs für gering Gebildete. Umgekehrt stößt die Integration auf Probleme, wo viele gering qualifizierte Personen mit Migrationshintergrund leben. Letzteres ist meist in Regionen der Fall, die vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen sind, der vor allem die Beschäftigten aus der Gastarbeitergeneration den Job gekostet hat. Weil die besser Qualifizierten unter ihnen häufig in wirtschaftsstärkere Gebiete oder zurück in die alte Heimat gezogen sind, und die gering Qualifizierten weniger mobil sind, häufen sich in den ökonomisch schwächeren Regionen auch die Problemfälle der schlecht Integrierten.

Gemischte Zuwandererbevolkerungen hingegen scheinen die Integration zu erleichtern. Städte wie Frankfurt, Dresden, Leipzig oder München, in denen die größeren Gruppen von Migranten gleichmäßig stark vertreten sind, weisen die besten Integrationsergebnisse auf. Insgesamt wird klar, dass die Integration nirgendwo in Deutschland wirklich zufrieden stellend verläuft. **Selbst in den Bundesländern mit den besten Ergebnissen sind Migranten mehr als doppelt so häufig erwerbslos wie Einheimische, und sie hängen mehr als doppelt so oft wie diese von öffentlichen Leistungen ab.** Das Ziel einer Annäherung zwischen Migranten und Einheimischen ist somit nirgendwo auch nur annähernd erreicht.

Was tun?

Ohne ausreichende Bildung ist Integration nahezu unmöglich. Bildung bedeutet aber nicht automatisch eine gelungene Integration, denn nach wie vor baut die Gesellschaft Hürden für Migranten auf: Selbstständigen wird die Niederlassung erschwert, Abschlüsse werden nicht anerkannt, es fehlt an Möglichkeiten zur Nachqualifizierung. Generell weisen Migranten bei gleicher Qualifikation höhere Erwerbslosenquoten als Einheimische auf. Und sie haben Probleme, Jobs zu bekommen, die ihrer Befähigung entsprechen. Ein ausländischer Pass erschwert die Arbeitsvermittlung weiter. Bei all diesen Punkten ist die Mehrheitsgesellschaft gefordert, offener auf die Migranten zuzugehen, um deren Potenziale für die Gesellschaft besser zu nutzen.

Weil die betrachteten Zuwanderergruppen unterschiedliche Startbedingungen hatten und verschieden gut gebildet sind, sollten differenzierte Programme aufgelegt werden, die den jeweiligen Bedürfnissen entgegenkommen. Wer ohne Schul- oder Bildungsabschluss ist, muss zuerst dort aufholen. Wer Zeugnisse vorweisen kann, benötigt einen einfacheren Zugang zum Arbeitsmarkt. Vor allem bei den Türkischstämmigen ist es not-

wendig, den Nutzen einer Qualifikation klarer als bisher zu machen, um den Bildungshunger unter den Jüngeren zu wecken. Ebenso wichtig ist es, in Gruppen, deren Wertesystem die freie Entwicklung von Frauen und Männern einschränkt, die Diskussion über Geschlechterrollen anzuregen.

Um allen Migrantenkindern so früh wie möglich eine Chancengleichheit trotz vielfach unterprivilegierter Elternhäuser zu verschaffen, sind ein verpflichtendes Vorschuljahr und kostenlose Kindergärten mit pädagogisch geschultem Personal zur Sprachförderung unerlässlich. Die frühe gemeinsame Bildung von einheimischen und Migrantenkindern fördert obendrein die Vermischung – eine Voraussetzung, um Parallelgesellschaften zu verhindern.

Schulen sollten zu ganztägig offenen Integrationszentren ausgebaut werden, in denen neben dem Unterricht Projektarbeit stattfindet, Weiterbildung und Beratung für die Eltern angeboten wird und Integrationsbeauftragte gesellschaftliche Defizite aufdecken. Um eine Identifikation mit Deutschland zu erleichtern, empfiehlt sich eine Einbürgerung von hier Geborenen nach dem *ius soli*, wie es in Frankreich oder den Vereinigten Staaten üblich ist. Sinn dieser Politik ist es, den Menschen ein Zeichen zu setzen, dass sie von Anfang an willkommen sind und gebraucht werden.

All diese Maßnahmen sind notwendig, um die Lage von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Aber auch um von ihnen verlangen können, dass sie sich auf diese Angebote einlassen und ihrer Bringschuld zur Integration nachkommen. Deutschland braucht aufgrund seiner demografischen Entwicklung auch in Zukunft Migranten – und zwar in wachsender Zahl und mit möglichst guten Qualifikationen. Unser Land wird diese Personen nur bekommen, wenn sich die Lage der schon hier lebenden Migranten deutlich verbessert – wenn in Deutschland Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die Zukunft des Landes mitbestimmen können und sollen.

Erstens: Was heißt „Migrationshintergrund“?

Die lange Zeit übliche Aufteilung der in Deutschland wohnenden Bevölkerung in „Deutsche“ und „Ausländer“ reicht immer weniger aus, um die Lebenswirklichkeit zu beschreiben. Viele Kinder von Einwanderern sind in Deutschland geboren und besitzen von Geburt an einen deutschen Pass. Andere haben nach längerem Aufenthalt hierzulande die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Sie unterscheiden sich auf dem Papier nicht von „klassischen“ Deutschen, werden aber aufgrund ihres Aussehens häufig nach wie vor als Ausländer taxiert. Ein deutscher Pass beseitigt also nicht automatisch alle Integrationsprobleme.

Um die Ausländer, die eingebürgerten Migranten sowie die zweite und dritte Generation gemeinsam zu betrachten*, ist heute weniger von „Ausländern“ als vielmehr von der gesamten Gruppe der „Menschen mit Migrationshintergrund“ die Rede. Für wie viele Generationen man noch von einem Migrationshintergrund spricht, ist letztlich eine Definitionsfrage. Sinn und Zweck von Integration ist es allerdings, dass die fami-

liäre Zuwanderungsgeschichte irgendwann keine Rolle mehr für ein erfolgreiches Leben in der Gesellschaft spielt. Solange es jedoch deutliche soziale und ökonomische Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt, ist es sinnvoll, diese Gruppen getrennt zu untersuchen.** Nur so lassen sich Defizite erkennen, Programme zu deren Behebung erarbeiten und gegebenenfalls Benachteiligungen abstellen.

In dieser Studie werden die Menschen mit Migrationshintergrund auch als Migranten oder Zugewanderte, Menschen ohne Migrationshintergrund als Einheimische bezeichnet.

Zweitens: Was heißt überhaupt „erfolgreiche Integration“?

Integration lässt sich allgemein als ein gegenseitiger Prozess der Angleichung zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und der schon ansässige Bevölkerung beschreiben. Dieser Prozess muss mit einer Öffnung der Aufnahmegesellschaft sowie dem Integrationswillen der Migranten einhergehen. Annäherungen sind dabei vor allem beim rechtlichen und sozialen Status, dem Bildungsstand, der Erwerbsbeteiligung, dem Einkommen und dem gesellschaftlichen Engagement anzustreben.

Was die Aufnahmegesellschaft bieten muss

- rechtliche Gleichstellung
- gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt
- Förderung von Bildung und Ausbildung
- Anerkennung von Bildungsabschlüssen
- Toleranz gegenüber Ungewohntem
- Respekt gegenüber Pluralität innerhalb einer demokratischen Gesellschaft

* Der Generationenbegriff drückt in diesem Zusammenhang das Verhältnis der Zugewanderten zu ihren in Deutschland geborenen Kindern aus und nicht das zwischen jüngeren und älteren Menschen, da auch Kinder und Jugendliche selbst zugewandert sein können.

** Die genaue Unterscheidung von Personen mit Migrationshintergrund im Mikrozensus ist dem Anhang zu entnehmen.

Welche Merkmale als wesentlich betrachtet werden, ist eine Frage des politischen, wissenschaftlichen oder gesellschaftlichen Integrationskonzeptes. Es gibt somit keine einheitliche Definition von erfolgreicher Integration. Einige Wissenschaftler setzen Integration mit Assimilation gleich, in dieser Studie verstanden als vollständiges Aufgehen einer Gruppe in der Aufnahmegesellschaft. Andere Wissenschaftler haben eher die Vorteile der Vielfalt vor Augen und sprechen schon von Integration, wenn Zugewanderte nicht negativ auffallen. Aber Integration ist kein gradliniger Prozess. Typisch ist, dass sich Migranten in einige Bereiche der Gesellschaft schneller einfinden als in andere. Vertreter dieser Perspektive sprechen von Inklusion in verschiedene Teilbereiche, zum Beispiel in das Bildungswesen, auf den Arbeitsmarkt oder in das politische System. Integration kann also durchaus in einem Bereich gelingen, während sie in einem anderen missglückt.¹

Diesem Ansatz folgt auch der in der vorliegenden Studie verwendete Index zur Messung der Integration (IMI). Indem er die Aspekte rechtlich-kulturelle Assimilation, Bildung, Erwerbsleben und soziale Absicherung einzeln untersucht, ermöglicht er es, die Integrationserfolge in den unterschiedlichen Bereichen gesondert zu betrachten. Von erfolgreicher oder gelungener Integration wird hier jedoch erst dann gesprochen, wenn Migranten sich in allen Bereichen dem Durchschnitt der Einheimischen annähern.

Die Politik ist sich mittlerweile weitgehend einig, dass die Verantwortung für eine gelungene Integration sowohl bei den Zugewanderten als auch bei der Aufnahmegesellschaft liegt. Die Bundesregierung hat sich daher auf ein sehr umfassendes, aber auch sehr allgemeines Konzept von Integration geeinigt:

„Integration ist ein langfristiger Prozess. Sein Ziel ist es, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Zuwanderern soll eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden. Sie stehen dafür in der Pflicht, Deutsch zu lernen sowie die Verfassung und die Gesetze zu kennen, zu respektieren und zu befolgen.“

Offizielle Definition der Bundesregierung²

Wo Migranten gefordert sind

- Lernbereitschaft
- Sprache beherrschen
- Wille zur ökonomischen Eigenständigkeit
- Rechtsordnung akzeptieren
- Flexibilität
- kulturelle und soziale Normen respektieren

Integration bedeutet nach dieser Lesart Gleichberechtigung und Chancengleichheit für alle in Deutschland lebenden Menschen – ganz unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Niemand soll demnach aufgrund seiner Herkunft, Staatsangehörigkeit oder Religion vom sozialen Leben ausgeschlossen oder wirtschaftlich benachteiligt werden.

Die aufnehmende Gesellschaft soll einem Migranten damit nicht nur die freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Leben seiner kulturellen und religiösen Traditionen ohne Diskriminierung ermöglichen, sofern diese im Einklang mit dem geltenden Recht stehen. Sie hat auch die Verantwortung, dem Zugewanderten aktive Hilfe anzubieten, um den Zugang zur deutschen Gesellschaft, zu

Bildung und zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Im Gegenzug stehen die Migranten in der Verantwortung, sich der deutschen Gesellschaft gegenüber offen zu zeigen und Förderungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Sie sollen sich mit deren kulturellen Gepflogenheiten vertraut machen und möglichst aktiv am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilnehmen. Sprachkenntnisse sowie Achtung des geltenden Rechts sind dabei unentbehrlich. Mit anderen Worten: Jede und jeder erhält seine Chancen – aber diese zu nutzen, liegt in der Verantwortung und in der Pflicht der und des Einzelnen.

Allerdings lassen sich nicht für alle Bereiche eines Integrationskonzeptes messbare Kriterien formulieren, nach denen eine Bewertung möglich wäre. Manche Dimensionen, etwa die Akzeptanz kultureller Normen, sind kaum objektiv erfassbar. Für andere, die statistisch sehr wohl greifbar und aussagekräftig wären, existieren in Deutschland keine Daten – das gilt etwa für die Religionszugehörigkeit. Auf Anregung der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration arbeitet derzeit ein Expertengremium daran, einen umfassenden Indikatorenkatalog für die Integrationsmessung umzusetzen.³ Es ist aber noch weitgehend unklar, woher die dafür benötigten Daten kommen sollen. Für einzelne Bereiche existieren zwar statistische Erhebungen, nur wenige unterscheiden jedoch nach dem Migrationshintergrund, da in Statistiken im Allgemeinen nur nach der Staatszugehörigkeit differenziert wird. Ferner sind die verschiedenen Statistiken nur schwer miteinander zu verknüpfen. Kriterien zur Messung von notwendigen Leistungen der Aufnahmegesellschaft, etwa ihrer Toleranz gegenüber Ungewohntem, sind kaum verfügbar.

Der Mikrozensus und seine Auswertung

Der Mikrozensus ist eine von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder jährlich durchgeführte Bevölkerungsbefragung. Dabei wird nach einem Stichprobenverfahren ein Prozent aller Haushalte in Deutschland ausgewählt. Der Mikrozensus erfasst dadurch rund 800.000 Menschen. Die Stichprobe ist groß genug, um auch regionale Unterschiede repräsentativ beschreiben zu können. Themenschwerpunkte des Mikrozensus sind Fragen zu den Bereichen Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt sowie der Familien- und Haushaltszusammensetzung. Die Teilnahme am Mikrozensus ist gesetzlich verpflichtend, so dass die erhobenen Daten als die aussagekräftigsten in Deutschland gelten. Außerdem werden im vierjährigen Wechsel bestimmte thematische Zusatzbefragungen zum immer wiederkehrenden Basis-Fragen-Programm des Mikrozensus durchgeführt.

Der Datensatz der Mikrozensus wird in Form eines „Scientific Use File“ (SUF) wissenschaftlichen Einrichtungen vollständig zugänglich gemacht. Dabei handelt es sich um einen anonymisierten Datensatz mit 70 Prozent aller Fälle des Originaldatensatzes, des so genannten Grundfile (GF). Analysen mit dem Grundfile des Mikrozensus sind aus Datenschutzgründen nur auf Antrag und an einem Gastwissenschaftlerarbeitsplatz in den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter möglich. Für die vorliegende Studie wurden sowohl Auswertungen mit dem Scientific Use File als auch mit dem Grundfile des Mikrozensus 2005 durchgeführt.

Die wahren Dimensionen von Migration und Integration

Die am höchsten auflösende Statistik, die in diesem Bereich existiert, ist der in der vorliegenden Studie verwendete jüngste Mikrozensus 2005.⁴ Dieser gibt erstmals nicht nur über die Staatsbürgerschaft, sondern auch über den Migrationshintergrund Auskunft.* Nie zuvor stand in Deutschland eine so umfangreiche Datenmenge für den Vergleich von Einheimischen, selbst Zugewanderten und deren hier geborenen Kindern zur Verfügung. Darüber hinaus lassen sich verschiedene Herkunftsgruppen der Migranten und deren unterschiedlicher Integrationsstand miteinander vergleichen. Auch bietet der Mikrozensus die Möglichkeit, Integrationserfolge der ein-

zelnen Bundesländer sowie der Großstädte nebeneinander zu betrachten. All diese Möglichkeiten nutzt die vorliegende Studie und verbindet sie zu einer umfassenden Analyse des Stands der Integration in Deutschland. Weil die Werte der dafür verwendeten Indikatoren zudem regelmäßig neu erfasst werden, lässt sich die Bewertung künftig wiederholen. Dadurch können Veränderungen der Integrationserfolge beschrieben werden.

* Die Personen mit Migrationshintergrund sind nach eigener Berechnungsmethode herausgefiltert worden (siehe Anhang).

3

KURZE GESCHICHTE DER ZUWANDERUNG NACH DEUTSCHLAND

Ein Einwanderungsland, das lange keines sein wollte

Zwischen 1954 und 2006 zogen über 36 Millionen Menschen nach Deutschland, von denen 80 Prozent ausländischer Herkunft waren. Im gleichen Zeitraum verließen nur 27 Millionen das Land.⁵ Im Saldo wanderten also neun Millionen Menschen ein. Der Ausländeranteil – jener Anteil an Menschen, die in Deutschland leben, aber nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen – lag 1951 bei einem Prozent.⁶ Bis heute ist er auf über acht Prozent gestiegen. Mittlerweile haben 15 von 82 Millionen Einwohnern einen so genannten Migrationshintergrund – knapp 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Zuwanderer kamen in verschiedenen Wellen und aus unterschiedlichen Weltregionen.

Heute kein Anstieg der Ausländerzahlen mehr

Zwischen 1951 und 2001 hat sich der Ausländeranteil in Deutschland verneunfacht und ist mittlerweile rückläufig, unter anderem weil es einfacher geworden ist, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Er liegt nun bei etwa acht Prozent. Im heutigen Deutschland leben aber weit mehr Menschen mit ausländischen Wurzeln. Knapp 20 Prozent der Einwohner Deutschlands besitzen heute entweder eine ausländische Staatsbürgerschaft oder haben direkte Vorfahren, die eine solche besessen haben.

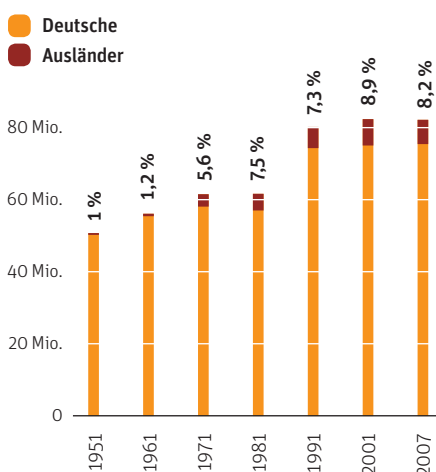
Ausländer und Deutsche in Deutschland
in ausgewählten Jahren
(Datengrundlage: BAMF 2007⁷)

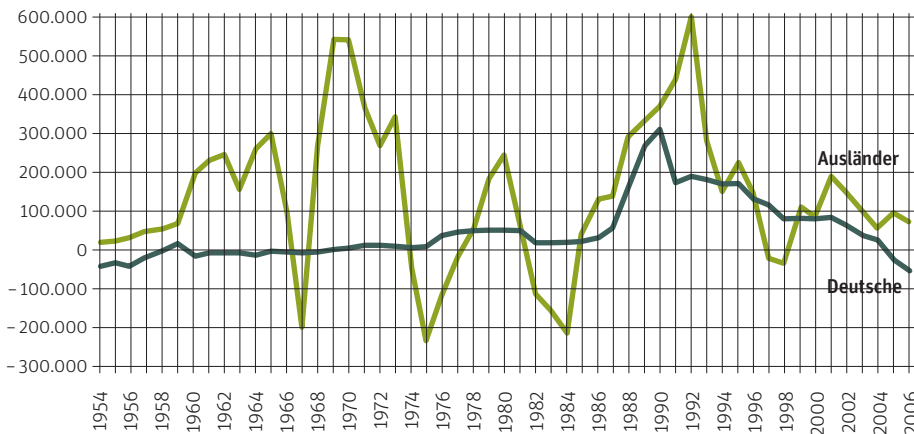
Gastarbeiter: Garanten des Wirtschaftswunders

Als Mitte der 1950er Jahre die ersten geburtschwachen Kriegsjahrgänge ins erwerbsfähige Alter kamen und sich durch bessere Altersversorgung sowie die Verlängerung der Ausbildungszeit die durchschnittliche Lebensarbeitszeit verkürzte, gingen der boomenden deutschen Wirtschaft die Mitarbeiter aus.

Im Dezember 1955 schlossen Deutschland und Italien daher ein so genanntes Anwerbeabkommen, mit dem italienische Arbeitskräfte an deutsche Unternehmen vermittelt wurden. Ähnliche Abkommen folgten in den Jahren 1960 bis 1968 mit Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien.

Schon 1956 zogen rund 82.000 ausländische Personen nach Deutschland. Bis 1965, ein Jahr vor der ersten Nachkriegsrezession, stieg die Zahl der jährlichen Zuzüge auf ein erstes Maximum von über 716.000.⁸ Die Gastarbeiter stammten meist aus ländlichen, strukturschwachen Gebieten und hatten häufig keinerlei Ausbildung. Sie waren zwischen 20 und 40 Jahre alt und in der Regel alleinstehend.⁹ Von Integration konnte damals keine Rede sein. Sie war auch gar nicht vorgesehen, denn die Politik ging davon aus, dass die Gastarbeiter nach ein paar Jahren wieder in ihre Heimat zurückkehren würden.





Wanderungssaldi der Deutschen und Ausländer im Vergleich
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt 2007¹⁰, eigene Berechnung)

Wenn die Wirtschaft boomt oder Grenzen fallen, steigen die Zuwanderungszahlen

Der Wanderungssaldo gibt darüber Auskunft, ob mehr Menschen in ein Land gekommen sind oder dieses verlassen haben. Bei der Gruppe der Ausländer schwankt das Bild über die Jahre. Zu erkennen ist bis 1973 der Zustrom der Gastarbeiter, nur während der Rezession von 1966 hat er sich umgekehrt. Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er trieb eine Welle von Asylbewerbern die Zahl der ausländischen Zuzüge abermals stark in die Höhe. Von der zweiten Hälfte der 1980er Jahre an zogen viele Aussiedler hinzu. An Ausländern kamen ab 1991 überwiegend Menschen aus dem zerfallenden Jugoslawien.

Als sich 1967 die Wirtschaft wieder erholte, stieg die Zahl der offenen Stellen erneut, und weitere Gastarbeiter kamen ins Land. Zwischen 1968 und 1971 wurden so viele neue Arbeiter beschäftigt wie insgesamt in den 13 Jahren zuvor.¹¹ Bis 1973 kletterte die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik auf über 3,9 Millionen: 6,4 Prozent der Bevölkerung hatten damals keinen deutschen Pass.¹² In dieser Zeit lösten türkische Migranten die Italiener als größte ausländische Gruppe ab. Sie kamen meist als arme Bauernsöhne direkt aus Anatolien im Osten der Türkei.

In den 1970er Jahren trübte sich vor allem durch die Ölkrise erneut die Wirtschaftslage. Diesmal antwortete die Politik mit einem „Anwerbestopp“, der es von 1973 an Ausländern erschwerte, eine Arbeitsgenehmigung in Deutschland zu bekommen. Die bis dato 2,6 Millionen Gastarbeiter sollten ausreichen, den Bedarf der Wirtschaft zu decken.¹³ Insgesamt stabilisierte sich die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer in den 1970er Jahren bei etwa vier Millionen.¹⁴

Familiennachzüge: Ehepartner und Kinder folgen den Gastarbeitern

Mit dem Ende der staatlich gesteuerten Arbeitsmigration endete die Zuwanderung nicht, sie wandelte sich lediglich. Aus Angst, als Arbeitsmigranten nicht noch einmal einreisen zu dürfen, kehrten die meisten Gastarbeiter nach dem Anwerbestopp vorerst nicht in ihr Heimatland zurück. Stattdessen holten sie ihre Familien nach – dies war nach dem Ausländergesetz von 1965 weiterhin möglich – und lockerten die Verbindungen zur alten Heimat.

Aus einer Gruppe meist männlicher Vertragsarbeiter entstand eine normale Migrantenpopulation mit Frauen und Kindern. Vor allem türkische Frauen kamen ohne Qualifikation und Sprachkenntnisse oder gar als Analphabetinnen und lebten in ihren Familien oft komplett von der deutschen Gesellschaft isoliert. Dadurch verringerte sich die Beschäftigungsquote der ausländischen Bevölkerungsgruppe. Der wirtschaftliche Strukturwandel zog Entlassungen nach sich, von denen vor allem die gering qualifizierten ausländischen Arbeiter betroffen waren.

Die fehlende Integration ließ soziale Brennpunkte und Parallelgesellschaften entstehen, in denen die Kinder der Migranten aufwuchsen. Oft kamen sie aus einer anderssprachigen Welt in die öffentlichen Schulen, die nicht auf eine entsprechende Förderung vorbereitet waren. Nach der Schule standen sie häufig vor denselben Problemen wie ihre Eltern: Ohne Schulabschluss oder mit nur geringer Bildung war der Weg in schlecht bezahlte Jobs oder die Arbeitslosigkeit programmiert. Identifikationsprobleme und Orientierungslosigkeit zwischen der Kultur des Herkunftslandes, das sie kaum kannten, und dem deutschen Alltag machten es vielen Jugendlichen schwer, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. So stieg in den 1990er Jahren die Jugendkriminalität vor allem unter männlichen Migrantenkindern. Insbesondere jene ohne Perspektive und ohne ausreichende Bildung sind anfällig für Gewaltdelikte und werden oft rückfällig.¹⁵ Anderen gelingt hingegen der Sprung in den deutschen Arbeitsmarkt oder die Selbstständigkeit.

Asylbewerber und Asylanten: Hoffen auf ein besseres Leben

In einer dritten großen Einwanderungswelle strömten in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mehr und mehr Asylbewerber ins Land. Wurden zwischen 1953 und 1979 im Mittel knapp 8.600 Asylanträge pro Jahr gestellt, kletterte deren Zahl zwischen 1980 und 1990 im jährlichen Mittel auf mehr als 70.000. In den Jahren 1991 bis 1994 beantragten insgesamt über eine Millionen Menschen Asyl in Deutschland.¹⁶

Das Asylrecht politisch Verfolgter ist als Grundrecht im Grundgesetz verankert. Für Unterkunft und Lebensunterhalt der Asylbewerber kommt der Staat auf. Ende der 1980er Jahre waren es vor allem die sogenannten Ostblockflüchtlinge aus Mittel- und Osteuropa, die Asylanträge stellten. Ihr Anteil erreichte 1988, gegen Ende der kommunistischen Ära, einen Höchstwert von 69 Prozent.¹⁷

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Anfang der 1990er Jahre stieg die Zahl der europäischen Asylbewerber deutlich an – hauptsächlich wegen des (Bürger-)Krieges im zerfallenden Vielvölkerstaat Jugoslawien. Doch das liberale Asylrecht lockte zunehmend Migranten an, die vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kamen. Probleme wie Kriminalität, Prostitution, Drogenhandel, organisiertes Verbrechen und auch illegale Zuwanderung nahmen deutlich zu und verschärften die öffentliche Diskussion.

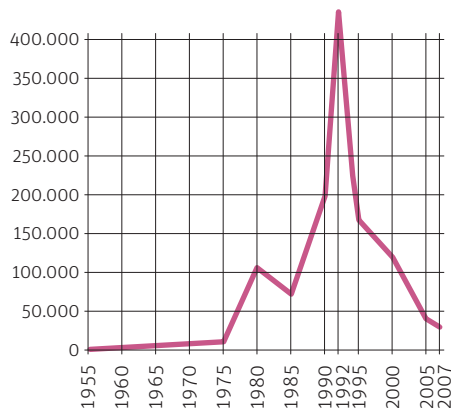
Die Politik reagierte auf die Problematik mit einer Einschränkung des Asylrechtes. Seit Juli 1993 darf nur noch ein Antrag auf Asyl stellen, wer auf direktem Wege nach Deutschland eingereist ist und bei seiner Einreise keinen sicheren Nachbarstaat durchquert hat. De facto gilt dies für alle auf dem Landweg eingereisten Asylbewerber. Entsprechend stark ist die Zahl der Asylbewerber seither zurückgegangen.¹⁸

2007 stellten nur noch 19.164 Menschen einen Erstantrag auf Asyl. Im selben Jahr wurden nur 304 Anträge anerkannt. Heute stammen die meisten Asylbewerber aus dem Nahen Osten (vor allem aus dem Irak), aus dem Fernen Osten und aus Afrika.

Asylbewerberzahlen: Steiler Anstieg und Abfall

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stieg die Zahl der Asylbewerber stark an. Ein erster Höchstwert mit über 100.000 Anträgen wurde im Jahr 1980 erreicht. Zu dieser Zeit ebnete der Strom von Antragstellern aus den Entwicklungsländern ab, dafür kamen mehr Ostblockflüchtlinge. Nach dem Fall der Mauer trieb der Krieg in Jugoslawien zusätzlich Hunderttausende auf die Flucht. Seit dem neuen deutschen Asylgesetz von 1993 spielen Asylanten kaum noch eine Rolle bei der Zuwanderung.

Zahl der Erst- und Folgeanträge auf Asyl in Deutschland



(Datengrundlage: BAMF 2007¹⁹)

Aussiedler: Gewinner am Ende des Kalten Krieges

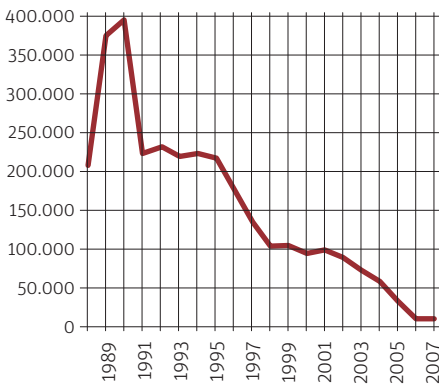
Der Begriff Aussiedler stammt aus dem Bundesvertriebenengesetz von 1953 und bezieht sich auf in Osteuropa lebende deutsche oder deutschstämmige Minderheiten. Seit 1993 verwendet das amtliche Deutsch die Bezeichnung „Spätaussiedler“, die im Rahmen dieser Untersuchung nicht verwendet wird. Aussiedler sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes (Art. 116), unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder nicht. Sie können mit nicht-deutschstämmigen Familienangehörigen nach Deutschland zurückkehren und für diese die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen.

Bis 1987 kamen 1,4 Millionen Aussiedler nach Westdeutschland, die meisten von ihnen aus Polen. 1988 stieg die Zahl der jährlich zugewanderten Aussiedler sprunghaft auf über 200.000 an – rund 123.000 mehr als im Vorjahr. Insgesamt wanderten zwischen 1991 und 2006 rund 1,9 Millionen Menschen als Aussiedler nach Deutschland ein, vornehmlich aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Dabei hat sich der Anteil der nicht-deutschstämmigen Familienangehörigen im gleichen Zeitraum verdoppelt.²⁰ Heute sind die Zahlen der neu ankommenden Aussiedler unbedeutend.

Immer weniger Aussiedler kommen

Die meisten Aussiedler kamen, als sich die politischen Systeme in Europa um 1990 im Umbruch befanden. Bis 1998 halbierte sich ihre Zahl und liegt heute bei jährlich weniger als 6.000 Personen. Zum einen, weil ein großer Teil der Aussiedler bereits ausgewandert ist, zum anderen, weil sich die Einreise nach Deutschland zunehmend schwieriger gestaltet.

Zuzüge von Aussiedlern pro Jahr



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt 2007²¹)

Aussiedler haben einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung, und sie bekommen umfangreiche finanzielle Hilfen, Wohnungen, Sprachkurse, Umschulungskurse, berufliche Eingliederungshilfen und andere Leistungen. Damit sind sie als einzige Migrantengruppe von Anfang an den Einheimischen rechtlich gleichgestellt. Sprachbarrieren und kulturelle Schwierigkeiten erschweren dennoch ihre Integration. Weil die Berufsabschlüsse aus dem Heimatland in Deutschland häufig nicht anerkannt werden, erfüllt sich die Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg vieler Familien nicht.

Die neue EU-Arbeitsmigration: offene Grenzen zwischen den europäischen Nachbarländern

Nach dem Freizügigkeitsgesetz der EU dürfen sich Unionsbürger in den Mitgliedsstaaten frei bewegen. Zunächst galt dieses Recht nur für Arbeitnehmer und ihre Familien. Seit Anfang der 1990er Jahre wurde es auch auf die Gruppe der Nichterwerbstätigen wie Studenten und Rentner ausgedehnt. Dennoch spielt die Zuwanderung aus den EU-Mitgliedsstaaten zahlenmäßig eine eher geringe Rolle, denn die jährliche Zahl der Zuzüge ist ähnlich hoch wie die der Fortzüge – das heißt, viele Unionsbürger lassen sich nur vorübergehend in Deutschland nieder. Für die mittel- und südosteuropäischen Beitrittsstaaten gelten zudem Übergangsregelungen in der Freizügigkeit.

Ausgeglichene Bilanz

Zu Beginn der 1990er Jahre kamen mehr Unionsbürger nach Deutschland als abwanderten. Wenige Jahre später kehrte sich das Verhältnis um. Seit 2005 wandern wieder mehr Menschen ein als aus. Der Hintergrund ist der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt, denn Migranten aus der EU kommen häufig wegen eines Jobangebots nach Deutschland.

Migrationsgeschehen



(Datengrundlage: Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration 2004²⁴)

Migranten in der DDR: „Solidarität“ unter Bruderstaaten

Die DDR litt praktisch während der gesamten Zeit ihres Bestehens an Arbeitskräftemangel, weil die Arbeitsproduktivität gering war und permanent Menschen das Land verließen. Auch der Bau der Mauer im Jahr 1961 konnte die Abwanderung nie völlig stoppen. So warb die Regierung in Ostberlin gezielt junge, ledige Arbeitskräfte an – jedoch in viel geringerem Maße als die Bundesrepublik. Die Gastarbeiter der DDR kamen aus kommunistischen oder mit der Sowjetunion verbundenen Ländern der verschiedenen Kontinente. Zur Zeit der Wende hielten sich 190.000 Ausländer in der 16 Millionen Einwohner zählenden DDR auf – knapp ein Drittel davon kam aus Vietnam und rund zwölf Prozent aus Mosambik.²² Die Gastarbeiter der DDR unterlagen einem strikten Rotationssystem, das die Rückkehr in die Herkunftsländer verbindlich machte. Ohnehin hatten die Arbeitskräfte wenig Anlass, dauerhaft zu bleiben: Ein Familiennachzug war nicht gestattet. Frauen mussten sich im Fall einer Schwangerschaft für eine Abtreibung entscheiden oder das Land verlassen.²³

4

WER LEBT DENN HIER?

Die wichtigsten Migrantengruppen in Deutschland

In den 1960er und 1970er Jahren ließen sich „Deutsche“ und „Ausländer“ scheinbar einfach unterscheiden. Die Migranten hatten keinen deutschen Pass, unterhielten sich in fremden Sprachen und sahen vielfach anders aus als die einheimischen Deutschen. Eine Einbürgerung war zu jener Zeit eine komplizierte Prozedur. Nur selten bildeten sich aus Zugewanderten und Deutschen neue Familien. Da die meisten Zugewanderten zudem aus wenigen Nationen stammten, konnten sie recht treffsicher als Italiener, Griechen oder Türken identifiziert werden. Heute ist das völlig anders. Die Migranten in Deutschland stammen von überall auf der Welt. Allein in Frankfurt am Main leben Menschen aus über 170 Nationen.

Heute sind auch die Unterschiede zwischen Migranten und Einheimischen vielfach verwischt. Millionen Menschen sind schon Jahrzehnte hier, viele biculturelle Familien haben sich gebildet – und Migration ist zu einem globalen Phänomen und Problem geworden. Auch statistisch und rechtlich lösen sich die früher erkennbaren Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern weitgehend auf, denn viele Migranten wurden eingebürgert oder sind als Kinder von Zugewanderten schon mit der deutschen Staatsbürgerschaft in Deutschland geboren. Bis vor kurzem war es nicht möglich, Migration und Integration objektiv zu untersuchen: Es gab schlicht keine Daten über die hier wohnenden Menschen mit Migrationshintergrund.

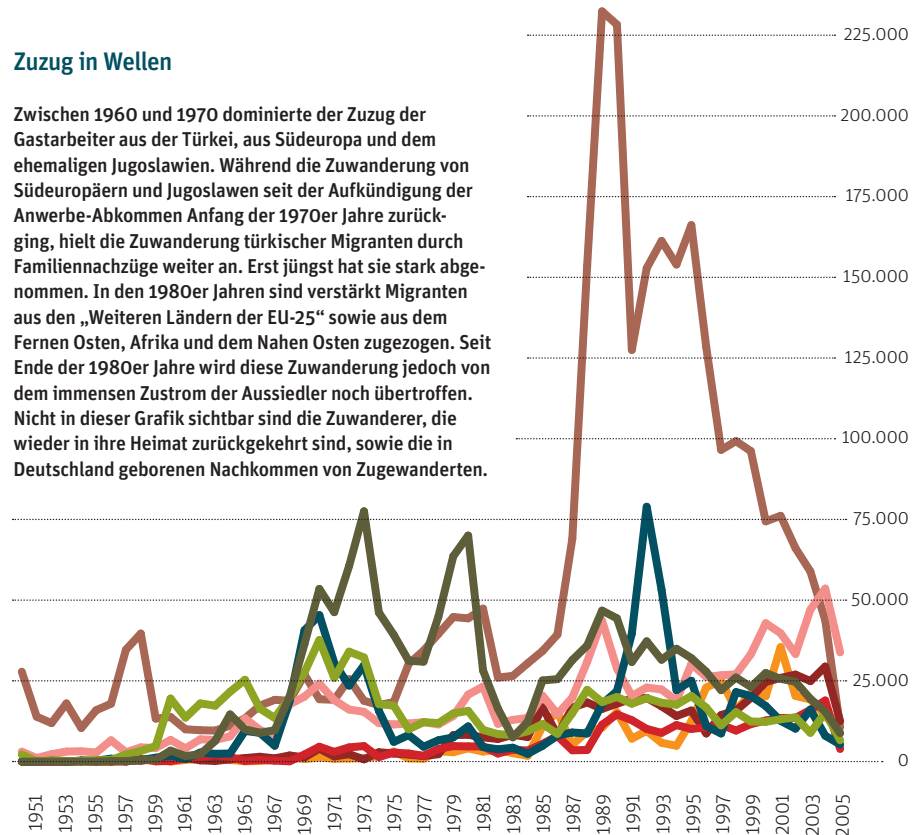
Das ist heute anders. Die Daten des Mikrozensus 2005 ermöglichen zum ersten Mal, statistisch zwischen Einheimischen und Migranten zu unterscheiden und sogar die Migranten nach verschiedenen Herkunftsländern zu sortieren. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat darum die Möglichkeit genutzt, erstmalig die Zusammensetzung und die Eigenschaften der unterschiedlichen Migrantengruppen zu analysieren. Diese Herkunftsgruppen sind

Jahr des Zuzugs der noch heute in Deutschland lebenden Migranten nach ihrer Herkunft (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

- Herkunft
- Aussiedler
 - Türkei
 - Weitere Länder der EU-25
 - Südeuropa
 - ehemaliges Jugoslawien
 - Ferner Osten
 - Naher Osten
 - Afrika

Zuzug in Wellen

Zwischen 1960 und 1970 dominierte der Zuzug der Gastarbeiter aus der Türkei, aus Südeuropa und dem ehemaligen Jugoslawien. Während die Zuwanderung von Südeuropäern und Jugoslawen seit der Aufkündigung der Anwerbe-Abkommen Anfang der 1970er Jahre zurückging, hielt die Zuwanderung türkischer Migranten durch Familiennachzüge weiter an. Erst jüngst hat sie stark abgenommen. In den 1980er Jahren sind verstärkt Migranten aus den „Weiteren Ländern der EU-25“ sowie aus dem Fernen Osten, Afrika und dem Nahen Osten zugezogen. Seit Ende der 1980er Jahre wird diese Zuwanderung jedoch von dem immensen Zustrom der Aussiedler noch übertroffen. Nicht in dieser Grafik sichtbar sind die Zuwanderer, die wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind, sowie die in Deutschland geborenen Nachkommen von Zugewanderten.

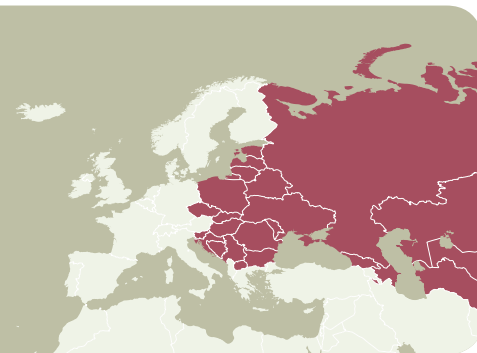


unterschiedlich groß und verschieden zusammengesetzt: So konnten alle Personen türkischer Abstammung als eine eigene Gruppe behandelt werden. Die Herkunftsländer Italien, Spanien, Portugal und Griechenland werden als „Südeuropa“ zusammen betrachtet. Andere Herkunftsgruppen bilden jeweils die Personen mit einem Migrationshintergrund aus den übrigen Ländern der EU-25, zusammengefasst als „Weitere Länder der EU-25“, die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, diejenigen aus Afrika, aus dem Fernen Osten und aus dem Nahen Osten. Die größte Gruppe überhaupt stellen in dieser Aufteilung die Aussiedler, die überwiegend in den 1990er Jahren aus Osteuropa kamen.

So vielfältig diese Gruppen in ihrer Zusammensetzung sind, so verschieden sind auch die Hintergründe ihrer Zuwanderung nach Deutschland, und so unterschiedlich haben sich die typischen Schicksale von Angehörigen der einzelnen Gruppen entwickelt. Dabei zeigen sich einige Herkunftsgruppen in Bezug auf ihre Zusammensetzung und Migrationsgeschichte homogener als andere. Und es lassen sich auch Aspekte finden, die auf mehrere Herkunftsgruppen zutreffen – etwa die Gastarbeiter-Anwerbung als Ursprung der Migrationsgeschichten der meisten Türken, Südeuropäer, vieler Jugoslawen und einiger Afrikaner, oder der muslimisch geprägte kulturelle Hintergrund bei den meisten türkischen sowie vielen afrikanischen und nahöstlichen Migranten.

Herkunft: Aussiedler

Diese Gruppe umfasst alle Personen, die mit deutscher Staatsbürgerschaft eingewandert sind oder als Deutschstämmige ihre Einbürgerung innerhalb von drei Jahren nach der Zuwanderung aus der Russischen Föderation und anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn und dem ehemaligen Jugoslawien erhalten haben. Ebenfalls zu dieser Gruppe gehören die Kinder der Zugewanderten (genaue Definition siehe Anhang).



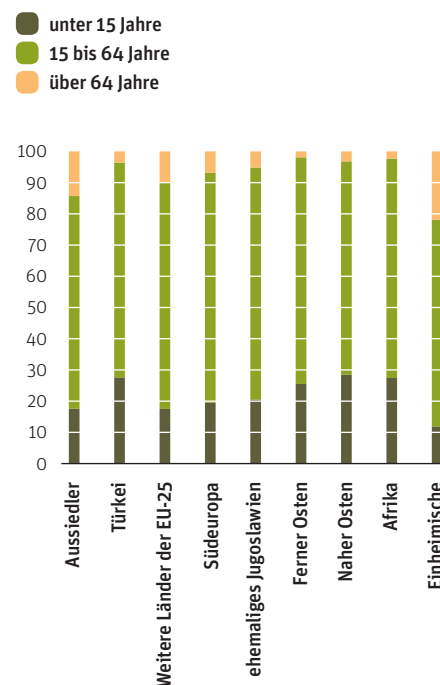
Nach dem Mikrozensus lebten 2005 knapp vier Millionen Personen aus Aussiedlerfamilien in Deutschland, beachtliche 4,7 Prozent aller Einwohner Deutschlands. Aussiedler, die mit Abstand größte Herkunftsgruppe, nehmen in mancher Hinsicht eine besondere Rolle unter den hier vorgestellten Migrantengruppen ein. Sie genießen von Anfang an einige Vorteile gegenüber allen anderen Migranten. Aussiedler besitzen in der Regel schon bei der Einreise die deutsche Staatsbürgerschaft oder erhalten diese gleich danach rasch und unkompliziert. Sie beherrschen oft die deutsche Sprache oder werden mit speziell auf sie zugeschnittenen Sprachkursen effizient gefördert.

Insgesamt weist die Gruppe der Aussiedler mit 78 Prozent den höchsten Anteil der Zugewanderten auf. Knapp 70 Prozent von ihnen kamen erst in den letzten 20 Jahren. Weil die Zuwanderung von Aussiedlern seit Ende der 1990 Jahre wieder deutlich abgenommen hat, leben 83 Prozent der Zugewanderten schon seit mindestens acht Jahren in Deutschland.

Junge Migranten – alte Einheimische

In allen Herkunftsgruppen finden sich anteilig deutlich mehr Menschen unter 15 Jahre als in der einheimischen Vergleichsgruppe. Besonders hohe Anteile von Kindern und Jugendlichen weisen die Herkunftsgruppen aus der Türkei, dem Nahen und dem Fernen Osten sowie aus Afrika auf. Dagegen ist der Anteil der über 64-Jährigen unter den Einheimischen mit Abstand der höchste.

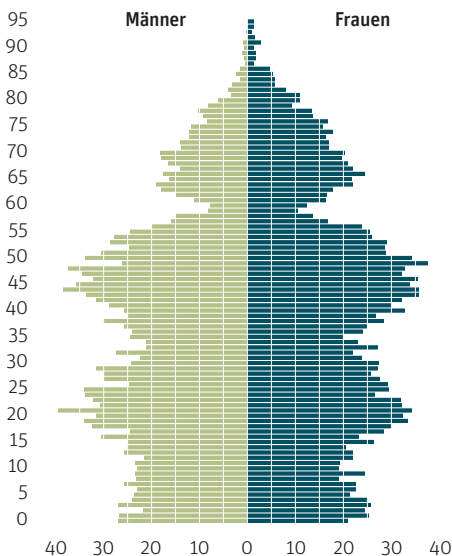
Anteile in den unterschiedlichen Altersklassen je Herkunftsgruppe in Prozent.
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)



Während in den anderen Migrantengruppen vor allem die 15- bis 30-Jährigen überproportional vertreten sind – also diejenigen, die zumeist noch familiär ungebunden sind und flexibel auf die Bedürfnisse des fremden Arbeitsmarkts reagieren können –, finden sich unter den Aussiedlern vergleichsweise viele ältere Menschen. 28 Prozent jener Aussiedler, die seit 1988 zugewandert sind,

Altersverteilung ähnlich wie bei den Einheimischen – aber mehr Kinder

Die Aussiedler stellen mit Abstand die größte Gruppe unter den Migranten. Das Frauen-Männer-Verhältnis ist ausgeglichen. Da die Aussiedler meist mit der gesamten Familie zugewandert sind, unterscheidet sich ihre Altersstruktur kaum von jener der einheimischen Deutschen: Relativ viele Personen sind alt, und es lassen sich die kriegsbedingten Bevölkerungseinbrüche unter den heute 55- bis 65-Jährigen erkennen. Dasselbe gilt für die Babyboom-Jahrgänge der heute 40- bis 50-Jährigen sowie für den auf diese folgenden so genannten Pillenknick. Die Gruppe der Aussiedler schrumpft jedoch deutlich langsamer als die der Einheimischen, da die Zugewanderten mehr Kinder haben.



Anzahl der Personen in der jeweiligen Altersklasse in 1.000
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

waren bei der Einwanderung zwischen 31 und 49 Jahre alt, etwa zehn Prozent sogar 50 Jahre und älter. Über 14 Prozent sind über 64 Jahre, viermal mehr als unter den Migranten türkischer Herkunft, obwohl letztere meist schon länger in Deutschland leben. **Damit sind die Aussiedler die im Schnitt älteste Zuwanderungsgruppe.** Der hohe Altersdurchschnitt beruht zum einen darauf, dass viele Aussiedler im Familienverbund eingewandert sind. Weil durch den vereinfachten Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft und den damit verbundenen leichten Zugang zu staatlichen Sozialleistungen die Hürden einer Zuwanderung für Aussiedler sehr niedrig lagen, trauten sich zum anderen auch mehr ältere Menschen, ihre Verbindung zur Heimat aufzugeben und in das Land ihrer Vorfahren zurückzukehren. Der geringe Anteil von Eheschließungen zwischen Aussiedlern und einheimischen Deutschen (18 Prozent) ist darauf zurückzuführen, dass viele Zugewanderte schon mit Ehepartner nach Deutschland gekommen sind.

Obwohl sich die Aussiedler in vielen Integrationsindikatoren den Einheimischen annähern, ist ihr soziales Zusammenleben stärker von klassischen Strukturen geprägt. So stellen Familien mit Kindern 43 Prozent aller Haushalte. Damit liegen die Aussiedler auch im Vergleich zu den anderen Migrantengruppen im oberen Bereich: Die Gruppe enthält anteilig doppelt so viele Familien wie die einheimischen Deutschen. Der Anteil der Haushalte, in denen mehr als zwei Generationen leben, fällt mit 1,2 Prozent ebenfalls vergleichsweise hoch aus – Einheimische leben nur zu 0,3 Prozent in Mehr-Generationen-Haushalten. Ein weiteres Indiz für **klassische Strukturen des Zusammenlebens** ist der geringe Anteil von nur 3,6 Prozent Unverheirateten unter den Paaren mit Kindern.

Herkunft: Türkei



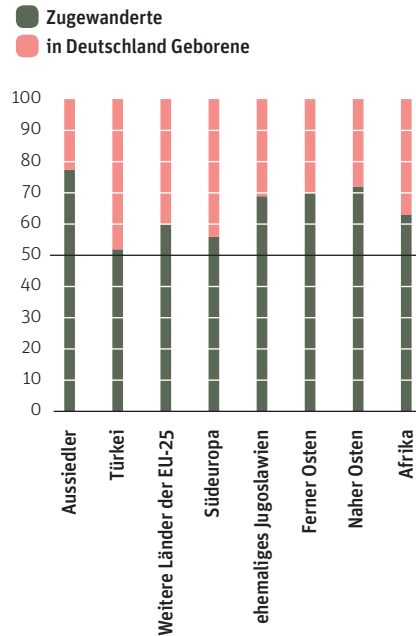
Einst als Gastarbeiter angeworben, prägen die türkischen Einwanderer und deren Nachkommen heute vielerorts das Bild deutscher Großstädte. Nach landläufiger Meinung sind gerade sie die „typischen“ Migranten. Diesem Eindruck zum Trotz machen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund nur rund 3,4 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung Deutschlands aus. Viele von ihnen haben allerdings schon seit mehr als einer Generation ihre Heimat in Deutschland: **Lediglich die Hälfte der 2,8 Millionen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund ist zugewandert, die übrigen sind bereits hier geboren.** Einen kleinen Teil machen außerdem die kurdischen Asylbewerber türkischer Herkunft aus. Die Türkischstämmigen sind nach den Aussiedlern die zweitgrößte Migrantengruppe in Deutschland. In keinem anderen Land der Welt leben so viele Türkischstämmige – außer in der Türkei selbst.

Menschen türkischer Abstammung haben in Deutschland schon lange ihre Heimat. 86 Prozent aller aus der Türkei Zugewanderten leben seit mindestens acht Jahren hier. Nachdem es lange Zeit rechtlich nahezu unmöglich war, als Migrant überhaupt Deutscher zu werden, steigt seit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts Ende der 1990er Jahre die Zahl der Einbürgerungen von Türken an.

Immer mehr Migranten sind nicht selbst zugewandert

In den Herkunftsgruppen mit der längsten Zuwanderungsgeschichte ist der Anteil der selbst Zugewanderten am kleinsten. So ist unter den türkischen und südeuropäischen Migranten, die zum Großteil zunächst als Gastarbeiter kamen, schon knapp die Hälfte in Deutschland geboren. Dagegen sind unter den Aussiedlern, deren Zuwanderung nach dem Ende des Kalten Krieges Anfang der 1990er Jahre ihren Höhepunkt erreicht hat, über drei Viertel selbst nach Deutschland gekommen.

Anteile der Zugewanderten und in Deutschland Geborenen je Herkunftsgruppe in Prozent.
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)



Dennoch besitzen mehr als zwei Drittel von ihnen bis heute ausschließlich die türkische Staatsbürgerschaft – unter den Zugewanderten sind es sogar 81 Prozent und unter den hier Geborenen noch mehr als zwei Drittel.

Menschen mit türkischem Migrationshintergrund bilden zusammen mit denjenigen aus dem Nahen Osten demografisch die jüngste aller Migrantengruppen. **Die Hälfte von ihnen ist jünger als 27 Jahre**, 28 Prozent sind sogar jünger als 15. Bei den Einheimischen beträgt dieser Anteil nur zwölf Prozent. Weil die türkischen Migranten im Vergleich zu den Einheimischen vergleichsweise viele Kinder bekommen, haben heute schon sieben Prozent der unter 15-Jährigen in Deutschland einen türkischen Migrationshintergrund – doppelt so viele wie in der Gesamtbevölkerung.

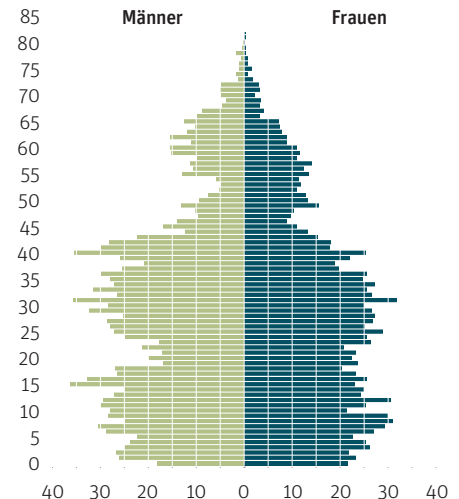
Die Türkischstämmigen leben mit im Schnitt 3,2 Personen in den statistisch größten Haushalten in Deutschland. Allein leben Menschen türkischer Herkunft eher selten: Der Anteil der Einpersonenhaushalte ist mit 16 Prozent sehr niedrig. In den anderen Migrantengruppen gibt es doppelt oder dreimal so viele Single-Haushalte. Dagegen ist der Anteil der Haushalte, in denen mehr als zwei Generationen – mindestens Großeltern, Eltern und Kinder – zusammenleben, bei der Gruppe mit türkischem Migrationshintergrund mit 2,1 Prozent am höchsten. **In keiner anderen Migrantengruppe stellen Familien, also Haushalte mit Kindern, eine so häufige Form des Zusammenlebens dar.**

Unter den Familien mit türkischem Migrationshintergrund haben 31 Prozent ein Kind, weitere 60 Prozent haben zwei bis drei Kinder. Der Anteil der Großfamilien mit vier oder mehr Kindern ist mit neun Prozent relativ hoch und wird nur in der Gruppe der

Personen aus dem Nahen Osten und Afrika übertroffen. Einheimische dagegen bringen es gerade einmal auf einen Großfamilien-Anteil von knapp zwei Prozent. Insgesamt dominiert bei den türkischen Migranten eine traditionelle Art des Zusammenlebens: Nur zwei Prozent der Paare mit Kindern leben unverheiratet zusammen. Und in keiner anderen Herkunftsgruppe ist der Anteil der allein erziehenden Eltern mit elf Prozent so niedrig.

Kinderreiche Türken

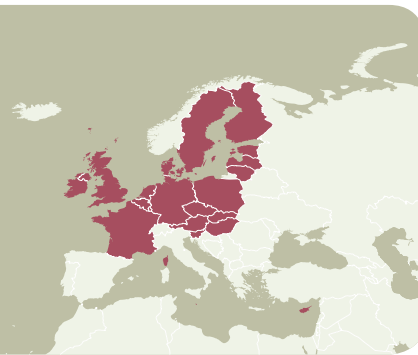
In der Altersverteilung der türkischstämmigen Migranten ist die Zuwanderung der Gastarbeiter noch deutlich sichtbar: Gerade in den älteren Jahrgängen sind überproportional viele Männer vertreten – ganz anders als bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, bei der es im Alter mehr Frauen als Männer gibt. Doch auch unter den Migranten im mittleren Lebensalter sind häufiger Männer vertreten. Auffällig ist die große Zahl von Kindern. Der Anteil von Menschen mit türkischen Wurzeln an der jüngeren Bevölkerung Deutschlands wird deshalb stetig zunehmen.



Anzahl der Personen in der jeweiligen Altersklasse in 1.000
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Herkunft: Weitere Länder der EU-25

Diese Gruppe umfasst Migranten aus Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, den Niederlanden, Österreich, Polen, Schweden, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn, dem Vereinigten Königreich und Zypern. Zuwanderer aus Griechenland, Italien, Spanien und Portugal werden als Gruppe der „Südeuropäer“ gesondert betrachtet.



Personen mit einem Migrationshintergrund aus den Weiteren Ländern der EU-25 stellen aufgrund ihrer verschiedenen Nationalitäten eine recht heterogene Gruppe dar. Sie ähneln sich aber auch in vielen Aspekten. So verschafft ihnen die EU-Mitgliedschaft Vorteile gegenüber anderen Migranten. Sie sind **häufig bereits mit höheren Bildungsabschlüssen eingewandert**, was ihnen die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtert. Äußerlich sind sie kaum als Nichtdeutsche zu erkennen, und ihre Heimatländer genießen hierzulande meist einen guten Ruf. All das macht Migranten aus EU-Ländern die Integration in Deutschland leicht.

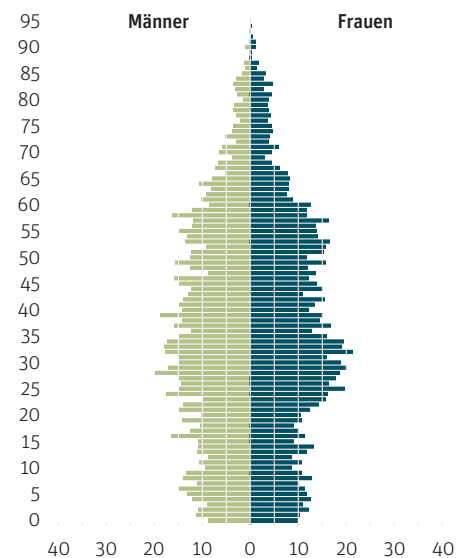
Die Freizügigkeit innerhalb der EU führt dazu, dass Menschen aus den Weiteren Ländern der EU-25 mit 2,3 Prozent der Bevölkerung (1,9 Millionen Menschen) **die drittgrößte Migrantengruppe in Deutschland** stellen. Polen, Österreich, die Niederlande und Frankreich bilden dabei die wichtigsten Herkunftsstaaten. Nur 69 Prozent der heute in Deutschland lebenden Personen aus den Weiteren Ländern der EU-25 sind seit acht Jahren oder länger in Deutschland. Die Hälfte der Personen in dieser Gruppe ist mindestens

35 Jahre, nur knapp 18 Prozent sind unter 15 Jahre, aber immerhin zehn Prozent über 64 Jahre alt. Diese Verteilung spiegelt sich auch im steigenden Alter der neu eintreffenden Migranten: Während in den 1960er und 1970er Jahren ungefähr zwei Drittel der Zuwanderer zwischen 15 und 30 Jahren alt waren, liegt heute nur noch die Hälfte in dieser Altersklasse. Im Gegenzug stieg der Anteil der 31- bis 49-Jährigen von etwa zehn Prozent 1960 auf knapp 30 Prozent im Jahr 2004. Dahinter verbirgt sich eine verstärkte Arbeitsmigration von hoch Qualifizierten, die bereits mit einer gewissen Berufserfahrung – und damit vergleichsweise alt – nach Deutschland kommen. Die Altersverteilung der Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 ähnelt deshalb jener in ihren jeweiligen Herkunftsländern, in denen die Bevölkerung durch den demografischen Wandel ebenfalls altert.

Personen, die aus einem der Weiteren Länder der EU-25 stammen, sind in ihren sozialen Eigenschaften **kaum von den Einheimischen zu unterscheiden**: Sie sind nicht nur besonders häufig eingebürgert, ein Viertel von ihnen ist schon bei der Geburt „Deutscher“ geworden. Über 60 Prozent ihrer Ehen führen sie mit einer Person deutscher Herkunft. So verwundert es nicht, dass sich auch ihre Haushalts- und Familienstrukturen praktisch mit denen der einheimischen Deutschen decken.

Altern wie die Deutschen

Die Altersverteilung der Migranten, die ursprünglich aus den Weiteren Ländern der EU-25 stammen, ähnelt jener der einheimischen Bevölkerung. In den älteren und jüngeren Jahrgängen sind jeweils weniger Menschen vertreten als in den mittleren. Auf Dauer führt dies dazu, dass diese Bevölkerungsgruppe demografisch altert und mittelfristig schrumpft.



Anzahl der Personen in der jeweiligen Altersklasse in 1.000
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Herkunft: Südeuropa



Heute leben etwa 1,5 Millionen Menschen südeuropäischer Abstammung in Deutschland. Das sind 1,8 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die südeuropäischen Migranten zählen zu den älteren Herkunftsgruppen: Sie gehörten zu den ersten Zuwanderern der westdeutschen Wirtschaftswunder-Ära. Als Gastarbeiter kamen zunächst **meist gering gebildete männliche Griechen, Italiener, Portugiesen und Spanier**. Sie blieben allerdings seltener als ihre türkischen Kollegen dauerhaft in Deutschland. Als ihre Heimatländer in den 1970er Jahren selbst den Sprung in die Gruppe der boomenden Industriestaaten schafften und auch einst arme Regionen vom Wirtschaftswachstum profitierten, versiegte der Zustrom von Migranten aus diesen Ländern. Von den heute noch in Deutschland lebenden südeuropäischen Migranten sind 53 Prozent italienischer Herkunft. Die zweitgrößte Gruppe stellen die griechischen Migranten mit 27 Prozent, es folgen die spanischen und portugiesischen mit zehn respektive elf Prozent. Der Anteil der Männer liegt insgesamt bei 55 Prozent. Dass sie die Mehrheit bilden, beruht zum einen auf dem zahlenmäßigen Gewicht der ehemaligen Gastarbeiter, die noch heute knapp die Hälfte dieser Migrantengruppe stellen, nur unter den Portugiesen sind es in etwa ein Drittel. Zum anderen kamen auch in den letzten Jahren immer noch mehr Männer als Frauen nach Deutschland.

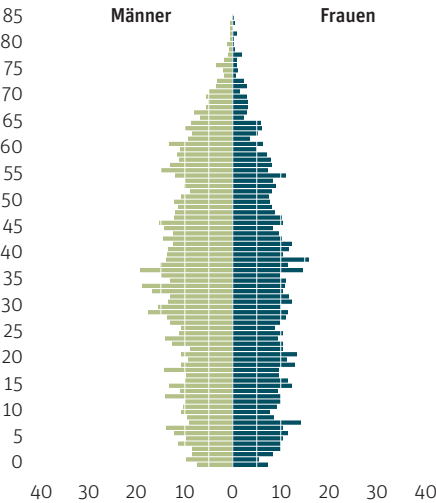
Eine zweite Welle der Zuwanderung aus Südeuropa erreichte die Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern verfügen die in dieser Zeit Angekommenen über eine bessere Ausbildung und sind im Schnitt sechs Jahre älter (24 Jahre statt 18 Jahre). Es handelt sich vornehmlich um Studierende und qualifizierte Arbeitnehmer, welche die neuen Chancen des zusammenwachsenden Europas nutzen und somit starke Ähnlichkeiten zur oben betrachteten Gruppe der Weiteren Länder der EU-25 aufweisen. Da aber anzunehmen ist, dass diese späten Immigranten auf die Netzwerke der schon in Deutschland lebenden Südeuropäer zurückgreifen können, werden beide Zuwanderungswellen in der vorliegenden Auswertung als Einheit betrachtet.

Für die Migranten aus den heute zur EU gehörenden südeuropäischen Ländern ist die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft wenig attraktiv, da sie ohnehin von der Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft profitieren. Dennoch ist die sehr geringe Anzahl deutscher Staatsbürger in dieser Gruppe erstaunlich. Nur rund vier Prozent haben sich bisher einbürgern lassen, 14 Prozent wurden als Deutsche hier geboren, und **82 Prozent behielten bisher ihre ausländische Staatsbürgerschaft** (unter den selbst Zugewanderten sogar 95 Prozent). Damit weisen die südeuropäischen Migranten den höchsten Ausländeranteil aller anderen Herkunftsgruppen auf.

Das in der Volksmeinung bisweilen noch vorherrschende Stereotyp der typischen südländischen Großfamilie lässt sich für diese Migrantengruppe nicht bestätigen. Nur in 2,5 Prozent aller Familien leben vier oder mehr Kinder. Das sind nur wenig mehr als bei den Einheimischen. Diese Zahl deckt sich auch mit der Entwicklung in den Herkunftsländern: So bekommen die Menschen in Italien, Griechenland, Spanien und Portugal im europäischen Vergleich besonders wenige Kinder. Der Familienzusammenhalt scheint dennoch einen hohen Stellenwert für südeuropäische Migranten zu haben: Der Anteil der Mehr-Generations-Haushalte liegt mit 1,7 Prozent aller Haushalte vergleichsweise hoch. Der Anteil allein Erziehender ist dagegen eher niedrig, sie kommen nur in zwölf Prozent aller Familien vor. Ein Trauschein ist für die Familien südeuropäischer Herkunft weniger wichtig als etwa für türkischstämmige Migranten. Sechs Prozent aller Paare mit Kindern leben unverheiratet zusammen. Das ist nach der Gruppe aus den Weiteren Ländern der EU-25 der höchste Wert unter den Migrantengruppen und vergleichbar mit den einheimischen Deutschen.

Vom Gastarbeiter zum Durchschnittseuropäer

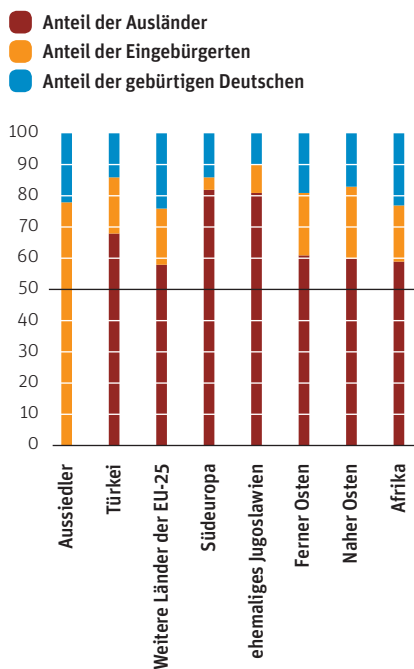
Wie die Bevölkerungspyramide der türkischstämmigen Migranten weist die Pyramide der Südeuropäer einen deutlichen Männerüberschuss in der Altersgruppe zwischen 50 und 60 Jahren auf. Dieser wird zum Großteil durch die ehemals als Gastarbeiter zugewanderten Personen bestimmt. Anders jedoch als die türkischen Migranten sind auch die in Deutschland lebenden Menschen südeuropäischen Ursprungs Teil der hierzulande typischen Entwicklung: Sie bekommen deutlich weniger Kinder, als es für eine ausgeglichene Bevölkerungsbilanz nötig wäre.



Anzahl der Personen in der jeweiligen Altersklasse in 1.000 (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Deutsche Staatsbürgerschaft unter nicht-europäischen Migranten beliebt

In den Herkunftsgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Südeuropa befinden sich anteilig die meisten Ausländer, was vor allem auf den geringen Anteil der Eingebürgerten zurückzuführen ist. Der Anteil der gebürtigen Deutschen ist bei den Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 mit rund 25 Prozent am höchsten. Zurückzuführen ist das auf die vielen biculturellen Ehen zwischen Migranten dieser Herkunftsgruppe und Einheimischen: Die gemeinsamen Kinder sind von Geburt an Deutsche. Einen Sonderfall stellen die Aussiedler dar. Sie haben alle einen deutschen Pass, wobei in dieser Grafik alle selbst zugewanderten Aussiedler als Eingebürgerte gezählt wurden.



Anteile der Ausländer, der Eingebürgerten und der gebürtigen Deutschen je Herkunftsgruppe in Prozent (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Herkunft: ehemaliges Jugoslawien

Zu dieser Gruppe gehören Migranten aus den heutigen Staaten Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Montenegro und Serbien. Personen mit einem Migrationshintergrund aus Mazedonien und Slowenien konnten aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht berücksichtigt werden.



Mit einem Anteil von 1,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung bilden die Personen und ihre Nachkommen aus dem ehemaligen Jugoslawien die fünfte größere Migrantengruppe in Deutschland. Insgesamt leben hierzulande 1,1 Millionen Menschen aus dem zerfallenen Vielvölkerstaat.

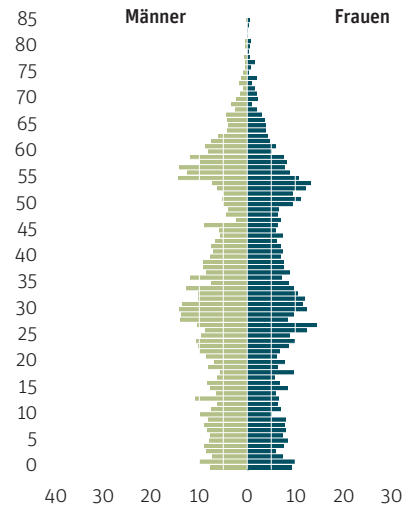
Die Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen in zwei Wellen nach Deutschland. In den 1960er und 1970er Jahren kamen sie im Zuge des Anwerbe-Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem damaligen Jugoslawien ins Land, dann wieder in den 1990er Jahren als Flüchtlinge der kriegerischen Auseinandersetzungen. 30 Prozent aller Zugewanderten kamen zwischen 1991 und 1995, mehr als 80 Prozent leben bereits seit mindestens acht Jahren in Deutschland. Knapp ein Drittel der Personen mit jugoslawischer Abstammung wurde in der Bundesrepublik geboren. Wie bei den südeuropäischen Migranten ist der Anteil jener, die keinen deutschen Pass besitzen, in dieser Gruppe mit 81 Prozent sehr hoch.

Mit einem Medianalter von 32 Jahren bilden die Menschen jugoslawischer Abstammung eine der älteren Migrantengruppen. Weil viele von ihnen während der Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien mit der gesamten Familie geflohen sind, ist der Anteil der Ehen

mit deutschen Partnern relativ niedrig. Wie die Herkunftsgruppe der Aussiedler zeigt die Gruppe der Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien in ihrer Haushalts- und Familienzusammensetzung deutlich traditionelle Tendenzen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt bei 2,6 Personen und damit relativ hoch, der Anteil der Single-Haushalte ist dagegen mit 26 Prozent gering. Auch hier hat Familie einen hohen Stellenwert: Fast die Hälfte aller Haushalte hat Kinder, und **in keiner anderen Migrantengruppe gibt es einen höheren Anteil an Mehr-Generationen-Haushalten.**

Gastarbeiter und Bürgerkriegsflüchtlinge

In der Bevölkerungspyramide der Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien lässt sich die erste Einwanderungswelle der Gastarbeiter deutlich ablesen. Sie schlägt sich in einem Männerüberschuss in den älteren Jahrgängen nieder. Der darauf folgende Nachzug der Frauen ist an dem weiblichen Überschuss der 50- bis 55-Jährigen ebenfalls zu erkennen. Die zweite Einwanderungswelle der Bürgerkriegsflüchtlinge ist in der Bevölkerungsstruktur kaum zu sehen, da sich die Flüchtlinge aus allen Altersklassen zusammensetzen.



Anzahl der Personen in der jeweiligen Altersklasse in 1.000 (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Herkunft: Ferner Osten



Die Gruppe der Menschen mit fernöstlichem Migrationshintergrund ist so vielfältig wie ihr asiatischer Ursprungskontinent. **19 Prozent der insgesamt 730.000 Personen stammen aus Vietnam.** Viele von ihnen kamen noch zu Zeiten, als die ehemalige DDR und das kommunistische Vietnam umfangreiche Kooperationsabkommen unterhielten. Noch heute stellen sie in den neuen Bundesländern die größte Migrantengruppe überhaupt. Während in der Zeit nach der Wiedervereinigung die Zuwanderungszahlen der Vietnamesen sanken, steigen sie seit der Jahrtausendwende wieder leicht an. Weitere elf Prozent der fernöstlichen Herkunftsgruppe stammen ursprünglich aus Afghanistan. Ihre Zuwanderungswellen decken sich zeitlich mit den vielen (Bürger-) Kriegen und Regimewechseln in ihrer Heimat. Da es anhand des Mikrozensus nicht möglich ist, den rechtlichen Status der Zugewanderten zu bestimmen, kann hier nur vermutet werden, dass es sich bei vielen um Asylsuchende handelt. Die restlichen 70 Prozent asiatischer Migranten haben ihre Wurzeln in Ländern wie China, Indien, Japan, Korea, Indonesien oder den Philippinen. Die Zuwanderung aus diesen Staaten hat seit Anfang der 1980er Jahre beständig zugenommen. Von den heute in Deutschland lebenden Migranten der gesamten Herkunftsgruppe wanderten im Jahr 1980 etwa 8.000 ein, 1990 bereits 18.000, und in den letzten Jahren kamen pro Jahr fast 30.000.

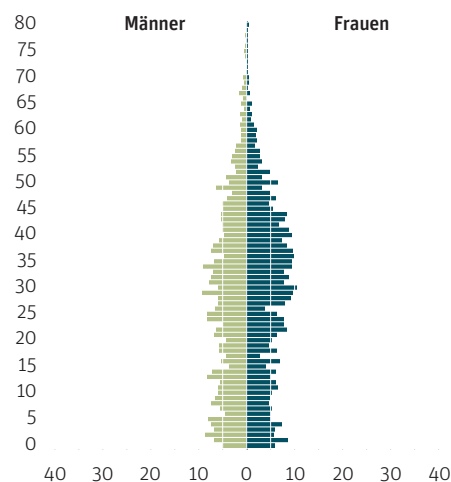
Obwohl ein relativ hoher Anteil der fernöstlichen Einwanderer zum Zeitpunkt der Migration schon zwischen 30 und 49 Jahre alt war, ist diese Herkunftsgruppe im Schnitt sehr jung, unter anderem, weil ein großer Teil von ihnen erst vor wenigen Jahren eingewandert ist. **Insgesamt sind unter den Menschen fernöstlicher Abstammung die Frauen in der Überzahl** – im Gegensatz zu allen anderen Migrantengruppen. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass viele Frauen aus Asien nach Deutschland kommen, um im legalen oder illegalen Dienstleistungsbereich zu arbeiten – es ist aber auch ein Zeichen für Heiratsmigration. Dafür spricht, dass 31 Prozent aller Verheirateten mit fernöstlichem Migrationshintergrund eine Ehe mit einem Partner deutscher Herkunft führen, wobei der Anteil unter den Frauen deutlich höher ist. Die Kinder aus diesen Beziehungen haben grundsätzlich Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft. Daher ist auch die Ausländerquote in dieser Gruppe mit nur 61 Prozent im Vergleich relativ niedrig.

Kinder scheinen für Menschen fernöstlicher Herkunft zum Zusammenleben zu gehören. Der Anteil von Familien unter allen Haushaltsformen ist mit 44 Prozent hoch. Dabei begnügen sich 41 Prozent der Familien mit nur einem Kind, in mehr als der Hälfte aller

Familien leben aber zwei bis drei Kinder. Der Anteil der Großfamilien liegt allerdings nur bei 5,4 Prozent und ist somit im Vergleich zu anderen Migrantengruppen eher gering. Im Gegensatz dazu stehen 41 Prozent Single-Haushalte. Ihre Zahl kann auf die größere Anzahl von Asylbewerbern zurückgeführt werden, die meist ohne ihre Familien nach Deutschland kommen und hier nur schwer sozialen Anschluss finden. Aber auch hoch Qualifizierte, die sich nicht langfristig in Deutschland niederlassen wollen, leben meist ohne Familie. Unklar bleibt, warum der Anteil an allein Erziehenden relativ hoch ist. Er liegt mit 21 Prozent sogar leicht über dem der Einheimischen. Möglicherweise liegt die Trennungs- beziehungsweise Scheidungsquote unter den Heiratsmigranten besonders hoch. Womöglich wandern aber auch viele allein-stehende Elternteile bereits mit Kindern ein.

Viele Frauen, wenige Alte

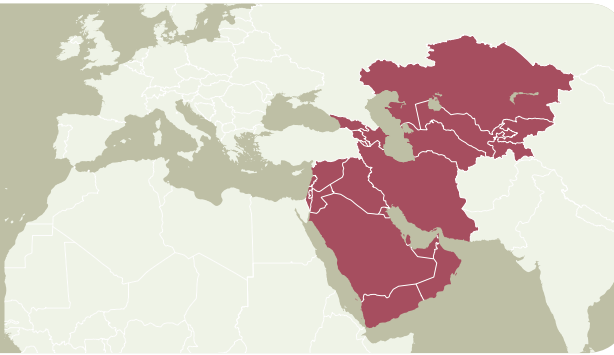
Unter den Migranten fernöstlichen Ursprungs gibt es momentan relativ wenige ältere Menschen. Bei den Personen im heiratsfähigen Alter überwiegt der Frauenanteil deutlich.



Anzahl der Personen in der jeweiligen Altersklasse in 1.000
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Herkunft: Naher Osten

Der Begriff „Naher Osten“ wird in dieser Studie für die gesamte Region des östlichen Mittelmeerraumes bis einschließlich Iran und der Staaten der Arabischen Halbinsel verwendet.



Rund 540.000 Menschen in Deutschland führen ihren Ursprung auf eines der Länder des Nahen Ostens zurück. Das sind 0,6 Prozent der gesamten Bevölkerung. Personen iranischer Herkunft bilden darunter mit 22 Prozent die größte Gruppe. Weitere Herkunftsnationen sind unter anderem der Irak, Syrien, Libanon, aber auch Israel oder Usbekistan. Erst seit Mitte der 1980er Jahre scheinen sich Zuwanderer aus dieser Region längerfristig in Deutschland niederzulassen. Allein 2001 kamen 41.500 Personen, die noch heute hier leben. 2004 waren es allerdings nur noch 14.200.

Aus dieser jungen Zuwanderungsgeschichte resultiert der relativ geringe Anteil von in Deutschland geborenen Kindern in dieser Gruppe, der bei nur 28 Prozent liegt. Wie viele der Migranten aus dem Nahen Osten als Asylsuchende kamen und wie viele als zum Teil hoch qualifizierte Arbeitsmigranten zuwanderten, lässt sich den Daten des Mikrozensus nicht entnehmen. Da aber Menschen aus dem Nahen Osten vor allem in Folge des Irak-Krieges einen großen Anteil der Asylbewerber der letzten Jahre ausmachen, ist davon auszugehen, dass politische Flüchtlinge in der Herkunftsgruppe stark vertreten sind.²⁵

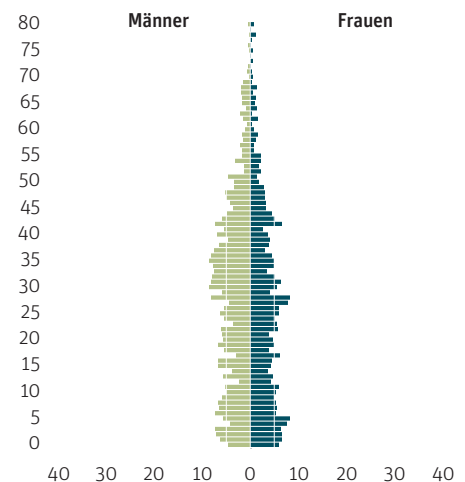
Trotz der erst kurzen Zuwanderungsgeschichte sind **bereits 23 Prozent der Menschen aus dem Nahen Osten eingebürgert**. Ein Grund dafür ist der große Anteil an politischen Flüchtlingen, die oft keine Chance haben, in ihre ursprüngliche Heimat zurückzukehren. Sie brechen daher eher mit ihren Heimatregionen und beginnen entschlossen eine neue Existenz. Auch genießen sie nicht die Vorteile von speziellen binationalen Abkommen wie zum Beispiel türkische Migranten. Die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft ist für die Migranten aus dem Nahen Osten somit ein wichtiger Schritt, um rechtlich in Deutschland anerkannt zu werden. Dabei geht die überwiegende Mehrheit der Einbürgerungen auf die vereinfachte Gesetzeslage seit dem Jahr 2000 zurück.

Die Menschen aus dem Nahen Osten sind zusammen mit den Türkischstämmigen die jüngste aller Herkunftsgruppen. Die Hälfte von ihnen ist unter 27 Jahre alt, mehr als ein Viertel sogar unter 15 Jahre. Dennoch war die Hälfte aller Zugewanderten zum Zeitpunkt ihrer Ankunft mit über 24 Jahren älter als die meisten Migranten aus anderen Herkunftsgruppen.

Auch in dieser Gruppe scheint die Familie einen hohen Stellenwert zu besitzen. In fast der Hälfte aller Haushaltsformen leben Kinder. In 14 Prozent der Familien gibt es sogar vier oder mehr Kinder. Allein erziehende Eltern trifft man dabei relativ selten. Sie machen unter den Familien nur 15 Prozent aus. Nur in 35 Prozent der Haushalte lebt eine Person allein. Das ist sehr wenig für eine Migrantengruppe mit einem höheren Anteil an Asylbewerbern.

Eine wachsende Bevölkerungsgruppe

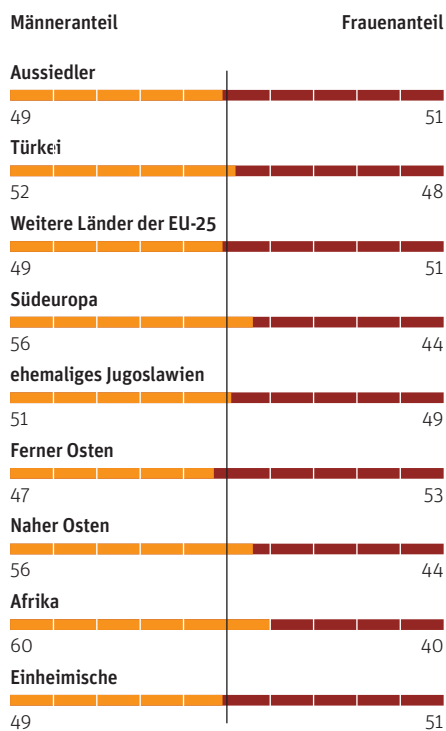
Neben dem deutlichen Männerüberschuss in den mittleren Jahrgängen zeigt die Bevölkerungsstruktur der ursprünglich aus dem Nahen Osten stammenden Migranten vor allem eins: Sie bekommen vergleichsweise viele Kinder, und zwar durchschnittlich mehr als zwei pro Frau. Das ist daran erkennbar, dass sich die Pyramide nach unten erweitert. Ähnlich kinderreich sind nur noch die afrikanisch- und türkischstämmigen Migranten.



Anzahl der Personen in der jeweiligen Altersklasse in 1.000
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

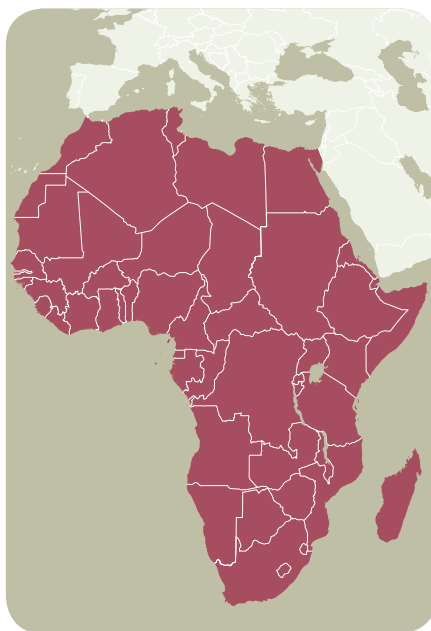
Männerüberschüsse

Einen erkennbaren Frauenüberschuss weist nur die Herkunftsgruppe aus dem Fernen Osten auf. Zurückzuführen ist dieses Ungleichgewicht vermutlich auf die vielen Heiratsmigrantinnen, die wegen eines deutschen Ehepartners nach Europa kamen. Bei den Afrikanischstämmigen ist es umgekehrt: Deutlich mehr Männer sind mit deutschen Frauen verheiratet. Die ehemaligen Gastarbeiter aus Südeuropa, aber auch aus der Türkei kamen meist ohne Partnerin – bis heute überwiegen deshalb trotz zahlreicher Familiennachzüge in diesen Herkunftsgruppen noch immer leicht die Männer. Nur in den Herkunftsgruppen der Weiteren Länder der EU-25, des ehemaligen Jugoslawiens und der Aussiedler ist das Geschlechterverhältnis einigermaßen ausgeglichen.



Männer- und Frauenanteil in einer Herkunftsgruppe in Prozent
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Herkunft: Afrika



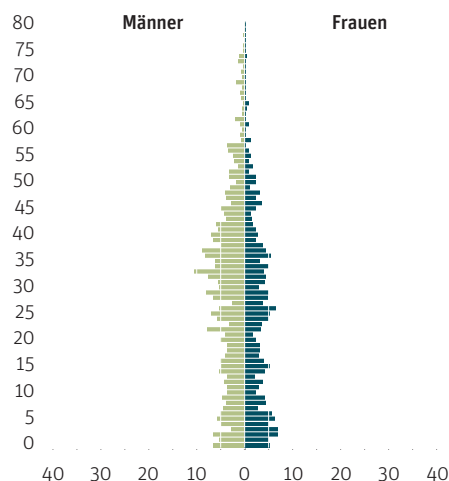
Nur knapp 0,6 Prozent der in Deutschland lebenden Personen haben ihre Wurzeln auf dem afrikanischen Kontinent. Das sind etwas mehr als 500.000 Menschen. Von diesen **stammt über ein Viertel ursprünglich aus Marokko** und ist mit der ehemaligen Gastarbeiterwanderung hier angelangt. Die dauerhafte Zuwanderung aus afrikanischen Ländern wurde seit Anfang der 1980er Jahre beständig größer und erreichte 2004 mit knapp 19.000 ihren vorläufigen Höhepunkt. 61 Prozent aller afrikanischen Migranten leben schon seit mindestens acht Jahren in Deutschland. Auffällig ist der Männerüberschuss in dieser Gruppe (60 Prozent), ebenso wie der geringe Anteil ausländischer Staatsbürger (59 Prozent). Letzterer hängt mit der hohen Anzahl an Ehen zwischen Afrikanern und Deutschen zusammen, wobei es deutlich mehr Ehen von afrikanischstämmigen Männern mit deutschen Frauen gibt als umgekehrt. Der Anteil der Asylbewerber und anerkannten Asylanten in der afrikanischen Herkunftsgruppe lässt sich aus dem Mikrozensus nicht erschließen. Allerdings kam 2007

etwa ein Fünftel aller Asyl-Erstanträge von Menschen afrikanischer Herkunft.²⁶

Die Afrikanischstämmigen gehören zu den jüngsten Migrantengruppen. 28 Prozent sind unter 15 Jahre und nur 2,2 Prozent über 64 Jahre alt. Die jugendliche Struktur dieser Gruppe spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der Haushaltsformen wider: Die Single-Haushalte machen 42 Prozent aller Haushaltsformen aus. Wenn sich Menschen afrikanischen Ursprungs jedoch für eine Partnerschaft entscheiden, scheinen Kinder selbstverständlich dazuzugehören: Ebenso häufig wie Single-Haushalte sind Familien. Dabei hebt sich der Anteil der Großfamilien unter den Familien mit 14 Prozent deutlich von den anderen Migrantengruppe ab.

Tendenz steigend

Noch bilden afrikanischstämmige Migranten die kleinste aller Herkunftsgruppen. Das könnte sich jedoch ändern, denn wie bei den Migranten aus dem Nahen Osten übertrifft der Anteil der Kindergeneration den der Elterngeneration. Das heißt, die Bevölkerungsgruppe wächst allein schon aufgrund des Kinderreichtums, während die meisten anderen schrumpfen.



Anzahl der Personen in der jeweiligen Altersklasse in 1.000
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Die wichtigsten Merkmale der verschiedenen Herkunftsgruppen auf einen Blick

HERKUNFT	Gesamtzahl	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anteil an allen Personen mit Migrationshintergrund*	Anteil der selbst Zugewanderten	Anteil der Ausländer	Anteil der Eingebürgerten	Anteil der gebürtigen Deutschen	Anteil derjenigen, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben	Medianalter***	
		Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Jahre	
Aussiedler	3.962.000	<div><div></div></div> 4,7	<div><div></div></div> 25,0	<div><div></div></div> 78,1	—**	<div><div></div></div> 78,1	<div><div></div></div> 21,9	<div><div></div></div> 82,9	37	
Türkei	2.812.000	<div><div></div></div> 3,4	<div><div></div></div> 17,7	<div><div></div></div> 51,7	<div><div></div></div> 68,1	<div><div></div></div> 18,1	<div><div></div></div> 13,8	<div><div></div></div> 85,6	27	
Weitere Länder der EU-25	1.907.000	<div><div></div></div> 2,3	<div><div></div></div> 12,0	<div><div></div></div> 59,8	<div><div></div></div> 57,9	<div><div></div></div> 17,5	<div><div></div></div> 24,6	<div><div></div></div> 68,6	35	
Südeuropa	1.527.000	<div><div></div></div> 1,8	<div><div></div></div> 9,6	<div><div></div></div> 56,2	<div><div></div></div> 81,8	<div><div></div></div> 3,7	<div><div></div></div> 14,4	<div><div></div></div> 86,3	34	
ehemaliges Jugoslawien	1.146.000	<div><div></div></div> 1,4	<div><div></div></div> 7,2	<div><div></div></div> 69,4	<div><div></div></div> 80,9	<div><div></div></div> 8,7	<div><div></div></div> 10,4	<div><div></div></div> 83,4	32	
Ferner Osten	734.000	<div><div></div></div> 0,9	<div><div></div></div> 4,6	<div><div></div></div> 69,7	<div><div></div></div> 60,7	<div><div></div></div> 19,9	<div><div></div></div> 19,4	<div><div></div></div> 58,0	29	
Naher Osten	542.000	<div><div></div></div> 0,6	<div><div></div></div> 3,4	<div><div></div></div> 71,6	<div><div></div></div> 59,9	<div><div></div></div> 23,4	<div><div></div></div> 16,7	<div><div></div></div> 55,7	27	
Afrika	502.000	<div><div></div></div> 0,6	<div><div></div></div> 3,2	<div><div></div></div> 62,8	<div><div></div></div> 58,6	<div><div></div></div> 18,4	<div><div></div></div> 23,0	<div><div></div></div> 61,0	28	
Einheimische	67.682.000	<div><div></div></div> 81,0	—	—	—	—	<div><div></div></div> 100,0	—	44	

Zahlenmäßig sind die Aussiedler die stärkste Herkunftsgruppe. Über 80 Prozent von ihnen leben seit mehr als acht Jahren in Deutschland und in der Altersstruktur ähneln sie am meisten den Einheimischen. Die Türkischstämmigen haben mit Abstand die größte durchschnittliche Haushaltsgröße und sind zusammen mit der Gruppe aus dem Nahen Osten im Mittel die jüngste Migrantengruppe. Auffallend

kinderreich und jung sind auch die Menschen mit afrikanischem Migrationshintergrund. Menschen aus dem Fernen Osten und aus Afrika führen relativ oft bikulturelle Ehen – bei den Migranten aus dem Fernen Osten sind es vor allem die Frauen, bei den afrikanischstämmigen Migranten vor allem die Männer, die eine Ehe mit einem einheimischen Partner eingehen.

(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

	Anteil der unter 15-Jährigen	Anteil der über 64-Jährigen	Durchschnittliche Haushaltsgröße	Anteil der Einpersonenhaushalte	Anteil der Mehrgenerationenhaushalte	Anteil der Familien an allen Haushaltsformen	Anteil der Familien mit einem Kind (Kleinfamilie)	Anteil der Familien mit zwei oder drei Kindern (klassische Familie)	Anteil der Familien mit vier oder mehr Kindern (Großfamilie)	Anteil der Familien mit nur einem Elternteil	Anteil der Unverheirateten an allen Paaren mit Kindern	Anteil der bikulturell Verheirateten an allen Ehepartnern
	Prozent	Prozent	Personen	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent
	17,7	14,2	2,4	28,9	1,2	42,8	46,8	50,2	2,9	14,4	3,6	18,1
	27,7	3,5	3,2	15,6	2,0	63,3	31,4	59,8	8,8	11,0	1,4	5,0
	17,6	9,9	2,0	43,4	0,3	29,6	53,9	44,4	1,7	23,1	6,5	60,9
	19,6	6,7	2,5	28,6	1,1	46,4	48,2	49,2	2,5	12,4	5,8	24,7
	20,6	5,1	2,6	26,4	1,5	46,5	44,6	49,4	6,0	14,3	4,0	14,3
	25,6	1,9	2,3	40,8	0,7	44,1	40,9	53,7	5,4	21,0	4,5	30,8
	28,6	3,1	2,7	35,1	0,7	48,4	33,5	52,4	14,1	15,2	3,5	18,1
	27,5	2,2	2,4	41,8	0,2	42,6	38,1	48,3	13,6	21,3	4,3	34,4
	12,0	21,8	2,0	38,9	0,7	29,5	53,1	45,0	1,9	20,3	8,9	5,3

* Fehlender Anteil bis 100 Prozent sind Personen mit sonstiger Herkunft.

** Bei den Aussiedlern zählen die Zugewanderten als Eingebürgerte, die in Deutschland Geborenen als gebürtige Deutsche.

*** Das Medianalter teilt die Bevölkerung in eine jüngere und eine ältere Hälfte.

5

DER INDEX ZUR MESSUNG VON INTEGRATION (IMI)

Kriterien und ihre Bewertung

Wie steht es nun um die Integration der acht hier vorgestellten Herkunftsgruppen? Wie lässt sich ihre Entwicklung im Bildungsbereich oder auf dem Arbeitsmarkt vergleichen? Und wie gut integriert sind die Migranten in den verschiedenen Bundesländern? Lassen sich Gemeinsamkeiten oder Unterschiede feststellen?

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat zum ersten Mal überhaupt einen integrationsbezogenen Index entwickelt und auf die Daten des Mikrozensus angewandt. Anders als alle anderen früheren Bewertungsverfahren erlaubt dieser „Index zur Messung von Integration“ (IMI), die Integrationssituation der hier gebildeten Herkunftsgruppen in hoher Auflösung zu messen, zu analysieren und zu bewerten.

Für den IMI hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung aus den Daten des Mikrozensus 15 Indikatoren gewonnen. Zwei dieser Indikatoren beschreiben die jeweilige Assimilation mit den Einheimischen, vier beschreiben die Bildungssituation, sieben die Beteiligung am Erwerbsleben und zwei die finanzielle Absicherung. Je ein Indikator aus den Bereichen Bildung und Erwerbsleben wurde explizit für Jugendliche ausgewertet. Außerdem wurden fünf der genannten Indikatoren für einen dynamischen Vergleich verwendet. Dieser zeigt, ob die hier geborene Generation einer Herkunftsgruppe in Bezug auf ihre Integration besser oder schlechter abschneidet als die Zugewanderten.

Als Indikatoren wurden jeweils solche Merkmale gewählt, die für eine erfolgreiche Integration als besonders relevant gelten müssen. Außerdem sollen die Indikatoren jeweils Aussagen über verschiedene Lebensbereiche treffen und zudem untereinander möglichst wenig abhängig sein. Auf eine explizite Gewichtung einzelner Indikatoren wurde verzichtet, allerdings legt die Auswahl einen deutlichen Schwerpunkt auf die Aspekte Bildung und Arbeitsmarkt: Der Erfolg einer Person in diesen Bereichen hat unmittelbare Auswirkungen auf alle anderen Lebensbereiche. Die fünf Indikatoren zur Dynamik stellen eine Alternative zu einer Gewichtung der einzelnen Faktoren dar: Mit ihrer Hilfe wird das zukünftige Integrationspotenzial einer Herkunftsgruppe bewertet.

Die Bewertung der Kriterien erfolgt auf einer Skala von eins – „missglückte Integration“ – bis acht – „gelungene Integration“. Der vom Berlin-Institut aus den einzelnen Indikatoren zusammengesetzte Index zur Messung von Integration (IMI) beschreibt dabei einen Ist-Zustand, der sich auf die jüngste verfügbare Datenlage von 2005 bezieht. Da sich die Integrationswerte nur sehr langsam ändern, haben die Ergebnisse auch für den heutigen Zustand eine hohe Aussagekraft. Dies gilt, obwohl sich die Lage am Arbeitsmarkt seit 2005 deutlich verbessert hat, und auch wenn sie sich nach der Finanzkrise wieder verschlechtern sollte. Denn erfahrungsgemäß verändert sich die ungleiche Verteilung der Arbeitslosigkeit unter Einheimischen und Migranten nicht infolge von konjunkturellen Zyklen.

Hintergründe und Ursachen für gelungene oder missglückte Integration lassen sich mit einem solchen Index allerdings nicht statistisch erfassen. Einheimische und Menschen mit Migrationshintergrund lassen sich zurzeit ausschließlich über die Daten aus dem Mikrozensus differenzieren. Da dieser jedoch zentrale Kriterien wie etwa zu Sprachkenntnissen oder zum Kindergartenbesuch nicht erfasst, können solche Integrationsindikatoren vorerst nicht berücksichtigt werden. Informationen darüber würden zu einer noch höheren Auflösung und zu klareren Erkenntnissen führen. Dennoch lassen bereits jetzt die Ergebnisse aus der Vielfalt der verwendeten Indikatoren darauf schließen, in welchen Bereichen und für welche Herkunftsgruppen Integrationsdefizite bestehen und wo Änderungen dringend nötig sind. Dabei sind Migranten und Einheimische in gleicher Weise gefordert, die Defizite zu überwinden.

Bereich Assimilation

Eine kulturelle Annäherung zwischen Zuwanderern und Einheimischen ist für eine erfolgreiche Integration nicht unbedingt erforderlich, erleichtert sie aber ungemein. Indizien für diese Annäherung kann der Anteil von deutschen Staatsbürgern sein, aber auch der Anteil an Ehen zwischen Menschen deutscher und nichtdeutscher Herkunft.

1. Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft

Die deutsche Staatsbürgerschaft ist vor allem für Menschen, die nicht aus EU-Ländern kommen, eine Voraussetzung für die rechtliche Gleichstellung. Der Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und sozialen Leistungen ebnet den Weg zur Integration erheblich. Gleichzeitig deutet die Tatsache, dass jemand die deutsche Staatsbürgerschaft annimmt, auf eine Identifikation mit der Bundesrepublik und damit auf den eigenen Integrationswillen hin.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft an allen Personen einer Herkunftsgruppe. Dabei ist unerheblich, ob diese seit Geburt besteht oder durch Einbürgerung erworben wurde.
1	20 und weniger
2	über 20 bis 25
3	über 25 bis 30
4	über 30 bis 35
5	über 35 bis 40
6	über 40 bis 45
7	über 45 bis 50
8	mehr als 50

Die Spanne reicht von 18 Prozent deutscher Staatsbürger bei der südeuropäischen Herkunftsgruppe bis zu 42 Prozent bei den Personen, die ursprünglich aus den Weiteren Ländern der EU-25 kommen. Bei den Aussiedlern erhalten alle Personen aufgrund ihrer Sonderstellung automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft.

2. Bikulturelle Ehen

Missglückte Integration kann zu sozialer Isolation führen oder den Aufbau von Parallelgesellschaften begünstigen. Familiengründungen über ethnische oder kulturelle Grenzen hinweg zeigen den Grad der Annäherung zwischen Menschen mit deutscher und nicht-deutscher Herkunft.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil derjenigen, die mit einer einheimischen Person verheiratet sind, an allen Eheleuten einer Herkunftsgruppe.
1	8 und weniger
2	über 8 bis 15
3	über 15 bis 22
4	über 22 bis 29
5	über 29 bis 36
6	über 36 bis 43
7	über 43 bis 50
8	mehr als 50

Die Spanne reicht von fünf Prozent bikulturellen Ehen unter den türkischstämmigen Migranten bis zu 61 Prozent unter den Personen aus den Weiteren Ländern der EU-25.

Bereich Bildung

Eine gute Ausbildung ist in einem hoch entwickelten Industrieland Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Finanzielle Unabhängigkeit, Qualität des Arbeitsplatzes, Höhe des Erwerbseinkommens und gesellschaftliches Engagement stehen in engem Zusammenhang mit dem Bildungsstand eines Menschen.

3. Personen ohne Bildungsabschluss

Unqualifizierte sind häufig ein Kostenfaktor für die Gesellschaft. Wer die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlässt und auch keine Berufsausbildung vorweisen kann, dem bieten sich wenige Chancen auf Arbeit und auf gesellschaftliche Anerkennung.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der Personen zwischen 20 und 64 Jahren, die weder einen schulischen noch einen beruflichen Abschluss erreichen konnten, gemessen an allen Personen dieser Altersklasse. Menschen, die noch eine Schule besuchen, sind ausgenommen. Praktika und Anlernjahre zählen nicht als Berufsabschluss.
1	mehr als 26
2	über 22 bis 26
3	über 18 bis 22
4	über 14 bis 18
5	über 10 bis 14
6	über 6 bis 10
7	über 2 bis 6
8	2 und weniger

Die Spanne reicht von 30 Prozent unter den Personen mit türkischem Migrationshintergrund bis zu 3,3 Prozent unter den Aussiedlern und den Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25. Die Einheimischen schneiden mit 1,4 Prozent noch besser ab.

4. Schüler der gymnasialen Oberstufe

Dieser Indikator bezieht sich speziell auf Jugendliche, jenen Bevölkerungsteil, der die Gesellschaft von morgen prägen wird. Wer von ihnen den Sprung in die gymnasiale Oberstufe schafft, hat gute Chancen, die Hochschulreife zu erwerben, und besitzt damit beste berufliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der 16- bis 20-Jährigen in der Oberstufe (Klassenstufe 11 bis 13 aller Schularten) an allen Personen dieser Altersklasse.
1	20 und weniger
2	über 20 bis 22
3	über 22 bis 24
4	über 24 bis 26
5	über 26 bis 28
6	über 28 bis 30
7	über 30 bis 32
8	mehr als 32

Die Spanne reicht von 16 Prozent der aus dem ehemaligen Jugoslawien Zugewanderten bis zu 37 Prozent bei den Personen fernöstlichen Ursprungs. Hier liegen die Einheimischen mit 27 Prozent im oberen Mittelfeld.

5. Personen mit (Fach-)Hochschulreife

Wer über eine Fachhochschul- oder Hochschulreife verfügt, kann studieren und zwischen attraktiven Berufswegen wählen. Menschen mit Hochschulreife zeigen im Vergleich das größte gesellschaftliche Engagement. Auch weist der Indikator auf die Fähigkeit einer Herkunftsgruppe hin, sich im deutschen Bildungssystem zurechtzufinden.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 39-Jährigen. Diese Altersgrenze wurde gewählt, um Verzerrungen durch die Altersstruktur der verschiedenen Gruppen zu vermeiden. Denn unter älteren Menschen verfügen eher wenige über ein Abitur. Für die Bewertung der im Ausland erworbenen Abschlüsse gilt die subjektive Einschätzung der befragten Personen.
1	20 und weniger
2	über 20 bis 25
3	über 25 bis 30
4	über 30 bis 35
5	über 35 bis 40
6	über 40 bis 45
7	über 45 bis 50
8	mehr als 50

Die Spanne reicht von 14 Prozent unter den türkischstämmigen Schulabgängern bis zu 51 Prozent bei den Personen aus den Weiteren Ländern der EU-25. Die Einheimischen liegen mit 38 Prozent im oberen Mittelfeld.

6. Akademiker

Menschen mit einem Hochschulabschluss sind meist offener, innovativer und sozial aktiver als gering Gebildete. Sie bringen damit ein besonderes Potenzial für die Gesellschaft mit. Ein hoher Anteil an Zugewanderten mit Hochschulabschluss beeinflusst außerdem das Gesamtbild einer Herkunftsgruppe positiv und trägt so zu einem besseren Integrationsklima bei.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der Personen mit (Fach-) Hochschulabschluss an den 30- bis 64-Jährigen mit Berufsabschluss. Für die Bewertung der im Ausland erworbenen Abschlüsse gilt die subjektive Einschätzung der befragten Personen.
1	10 und weniger
2	über 10 bis 15
3	über 15 bis 20
4	über 20 bis 25
5	über 25 bis 30
6	über 30 bis 35
7	über 35 bis 40
8	mehr als 40

Die Spanne reicht von zehn Prozent in der Herkunftsgruppe aus dem ehemaligen Jugoslawien bis zu 48 Prozent bei den Personen mit Herkunft aus dem Nahen Osten. Die Einheimischen kommen nur auf einen Anteil von 19 Prozent.

Bereich Erwerbsleben

Indikatoren zur erfolgreichen Beteiligung am Erwerbsleben deuten immer auf zwei Aspekte hin. Sie zeigen zum einen, ob eine Person gewillt ist, am wirtschaftlichem und damit auch am sozialen Leben teilzunehmen. Zum anderen lassen sie Rückschlüsse darauf zu, wie offen die Aufnahmegesellschaft gegenüber den Migranten ist.

7. Erwerbslosenquote

Erwerbstätigkeit ist eine wichtige Voraussetzung, um sich in eine Gesellschaft einbringen zu können. Migranten können ebenso wie Personen deutscher Herkunft durch Erwerbslosigkeit leicht in die soziale Isolation abrutschen. Außerdem stellen Erwerbslose einen Kostenfaktor für die Gesellschaft dar.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen, das sind Erwerbstätige und Erwerbslose im Alter von 15 bis 64 Jahren. Menschen ohne Erwerbswunsch (so genannte Nichterwerbspersonen) wie Schüler, Rentner oder Hausfrauen werden nicht berücksichtigt.
1	mehr als 30
2	über 26 bis 30
3	über 22 bis 26
4	über 18 bis 22
5	über 14 bis 18
6	über 10 bis 14
7	über 6 bis 10
8	6 und weniger

Die Spanne reicht von 35 Prozent in der Herkunftsgruppe aus dem Nahen Osten bis zu 13 Prozent unter den Personen aus den Weiteren Ländern der EU-25. Die Einheimischen weisen mit 9,7 Prozent eine deutlich bessere Rate auf.

8. Erwerbspersonen

Zu den Erwerbspersonen zählen Menschen, die einer Tätigkeit nachgehen, und solche, die sich aktuell um eine Beschäftigung bemühen. Erwerbspersonen zeigen also ihre Bereitschaft, eine Arbeit aufzunehmen. Eine hohe Erwerbspersonenquote aller Bevölkerungsgruppen ist aus ökonomischen und fiskalischen Gründen wünschenswert.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der 15- bis 64-jährigen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an allen Personen dieser Altersklasse.
1	60 und weniger
2	über 62 bis 64
3	über 64 bis 66
4	über 66 bis 68
5	über 68 bis 70
6	über 70 bis 72
7	über 72 bis 74
8	mehr als 74

Die Spanne reicht von 58 Prozent unter den Personen nahöstlicher Herkunft bis zu 75 Prozent unter den Aussiedlern. Damit liegen die Aussiedler gleichauf mit den Einheimischen.

9. Jugenderwerbslosenquote

Sind Jugendliche von Erwerbslosigkeit betroffen, drohen sie ins wirtschaftliche und damit auch soziale Abseits zu geraten. Dies behindert ihre Integration und kann zur Entstehung von Parallelgesellschaften führen.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen unter den 15- bis 24-jährigen. Schüler, Studenten und andere Nichterwerbspersonen werden nicht berücksichtigt.
1	mehr als 30
2	über 26 bis 30
3	über 22 bis 26
4	über 18 bis 22
5	über 14 bis 18
6	über 10 bis 14
7	über 6 bis 10
8	6 und weniger

Die Spanne reicht von 31 Prozent unter den Personen afrikanischer Herkunft bis zu 13 Prozent bei den südeuropäischen Migranten, die damit sogar leicht unter der Quote der Einheimischen liegen.

10. Hausfrauenquote

Familie und Beruf sind in Deutschland nicht leicht zu vereinbaren. Auch deshalb entscheiden sich viele Frauen und einige Männer dafür, ihr Leben ausschließlich der Familie und der Haushaltsführung zu widmen. Ein hoher Anteil an Hausfrauen, die nicht erwerbstätig sind, ist jedoch angesichts des demografischen Wandels aus ökonomischer Sicht problematisch. So bleiben teilweise hoch qualifizierte Personen dem Arbeitsmarkt vorenthalten. Hausfrauen mit Migrationshintergrund haben Probleme, Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung aufzunehmen, besonders dann, wenn sie schlecht Deutsch sprechen. Sie sind somit weit stärker von sozialer Isolation und Abgrenzung bedroht als erwerbstätige Frauen.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren, die weder erwerbstätig sind noch eine Arbeit suchen, gemessen an allen Frauen dieser Altersklasse. Nicht einbezogen werden hier Frauen, die einen offensichtlichen Grund für ihre Nichterwerbstätigkeit haben (Schülerinnen, Studentinnen, Rentnerinnen und Erwerbslose). Frauen in Elternzeit zählen dagegen zu den „Hausfrauen“.
1	mehr als 44
2	über 40 bis 44
3	über 36 bis 40
4	über 32 bis 36
5	über 28 bis 32
6	über 24 bis 28
7	über 20 bis 24
8	20 und weniger

Die Spanne reicht von 54 Prozent unter den Frauen mit einer Herkunft aus dem Nahen Osten bis zu 20 Prozent unter den Aussiedler-Frauen. Letztere weisen damit den gleichen Wert wie die einheimischen Frauen auf.

11. Selbstständige

Wer sich selbstständig macht, ist bestrebt, ökonomisch auf eigenen Füßen zu stehen. Selbstständige überwinden nicht nur bürokratische Hürden, sondern müssen sich auch mit den „deutschen“ Gepflogenheiten ihrer Berufssparte auskennen. Außerdem zeigen sie den Willen, in Deutschland Fuß zu fassen und hier in ihre Zukunft zu investieren. Sie sind Vorbilder für andere Personen ihrer Herkunftsgruppe.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren.
1	6 und weniger
2	über 6 bis 7
3	über 7 bis 8
4	über 8 bis 9
5	über 9 bis 10
6	über 10 bis 11
7	über 11 bis 12
8	mehr als 12

Die Spanne reicht von fünf Prozent unter den Aussiedlern bis zu 19 Prozent unter den Erwerbstätigen mit Ursprung aus dem Nahen Osten. Die einheimischen Erwerbstätigen kommen auf eine Quote von knapp elf Prozent.

12. Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Zu den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gehören Beamte und Soldaten genauso wie Angestellte für die Straßenreinigung oder Grünflächenpflege. Dennoch hat, wer als Migrant in Deutschland im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, eine hohe Hürde überwunden. Das gesicherte Einkommen und die gute soziale Absicherung gehen einher mit einer Planungsperspektive und gesellschaftlicher Anerkennung, welche die Integration weiter fördern. Der Indikator zeigt, in welchem Maße die Migranten bereits in der deutschen Gesellschaft angekommen sind und akzeptiert werden.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten an allen Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren.
1	8 und weniger
2	über 8 bis 10
3	über 10 bis 12
4	über 12 bis 14
5	über 14 bis 16
6	über 16 bis 18
7	über 18 bis 20
8	mehr als 20

Die Spanne reicht von sieben Prozent unter den türkischen Erwerbstätigen bis zu 14 Prozent unter den Aussiedlern. Die Quote von 21 Prozent der einheimischen Erwerbstätigen kann keine der Migrantengruppe erreichen.

13. Vertrauensberufe

Es gibt Berufe, denen in der Gesellschaft besonderes Vertrauen entgegengebracht wird oder die eine hohe soziale Verantwortung tragen. Dazu gehören Ärzte, Anwälte, Polizeibedienstete oder Lehrer. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat aus der Berufsklassifizierung des Statistischen Bundesamtes eine Gruppe von „Vertrauensberufen“ definiert.* Personen mit Migrationshintergrund, die in einem dieser Berufe tätig sind, kann ein besonderer beruflicher Erfolg zugesprochen werden. Dieser weist auf eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft hin.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der in Vertrauensberufen Tätigen an allen Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren.
1	4 und weniger
2	über 4 bis 6
3	über 6 bis 8
4	über 8 bis 10
5	über 10 bis 12
6	über 12 bis 14
7	über 14 bis 16
8	mehr als 16

Die Spanne reicht von 3,5 Prozent unter den türkischen Erwerbstätigen bis zu 13 Prozent der Erwerbstätigen mit einer Herkunft aus einem der Weiteren Länder der EU-25. Auch bei diesem Indikator bleibt der Wert der einheimischen Erwerbstätigen von 17 Prozent unerreicht.

* Eine genaue Auflistung der ausgewählten Vertrauensberufe findet sich im Anhang.

Bereich Absicherung

Ein gesichertes eigenes Einkommen ermöglicht privaten Konsum und berufliche Investitionen. Dagegen sind Menschen mit keinem oder einem niedrigem Einkommen in ihrem Handlungsspielraum stark eingeschränkt. Im Extremfall verursachen sie gesellschaftliche Kosten, weil sie vom Staat alimentiert werden müssen.

14. Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen

Von öffentlichen Leistungen abhängige Personen tragen nicht zum Volkseinkommen bei, sondern verursachen Kosten. Auch haben sie nur begrenzte finanzielle Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentanteil der 15- bis 64-jährigen, die überwiegend von öffentlichen Leistungen abhängig sind, an allen Personen dieser Altersklasse. Dazu zählen das Arbeitslosengeld I und II, Sozialhilfe beziehungsweise -geld, Grundsicherung und Asylbewerberleistungen sowie Leistungen aus der Pflegeversicherung – nicht aber Leistungen der Renten- und Krankenkassen.
1	mehr als 25
2	über 22 bis 25
3	über 19 bis 22
4	über 16 bis 19
5	über 13 bis 16
6	über 10 bis 13
7	über 7 bis 10
8	7 und weniger

Die Spanne reicht von 34 Prozent unter den Personen mit einer Herkunft aus dem Nahen Osten bis zu neun Prozent in der Herkunftsgruppe aus den Weiteren Ländern der EU-25. Die Einheimischen liegen mit acht Prozent unter diesen Werten.

15. Individualeinkommen

Ein höheres Einkommen sorgt für einen guten Lebensstandard und ermöglicht es, sich neben der Sorge um den eigenen Lebensunterhalt gesellschaftlich zu engagieren. Auch wenn die Höhe des Einkommens von der Qualifikation und vom Lebensalter abhängt, ist es ebenso ein Indiz für die Akzeptanz und den Erfolg einer Person in der Gesellschaft.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit der am stärksten besetzten Einkommensklasse unter allen 15- bis 64-jährigen erwerbstätigen Personen.
1	700 und weniger
2	700 bis unter 900
3	900 bis unter 1.100
4	1.100 bis unter 1.300
5	1.300 bis unter 1.500
6	1.500 bis unter 1.700
7	1.700 bis unter 2.000
8	2.000 und mehr

Im unteren Bereich der Spanne erreichen die Herkunftsgruppen aus dem Fernen Osten, Afrika und dem Nahen Osten ein Nettoeinkommen von nur 900 bis 1.100 Euro im Monat. Die Personen mit einer Herkunft aus den Weiteren Ländern der EU-25 verdienen wie die Einheimischen mehrheitlich zwischen 1.300 und 1.500 Euro netto im Monat.

Dynamische Indikatoren

Zugewanderte kommen aus den unterschiedlichsten Gründen und aus den verschiedensten Ländern und Lebenssituationen. Abweichungen zu den Einheimischen hinsichtlich vieler Merkmale, etwa dem Bildungsstand, sind damit programmiert. Die Unterschiede können auch bei einem längeren Aufenthalt in Deutschland nur allmählich und nur teilweise schwinden. Anders sieht es bei den hier geborenen Kindern der Zugewanderten aus. Ihr Lebensmittelpunkt liegt in der Regel von Anfang an in Deutschland. Der wahre Erfolg der Integration einer Herkunftsgruppe wie auch der nationalen Integrationspolitik zeigt sich in der Entwicklung dieser zweiten Generation. Daher messen die nächsten fünf Indikatoren in verschiedenen Bereichen den Änderungsfaktor zwischen den Lebenslagen von Zugewanderten im Vergleich zu ihren in Deutschland geborenen Kindern.

16. Dynamik Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft

Ein hoher Anteil deutscher Staatsbürger unter den Kindern der Migranten deutet darauf hin, dass sowohl Zugewanderte wie auch das politische und administrative Umfeld um eine zumindest formale Integration bemüht sind – ein entscheidender Schritt auf dem Weg dahin, sich aufeinander einzulassen.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Anteil von Migrantenkindern mit deutscher Staatsbürgerschaft im Vergleich zum Anteil von Zugewanderten mit deutscher Staatsbürgerschaft.
1	1 und weniger
2	über 1 bis 2
3	über 2 bis 3
4	über 3 bis 4
5	über 4 bis 5
6	über 5 bis 6
7	über 6 bis 7
8	mehr als 7

Die Spanne reicht vom Änderungsfaktor 2 in der türkischen Herkunftsgruppe bis zum Änderungsfaktor 7 in der südeuropäischen.

17. Dynamik bikultureller Ehen

Steigt die Zahl der Ehen zwischen Menschen deutscher und nicht-deutscher Herkunft in der zweiten Generation deutlich an, kann von einer Annäherung zwischen beiden Gruppen ausgegangen werden.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Anteil von bikulturellen Ehen in der zweiten Migrantengeneration im Vergleich zu den Zugewanderten.
1	1 und weniger
2	über 1 bis 1,3
3	über 1,3 bis 1,6
4	über 1,6 bis 1,9
5	über 1,9 bis 2,2
6	über 2,2 bis 2,5
7	über 2,5 bis 2,8
8	mehr als 2,8

Die Spanne reicht von einer negativen Veränderung in der Herkunftsgruppe aus dem Nahen Osten (Änderungsfaktor von 0,8) bis zu einer knappen Vervierfachung der bikulturellen Ehen in der Gruppe der Aussiedler (Änderungsfaktor von 3,9).

18. Dynamik Personen mit (Fach-)Hochschulreife

Wenn Kinder von Migranten deutlich häufiger das Abitur machen als ihre Eltern, zeigen sie, dass sie die Angebote des deutschen Bildungssystems zu nutzen wissen und dass sie sich dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung annähern oder diesen sogar hinter sich lassen.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Anteil von Personen mit (Fach-)Hochschulreife unter den hier Geborenen im Vergleich zu den Zugewanderten.
1	1 und weniger
2	über 1 bis 1,2
3	über 1,2 bis 1,4
4	über 1,4 bis 1,6
5	über 1,6 bis 1,8
6	über 1,8 bis 2,0
7	über 2,0 bis 2,2
8	mehr als 2,2

Die Spanne reicht von einer leicht negativen Entwicklung in den Herkunftsgruppen der Personen aus den Weiteren Ländern der EU-25 und aus Afrika (jeweils ein Änderungsfaktor von 0,9) bis hin zu einer glatten Verdoppelung der Quote bei den Personen türkischer Herkunft (Änderungsfaktor 2).

19. Dynamik Erwerbslosenquote

Sind Kinder von Migranten häufiger erwerbslos als die Zugewanderten, ist dies ein Zeichen dafür, dass sie nicht mehr die Motivation ihrer Eltern besitzen und/oder dass ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert ist.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Erwerbslosenquote unter den Kindern von Zugewanderten im Vergleich zu der der Zugewanderten.
1	mehr als 1
2	über 0,95 bis 1
3	über 0,90 bis 0,95
4	über 0,85 bis 0,90
5	über 0,80 bis 0,85
6	über 0,75 bis 0,80
7	über 0,70 bis 0,75
8	0,70 und weniger

Die Spanne reicht von einem leichten Anstieg der Erwerbslosenquote unter den Personen türkischer Herkunft (Änderungsfaktor 1,04) bis hin zu einer deutlichen Verbesserung in der Herkunftsgruppe aus dem Nahen Osten mit einem Änderungsfaktor von 0,6.

20. Dynamik Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen

Sind in Deutschland geborene Kinder von Migranten häufiger von staatlicher Fürsorge abhängig als Zugewanderte, weist dies auf einen verstärkten sozialen Abstieg hin.

Bewertungsschlüssel	Maßeinheit: Anteil der von öffentlichen Leistungen Abhängigen in der ersten im Vergleich zur zweiten Migrantengeneration.
1	mehr als 1
2	über 0,9 bis 1
3	über 0,8 bis 0,9
4	über 0,7 bis 0,8
5	über 0,6 bis 0,7
6	über 0,5 bis 0,6
7	über 0,4 bis 0,5
8	0,4 und weniger

Alle Herkunftsgruppen haben sich in Bezug auf die Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen verbessert. Die Spanne reicht von einem Änderungsfaktor von 0,8 in der Herkunftsgruppe aus den Weiteren Ländern der EU-25 bis zu einem Faktor von 0,4 bei den Personen afrikanischer Herkunft.

6 VERSCHIEDENE HERKUNFT – UNTERSCHIEDLICHER ERFOLG

Wie die einzelnen Gruppen im Integrationsvergleich abschneiden

Integration läuft in einem wechselseitigen Prozess von Annäherung und Akzeptanz ab, der in ganz unterschiedlichen Bereichen ablaufen kann. Die Angehörigen der von uns definierten Herkunftsgruppen bringen hierfür sehr unterschiedliche Stärken und Schwächen mit. Wie unterscheiden sich die einzelnen Gruppen im Hinblick auf ihren Integrationserfolg? Wo liegen jeweils die besonderen Schwachstellen? Und stoßen die in Deutschland geborenen Kinder der Zuwanderer noch auf dieselben Schwierigkeiten wie ihre Eltern?

Die Auswertung der Ergebnisse der im letzten Kapitel vorgestellten 20 Indikatoren des Index zur Messung von Integration (IMI) bestätigen manche der bisherigen Beobachtungen und beleuchten einige Schwachstellen der deutschen Integrationspolitik. Sie bieten aber auch positive Überraschungen – und legen so einige spezifische Ansatzpunkte zur Erreichung besserer Integrationserfolge nahe. Das vorliegende Kapitel stellt zunächst die Erfolge und Schwächen der einzelnen Gruppen im Gesamtvergleich vor und analysiert sie im Zusammenhang mit den jeweiligen Hintergründen der Zuwanderung. Anonymisierte Porträts von Migranten machen deutlich, dass sich hinter jeder Statistik immer sehr persönliche Geschichten verbergen. In den Fallbeispielen wurden aus Datenschutzgründen verschiedene Merkmale so verändert, dass zwar das jeweils Typische der Fälle erhalten bleibt, eine Identifizierung realer Personen

oder Haushalte jedoch nicht möglich ist. Die verwendeten Namenskürzel sind frei erfunden. In diesen kurzen Geschichten sollen freilich keine Stereotypen gezeichnet, sondern die wechselnden persönlichen Hintergründe und Lebensumstände jeweils schlaglichtartig beleuchtet werden. Die Fallgeschichten sind wie alle Daten dieser Studie auf das Jahr 2005 bezogen. Die Zuordnung der im Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse auf die deutschen Äquivalente beruht wie alle anderen Angaben auf der individuellen Einschätzung der befragten Personen.

Herkunft: Aussiedler

Auf dem Weg zur Normalität

Den Aussiedlern, insbesondere den jungen Menschen unter ihnen, wird häufig nachgesagt, sie würden sich nur schlecht in Deutschland integrieren. Dies lässt sich nach dem IMI nicht bestätigen. Die größte aller Herkunftsgruppen schneidet im Integrationsvergleich gut ab. Zurückzuführen ist dies vor allem darauf, dass die hier Geborenen im Vergleich zu den Zugewanderten deutlich besser integriert sind. So haben in der ersten Generation nur 17 Prozent aller Verheirateten einen einheimischen Ehepartner. Damit liegt der Anteil immer noch hoch, denn viele Aussiedler sind im Familienverband eingewandert. In der zweiten Generation vervierfachen sich die Ehen mit einheimischen Deutschen jedoch

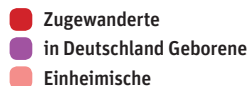
auf 67 Prozent – das ist fast so häufig wie bei den in Deutschland geborenen Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25.

Auch in Sachen Bildung stehen die Aussiedler gut da. Ganz ohne Bildungsabschluss sind nur 3,3 Prozent. Von der ersten zur zweiten Generation der Aussiedler steigt der Anteil der Abiturienten stark an. Dabei besuchen mehr Mädchen als Jungen das Gymnasium, und Frauen schließen die Schule auch häufiger mit Abitur ab als Männer. Außerdem stellen sie anteilig genauso viele Akademiker wie die Männer ihrer Herkunftsgruppe. In den meisten anderen Gruppen und bei den Einheimischen dominieren dagegen die Männer unter den hoch Gebildeten.

Wie bei der Bildung schneiden die Aussiedler auch auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zu anderen Herkunftsgruppen besser ab, jedoch nie besser als die Einheimischen. Wie bei den Einheimischen liegt die Hausfrauenquote bei nur knapp 20 Prozent. Möglicherweise hängt dies damit zusammen, dass es in den meisten Herkunftsländern der Aussiedler üblich ist, dass Frauen berufstätig sind. Dabei ist etwa ein Fünftel aller erwerbstätigen Aussiedlerinnen im öffentlichen Dienst beschäftigt. Insgesamt arbeiten dort 14 Prozent der Aussiedler – mehr als in den anderen Migrantengruppen. Ein Grund für diesen Erfolg ist mit Sicherheit die schnelle rechtliche Gleichstellung.

Erhebliche Erfolge in der zweiten Generation

Die Aussiedler sind eine sehr integrationsfreudige Herkunftsgruppe. Die in Deutschland Geborenen schneiden bei vielen Indikatoren deutlich besser ab als die Zugewanderten und weisen sogar bessere Werte auf als die Einheimischen. Bemerkenswert ist der Rückgang bei der Jugenderwerbslosigkeit, die sich von der ersten auf die zweite Generation fast halbiert hat.



bikulturelle Ehen



Schüler der gymnasialen Oberstufe



Akademiker



Jugenderwerbslosenquote



Abhängige von öffentlichen Leistungen



0 10 20 30 40 50 60

Ausgewählte Indikatoren in Prozent
 (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF,
 eigene Berechnung)

Schlechter ist es um die Selbstständigenquote der erwerbstätigen Aussiedler bestellt. Sie liegt mit fünf Prozent am untersten Ende der Skala und steigt auch in der zweiten Generation kaum an. Womöglich liegt die Ursache ebenfalls in den Erfahrungen aus den Herkunftsländern, in denen es die Existenzform des freien Unternehmers kaum gab. Auch sind mit knapp acht Prozent anteilig nur halb so viele Aussiedler in einem Vertrauensberuf tätig wie unter den Einheimischen. Hier besteht noch deutlicher Nachholbedarf.

Vor dem Hintergrund der insgesamt positiven Leistungen auf dem Arbeitsmarkt fällt der Anteil der von öffentlichen Leistungen Abhängigen unter den Aussiedlern mit 13 Prozent relativ hoch aus. Das liegt vermutlich daran, dass unter den Aussiedlern viele Menschen mittleren Alters eingewandert sind, die nur schwer Anschluss auf dem Arbeitsmarkt finden. Bei den in Deutschland Geborenen halbiert sich der Anteil der von öffentlichen Leistungen Abhängigen. Er fällt sogar geringer aus als bei den Einheimischen.

Unter Niveau beschäftigt

Frau S. kam 1989 mit ihren Eltern aus Russland nach Deutschland. Als Deutschstämmige erhielten alle drei Familienmitglieder noch im selben Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft. Die 20-Jährige lebt gemeinsam mit den Eltern in einer größeren Stadt in Niedersachsen. Nach ihrem Real schulabschluss hat sie zunächst in der Kinderpflege ausgeholfen und macht nun eine Ausbildung. Ihre Mutter hat die Schule mit Abitur abgeschlossen und ist gelernte Sozialarbeiterin für Kinder- und Jugendarbeit. Sie arbeitet seit 1991 als Vollzeitkraft im öffentlichen Dienst in der Altenpflege. Ihre Stelle ist unbefristet und wird mit bis zu 2.000 Euro netto im Monat vergütet. Auch der Vater von Frau S. hat eine unbefristete Stelle, allerdings entspricht sie nicht seiner Qualifikation. Der studierte Mediziner arbeitet seit 2002 als Berufskraftfahrer. Bei 20 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit verdient er weniger als 700 Euro netto im Monat. Er wünscht sich eine andere Tätigkeit, denn er würde gerne mehr arbeiten.

Aktiv im Erwerbsleben

Familie K. lebt seit elf Jahren in einer bayrischen Kleinstadt. Gemeinsam sind der 52-jährige Herr K., seine 48-jährige Ehefrau, der volljährige Sohn und die Großmutter 1992 aus einem osteuropäischen Land nach Deutschland eingewandert. Die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen sie schon bei der Einreise. Das Haushaltseinkommen der Familie, zu dem Herr K. den größeren Anteil beisteuert, beträgt etwa 2.600 Euro netto im Monat. Herr K. hat einen Vollzeitjob als Gärtner. Frau K. arbeitet 15 Stunden pro Woche in der Nahrungsmittelindustrie und verdient außerdem in einem Zweitjob als Putzfrau etwas dazu. Der Sohn macht eine Ausbildung zum Mechaniker.

Gut in den Arbeitsmarkt integriert

Im Jahr 1995 wanderte die vierköpfige Familie P. aus Polen in die Bundesrepublik ein und ließ sich in Bremen nieder. Der heute 20-jährige Sohn des Ehepaars P. hat in Deutschland den Hauptschulabschluss erreicht und leistet Zivildienst. Seine Schwester, die bei der Einreise sieben Jahre alt war und in der Heimat noch zur Grundschule ging, besucht die Oberstufe eines Gymnasiums. Wenn sie das Abitur schafft, werden ihr im Berufsleben deutlich mehr Türen offen stehen als ihren Eltern, die in Russland lediglich die Hauptschule besucht haben. Wirtschaftlich geht es der Familie relativ gut. Die Mutter hat eine unbefristete Vollzeitstelle als Verkäuferin, der Vater ist Industriearbeiter in einer Metallfabrik. Alle Familienmitglieder zusammen verdienen etwa 3.200 Euro netto pro Monat. Beide Kinder tragen zum Familieneinkommen bei: Der Sohn bezieht ein geringes Zivildienstgehalt, die Tochter hat einen Schülerjob. Seit kurzem arbeitet sie für einige Stunden neben der Schule – wie ihre Mutter als Verkäuferin.

Herkunft: Türkei

Schon lange im Land – und noch immer nicht angekommen

Türkischstämmige Migranten haben nicht nur eine fast schon ein halbes Jahrhundert währende Geschichte im Einwanderungsland Deutschland, sie stellen auch die zweitgrößte Gruppe von Migranten dar. Umso bedenklicher ist es, dass sie im Integrationsvergleich mit Abstand am schlechtesten abschneiden. Besonders alarmierend sind der hohe Anteil von Personen ohne Bildungsabschluss und die sehr hohe Erwerbslosigkeit unter den Jugendlichen. In kaum einem Bereich verläuft die Integration dieser Herkunftsgruppe wirklich gut. Vielmehr verstärkt sich der Eindruck, dass sich ein Teil der türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in eigene soziale Gemeinschaften zurückziehen.

Obwohl die meisten türkischen Migranten schon seit langem in Deutschland leben und knapp die Hälfte von ihnen sogar hier geboren wurde, zeigen sie die geringste Tendenz zur Assimilation. Nur 32 Prozent haben bisher die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Ein Grund dafür könnte das deutsche Einbürgerungsgesetz sein, das eine doppelte Staatsbürgerschaft nur für Minderjährige vorsieht – und das auch erst seit dem Jahr 2000. Mit dem achtzehnten Geburtstag muss eine Entscheidung für oder gegen die deutsche Staatsbürgerschaft erfolgen. Vielen Türkischstämmigen in Deutschland scheint der Schritt, sich auch über den rechtlichen Status zu Deutschland zu bekennen, schwer zu fallen. Gleichwohl sind diejenigen, die sich für einen deutschen Pass entschieden haben, deutlich besser integriert. Das deutet darauf hin, dass in dieser Gruppe Integrationserfolg und Einbürgerungswille zusammenhängen.

Wie wichtig für türkischstämmige Migranten die eigene soziale Gemeinschaft ist, zeigt sich noch offensichtlicher am äußerst geringen Anteil bikultureller Ehen: Er liegt bei nur fünf Prozent. Für diesen geringen Anteil dürfte wie bei Personen, die aus dem Nahen Osten stammen, auch der muslimische Glaube eine Rolle spielen. Dies trifft in einem ähnlichen Maß auf die zweite Generation zu, in der der Anteil bikultureller Ehen nur minimal steigt.

In der Fachwelt wird noch kontrovers darüber diskutiert, ob der hier verwendete und diskutierte Indikator bikultureller Ehen als Zeichen für Vermischung mit der Mehrheitsgesellschaft ein ausschlaggebendes Kriterium für gute Integration ist. Aber selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte – auch im Bildungsbereich und im Erwerbsleben sind die Türkischstämmigen äußerst schlecht integriert. In keiner anderen Herkunftsgruppe finden sich mehr Menschen ohne Bildungsabschluss (30 Prozent) und weniger mit einer Hochschulberechtigung (14 Prozent). Dabei sind wie in den anderen Herkunftsgruppen deutlich mehr Frauen als Männer ohne Bildungsabschluss geblieben – anders als bei den Einheimischen. Frauen erreichten bisher auch seltener die Hochschulreife. Einziger Hoffnungsschimmer: Die Mädchen holen aber auf und stellen inzwischen an der gymnasialen Oberstufe gegenüber den Jungen die Mehrheit. Im Schnitt verbessert sich das Bildungsniveau der türkischstämmigen Migrantengruppe von der ersten zur zweiten Generation. Dennoch schneidet die zweite türkische Generation im Bildungsbereich deutlich schlechter ab als die in Deutschland geborenen Mitglieder aller anderen Herkunftsgruppen.

Auf dem Arbeitsmarkt schaffen es die türkischen Migranten kaum, derartige Bildungsdefizite auszugleichen. Auch hier ist bedenklich, wie wenig sich die in Deutschland Geborenen im Vergleich zu ihren Eltern verbessern. Lediglich die Jugenderwerbslosenquote sinkt in der zweiten Generation deutlich, bleibt aber insgesamt auf hohem Niveau. Personen türkischer Herkunft, egal welcher Generation, machen sich entgegen landläufiger Auffassung nur selten selbstständig, arbeiten kaum im öffentlichen Dienst und sind auch in Vertrauensberufen deutlich unterrepräsentiert. Die Hausfrauenquote liegt sehr hoch – fast zweieinhalbmals höher als unter den Einheimischen.

Ihr – relativ betrachtet – bestes Integrationsergebnis erreichen die Personen türkischer Herkunft beim Vergleich der Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen. Sie sind mit 16 Prozent zwar doppelt so häufig von Sozialleistungen abhängig wie Einheimische, liegen aber im Vergleich mit anderen Migrantengruppen im Mittelfeld. Diese Situation verbessert sich in der zweiten Generation allerdings nur leicht. Beim Vergleich der am stärksten besetzten Einkommensklasse wiederum zeigen sich die türkischen Migranten recht erfolgreich und liegen sogar gleichauf mit den Aussiedlern und der südeuropäischen Herkunftsgruppe.

Einbürgerung als Integrationsmotor

32 Prozent aller türkischstämmigen Migranten besitzen einen deutschen Pass. Die deutsche Staatsbürgerschaft scheint sich in dieser Herkunftsgruppe stark auf die Integration auszuwirken: Bei einigen Indikatoren schneiden eingebürgerte oder als Deutsche geborene türkischstämmige Migranten sogar doppelt so gut ab wie solche mit türkischem Pass.

- türkische Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft
- türkische Migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft
- Durchschnitt aller Herkunftsgruppen



Ausgewählte Indikatoren in Prozent
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

In Deutschland geborener erfolgreicher Großhändler

Herr F. wurde 1969 in eine türkische Familie in Deutschland geboren. Mit 25 schloss er seine Lehre als Handelsvertreter ab, vorher erwarb er bereits die Fachhochschulreife. Zurzeit arbeitet Herr F. als Vollzeitkraft im Großhandel – dies erfordert allerdings eine 50-Stunden-Woche. Von seinem Gehalt, etwas mehr als 2.000 Euro netto im Monat, unterhält er seine Familie. Dabei unterstützt ihn seine einheimische Ehefrau, die acht Stunden pro Woche als Arzthelferin arbeitet. Sie hat sich für eine Teilzeitstelle entschieden, damit sie sich besser um die beiden Töchter kümmern kann, die das schulpflichtige Alter noch nicht erreicht haben. Herr F. wurde 1994 eingebürgert, die Kinder besitzen seit ihrer Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft.

Job verloren und Arbeit suchend

Der 45-jährige Herr G. ist 1985 mit seiner acht Jahre jüngeren Frau und der damals einjährigen gemeinsamen Tochter nach Deutschland eingewandert. Inzwischen hat die Familie vier Töchter und einen Sohn. Die drei älteren Töchter gehen noch (im Jahr 2005) zur Schule. Der Sohn, der als jüngstes Kind im Jahr 2000 geboren wurde, besitzt nach dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz als einziger in der Familie neben dem türkischen auch den deutschen Pass. Erst mit 18 Jahren muss er sich entscheiden, welche Nationalität er behalten möchte. Beide Elternteile verfügen über einen Hauptschulabschluss, aber über keine berufliche Ausbildung. Die Familie lebt im Monat von 1.800 bis 2.200 Euro netto. Herr G. war lange als Textilreiniger tätig. Dann wurde er entlassen, und nun bezieht er Arbeitslosengeld. Seine Frau arbeitet zehn Stunden die Woche als Putzfrau in einem so genannten Mini-Job für eine Gebäudereinigungsfirma. Da sie zusätzlich die Kinder versorgt, bleibt ihr keine Zeit dafür, länger außer Haus zu arbeiten.

Kleine Erfolge der zweiten Generation

Im Sommer 2001 verlor Familienvater Herr Ö. seinen Arbeitsplatz als Schlosser. Für die Familie war das ein harter Schlag, denn das gesamte Einkommen fiel zu einem Zeitpunkt aus, als beide Kinder das Studium begonnen hatten. Nur Frau Ö. arbeitet noch regelmäßig. Sie hat eine Vollzeitstelle als Schneiderin und verdient bis zu 1.300 Euro netto im Monat. Herr Ö. wurde 1955 in der Türkei geboren und kam 1982 nach Deutschland. Damals lebte seine jetzige Frau bereits seit sieben Jahren hier. In den folgenden Jahren kamen der Sohn und die Tochter zur Welt. Während die Eltern jeweils nur einen Hauptschulabschluss erreicht haben, konnten die Kinder das Abitur machen. Im Jahr 2001 erhielten alle Mitglieder der vierköpfigen Familie die deutsche Staatsbürgerschaft.

Herkunft: Weitere Länder der EU-25

Keine Probleme mit der Integration

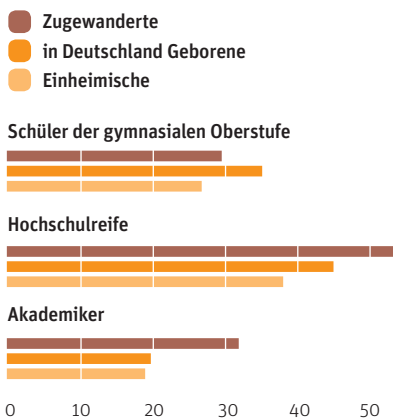
Die Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 weisen den besten Integrationserfolg auf. Bei den meisten Indikatoren nähern sich ihre Ergebnisse denen der Einheimischen an, zum Teil erzielen sie sogar bessere Werte. Die gute Integrationsleistung dieser Migrantengruppe schlägt sich in allen untersuchten Bereichen nieder. Bereits die Zugewanderten sind sehr gut integriert. Ihre in Deutschland geborenen Nachkommen können die Erfolge ihrer Eltern auf dem Arbeitsmarkt noch leicht verbessern. Im Bereich Bildung sind die Werte einiger Indikatoren allerdings rückläufig. Dennoch schneiden die hier Geborenen im Vergleich mit den zweiten Generationen der anderen Herkunftsgruppen am besten ab.

Den Personen aus den Weiteren Ländern der EU-25 fällt es offenbar leicht, sich dauerhaft auf Deutschland und seine Menschen einzulassen, beziehungsweise es wird ihnen leicht gemacht. Besonders deutlich wird das beim Anteil der bikulturellen Ehen. 61 Prozent aller verheirateten Personen dieser Gruppe sind mit einer Partnerin oder einem Partner aus Deutschland verheiratet – deutlich mehr als in allen anderen Herkunftsgruppen. Dabei lässt sich kein geschlechterspezifisches Ungleichgewicht feststellen. Der hohe Anteil der deutschen Staatsbürger in der Gruppe deutet ebenfalls darauf hin, dass viele dieser Menschen die Absicht haben, dauerhaft in Deutschland zu bleiben. Es verwundert kaum, dass sowohl der Anteil bikultureller Ehen als auch der deutschen Staatsbürger in der zweiten Generation noch weiter steigt.

Im Bildungsbereich schneiden die Personen aus den Weiteren Ländern der EU-25 besser ab als die Einheimischen. Dies liegt zum großen Teil an dem herausragenden Bildungsniveau der selbst Zugewanderten. Über die Hälfte von ihnen kann das Abitur vorweisen, fast ein Drittel hat eine akademische Ausbildung. Dabei konnten 39 Prozent von ihnen ihren höchsten Ausbildungsabschluss bereits vor der Zuwanderung nach Deutschland erwerben. Unter den Akademikern sind das sogar 53 Prozent. Auffällig ist dabei, dass knapp 80 Prozent der hoch Gebildeten ausländische Staatsbürger geblieben sind, was daran liegen kann, dass viele von ihnen nur für kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse oder für eine Weiterbildung nach Deutschland gekommen sind. Unter ihnen scheint die persönliche Identifikation mit dem Gastland geringer ausgeprägt zu sein.

Führend in Sachen Bildung

Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 sind besonders gut gebildet. Obwohl sich die Bildungswerte im Vergleich zwischen den Zugewanderten und ihren hier geborenen Kindern leicht verschlechtert haben, verfügen in der zweiten Generation noch immer weitaus mehr Personen über das Abitur, als es bei den Einheimischen der Fall ist. Auch bei der Zahl der Universitätsabschlüsse fallen die hier Geborenen gegenüber den Zugewanderten etwas ab.



Ausgewählte Indikatoren in Prozent
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF,
eigene Berechnung)

Die Generation der in Deutschland geborenen Personen kann die herausragenden Bildungswerte der Zugewanderten nicht halten. So entwickelt sich der Anteil der Personen mit Hochschulreife wie auch jener mit akademischer Ausbildung leicht rückläufig. Er liegt aber immer noch über dem der einheimischen Vergleichsgruppe. Auch der Anteil der Frauen unter den Abiturienten überwiegt in dieser Herkunftsgruppe deutlich. Unter den Akademikern sind jedoch mehr Männer zu finden.

Auf dem Arbeitsmarkt erweisen sich die Personen aus den Weiteren Ländern der EU-25 ebenfalls als integrationsstärkste Gruppe. Allerdings zeigen sie hier gegenüber den einheimischen Erwerbstätigen leichte Defizite. Sie sind etwas häufiger erwerbslos und stellen weniger Beschäftigte im öffentlichen Dienst sowie in Vertrauensberufen als Einheimische.

Die Selbstständigenquote der Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 ist deutlich höher als bei den Einheimischen. Jene ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind dabei doppelt so häufig selbstständig wie jene mit deutschem Pass. Ein Grund dafür könnte der für mittel- und osteuropäische Mitgliedsstaaten nur teilweise geöffnete Arbeitsmarkt sein, dessen Beschränkungen sich etwa durch die selbstständige Anmeldung eines Gewerbes umgehen lassen. So fand das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) heraus, dass der Anteil der Selbstständigen unter den zwischen dem Frühjahr 2004 und dem Frühjahr 2005 zugewanderten Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken von vorher acht auf 40 Prozent gestiegen ist.²⁷ Unter den Selbstständigen sind Unternehmer, Ärzte, Dolmetscher und Softwareentwickler, aber auch Kaufleute, Gaststättenbetreiber und Gebäudereiniger.

Der Anteil der weiblichen Personen im erwerbsfähigen Alter, die freiwillig auf eine Beschäftigung verzichten, liegt höher als bei den einheimischen Frauen. Dies könnte ein

Zeichen dafür sein, dass in dieser Herkunftsgruppe mehr Männer als Frauen als Arbeitsmigranten nach Deutschland kommen, es aber für ihre mitziehenden Partnerinnen schwerer ist, einen Arbeitsplatz zu finden. Denn in der zweiten Generation steigt der Anteil an erwerbstätigen Frauen und übertrifft den der Einheimischen sogar leicht.

Im Bereich der sozialen Absicherung unterscheidet sich diese Migrantengruppe kaum von den Einheimischen. Auffälliger sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Wie auch bei den Einheimischen hängen Männer etwas häufiger als Frauen von öffentlichen Leistungen ab. Gleichzeitig erreichen sie deutlich häufiger höhere Einkommensklassen. Dabei verdienen Migranten, die der Nationalität ihres Herkunftslandes treu geblieben sind, mehr als diejenigen mit deutschem Pass. Die finanziell besser Gestellten halten also eher die Bindung zu ihren Herkunftsländern aufrecht. Bei fast allen anderen Herkunftsgruppen – einzige Ausnahme sind die südeuropäischen Migranten – ist es umgekehrt: Diejenigen mit deutscher Staatsbürgerschaft erzielen höhere Einkommen.

Insgesamt treten in dieser Herkunftsgruppe keine schwerwiegenden Integrationsprobleme auf. Dazu trägt sicherlich bei, dass die einheimische deutsche Bevölkerung enge wirtschaftliche (und kulturelle) Kontakte zu ihren europäischen Nachbarn unterhält. So nehmen auch immer mehr vor allem hoch qualifizierte Einheimische Arbeitsangebote in anderen Ländern der EU an. Es ist anzunehmen, dass sich die Unterschiede, die zwischen den Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 und der einheimischen Bevölkerung noch bestehen, in Zukunft weiter auflösen werden. Einzig die höhere Erwerbslosigkeit, die vor allem unter den Jugendlichen dieser Gruppe herrscht, weist auf verbleibende Schwächen in der Integration hin.

Herkunft: Südeuropa

Trotz hoher Bildungsdefizite stark auf dem Arbeitsmarkt vertreten

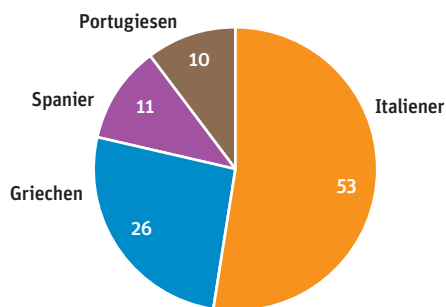
Obwohl ihre Angehörigen oft seit Jahrzehnten in Deutschland leben, erreicht die Herkunftsgruppe der Südeuropäer in ihren Integrationsleistungen nur ein Mittelmaß. Im Erwerbsleben schneiden ihre Mitglieder gut ab – besser als die meisten anderen Herkunftsgruppen. In der Bildung liegen sie dagegen hinter den Aussiedlern und sind im Schnitt deutlich schlechter qualifiziert als die Einheimischen.

Innerhalb dieser Gruppe fallen erhebliche Unterschiede auf. So können sich die Spanier am ehesten mit den Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 messen. Der Anteil der spanischen Schulabgänger mit Abitur sowie der Hochschulabsolventen liegt mit 51 respektive 27 Prozent deutlich über dem entsprechenden Wert der Einheimischen und ziemlich genau gleichauf mit den Werten, die die Gruppe der Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 erreicht. Wesentlich schlechtere Ergebnisse als die Spanier erzielen die Portugiesen. Sie bilden bei den meisten Indikatoren das Schlusslicht der Gruppe. So ist beispielsweise der Anteil der Portugiesen ohne Schulabschluss mehr als doppelt so hoch wie unter den Spaniern. Darin spiegelt sich das Bildungsniveau der Herkunftsländer wider, denn die Portugiesen verfügen über die schlechteste Schulbildung innerhalb der EU-25.²⁸

Nur 18 Prozent der südeuropäischen Migranten besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Das ist der niedrigste Wert unter allen Gruppen. Die Zugewanderten haben sogar zu

Die Italiener bilden die größte Gruppe unter den südeuropäischen Migranten

Die heute in Deutschland lebenden Migranten südeuropäischer Herkunft, unabhängig von ihrer Nationalität, kamen etwa zur Hälfte während der Gastarbeiterzeit. Wirtschaftlich haben sie sich vergleichsweise gut integriert – in Sachen Bildung sind sie jedoch weit entfernt vom einheimischen Durchschnitt.



Anteil der Nationen an allen Personen mit südeuropäischem Migrationshintergrund in Prozent (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

95 Prozent ihre Staatsbürgerschaft behalten. In der zweiten Generation haben zwar immerhin 35 Prozent einen deutschen Pass – im Vergleich zu anderen Gruppen ist das aber wenig. Damit fühlen sich südeuropäische Migranten am meisten ihren alten Heimatländern verbunden.

Auch der Anteil bikultureller Ehen ist unter den Migranten aus Südeuropa niedrig – mit Ausnahme der Spanier, die den Gesamtwert der Gruppe nach oben treiben: Knapp die Hälfte der aus Spanien stammenden Menschen hat einen deutschen Ehepartner gewählt – aber nur zwölf Prozent der Griechen. Insgesamt sind deutlich mehr südeuropäische Männer mit einer deutschen Ehefrau verheiratet als südeuropäische Frauen mit deutschen Männern. Diese Schieflage lässt sich darauf zurückzuführen, dass viele der Migranten dieser Herkunftsgruppe einst als männliche und partnerlose Gastarbeiter nach Deutschland gekommen sind.

Die Bildung ist der Schwachpunkt der südeuropäischen Migrantengruppe. Ihre Mitglieder bleiben zwölfmal häufiger ohne Bildungsabschluss als die Einheimischen. Die Hälfte der hier Geborenen hat entweder nur einen Haupt- oder gar keinen Schulabschluss. Bei den Zugewanderten sind es sogar 76 Prozent – wiederum ein Hinweis auf den Einfluss der Gastarbeiterwanderung. Wie in anderen Herkunftsgruppen gibt es anteilig mehr Frauen ohne Bildungsabschluss. Frauen erlangen allerdings auch häufiger die Hochschulreife und sind im Schnitt akademisch besser qualifiziert als Männer, was im Vergleich eher ungewöhnlich ist. Insgesamt schneiden deutsche Staatsbürger mit südeuropäischem Migrationshintergrund bei allen Bildungsindikatoren besser ab als Südeuropäer, die ihre alte Nationalität behalten haben.

Gut integriert sind die südeuropäischen Migranten hingegen in das Erwerbsleben. Keine andere Herkunftsgruppe vermag Bildungsdefizite derart gut auszugleichen. Das könnte daran liegen, dass es das breite Netzwerk der seit den 1960er Jahren ansässigen Migranten sowohl in Deutschland Geborenen als auch Neuankömmlingen erleichtert, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Viele von ihnen haben sich zudem selbstständig gemacht – zumeist in der Gastronomie.

Auf diese Weise erreichen die Menschen mit südeuropäischem Migrationshintergrund bei einigen Arbeitsmarktindikatoren nahezu die Werte der Einheimischen. Die Jugenderwerbslosigkeit liegt sogar knapp unter dem Wert der Einheimischen und zeigt mit 13 Prozent die niedrigste Quote überhaupt auf. Besonders die südeuropäischen Jugendlichen mit deutschem Pass schneiden bei diesem Indikator sehr gut ab. Auch der Anteil derjenigen, die von öffentlichen Leistungen abhängig sind, ist zwischen der ersten und der zweiten Generation von über elf auf unter acht Prozent gefallen.

Spanische Gewinner, portugiesische Verlierer

Bei allen vier aufgezeigten Indikatoren schneiden die Spanier unter den südeuropäischen Migranten am besten ab. Sie sind ähnlich gut integriert wie die Europäer der Weiteren Länder der EU-25 und erzielen teilweise bessere Ergebnisse als die Einheimischen. Die Italiener, die den größten Anteil der Gruppe ausmachen, schneiden mittelmäßig ab. Die Portugiesen hinken in Sachen Bildung deutlich hinterher und haben Schwierigkeiten mit dem Berufseinstieg.

Herkunft

- Italiener
- Griechen
- Spanier
- Portugiesen
- Einheimische
- Weitere Länder der EU-25

ohne Bildungsabschluss



Hochschulreife



Akademiker



Erwerbslosenquote



Jugenderwerbslosenquote



0 10 20 30 40 50

Ausgewählte Indikatoren im Vergleich nach Herkunftsnationen in Prozent
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Gastarbeiterpaar

Die 55-jährige Portugiesin Frau Z. hat die ersten 20 Jahre ihres Lebens in ihrer südeuropäischen Heimat verbracht. 1969 kam sie nach Deutschland. Seither arbeitet sie als Vollzeitkraft in der Industrie. Ihr Mann ist Anfang der 1970er Jahre im Alter von 23 Jahren eingewandert und in Deutschland als Isolierer im Baugewerbe tätig – wie seine Gattin oft in Schichtarbeit. Beide verdienen jeweils zwischen 1.300 und 1.700 Euro netto im Monat. Der 24-jährige Sohn ist in der gleichen Branche beschäftigt wie sein Vater. Er arbeitet als Maschinenführer. Sein Verdienst entspricht dem seiner Eltern, obwohl der Sohn im Gegensatz zu ihnen nach der Hauptschule eine Lehre abgeschlossen hat. Die Familie hat die deutsche Staatsbürgerschaft bisher nicht beantragt.

Das durchschnittliche Einkommen der Südeuropäer liegt im Mittelfeld, wobei südeuropäische Frauen deutlich weniger verdienen als Männer. Der Anteil der Frauen, die nicht erwerbstätig sind, hat sich zwischen den Generationen merklich verringert: 31 Prozent der Frauen mit eigener Migrationserfahrung bleiben freiwillig zu Hause, aber nur 17 Prozent der hier Geborenen. Ihr Anteil ist damit geringer als bei den Einheimischen. Männer sind häufiger selbstständig als Frauen, diese dagegen öfter im öffentlichen Dienst und in Vertrauensberufen tätig. Der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten ist mit acht Prozent jedoch insgesamt gering.

Im Großen und Ganzen kommt die Gruppe der Südeuropäer relativ gut in Deutschland zurecht. Nur mit dem Bildungssystem haben manche ihre Probleme. Das Beispiel der Spanier zeigt jedoch, dass Verbesserungen möglich sind.

Bikulturelles Ehepaar mit spanischer Tochter

Herr E. wurde 1967 in Deutschland geboren, besitzt aber noch die spanische Staatsbürgerschaft seiner Eltern. Nach der Realschule hat er eine Ausbildung abgeschlossen und verdient in seiner unbefristeten Stelle als Industriemechaniker bis zu 2.300 Euro netto im Monat. Von diesem Gehalt ernährt er seine deutsche Frau und die gemeinsame fünfjährige Tochter. Frau E. hat nach dem Abitur eine Ausbildung zur Sekretärin gemacht und bis zur Elternzeit in einem kleinen Unternehmen gearbeitet. Das bikulturelle Paar hat beschlossen, dass die Tochter nur die spanische Staatsbürgerschaft erhalten soll.

Bildungsmigrantin

Die 22-jährige Griechin Frau G. ist gleich nach dem Abitur im Jahr 2000 nach Deutschland gezogen. Sie studiert in Nordrhein-Westfalen und nimmt an Weiterbildungsprogrammen ihrer Universität teil. Neben dem Studium arbeitet sie fünf Stunden pro Woche als studentische Hilfskraft. Ihre Stelle ist allerdings auf acht Monate befristet. Für das Leben in Deutschland stehen ihr 500 bis 700 Euro im Monat zur Verfügung. Sie lebt allein und wird finanziell von ihren Eltern unterstützt, die in Griechenland wohnen.

Herkunft: ehemaliges Jugoslawien

Nirgendwo richtig dabei

Die Herkunftsgruppe aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens schneidet in der Bewertung durch den IMI nur wenig besser ab als die der Türkischstämmigen. Insbesondere in den Bereichen Assimilation und Bildung weisen diese Migranten sehr schwache Integrationswerte auf. Daran gemessen ist ihre Integration in den Arbeitsmarkt relativ gut gelungen.

Unter den Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien finden sich mit 19 Prozent nach den südeuropäischen Migranten die wenigsten deutschen Staatsbürger. Nur neun Prozent haben durch Einbürgerung die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Die anderen sind Deutsche von Geburt an. Ein möglicher Grund für die Zurückhaltung bei der Einbürgerung: Viele der heute hier lebenden ehemaligen Jugoslawen sind als Bürgerkriegsflüchtlinge gekommen und hatten anfangs nicht die Absicht, sich auf Dauer in Deutschland niederzulassen. Auch könnte es sein, dass viele von ihnen nicht die Bedingungen für eine Einbürgerung erfüllen. Der niedrige Anteil bikultureller Ehen deutet jedoch darauf hin, dass es dieser Migrantengruppe insgesamt schwer fällt, auf die deutsche Gesellschaft zuzugehen. Nur unter den türkischstämmigen Migranten ist die Bereitschaft zur Ehe mit einem Einheimischen noch geringer. Die Generation der hier Geborenen zeigt sich in diesen Punkten zwar offener, sie weist aber im Vergleich zu anderen Herkunftsgruppen noch immer sehr niedrige Werte auf.

Im Bereich Bildung zeigt sich das größte Integrationsdefizit. Der Anteil der Menschen ohne Schul- oder Berufsausbildung liegt mit 14 Prozent deutlich höher als unter den Einheimischen. Im Vergleich zu diesen besuchen nur knapp halb so viele Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawen die gymnasiale Oberstufe, sind hochschulberechtigt oder haben ein Studium abgeschlossen. Selbst die türkischstämmigen Migranten weisen hier größere Erfolge auf. Zudem ist in Bildungsbelangen insgesamt nur eine leichte Tendenz zur Verbesserung von der ersten zur zweiten Generation zu beobachten.

Ähnlich wie den Mitgliedern der südeuropäischen und der türkischen Herkunftsgruppe gelingt einem Teil der ehemaligen Jugoslawen trotz ihres Bildungsdefizits der Sprung auf den Arbeitsmarkt. Hier sind sie erfolgreicher als etwa Migranten aus dem Nahen Osten oder Afrika, obwohl diese im Schnitt über ein deutlich höheres Bildungsniveau verfügen. Gleichwohl ist die Integration von Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien in den Arbeitsmarkt insgesamt schlecht. So liegt die Erwerbslosenquote mit 19 Prozent doppelt so hoch wie bei Einheimischen. Der Anteil der Selbstständigen ist mit sechs Prozent sehr niedrig. Im öffentlichen Dienst sind ehemalige Jugoslawen selten vertreten, ebenso in Vertrauensberufen.

Auffallend ist, dass auch die Generation der in Deutschland Geborenen kaum besser in den Arbeitsmarkt vordringt. Eine deutliche Verbesserung zeigt sich nur bei der Hausfrauenquote: Sie ist in der zweiten Generation von 35 auf 15 Prozent gesunken und hebt damit den Anteil der Erwerbspersonen insgesamt an. Zudem sind in der zweiten Generation doppelt so viele Erwerbstätige in Vertrauensberufen beschäftigt wie in der ersten. Solche Stellen entfallen vor allem auf Berufe bei Banken oder Versicherungen.

Obwohl die Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien auf dem Arbeitsmarkt geringfügig besser abschneiden als die türkischen Migranten, sind sie mit 18 Prozent anteilig stärker von öffentlichen Leistungen abhängig.

Die Migrantengruppe aus dem ehemaligen Jugoslawien gehört zu den am schlechtesten integrierten überhaupt und benötigt daher besondere Aufmerksamkeit. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wahrscheinlich viele der zu Zeiten des Bürgerkrieges Zugewanderten ursprünglich eine Rückkehr in ihre Heimat im Sinn hatten, einen solchen Schritt aber wegen der nach wie vor schwierigen Wirtschaftslage in den meisten Regionen des ehemaligen Jugoslawiens mittlerweile nicht mehr anstreben. Die Bereitschaft, sich auf die deutsche Gesellschaft einzulassen, war aufgrund der möglichen, immer kurz bevorstehenden Rückkehr vermutlich wenig ausgeprägt.

Dieser Herkunftsgruppe droht ein weiteres Abrutschen in die sozialen Randgruppen, wenn ihre Angehörigen nicht im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt massive Fortschritte erzielen. Dabei benötigen sie Unterstützung, denn nur so kann sich ihnen der Weg zu mehr Teilhabe an der deutschen Gesellschaft öffnen.

Herkunft: Ferner Osten

Frauenüberschuss und Bildungshunger

Im Integrationsvergleich schneiden die Migranten aus dem Fernen Osten überraschend gut ab. Ausschlaggebend hierfür ist ihr hoher Bildungsstand, aber auch die deutliche Tendenz zur Vermischung mit der einheimischen Bevölkerung. So führen 31 Prozent aller Verheirateten mit fernöstlichem Migrationshintergrund ihre Ehe mit einem Einheimischen. Sehr auffällig ist, dass darunter 81 Prozent Frauen sind. Ein Grund dafür könnte sein, dass viele Migrantinnen aus fernöstlichen Ländern einwandern, weil sie einen deutschen Heiratspartner gefunden haben. Das ist zumindest bei den thailändischen Zuwanderinnen der Fall.²⁹ Die vielen bikulturellen Ehen erklären auch den starken Anstieg des Anteils der Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft in der zweiten Generation, der sich von 24 auf 74 Prozent mehr als verdreifacht: Kinder aus derartigen Beziehungen haben im Allgemeinen einen deutschen Pass.

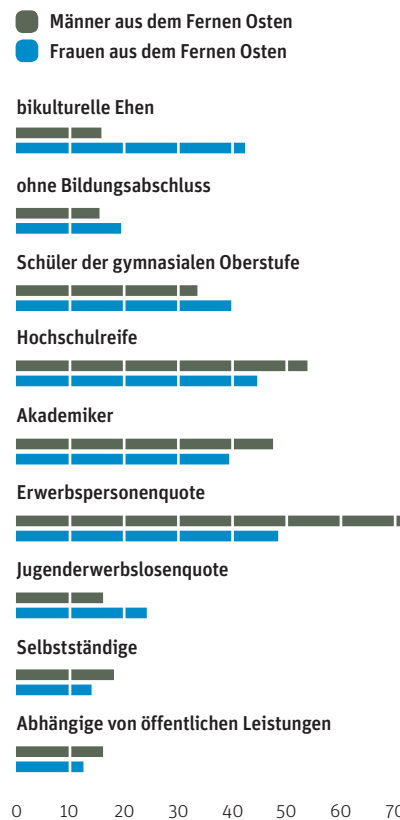
Im Bildungsbereich schneidet die fernöstliche Herkunftsgruppe insgesamt gut ab. Zwar haben 18 Prozent ihrer Angehörigen keinen Bildungsabschluss, doch dieser Wert sinkt in der zweiten Generation deutlich. Dabei fällt in dieser Herkunftsgruppe auf, dass hier anders als üblich Frauen schlechter qualifiziert sind als Männer. Sie haben nicht nur häufiger gar keinen Bildungsabschluss, sondern verfügen auch seltener über das Abitur. Die Vermutung liegt nahe, dass gerade Frauen, die mit Heiratsabsichten nach Deutschland gekommen sind, eher aus niedrigeren Bildungsschichten stammen und auch in Deutschland mögliche Abschlüsse nicht nachholen. Dieser Trend könnte sich allerdings bei den in Deutschland Geborenen ändern: Im Jahr 2005 haben aus dieser Gruppe bereits mehr Mädchen als Jungen die gymnasiale Oberstufe besucht.

Besonders gut vertreten sind die Migranten aus dem Fernen Osten in den oberen Bildungsklassen. So konnten in der zweiten Generation 63 Prozent die Hochschulreife erlangen. Unter den Einheimischen sind es insgesamt nur 38 Prozent. Auch der Anteil an Akademikern liegt in der gesamten Herkunftsgruppe mit 43 Prozent mehr als doppelt so hoch wie unter den Einheimischen und wird nur noch von der Gruppe aus dem Nahen Osten übertroffen. Anders als bei allen anderen Herkunftsgruppen (mit Ausnahme der Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25) ist die Bereitschaft zur Einbürgerung unter den hoch Gebildeten nicht höher als in den anderen Bevölkerungsschichten. Ein Teil dieser Personen wird also wahrscheinlich eines Tages in die Heimat zurückkehren wollen.

Gemessen an dem insgesamt hohen Bildungsniveau erscheint das mittelmäßige Abschneiden der Menschen fernöstlicher Herkunft auf dem Arbeitsmarkt umso bedenklicher. Mit 17 Prozent sind fast doppelt so viele Personen erwerbslos wie bei den Einheimischen. Noch höher ist die Jugenderwerbslosenquote, vor allem unter Frauen. Dabei wäre es gerade für junge Frauen wichtig, einen Weg in den Arbeitsmarkt zu finden, denn die Hausfrauenquote in dieser Gruppe ist mit 42 Prozent mehr als doppelt so hoch wie unter den einheimischen Frauen.

Mehr Frauen in bikulturellen Ehen – mehr Männer im Erwerbsleben

Unter den Zugewanderten aus dem Fernen Osten dominieren zahlenmäßig die Frauen. Das liegt zum Teil an der Heiratsmigration: Deutlich mehr Frauen aus dem Fernen Osten gehen eine Ehe mit einem einheimischen Mann ein als umgekehrt. Dafür sind die Männer im Schnitt höher gebildet und finden sich auch besser auf dem Arbeitsmarkt zurecht. In Zukunft könnte sich dies aber ändern, denn die gymnasiale Oberstufe besuchen bereits mehr Mädchen als Jungen.



Ausgewählte Indikatoren in Prozent
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Heiratsmigration

Frau M. zog 1989 mit 27 Jahren aus dem Fernen Osten nach Deutschland und holte einige Monate später ihre damals dreijährige Tochter nach. Sie lebt in einer rheinland-pfälzischen Kleinstadt und ist mit einem deutschen Elektriker verheiratet. Er ist der Vater ihres zweiten Kindes, einem 1994 in Deutschland geborenen Sohn. Frau M., die ohne Schulabschluss ist, hat in Deutschland aus familiären Gründen nie erwerbsmäßig gearbeitet. Herr M. hat eine unbefristete Vollzeitstelle und bringt im Monat fast 1.500 Euro netto nach Hause. Herr M. und der Sohn sind deutsche Staatsbürger – Frau M. und ihre Tochter jedoch nicht. Die Tochter hat erfolgreich die Realschule abgeschlossen und macht nun eine Ausbildung zur Sprechstundenhilfe. Ihr Bruder besucht noch die Schule.

Hochqualifizierter sucht Arbeit

1997 wanderte der alleinstehende Herr P. aus dem Fernen Osten ein. Obwohl er sein Studium der Informatik 2002 in Deutschland abschloss, hat er Schwierigkeiten, eine angemessene Arbeit zu finden. Der ledige 35-Jährige jobbt in Berlin als Hilfsarbeiter im Großhandel und verdient dort weniger als 500 Euro im Monat in Teilzeit. Die Arbeitszeit beträgt nur sechs Stunden pro Woche. Darüber hinaus ist die Stelle auf drei Monate befristet. Herr P. würde gern mehr arbeiten, am liebsten wäre er selbstständig. Darum bemüht er sich bereits seit anderthalb Jahren, bislang allerdings ohne Erfolg. Die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt Herr P. nicht.

Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt

Als Achtjähriger wanderte Herr H. mit seinen Eltern und dem zwei Jahre jüngeren Bruder aus Afghanistan nach Deutschland ein. Zehn Jahre später wurde die ganze Familie eingebürgert. Der 22-Jährige lebt mit seiner Mutter und seinem Bruder in Hamburg. Der Vater wohnt nicht mehr bei ihnen, die Eltern sind mittlerweile geschieden. In Deutschland hat Herr H. ein Gymnasium besucht und erfolgreich abgeschlossen. Nun studiert er. Sein jüngerer Bruder hat jedoch keinen Schulabschluss. Er war zuletzt 2002 als Tischler tätig und bemüht sich seither um einen neuen Job. Auch die Mutter sucht nach einer Arbeitsstelle – im Dezember 2003 wurde die gelernte Gastronomin entlassen, die in Deutschland bis dahin als Köchin tätig war. Das Haushaltseinkommen der drei, das hauptsächlich aus Arbeitslosengeld besteht, liegt bei unter 900 Euro netto im Monat.

Positiv fällt bei der Herkunftsgruppe aus dem Fernen Osten die hohe Selbstständigenrate unter den Erwerbstätigen auf, die mit 16 Prozent deutlich die der Einheimischen übertrifft – quer durch alle Bildungsschichten. Die Selbstständigen aus dem Fernen Osten schaffen so häufiger als Migranten anderer Herkunftsgruppen und auch häufiger als Einheimische zusätzliche Arbeitsplätze: 52 Prozent unter ihnen beschäftigen Angestellte, unter den Einheimischen sind es nur 44 Prozent. Auffällig ist hier aber die unterschiedliche Entwicklung zwischen den Geschlechtern: Während unter den Frauen insbesondere die

höher Gebildeten den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, sind es unter den Männern eher die weniger gut Qualifizierten.

Bedingt durch den mäßigen Erfolg auf dem Arbeitsmarkt fällt auch die Integrationsleistung im Bereich soziale Absicherung weniger gut aus. Der Anteil der von öffentlichen Leistungen Abhängigen ist mit 14 Prozent deutlich höher als unter den Einheimischen. Allerdings ist zu bedenken, dass sich unter den Migranten aus dem Fernen Osten auch einige Asylbewerber befinden. Sie haben meist keine andere Wahl, als öffentliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, da sie keine Arbeitserlaubnis in Deutschland erhalten. Für diese Interpretation spricht, dass der Anteil der von öffentlichen Leistungen Abhängigen in der zweiten Generation um mehr als die Hälfte zurückgeht.

Es zeigt sich also, dass die Gruppe der Migranten aus dem Fernen Osten aufgrund ihres sehr guten Bildungsniveaus ein großes Potenzial für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands birgt. Dieses Potenzial wird jedoch auf dem Arbeitsmarkt bislang viel zu wenig ausgeschöpft, denn die Erwerbspersonenquote ist mit knapp 60 Prozent sehr niedrig. Dies gilt insbesondere für die Frauen, von denen nur ungefähr die Hälfte dem Arbeitsmarkt überhaupt zur Verfügung steht.

Erfolgreich selbstständig

Anfang der 1980er Jahre wanderten Herr und Frau N. in die ehemalige DDR ein. Die in Thüringen lebenden Vietnamesen haben beide einen Schulabschluss auf Realschulniveau. Herr N. hat außerdem in der DDR eine Ausbildung zum Bäcker gemacht. Mittlerweile ist er im Einzelhandel selbstständig und relativ erfolgreich: Er verfügt über ein monatliches Einkommen von ungefähr 1.000 Euro netto. Das ist etwas mehr als seine Frau verdient, die als Lebensmittelverkäuferin in Vollzeit arbeitet. Das Ehepaar hat zwei Kinder: Die vierzehnjährige Tochter und der zwölfjährige Sohn sind beide in Deutschland geboren und besitzen sowohl die vietnamesische als auch die deutsche Staatsbürgerschaft.

Herkunft: Naher Osten

Eine Gruppe voller Gegensätze

Unter den Migranten aus dem Nahen Osten zeigen die Indikatoren eine Reihe von Extremwerten. Von allen Migrantengruppen hat diese den höchsten Anteil an Hochschulabsolventen. Sie leidet aber zugleich unter der höchsten Arbeitslosenquote. Menschen aus dem Nahen Osten stellen im Vergleich die meisten Selbstständigen, gleichzeitig aber auch die meisten nicht erwerbstätigen Hausfrauen. Auch wenn diese Gruppe bei einzelnen Indikatoren sehr gut abschneidet, bewirken die schlechten Ergebnisse in anderen Bereichen, dass sie hinsichtlich ihrer Integrationsleistungen insgesamt nur das untere Mittelfeld erreicht.

40 Prozent der Migranten aus dem Nahen Osten besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft – unter den hier Geborenen sogar 74 Prozent. Das sind hohe Werte, die sich mit denen der Zugewanderten aus den Weiteren Ländern der EU-25 messen können. Aber nur 18 Prozent gehen eine Ehe mit einem einheimischen Partner oder einer Partnerin ein – darunter beinahe doppelt so viele Männer wie Frauen. Ein Grund für die geringe Vermischung könnte der muslimische Glaube sein, der das Wertesystem dieser Herkunftsgruppe nach wie vor stark prägt und daher bikulturellen Partnerschaften im Wege stehen kann.

Extreme Gegensätze kennzeichnen vor allem das Bildungsniveau der nahöstlichen Herkunftsgruppe. Während 48 Prozent studiert haben, konnten 22 Prozent weder eine Schule noch eine Lehre abschließen. Immerhin hat sich das Bildungsniveau im Wechsel der Zuwanderergenerationen verbessert: Nur 37 Prozent der Zugewanderten zwischen 20 und 39 Jahren haben eine Hochschulreife, aber bereits 55 Prozent ihrer in Deutschland gebo-

Sowohl sehr gute als auch sehr schlechte Integrationswerte

Die Herkunftsgruppe aus dem Nahen Osten erzielt vor allem in der höheren Bildung sehr gute Ergebnisse und lässt selbst die Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 beim Hochschulabschluss weit hinter sich. Im Erwerbsleben haben die Migranten dieser Gruppe jedoch große Schwierigkeiten und schneiden zum Teil schlechter ab als die türkischstämmigen Migranten – vor allem Frauen. Das liegt zum Teil daran, dass Asylbewerber und Asylanten nur bedingt eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Herkunft

- Weitere Länder der EU-25
- Naher Osten
- Türkei

deutsche Staatsbürgerschaft



ohne Bildungsabschluss



Hochschulreife



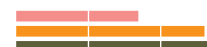
Akademiker



Erwerbslosenquote



Jugenderwerbslosenquote



Hausfrauenquote



Selbstständige



Abhängige von öffentlichen Leistungen



0 10 20 30 40 50

Ausgewählte Indikatoren in Prozent
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF,
eigene Berechnung)

renen Kinder. Trotz der Defizite am unteren Ende des Bildungsspektrums haben es die Menschen aus dem Nahen Osten im Mittel gut geschafft, das Bildungssystem zu nutzen. Dies ist den Männern allerdings besser gelungen als den Frauen. Sie schneiden bei allen Bildungsindikatoren besser ab – mit einer Ausnahme: Unter den 16- bis 20-Jährigen besuchen mehr junge Frauen als Männer die Oberstufe eines Gymnasiums. Damit hat sich die nachwachsende Generation bereits an deutsche Verhältnisse angepasst.

Weniger gut ist es um die Integration der Gruppe in den Arbeitsmarkt bestellt. Die Erwerbslosenquote übertrifft mit 35 Prozent mit Abstand die aller anderen Herkunftsgruppen, die der Einheimischen sogar um das dreieinhalbfache. Erwerbslos sind nicht nur Personen ohne Bildungsabschluss, sondern auch viele Hochschulabsolventen. Frauen haben es dabei noch schwerer als Männer, obwohl sich nicht einmal die Hälfte aller erwerbsfähigen Frauen dem Arbeitsmarkt überhaupt zur Verfügung stellt. Aber mehr noch als das Geschlecht entscheidet der rechtliche Status darüber, ob jemand einen Job hat oder nicht. 42 Prozent der nahöstlichen Migranten ohne deutschen Pass sind erwerbslos, doch nur 24 Prozent mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die mit 58 Prozent sehr niedrige Erwerbstätigenquote ist der fehlenden Arbeitserlaubnis für Personen mit Asylbewerberstatus geschuldet, sicher aber auch der in dieser Gruppe extrem hohen Hausfrauenquote. Insgesamt sind fast doppelt so viele Nicht-Deutsche von öffentlichen Zuwendungen wie Asylbewerberleistungen abhängig wie eingebürgerte Migranten aus dem Nahen Osten.

Die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt sind möglicherweise ein Grund dafür, dass relativ viele – 19 Prozent – aller Erwerbstätigen mit einer Herkunft aus dem Nahen Osten selbstständig arbeiten. Der öffentliche Dienst beschäftigt immerhin zwölf Prozent der Erwerbstätigen dieser Herkunftsgruppe. Ein hoher Anteil von zehn Prozent der erwerbstätigen Menschen ist in Vertrauensberufen tätig – vor allem im medizinischen Bereich. Bei diesem Indikator übertreffen nur die Personen aus den Weiteren EU-25-Staaten und die Einheimischen die Migranten aus dem Nahen Osten. Dennoch zählt ihr Lohnniveau zu den niedrigsten aller Herkunftsgruppen.

Wie die Werte bei den Bildungsindikatoren zeigen auch die meisten Werte der Arbeitsmarktindikatoren einen deutlichen Trend, dass die zweite Generation besser integriert ist als die erste: Die Erwerbslosenquote fällt von 36 auf 22 Prozent und der Anteil der von öffentlichen Leistungen Abhängigen halbiert sich beinahe. Möglicherweise tragen diese Erfolge dazu bei, dass sich nur noch halb so viele Personen aus der zweiten Generation für den Schritt in die Selbstständigkeit entscheiden, durch die viele der Zugewanderten ihre Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zumindest manchmal kompensieren können.

Probleme ohne Berufsabschluss

Der 24-jährige Herr N. aus Schleswig-Holstein ist verheiratet, seine Frau lebt noch in der Heimat im Nahen Osten. Das Ehepaar hat keine Kinder. Mangels Schul- oder Berufsabschlusses hat Herr N. Probleme, eine Arbeitsstelle zu finden. Nach einer längeren Zeit der Arbeitslosigkeit ist er zunächst als Hausmeister im öffentlichen Dienst beschäftigt. Doch die Stelle ist auf ein Jahr sowie auf nicht mehr als 20 Arbeitsstunden pro Woche befristet. Bei einem Monatseinkommen von 300 bis 500 Euro netto lebt Herr N. hauptsächlich von Sozialleistungen.

Großfamilie in Schwierigkeiten

Familie R. lebt seit 2002 in Bremen. Ihr Haushaltseinkommen von 900 bis 1.100 Euro netto im Monat ist knapp bemessen für eine sechsköpfige Familie. Herr R., Vater der gemeinsamen zwei Söhne und zwei Töchter, hat seinen Job als Gebäudereiniger verloren und Schwierigkeiten, eine neue Stelle zu finden. Weder er noch seine sieben Jahre jüngere Frau verfügen über eine Berufsausbildung – beide haben in ihrem Heimatland lediglich die Hauptschule abgeschlossen. Frau R. kann nicht nach einer Arbeit suchen, denn der Alltag in der Großfamilie beansprucht sie vollständig. Keines der Familienmitglieder besitzt bislang die deutsche Staatsbürgerschaft.

Wirtschaftlich starkes Ärztepaar

Das Ehepaar F. kam 1976 nach Deutschland und wurde nach elf Jahren eingebürgert. Sowohl Herr F. als auch Frau F. haben in ihrer alten Heimat, einem kleinen Land des Nahen Ostens, während der 1970er Jahre ein Studium der Humanmedizin abgeschlossen. Heute sind sie als Ärzte angestellt und verfügen beide jeweils über mehr als 2.000 Euro netto im Monat. Herr F. verdient mehr als seine Frau, da er bis zu 60 Stunden pro Woche arbeitet. Frau F. ist dagegen nur 30 Stunden in der Woche berufstätig. Sie leben in Niedersachsen und besitzen noch eine Zweitwohnung.

Ähnlich wie in der Herkunftsgruppe aus dem Fernen Osten verbirgt sich hinter den Migranten aus dem Nahen Osten ein großes wirtschaftliches Potenzial. Vor allem die hoch Qualifizierten ließen sich vermutlich weitaus besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Den vielen qualifizierten Asylanträgen ist es nur aufgrund ihres Status verwehrt zu arbeiten. Weil bisher nur die Hälfte der teilweise gut gebildeten Frauen dem Arbeitsmarkt überhaupt zur Verfügung steht, ließen sich auch unter den Migrantinnen aus dem Nahen Osten weitere Potenziale erschließen.

Herkunft: Afrika

Rückschritte in der zweiten Generation

Die afrikanischstämmigen Migranten bleiben bei vielen Integrationsindikatoren unter dem Durchschnitt aller Herkunftsgruppen und schneiden ebenso schlecht ab wie die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Besonders alarmierend ist dabei, dass die Integrationsleistungen der in Deutschland Geborenen teilweise deutlich schlechter ausfallen als die ihrer Eltern. Das führt dazu, dass die kleinen Erfolge untergehen, die es in dieser Gruppe durchaus gibt. So haben die Menschen mit afrikanischem Migrationshintergrund die besten Integrationswerte im Bereich der Assimilation. Auch in der Bildung sind sie meistens erfolgreicher als die ehemaligen Jugoslawen. Doch auf dem Arbeitsmarkt haben sie größere Schwierigkeiten.

41 Prozent aller Menschen mit afrikanischem Migrationshintergrund besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Das ist der zweithöchste Wert unter den Herkunftsgruppen. Auch der Anteil der biculturellen Ehen fällt mit 34 Prozent sehr hoch aus, ist allerdings in der zweiten Generation rückläufig. Drei Viertel dieser Ehen werden zwischen afrikanischstämmigen Männern und einheimischen Frauen geschlossen.

Der Bildungsstand der afrikanischen Migranten ist sehr unterschiedlich. Erschreckend viele, nämlich ein Viertel, verfügen über gar keinen Bildungsabschluss. Nur unter den türkischstämmigen Migranten liegt dieser Anteil noch höher. Auch der Anteil afrikanischstämmiger Schüler, welche die gymnasialen Oberstufe besuchen, fällt mit 20 Prozent sehr niedrig aus. Gleichzeitig haben 31 Prozent der Afrikanischstämmigen einen Hochschulabschluss – dieser Wert liegt deutlich höher als der der Einheimischen, die nur 19 Prozent erreichen. Allerdings gleicht sich der Wert der zweiten Generation dem der Einheimischen an. Bei fast allen Bildungsindikatoren schneiden Frauen auffällig

Die Ehe mit einem Einheimischen erleichtert die Integration

Fast in allen Bereichen sind Afrikanischstämmige mit deutschen Ehepartnern besser integriert als der Durchschnitt dieser Herkunftsgruppe. Die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen biculturell Verheiratete aber weniger häufig als Andere. Das kann daran liegen, dass durch die Ehe ihr Bleiberecht bereits gewährleistet ist und sie daher nicht auf den Erwerb der Staatsbürgerschaft angewiesen sind.

■ afrikanische Migranten insgesamt
■ afrikanische Migranten mit deutschem Ehepartner

deutsche Staatsbürgerschaft



ohne Bildungsabschluss



Hochschulreife



Akademiker



Erwerbslosenquote



Erwerbspersonen



Abhängige von öffentlichen Leistungen



Selbständige



Beschäftigte im öffentlichen Dienst



Vertrauensberufe



0 10 20 30 40 50 60 70 80

Ausgewählte Indikatoren in Prozent
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF,
eigene Berechnung)

schlechter ab als Männer. Einzige Ausnahme: Die Oberstufe von Gymnasien besuchen mehr Mädchen als Jungen. Ebenso auffällig ist, dass Personen, die eine biculturelle Ehe führen, deutlich besser gebildet sind. Sie haben seltener die Schule abgebrochen, erlangen häufiger die Hochschulreife und erreichen in größerer Zahl einen akademischen Abschluss.

In den Arbeitsmarkt sind die afrikanischstämmigen Migranten schlecht integriert. Der Erwerbslosenanteil ist mit 26 Prozent der zweithöchste aller Gruppen und übertrifft sogar den der Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Um die Jugenderwerbslosigkeit ist es noch schlechter bestellt. Mehr als 31 Prozent der Jugendlichen sind erwerbslos – das ist ein trauriger Negativrekord. Dabei haben die männlichen Jugendlichen größere Probleme, einen Job zu finden, als ihre weiblichen Altersgenossen. Das Problem verschärft sich noch deutlich in der zweiten Generation. Besonders alarmierend ist außerdem, dass die afrikanischen Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit bei diesem Indikator schlechter abschneiden als die Migranten mit ausländischem Pass.

Andere Arbeitsmarktsindikatoren zeichnen für die afrikanische Herkunftsgruppe ebenfalls ein düsteres Bild: Nur wenige Erwerbstätige sind im öffentlichen Dienst oder in Vertrauensberufen beschäftigt. Hinzu kommt, dass die Gehälter der Erwerbstätigen sehr gering ausfallen, insbesondere die der weiblichen. Fast die Hälfte aller Erwerbstätigen verdient unter 700 Euro netto im Monat. Diese Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt könnten ein Grund dafür sein, dass vor allem Frauen sich in der Folge stark dem Haushalt widmen. Die Hausfrauenquote ist mit 44 Prozent sehr hoch, verringert sich allerdings bei den Frauen, die in Deutschland geboren

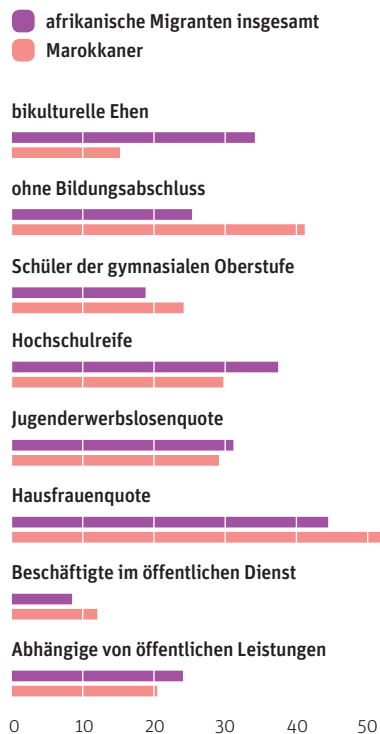
wurden. Aus all diesen eher negativen Werten sticht die Selbstständigenquote mit elf Prozent positiv hervor. Sie beruht allerdings auch darauf, dass viele Angehörige dieser Gruppe die Selbstständigkeit als einzige Chance erleben, überhaupt ein eigenes Einkommen zu erzielen. Dass es sich dabei um eine Notlösung handelt, zeigen die sehr niedrigen Einkommen der afrikanischstämmigen Selbstständigen sowie die Tatsache, dass drei Viertel der „Unternehmer“ keine Angestellten beschäftigen. Dabei sind es eher die erwerbstätigen Menschen mit deutschem Ehepartner, die sich selbstständig machen: Knapp 20 Prozent von ihnen sind ihr eigener Chef.

Fast ein Viertel der afrikanischstämmigen Migranten lebt überwiegend von öffentlichen Leistungen. Nur unter den Menschen des Nahen Ostens sind es anteilig mehr. Unter den Zugewanderten aus Afrika sind freilich auch viele politische Flüchtlinge, die häufig gar keine Arbeitserlaubnis bekommen, selbst wenn sie arbeiten wollten. Wenig überraschend ist darum der Anteil der Erwerbspersonen mit 62 Prozent entsprechend niedrig. Bei den afrikanischstämmigen Migranten, die mit einer deutschen Partnerin oder einem Partner verheiratet sind und denen der hiesige Arbeitsmarkt offen steht, ändert sich die Erwerbsbeteiligung schlagartig. Hier sind 80 Prozent erwerbstätig – ein Wert, der sogar den der einheimischen Vergleichsgruppe um fünf Prozentpunkte übersteigt. Nur ein Sechstel der Afrikaner mit deutschem Ehepartner beziehen ihren Lebensunterhalt aus öffentlichen Leistungen.

Das schlechte Integrationsergebnis der afrikanischstämmigen Migranten zeigt, wie dringend eine Öffnung der Gesellschaft erforderlich ist. Die Migranten aus Afrika müssen mehr in die Gesellschaft eingebunden werden – ein Prozess, der beidseitiger Anstrengungen bedarf. In der Bildung zeigt sich bei einem Teil der Zugewanderten, dass deutlich bessere Ergebnisse zu erreichen wären.

Marokkaner holen auf

Unter den afrikanischstämmigen Migranten leben die ehemaligen marokkanischen Gastarbeiter schon die längste Zeit in Deutschland. Da sie vor allem für einfache Arbeiten angeworben wurden, haben viele von ihnen keinen Bildungsabschluss und verfügen seltener über eine Hochschulreife als die afrikanischen Migranten insgesamt. Die lange Zeit in Deutschland hat für die aus Marokko stammenden Bevölkerungsteile auch Vorteile: Die Jugendlichen unter ihnen besuchen mittlerweile häufiger die gymnasiale Oberstufe als der afrikanische Durchschnitt. Auch die Jugenderwerbslosenquote fällt niedriger aus.



Ausgewählte Indikatoren in Prozent
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

ZUSAMMENFASSUNG NACH INTEGRATIONSBEREICHEN

Handicaps und Starthilfen: Welche Vorgaben lassen Integration gelingen?

Die Ergebnisse der Integrationsbewertung für die einzelnen Herkunftsgruppen zeigen ein komplexes Mosaik von Erfolgsgeschichten und ungelösten Problemen. Zunächst: Was

Integration erleichtert und Menschen in Deutschland ankommen lässt, hat sehr viel mit den jeweiligen Umständen und historischen Rahmenbedingungen der Zuwanderung zu tun. Diese Ausgangssituation wird von einer Reihe weiterer Faktoren geprägt: etwa von den Erfahrungen und dem Ausbildungs-

stand der ersten Zuwanderergeneration, der Aufenthaltsdauer, dem sich allmählich organisierenden sozialen Netzwerk der Neuankömmlinge sowie dem Zugang zur rechtlichen Gleichstellung, also vor allem der Möglichkeit, zumindest auf dem Papier Deutscher zu werden.

Ergebnisse der einzelnen Indikatoren des IMI

Bei vielen Indikatoren schneidet die Herkunftsgruppe der Weiteren Länder der EU-25 ebenso gut oder besser ab als die einheimische Vergleichsgruppe. Diesen Personen ist die Integration in weiten Teilen ohne nennenswerte Schwierigkeiten gelungen. Ein anderes Bild zeichnen hingegen die Werte der Türkischstämmigen, denen es sichtlich schwer fällt, den Anschluss zu den anderen Gruppen nicht zu verlieren. Beinahe ebenso große Schwierigkeiten

haben die Menschen mit Migrationshintergrund aus dem ehemaligen Jugoslawien, vor allem in der Bildung. Den Afrikanischstämmigen macht besonders der Arbeitsmarkt zu schaffen. Unter den Menschen aus dem Fernen und Nahen Osten sind dagegen sehr viele hoch qualifizierte. Dennoch haben sie Probleme, vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Keine Gruppe weist derart auseinanderstrebende Ergebnisse auf wie die Gruppe aus dem Nahen Osten: Dort finden sich die höchste Arbeitslosenquote und gleichzeitig die größte Zahl an Akademikern.

Herkunft	Deutsche Staatsbürgerschaft	bikulturelle Ehen	ohne Bildungsabschluss	Schüler der gymnasialen Oberstufe	Hochschulreife	Akademiker	Erwerbslosenquote	Erwerbspersonen	Jugenderwerbslosenquote	Hausfrauenquote	Selbstständige	Beschäftigte im öffentlichen Dienst	Vertrauensberufe	Abhängige von öffentlichen Leistungen	Individualinkommen (Klasse)	Deutsche Staatsbürgerschaft	bikulturelle Ehen	Hochschulreife	Erwerbslosenquote	Abhängige von öffentlichen Leistungen	Gesamt (Punktbewertung)
	Prozent														8	Dynamik*					
	42	61	3	33	51	29	13	72	17	27	15	13	13	9		3,96	1,29	0,84	0,94	0,88	
Weitere Länder der EU-25	42	61	3	33	51	29	13	72	17	27	15	13	13	9	8	3,96	1,29	0,84	0,94	0,88	5,5
Aussiedler	100	18	3	23	28	16	15	75	18	20	5	14	8	13	7	–	3,93	1,69	0,80	0,48	5,1
Ferner Osten	39	31	18	37	48	43	17	59	20	42	16	10	6	14	6	3,04	1,59	1,37	0,86	0,50	4,6
Südeuropa	18	25	17	25	28	17	14	74	13	27	13	8	6	10	7	7,02	1,74	1,13	0,95	0,65	4,4
Naher Osten	40	18	22	28	38	48	35	58	26	54	19	12	10	34	6	2,70	0,87	1,48	0,60	0,47	4,1
ehemaliges Jugoslawien	19	14	14	16	20	10	19	69	18	32	6	10	4	18	7	4,31	1,82	1,45	0,98	0,67	3,2
Afrika	41	34	25	21	37	31	26	62	31	44	11	8	4	24	6	2,78	0,95	0,86	0,98	0,39	3,2
Türkei	32	5	30	18	14	13	23	61	28	48	7	7	4	16	7	2,42	1,40	2,00	1,04	0,78	2,4
Einheimische	–	5	1	27	38	19	10	75	14	20	11	21	17	8	8	–	–	–	–	–	6,1

Indikatorenwerte und Gesamtbewertung der Herkunftsgruppen im Vergleich
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

* Änderungsfaktor der Werte der in Deutschland Geborenen
im Vergleich zu denen der selbst Zugewanderten

Dabei sind die jeweiligen Gründe für gelungene oder missglückte Integration in jeder Herkunftsgruppe ganz spezifisch zusammengesetzt. Der Vergleich solcher Mosaiken bietet für die Analyse der Integrationsschwierigkeiten eine große Chance. Aus der Gegenüberstellung der Gruppen ergibt sich ein Strukturbild zentraler Integrationskriterien, die erfüllt sein müssen, damit ein Mensch sich als vollständiges Mitglied der deutschen Gesellschaft fühlen kann. Diese Kriterien müssen herausgearbeitet werden, um integrationsfördernde Maßnahmen zu identifizieren.

Migranten zwischen neuer Heimat und Parallelgesellschaft

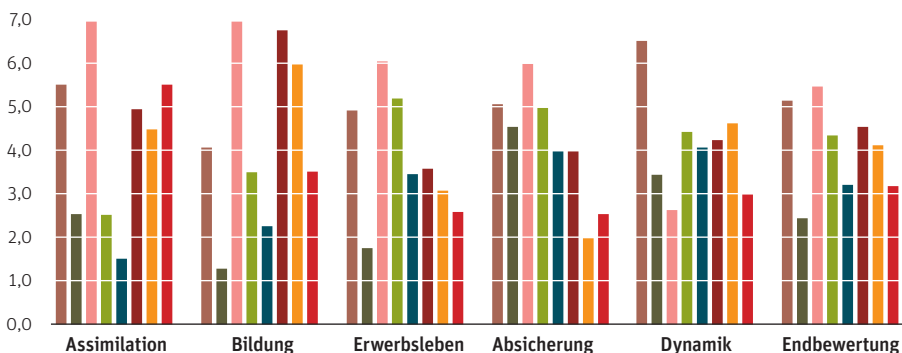
Betrachtet man die Integrationsleistungen der einzelnen Herkunftsgruppen, so lässt sich für keine eine rundum geglückte Integration feststellen. Jede Gruppe hat ihre Stärken und Schwächen, die auf den jeweiligen Zuwanderungsgeschichten ihrer Migranten und ihren individuellen Eigenschaften beruhen. So kamen etwa aus Südeuropa vielfach gering qualifizierte Gastarbeiter. Die damals entstandenen Netzwerke scheinen es Angehörigen dieser Gruppe zu erleichtern, sich einigermaßen erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Dagegen trafen aus dem Nahen und Fernen Osten viele hoch qualifizierte Zuwanderer ein, denen es bis heute Schwierigkeiten bereitet, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen: Viele von ihnen besitzen als Asylbewerber keine Arbeitserlaubnis.

So zeigt sich etwa, dass gut gebildete Migranten aus den fernöstlichen Ländern deutlich leichter mit den Hürden des Arbeitsmarktes zurechtkommen als die Mehrheit der türkischen Zuwanderer. Herkunftsgruppen mit einem hohen geschätzten Anteil an Asylbewerbern, wie etwa die afrikanischen oder nahöstlichen Migranten, können ihr teils gutes Bildungsniveau wiederum wenig auf dem Arbeitsmarkt nutzen. Unsicherheit über ihre Aufenthaltsdauer, schwieriger Zugang zur Arbeitserlaubnis sowie bei den Einheimischen eine vermutlich verbreitete Befangenheit gegenüber den Herkunftskulturen machen diesen Migranten die Jobsuche besonders schwer.

Nach dem IMI gemessene Integrationsleistung der Herkunftsgruppen im Vergleich



(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)



Bereich Assimilation

Deutsche Staatsbürgerschaft und biculturelle Partnerschaften fördern die Integration

Kulturelle Vielfalt wird zunehmend als Bereicherung und Standortvorteil einer Gesellschaft angesehen. Vielfalt kann aber nur fruchten, wenn Möglichkeiten zum Kontakt und Austausch zwischen den einzelnen Kulturen bestehen. Als Indikatoren für diese Annäherung beziehungsweise Assimilation dienen die Anteile der deutschen Staatsbürger und der biculturellen Ehen in den jeweiligen Migrantengruppen. Wie wichtig diese Dimensionen für die Integration sind, zeigt etwa eine Studie des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), die nachweist, dass eine Einbürgerung in den meisten Fällen direkte positive Folgen für den individuellen wirtschaftlichen Erfolg von Migranten hat.³⁰ In der Hamburger Studie wurden Zugewanderte mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft miteinander verglichen, die aus unterschiedlichen sozialen Schichten stammen und unterschiedlichen Bildungsniveaus angehören. Ein Ergebnis: Schon ein Jahr nach dem Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft erzielen Eingebürgerte höhere Gehälter als nicht eingebürgerte Personen der untersuchten Vergleichsgruppe. Die Studie belegt, dass die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft Migranten den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Sie zeigt auch, dass ein solcher Schritt die Motivation fördert, in die eigene Zukunft in Deutschland zu investieren. Gerade von Arbeitgebern wird eine Einbürgerung als positives Signal verstanden und entsprechend bei der Auswahl von Bewerbern honoriert.

Beim Vergleich der Herkunftsgruppen mit dem Index zur Messung von Integration (IMI) können ähnliche Ergebnisse festgestellt werden. So weisen in fast allen Herkunftsgruppen eingebürgerte Migranten ein deutlich höheres Bildungsniveau auf als Zugewanderte, die ihre ausländische Staatsbürgerschaft beibehalten haben. Sie sind seltener erwerbslos, häufiger selbstständig und auch öfter in Vertrauensberufen beschäftigt. Eine Ausnahme bildet dabei die Herkunftsgruppe aus den Weiteren Ländern der EU-25. Unter ihnen sind diejenigen mit ausländischer Staatsbürgerschaft besser gebildet, und sie schneiden auch auf dem Arbeitsmarkt besser ab. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass EU-Ausländer rechtlich den deutschen Staatsbürgern fast gleichgestellt sind. Zum anderen wandern aus diesen Staaten besonders viele hoch qualifizierte Arbeitsmigranten ein, die sich zumeist als Europäer definieren und daher wenig Anlass dafür sehen, ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft zu wechseln. Offen bleibt bei dieser Analyse jedoch, ob der Akt der Einbürgerung als Ursache für Integrationserfolge zu sehen ist, oder ob ohnehin erfolgreiche Migranten auch eher zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft tendieren.

Auch Migranten, die eine Ehe mit einer deutschstämmigen Person führen, sind im Durchschnitt besser integriert als solche, die mit einer Person gleicher Herkunft verheiratet sind. Dabei handelt es sich wahrscheinlich um einen wechselseitigen Prozess. Zum einen könnten sich Deutschstämmige eher für die erfolgreichen Migranten interessieren und bereit sein, eine Ehe mit ihnen einzugehen. Zum anderen wird die Ehe mit einem Einheimischen viele Türen öffnen, so dass ihnen die Integration – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – erleichtert wird. Deutlich wird dieser Synergieeffekt bei den Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25. Sie weisen mit Abstand die besten Integrationserfolge auf, gleichzeitig haben sie unter allen Herkunftsgruppen mit über 60 Prozent die meisten Ehen mit Einheimischen geschlossen.

Bereich Bildung

Gute Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg

Auch die Integration im Bildungsbereich fällt ganz unterschiedlich aus. Nicht nur im Vergleich der verschiedenen Herkunftsgruppen ist die Streuung zwischen sehr gut und sehr schlecht ausgebildeten Menschen groß – auch innerhalb einer Herkunftsgruppe variiert das Spektrum oft stark. Deutliche Beispiele für eine solche hohe Heterogenität innerhalb einer Gruppe sind die Migranten aus dem Nahen und Fernen Osten. Obwohl sie einen deutlich größeren Anteil an Personen ohne Bildungsabschluss aufweisen als die Einheimischen, können sie sich auf eine anteilig größere Zahl von Akademikern berufen. Solche Beispiele zeigen noch einmal, dass Schwächen im Bildungsbereich nicht mit der ethnischen Herkunft zu erklären sind. Vielmehr spielen die Umstände der Migration die entscheidende Rolle, also ob jemand als Flüchtling, Asylbewerber, Arbeits- oder Bildungsmigrant kommt und welcher Bildungsstand aus dem Heimatland mitgebracht wird. Zugleich lässt sich bei den Indikatoren zur Bildung das Verhängnis fehlender Qualifikation ablesen: Bei den Türkischstämmigen und den Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien wird deutlich, dass eine Herkunftsgruppe, in denen nur ein sehr geringer

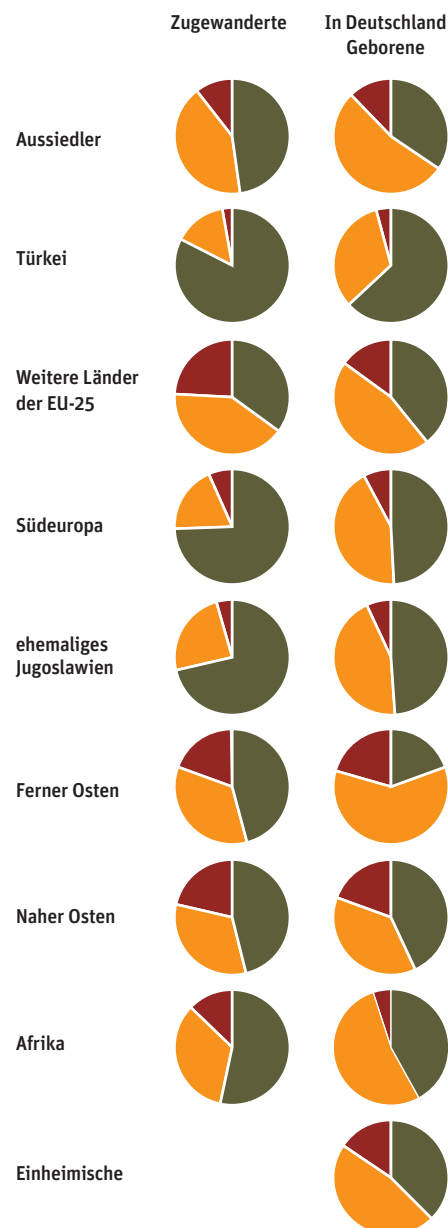
Anteile der Bildungsniveaus unter den selbst Zugewanderten und den in Deutschland Geborenen der verschiedenen Herkunftsgruppen in Prozent. Im Gegensatz zum Indikator „Akademiker“, der sich nur auf die Personen zwischen 30 und 64 Jahre mit Berufsabschluss bezieht, werden hier alle Personen zwischen 15 und 64 Jahre, die sich nicht in Ausbildung befinden, betrachtet.

- abgeschlossenes Studium
- Realschulabschluss oder Abitur
- kein Schulabschluss oder Hauptschulabschluss

(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Das Bildungsniveau der Herkunftsgruppen im Vergleich

Die Herkunftsgruppen aus den Weiteren Ländern der EU-25 sowie dem Fernen und Nahen Osten weisen die höchsten Anteile an hoch Qualifizierten auf. Allerdings schaffen es nur die hier Geborenen fernöstlicher Herkunft, die guten Bildungswerte der ersten Generation zu halten oder gar zu verbessern.

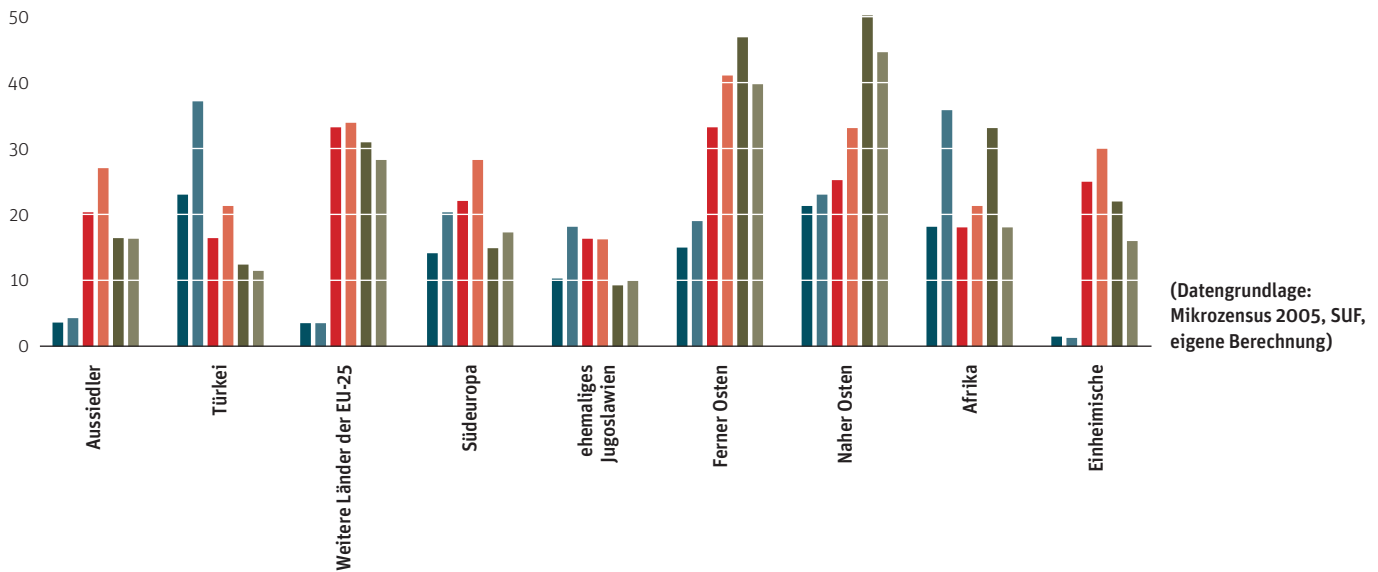


Bildungslücken zwischen den Geschlechtern

Frauen und Männer schneiden unterschiedlich in der Bildung ab. In fast allen Gruppen gibt es mehr Frauen ohne Bildungsabschluss, zugleich aber mehr Mädchen auf der gymnasialen Oberstufe. Der hohe Anteil an Frauen ohne Bildungsabschluss, vor allem in der afrikanischen und türkischen Herkunftsguppe ist darauf zurückzuführen, dass viele Frauen ohne Schulabschluss eingewandert sind, möglicherweise im Rahmen des Familiennachzugs. Unter den Akademikern sind mehr Männer – nur unter den Migranten aus Südeuropa und dem ehemaligen Jugoslawien ist das Geschlechterverhältnis umgekehrt.

Anteil der Frauen und Männer ohne Bildungsabschluss (15 bis 64 Jahre), mit Hochschulabschluss (30 bis 64 Jahre) und auf der gymnasialen Oberstufe (16 bis 20 Jahre) in Prozent

- Männer ohne Bildungsabschluss
- Frauen ohne Bildungsabschluss
- Schüler der gymnasialen Oberstufe
- Schülerinnen der gymnasialen Oberstufe
- Akademiker
- Akademikerinnen



Teil höhere Bildung besitzt, auch in den anderen Bereichen eher schlecht integriert ist. Hier fehlt es an Positivbeispielen und damit an Vorbildern und Anreizen, die mangelhaft integrierten Menschen neue Möglichkeiten und Wege aufzeigen.

Grundvoraussetzung für eine gute berufliche Ausbildung ist ein Schulabschluss. Ein erheblicher Anteil der Personen mit Migrationshintergrund hat aber gerade diesen nicht. Unter den Migranten insgesamt liegt der Anteil derjenigen, die weder eine Schul- noch eine Berufsausbildung abschließen konnten, bei 13 Prozent – das sind etwa zehnmal so

viele wie unter den Einheimischen. Je nach Altersklasse und Herkunftsguppe variiert dieser Wert erheblich. In den meisten Herkunftsguppen haben jüngere Menschen im Schnitt häufiger einen Schulabschluss als ältere. Hier fallen insbesondere die türkische und die afrikanische Herkunftsguppe positiv auf, in denen sich der Anteil derjenigen ohne Bildungsabschluss von den älteren zu den jüngeren Altersklassen mehr als halbiert. Einige Herkunftsguppen zeigen jedoch einen negativen Trend. Dies ist insbesondere dort der Fall, wo viele junge Menschen unter 25 Jahren nach Deutschland zugewandert sind. Sie haben offenbar massive Probleme, sich in das deutsche Schulsystem einzugliedern.

Neben dem Alter spielt auch das Geschlecht eine Rolle für die Bildungssituation von Migranten. In fast allen Herkunftsguppen haben Frauen seltener einen höheren Bildungsabschluss als Männer. Betrachtet man jedoch nur die Gruppe der 16- bis 20-Jährigen, die eine gymnasiale Oberstufe besuchen, so können sich die Mädchen in allen Herkunftsguppen mehr oder weniger stark durchsetzen. Junge Frauen mit Migrationshintergrund scheinen somit ähnlich wie einheimische junge Frauen bildungshungriger als ihre männlichen Altersgenossen zu sein.

Bereich Erwerbsleben

Aufholbedarf bei Frauen und Jugendlichen

Der IMI betrachtet zwei auf das Erwerbsleben bezogene Dimensionen: Er misst zunächst, ob einer Herkunftsgruppe überhaupt der Einstieg in den Arbeitsmarkt gelingt. Er bewertet sodann, wie erfolgreich sie auf dem Arbeitsmarkt abschneidet.

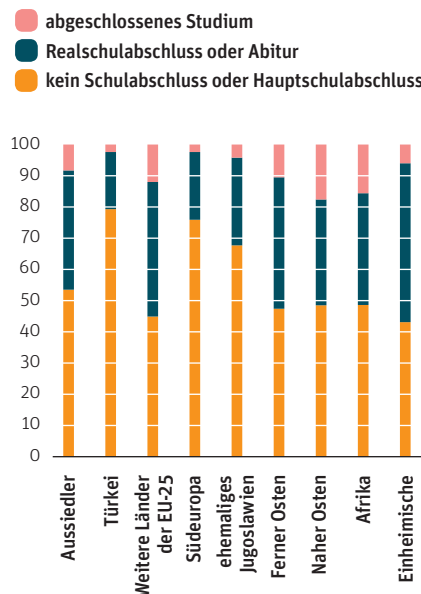
Zunächst lässt sich allgemein ablesen: Sind die Hürden in den Arbeitsmarkt hoch, bekommen das vor allem Frauen und Jugendliche zu spüren. Wo die Erwerbslosenquote hoch ist, steigt auch die Hausfrauenquote an. Dies trifft insbesondere die afrikanischen, die nahöstlichen, die türkischen und auch die fernöstlichen Migranten, bei denen die Hausfrauenquote jeweils über 40 Prozent liegt – und damit mehr als doppelt so hoch wie bei den einheimischen Frauen. Die Hausfrauen nicht-deutscher Herkunft verfügen zum Teil über eine hohe Bildung. Der Arbeitsmarkt nutzt ihre Potenziale jedoch nicht. Insgesamt zeigt sich, dass der Anteil der erwerbslosen hoch Gebildeten unter den Migranten höher ist als unter den Einheimischen.

Unter Jugendlichen liegt die Erwerbslosigkeit immer höher als unter älteren Menschen, da der Berufseinstieg besondere Schwierigkeiten aufwirft. Im Vergleich zu den älteren Erwerbswilligen gelingt den Jugendlichen mit einer Herkunft aus dem Nahen Osten der Berufsstart besonders gut. Ihre Erwerbslosenquote – obgleich noch immer sehr hoch

– liegt deutlich unter derjenigen der gesamten Herkunftsgruppe. Im Gegensatz dazu haben es die afrikanisch- und türkischstämmigen Jugendlichen schwerer, einen Platz auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Eine Ursache für diese Unterschiede findet sich wiederum in dem durchschnittlich höheren Bildungsniveau der nahöstlichen Herkunftsgruppe.

Bildungsniveau der Erwerbslosen

Unabhängig davon, wie hoch die Erwerbslosenquote in den Herkunftsgruppen ist – ein hoher Anteil erwerbsloser hoch Qualifizierter bedeutet immer einen Verlust für die Gemeinschaft. Neben den Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 fällt dieser Anteil bei der afrikanischen, der nah- und der fernöstlichen Herkunftsgruppe besonders hoch aus. Unter den Erwerbslosen mit einer türkischen oder südeuropäischen Herkunft sind dagegen sehr viele gering Qualifizierte zu finden. Diese sind schwer in den Arbeitsmarkt zu vermitteln und benötigen spezielle Unterstützung bei der Arbeitssuche.

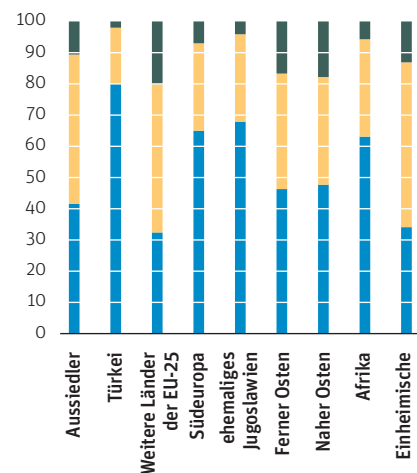


Anteile der Bildungsniveaus der Erwerbslosen verschiedener Herkunftsgruppen in Prozent (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Bildungsniveau der Hausfrauen

In vielen Herkunftsgruppen ist das Bildungsniveau der Hausfrauen im Mittel niedrig: Sie haben meist höchstens einen Hauptschulabschluss. Allerdings sind in der nah- und der fernöstlichen Herkunftsgruppe sowie unter den Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 relativ viele Akademikerinnen nicht erwerbstätig.

- abgeschlossenes Studium
- Realschulabschluss oder Abitur
- kein Schulabschluss oder Hauptschulabschluss



Anteile der Bildungsniveaus der Hausfrauen verschiedener Herkunftsgruppen im Vergleich in Prozent (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Beschränkter Erfolg auf dem Arbeitsmarkt

Nicht alle, die den Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen, sind dort auch erfolgreich und erreichen sichere und mit Prestige verbundene Positionen. In den IMI flossen auch die Anteile solcher höherwertigeren Tätigkeiten ein: die der im öffentlichen Dienst Beschäftigten und derjenigen, die in einem so genannten Vertrauensberuf tätig sind. Bei beiden Indikatoren stellt sich heraus, dass sie massiv vom Bildungsstand beeinflusst werden und aus diesem Grund für manche Migranten besonders schwer zugänglich sind. Dabei kann keine Herkunftsgruppe die Werte der Einheimischen erreichen. Nur elf Prozent der Migranten arbeiten im öffentlichen Dienst (Einheimische 21 Prozent), gerade sieben Prozent in Vertrauensberufen (Einheimische 17 Prozent).

Besonderes Problem: junge Menschen ohne Arbeit

Die Erwerbslosigkeit junger Menschen liegt in fast allen Gruppen höher als bei den 25- bis 64-Jährigen. Deutlich niedriger liegt sie bei den Migranten aus dem Nahen Osten.

Erwerbslosenquote in Altersklassen in Prozent
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Selbstständigkeit – nicht immer ein Zeichen von Erfolg

In Bezug auf den Anteil der Selbstständigen fällt das Ergebnis komplexer aus. Eine hohe Selbstständigenquote ist allgemein als gut zu bewerten, denn um sich beruflich auf eigene Füße zu stellen, müssen bürokratische Hürden genommen und Kontakte mit potenziellen Kunden aufgebaut werden – beides Leistungen, die eine gewisse Integration in die Gesellschaft des Aufnahmelandes voraussetzen. Die Aussiedler und die Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie der Türkei weisen niedrigere, die Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25, aus Südeuropa, dem Fernen und dem Nahen Osten höhere Selbstständigenraten auf als die Einheimischen. Es zeigt sich außerdem, dass sich in den meisten Herkunftsgruppen wie auch unter den Einheimischen hoch Gebildete häufiger selbstständig machen als gering Gebildete. In den Herkunftsgruppen aus dem Nahen und Fernen Osten sind jedoch unter den Selbstständigen alle Bildungsgrade gleichermaßen vertreten. Für diese Migranten scheint es generell schwierig zu sein, einen Job zu finden. Oft sind sie deshalb aus reiner

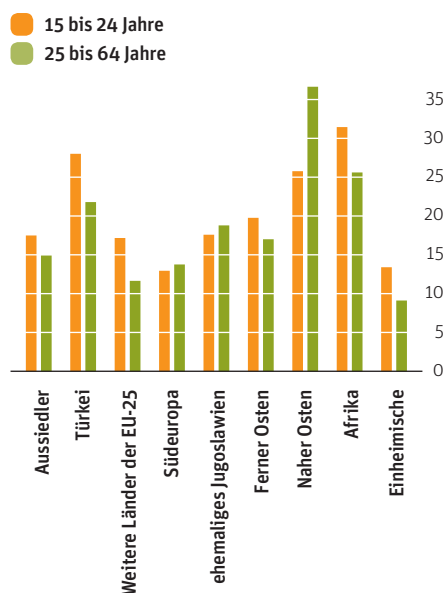
Not gezwungen, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und zum Beispiel Kleingewerbe wie Telecafés oder Imbissbuden zu betreiben. Allerdings stellt sich die Frage, warum nicht auch in anderen Herkunftsgruppen mit hoher Erwerbslosigkeit die Anzahl der Selbstständigen wächst – zum Beispiel unter den Türkischstämmigen oder den Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Bereich Absicherung

Gute Bildung macht aus Transferempfängern Beitragszahler

Ein wichtiger Maßstab für den Erfolg von Integration ist die Frage, ob Migranten zum gesellschaftlichen Einkommen beitragen, oder ob sie unterstützt werden müssen – also ob sie in die Sozialkassen einzahlen oder diese belasten. Je niedriger der Anteil der von öffentlichen Leistungen Abhängigen und je größer die am stärksten besetzte Einkommensklasse, desto eher weist eine Herkunftsgruppe volkswirtschaftlich eine positive Kosten-Nutzen-Bilanz auf (siehe Kapitel 6). Aber die positive Wirkung erschöpft sich nicht in staatlichen Nettoeinnahmen: Menschen, die sich auf eine gewisse finanzielle Sicherheit verlassen können, sind zumeist offener für Veränderungen und neue Erfahrungen, so dass ihnen die Integration generell leichter fallen dürfte.

Analysiert man die Ergebnisse der beiden Indikatoren des IMI genauer, die diesen Bereich bewerten (Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen und Individualeinkommen), so wird unabhängig von der Herkunft vor allem ein Zusammenhang deutlich: Entscheidend ist auch hier die Bildung. Je höher das Bildungsniveau, desto weniger wahrscheinlich ist eine Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen, und desto höher ist auch das Einkommen. Das heißt für das Gemeinwesen: Investitionen in Bildung machen sich später mit hoher Wahrscheinlichkeit bezahlt.



Erwerbslose, Familien und Männer am anfälligsten

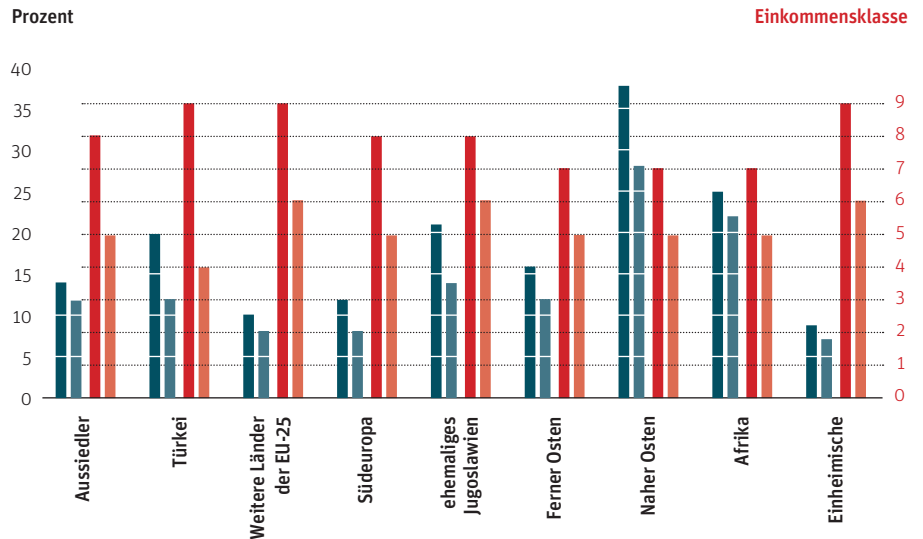
Neben der Bildung beeinflusst auch ein erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt den Grad der Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen. So gibt es in Gruppen mit einem mutmaßlich hohen Anteil an Asylbewerbern deutlich häufiger Leistungsempfänger als in anderen Gruppen. Dies zeigt sich insbesondere unter den Migranten afrikanischer und nahöstlicher Herkunft. Hier finden sich 24 respektive 34 Prozent Abhängige von öffentlichen Leistungen – unter den Einheimischen sind es nur acht Prozent. In der ganzen Gesellschaft sind Familien häufiger von öffentlichen Leistungen abhängig als Haushalte ohne Kinder. Dieser Befund verschärft sich bei Familien mit Migrationshintergrund. Während unter den Einheimischen nur 34 Prozent der Familien öffentliche Hilfe beziehen, sind es in der türkischen Herkunftsgruppe 63 und in der afrikanischen 64 Prozent. Außerdem erhalten mehr Männer als Frauen derartige Unterstützung. Dies mag damit zusammenhängen, dass in Haushalten von Paaren oder Familien im Bedarfsfall die öffentlichen Leistungen eher über die Männer bezogen werden.

Frauen verdienen zu wenig

Auch wenn Frauen statistisch seltener vom Sozialstaat abhängen – um ihre finanzielle Situation steht es oft schlechter als bei den Männern. So liegt das Verdienstniveau der am stärksten besetzten Einkommensklasse bei Frauen deutlich niedriger als bei Männern, egal ob sie deutscher oder nicht-deutscher Herkunft sind. Deutschland ist bekannt dafür, dass Frauen trotz gleicher oder sogar besserer Qualifikationen weniger verdienen als Männer.³¹ Am größten ist diese Diskrepanz in der türkischen Herkunftsgruppe.

■ Abhängige von öffentlichen Leistungen – Männer
■ Abhängige von öffentlichen Leistungen – Frauen

■ monatliches Individualeinkommen – Männer
■ monatliches Individualeinkommen – Frauen



Männer verdienen mehr – und sind häufiger von Sozialleistungen abhängig

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind immens. In allen Herkunftsgruppen verdienen Männer deutlich mehr als Frauen. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass Frauen häufiger in Teilzeit tätig sind als Männer. Von öffentlichen Leistungen sind mehr Männer als Frauen abhängig. Besonders häufig beziehen diejenigen Gruppen öffentliche Leistungen, die einen hohen Anteil an Asylbewerbern aufweisen.

Prozentanteil der von öffentlichen Leistungen Abhängigen und monatliches Nettoeinkommen anhand der am häufigsten besetzten Einkommensklassen zwischen Männern und Frauen (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Fazit

So unterschiedlich die Herkunftsgruppen sind, so verschieden ihre Integration in den untersuchten Bereichen ausfällt, ein zentraler Umstand lässt sich für alle festhalten: Ohne Bildung ist Integration extrem schwierig. Mit höherer Bildung steigt die Wahrscheinlichkeit, einen gut bezahlten Job zu finden sowie sich sozial und finanziell abzusichern. Gut gebildete Migranten tun sich auch eher mit einem einheimischen Partner zusammen, ein Zeichen dafür, dass sie sich auf die hiesige Gesellschaft einlassen. Allerdings leben in Deutschland auch viele hoch gebildete Migranten, die ihre Qualifikationen nicht entsprechend einsetzen können. Neben der Bildungsförderung muss also die Öffnung des Arbeitsmarktes für diese hoch Qualifizierten im Vordergrund der Integrationsbemühungen stehen.

7

WER INTEGRIERT WIE GUT?

Ein Vergleich der deutschen Bundesländer

Sind Migranten in bestimmten Bundesländern und in bestimmten Städten besser integriert als in anderen? Und wenn ja, was zeichnet diese Orte aus? Gewiss hängt der Erfolg der Integration überwiegend von der Arbeitsmarktlage und vom Bildungsstand der Zugewanderten ab. Darüber hinaus spielt aber auch die Schulpolitik eine entscheidende Rolle, genauso wie regionale Integrationskonzepte, die sich von Land zu Land und von Kommune zu Kommune unterscheiden können. Ein Vergleich einzelner Bundesländer und der größten Städte in Deutschland soll zeigen, welche Unterschiede bei der Integration von Migranten bestehen und worauf sich die Erfolge zurückführen lassen.

Methodik

In diesem Abschnitt werden die Werte der in Kapitel 3 beschriebenen Integrationsindikatoren für die Bundesländer Deutschlands ermittelt. Dazu werden sämtliche Personen mit Migrationshintergrund, unabhängig von ihrer Herkunft, zu einer Gruppe zusammengefasst. Um Regionen einer Mindestgröße und -einwohnerzahl vergleichen zu können, werden Bremen und Niedersachsen rechnerisch zusammengelegt und gemeinsam ausgewertet. Aufgrund der geringen Migrantenzahl in den fünf ostdeutschen Bundesländern müssen auch diese zu einer einzigen Region „neue Bundesländer“ zusammengefasst werden. Anderenfalls wären repräsentative Aussagen nicht möglich. Da sich die neuen Bundesländer in ihrer Zuwanderungsgeschichte stark ähneln, ist eine Zusammenlegung aber auch inhaltlich sinnvoll. Neben den 15 Querschnittsindikatoren und den fünf Indikatoren zur Dynamik zwischen Zugewanderten und deren in Deutschland geborenen Kindern wird in den Ländervergleich der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund als zusätzlicher gewichtender Indikator mit aufgenommen. Das Bundesland mit dem höchsten Migrantenanteil erhält hier die höchste Bewertung, während Länder mit geringerem Migrantenanteil nur eine niedrigere Punktzahl bekommen. Damit wird sichergestellt, dass ein hoher Migrantenanteil als besondere Herausforderung für die Integration gebührend in den Index eingeht.

Da die Zusammensetzung der Migranten in den Bundesländern unterschiedlich ist, werden die Werte der aufgeführten Indikatoren für die beiden größten Migrantengruppen auch einzeln ermittelt, also für Aussiedler und Menschen türkischer Herkunft. So lässt sich feststellen, ob die Zusammensetzung der Migranten nach Herkunft die Werte beeinflusst und welche regionalen Unterschiede für ein und dieselbe Herkunftsgruppe bestehen.

Hamburg und Baden-Württemberg haben den größten Migrantenanteil

In Hamburg und Baden-Württemberg hat etwa ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. In den neuen Bundesländern sind es nur fünf Prozent. In Westdeutschland ist Schleswig-Holstein mit zwölf Prozent Migrantenanteil die an Zuwanderern ärmste Region. Deutschlandweit bilden Aussiedler und Menschen türkischer Abstammung die größten Herkunftsgruppen. In vielen Ländern stellen sie zusammen mehr als 40 Prozent aller Menschen mit Migrationshintergrund. In den neuen Bundesländern dagegen sind nur vier Prozent aller Zugewanderten türkischer Abstammung.

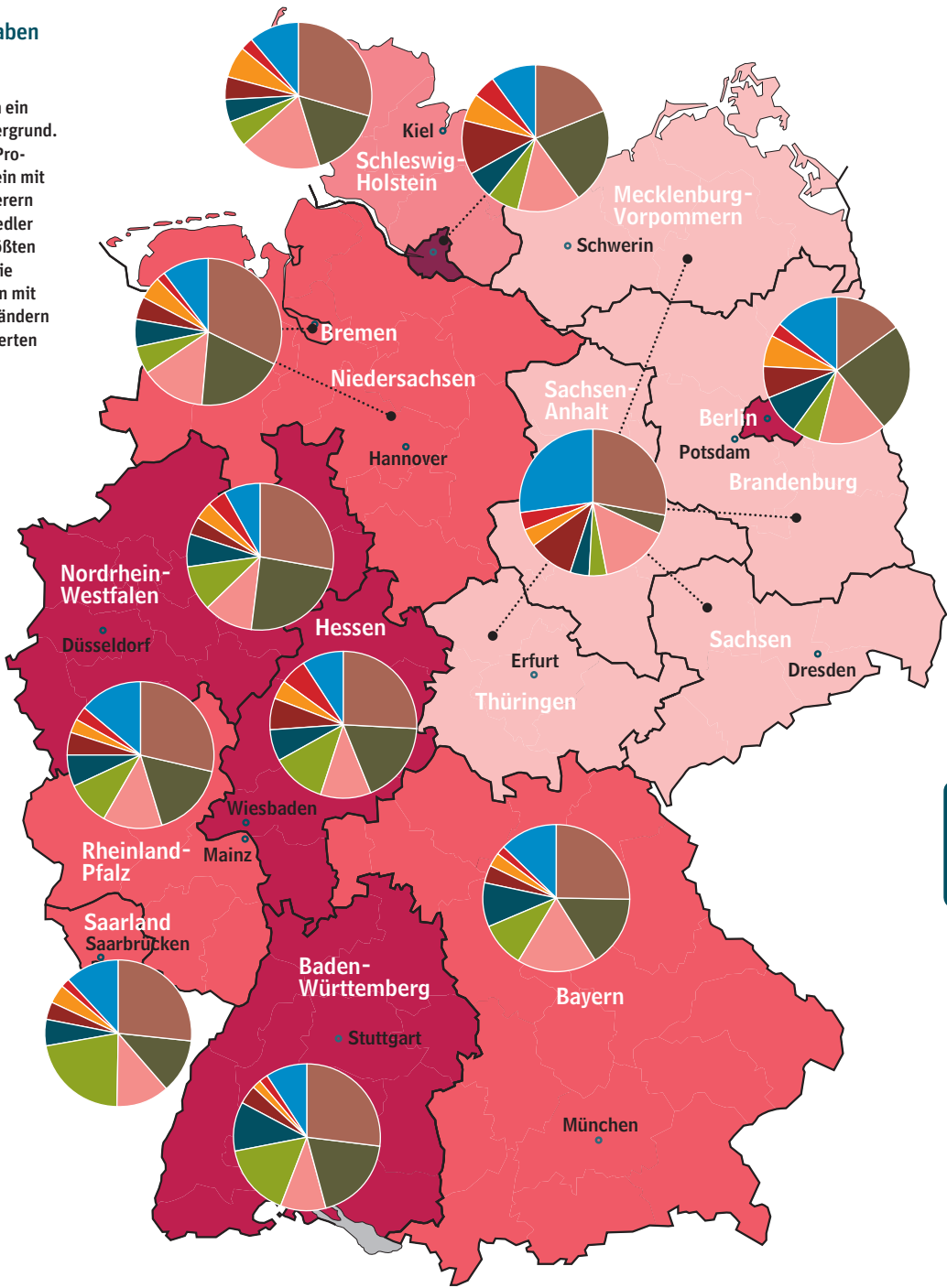
Migrantenanteil nach Bundesländern in Prozent

- unter 6
- 6,1 bis 12
- 12,1 bis 18
- 18,1 bis 24
- mehr als 24

Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Bundesländern in Prozent

- Aussiedler
- Türkei
- Weitere Länder der EU-25
- Südeuropa
- ehemaliges Jugoslawien
- Ferner Osten
- Naher Osten
- Afrika
- Sonstige

(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)



Verschiedene Startbedingungen

Menschen mit Migrationshintergrund sind aus einer Vielzahl von Gründen, mit ganz unterschiedlicher Motivation und mit gutem oder schlechtem Bildungsstand nach Deutschland eingewandert. Diese Menschen kamen und kommen in Bundesländer, die unterschiedliche Rahmenbedingungen aufweisen: In manchen, etwa im Osten Deutschlands, haben gerade einmal fünf Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund. In anderen, etwa in Baden-Württemberg, sind 25 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Zugewanderte oder Kinder von Zugewanderten. Die Neuankömmlinge landen in prosperierenden Regionen wie Süddeutschland oder in einem wirtschaftlichen Umfeld, in dem die Erwerbslosenquote wie in der Hauptstadt Berlin etwa dreimal oder wie im Saarland zweimal so hoch liegt wie in Bayern. Wie gut sich Migranten in ihrer neuen Heimat zurechtfinden können, beruht also auch massiv auf den äußeren Bedingungen.

Generell hängt die Verteilung der Migrantengruppen mit der Geschichte verschiedener Migrationswellen zusammen. In fast allen Bundesländern (Ausnahmen: Berlin und Hamburg) stellen Aussiedler die größte Migrantengruppe, was auch der staatlich gelenkten regionalen Verteilung von Aussiedlern zuzuschreiben ist. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Ländern mit insgesamt wenigen Migranten, sind fast ein Drittel aller Personen mit Migrationshintergrund Aussiedler beziehungsweise deren Kinder. Die Stadtstaaten Berlin und Hamburg wiederum sind die einzigen Bundesländer, in denen Menschen türkischer Herkunft den größten Anteil stellen.

Italienische, portugiesische, spanische und griechische Gastarbeiter, deren Nachkommen sowie andere Migranten aus diesen Ländern machen im Saarland 22 Prozent aller Zugewanderten aus – in keinem weiteren Bundesland stellt die Gruppe der Südeuropäer einen so hohen Anteil. Sie kamen einst in das damals prosperierende Schwerindustrieggebiet an der Saar und sind vielfach dort geblieben, auch wenn sich die Arbeitsmarktbedingungen längst verändert haben.

Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien konzentrieren sich in Süddeutschland. Sie stellen in Baden-Württemberg und Bayern zehn respektive elf Prozent aller Migranten. Dazu trug wahrscheinlich bei, dass Flüchtlinge, die auf dem Landweg kamen, in diesen Bundesländern zuerst deutschen Boden betraten und dort geblieben sind. Migranten aus dem Fernen Osten machen in Hamburg zwölf und in den neuen Bundesländern zehn Prozent aller Migranten aus. In der Hansestadt dürfte der große Überseehafen zu dieser Häufung beigetragen haben. In den neuen Bundesländern waren Vietnamesen zu DDR-Zeiten eine wichtige Gruppe von ausländischen Arbeitskräften. Sie blieben auch nach der Wiedervereinigung.

Menschen aus dem Nahen Osten sind in Schleswig-Holstein und Berlin, Afrikaner in Hessen und Hamburg am häufigsten anzutreffen. Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 machen in Schleswig-Holstein und in Bayern mit je 18 Prozent einen vergleichsweise großen Anteil an allen Zugewanderten aus. Hintergrund dürfte sein, dass beide Bundesländer relativ wenig von der klassischen Gastarbeitermigration mitbekommen haben und die entsprechenden Gruppen dort heute nicht dominieren.

Wirtschaftsstarke Länder mit einer modernen, wissensintensiven Branchenstruktur wie zum Beispiel Bayern haben heute einen hohen Anteil gut qualifizierter Migranten. In ehemaligen Schwerindustrieregionen wie Nordrhein-Westfalen und dem Saarland ließen sich bereits vor Jahrzehnten gering qualifizierte Gastarbeiter nieder. Diese haben im wirtschaftlichen Strukturwandel häufig ihre ursprünglichen Jobs verloren. Viele sind auch heute noch schlecht qualifiziert und haben geringe Aufstiegschancen. In die neuen Bundesländer wiederum, die vor 1990 kaum Zuwanderung kannten und die seit der Wiedervereinigung unter extrem hoher Arbeitslosigkeit leiden, zogen zusätzlich zu den wenigen in der DDR lebenden Ausländern nur wenige und in der Regel gut qualifizierte Migranten. In so wirtschaftsschwachen Regionen kommt im Allgemeinen nur, wer einen guten Grund besitzt, also einen Job in Aussicht hat oder einer Partnerin oder einem Partner folgt.

GESAMTBEWERTUNG – HESSEN UND HAMBURG LIEGEN VORN, DAS SAARLAND IST SCHLUSSLICHT

Rang 1 Hessen

Hessen schneidet bei keinem Indikator als bestes Bundesland ab, zeigt aber in vielen Bereichen gute Werte. In Hessen haben 23 Prozent aller Einwohner einen Migrationshintergrund, ein im deutschlandweiten Vergleich sehr hoher Wert. In diesem Anteil verbergen sich nicht nur ehemalige Gastarbeiter und deren Nachkommen, sondern auch viele hoch Qualifizierte, die von der Finanz- und Dienstleistungswirtschaft angezogen werden. Das zeigt auch der hohe Bildungsstand der Migranten: 28 Prozent verfügen über einen Hochschulabschluss, während bei den Einheimischen nur 24 Prozent Akademiker sind. 28 Prozent der 16- bis 20-jährigen Personen mit Migrationshintergrund besuchen eine gymnasiale Oberstufe – nur etwas weniger als bei den Einheimischen, die auf 31 Prozent kommen.

Allerdings tut sich in Hessen eine Kluft zwischen gut und schlecht qualifizierten Zugewanderten auf. Mit zwölf Prozent Migranten ohne jeden Bildungs- und Berufsabschluss gehört das Bundesland nicht gerade zur Spitzengruppe. Auch der Zugang zum Arbeitsmarkt ist in Hessen für Migranten nur relativ gesehen befriedigend. So sind sowohl die Erwerbslosenquote (14 Prozent) als auch die Jugenderwerbslosigkeit (16 Prozent) in Hessen vergleichsweise gering. Die Quote der Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen liegt bei zwölf Prozent, nur Baden-Württemberg und Bayern stehen hier besser

da. Die Hausfrauenquote ist für westdeutsche Verhältnisse mit 32 Prozent moderat. Auch wenn Hessen nach den hier angelegten Kriterien von allen Bundesländern immer noch die besten Integrationserfolge erzielt, ist die dortige Situation gleichwohl ein Zeichen dafür, dass es um die Integration in ganz Deutschland nicht sonderlich gut bestellt ist.

Rang 2 Hamburg

Der norddeutsche Stadtstaat mit seinen 1,7 Millionen Einwohnern hat den bundesweit höchsten Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund: 26 Prozent der Einwohner sind dort zugewandert oder Kinder von Migranten. Insofern ist der zweite Platz im Integrationsranking bemerkenswert.

In der prosperierenden Großstadt ist die Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung sehr heterogen. 21 Prozent haben einen türkischen Hintergrund, Aussiedler stellen 19 Prozent. Größer als in anderen Bundesländern ist die Gruppe aus dem Fernen Osten.

Aufgrund der bunten Mischung von Migranten gibt es kaum extreme Ergebnisse bei den einzelnen Indikatoren. In Sachen Bildung stehen Migranten in Hamburg besser da als in Hessen – aber schlechter als in den neuen Bundesländern. 40 Prozent der Migranten besitzen die Hochschulreife, 29 Prozent haben einen akademischen Abschluss. Nach beiden Kriterien rangiert Hamburg vor dem insgesamt erstplatzierten Hessen. Die Hansestadt ist mit ihren Universitäten und Fachhochschulen ein Anziehungspunkt auch für Studierende aus dem Ausland. Die Verlage und Firmenzentralen in der Hansestadt sind Magneten für hoch qualifizierte Beschäftigte.

Hingegen ist der hamburgische Arbeitsmarkt für Migranten weniger attraktiv als der in Hessen. Die Erwerbspersonenquote ist mit knapp 66 Prozent gering. Im öffentlichen Dienst arbeiten nur neun Prozent aller erwerbstätigen Migranten – so wenige wie in keinem anderen Bundesland. 17 Prozent der Hamburger Zugewanderten sind von öffentlichen Leistungen abhängig, auch das ist kein Wert, auf den das Land stolz sein kann. Für die zweite Generation stehen die Zeichen indes wie fast überall auf Besserung: Unter ihnen hängen nur noch halb so viele von öffentlichen Leistungen ab wie in der vorangehenden Generation.

Land/Region		Anteil Personen mit Migrationshintergrund	deutsche Staatsbürgerschaft	bikulturelle Ehen	ohne Bildungsabschluss	Schüler der gymnasialen Oberstufe	Hochschulreife	Akademiker	Erwerbslosenquote	Erwerbspersonen	Jugenderwerbslosenquote	Hausfrauenquote	Selbstständige	Beschäftigte im öffentlichen Dienst	Vertrauensberufe	Abhängige von öffentlichen Leistungen	Individualeinkommen (Klasse)	deutsche Staatsbürgerschaft	bikulturelle Ehen	Hochschulreife	Erwerbslosenquote	Abhängige von öffentlichen Leistungen	Gesamt (Punktbewertung)
		Prozent																Dynamik*					
1	Hessen	23	52	22	12	28	33	28	14	68	16	32	11	12	9	12	7	1,45	1,77	1,06	0,89	0,67	4,71
2	Hamburg	26	47	24	14	28	40	29	17	66	19	32	11	9	7	17	7	1,86	1,64	0,99	0,81	0,52	4,52
3	neue Bundesländer	5	49	41	6	21	43	33	39	69	39	22	18	14	10	38	6	2,02	1,92	0,97	0,63	0,40	4,48
4	Bayern	18	50	27	9	17	31	26	14	72	20	28	10	11	8	11	7	1,55	1,87	0,98	0,89	0,53	4,38
5	Baden-Württemberg	25	52	23	11	19	28	19	13	72	16	28	6	10	6	10	7	1,35	2,20	0,98	1,02	0,68	4,14
5	Nordrhein-Westfalen	24	53	19	17	28	31	19	19	66	23	37	8	12	7	15	7	1,29	1,97	1,24	0,89	0,59	4,14
7	Berlin	23	44	24	18	30	43	39	31	66	33	26	20	11	11	26	6	2,02	1,46	0,99	0,90	0,67	4,10
8	Rheinland-Pfalz	17	53	25	12	20	27	21	17	70	19	34	11	11	7	13	7	1,34	1,59	0,92	1,00	0,80	3,90
9	Schleswig-Holstein	12	58	34	12	20	32	20	20	67	20	34	10	13	7	20	6	1,51	1,24	1,09	0,94	0,64	3,76
10	Niedersachsen/Bremen	16	56	23	13	25	28	21	20	64	19	37	10	10	7	19	7	1,39	1,98	0,91	1,10	0,81	3,67
11	Saarland	18	54	29	15	16	24	17	18	68	13	37	7	12	6	15	6	1,42	1,61	0,89	1,45	1,25	3,43

Indikatorwerte und Gesamtbewertung der Bundesländer
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

* Änderungsfaktor der Werte der in Deutschland Geborenen
im Vergleich zu denen der selbst Zugewanderten

Rang 3

Neue
Bundesländer

Mit nur fünf Prozent haben die neuen Bundesländer den geringsten Migrantenanteil. Allerdings erschwert die wirtschaftliche Lage im Osten die Integration in den Arbeitsmarkt. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Migranten in den neuen Bundesländern bei den Indikatoren „Erwerbslosenquote“, „Jugenderwerbslosenquote“ und „Abhängige von öffentlichen Leistungen“ bundesweit das Schlusslicht bilden – immer vor dem Hintergrund, dass diese Werte dort auch für Einheimische die schlechtesten sind.

Sehr gut schneiden die Migranten in Ostdeutschland hingegen im Bereich Bildung ab: Nur sechs Prozent haben keinen Schul- oder Berufsabschluss. 43 Prozent der 20- bis 39-Jährigen besitzen die Hochschulreife – ein Wert, der sogar deutlich über jenem der Einheimischen liegt und der höchste aller Bundesländer ist. Hier wirkt offenbar noch die Migrationspolitik aus staatssozialistischer Zeit nach, als es in den befreundeten Entwicklungsländern als Auszeichnung galt, zur Ausbildung in die DDR geschickt zu werden. Dementsprechend kamen vorwiegend hoch motivierte Personen.

Migranten hatten es in der DDR aus politischen Gründen schwer, im Land zu bleiben. Nach der Wiedervereinigung machten in Ostdeutschland dann vielfach wirtschaftliche Gründe ein dauerhaftes Bleiben unattraktiv. Darum wurden hier vorwiegend jene Menschen sesshaft, die dafür persönliche Gründe hatten: 41 Prozent der Ehen von Migranten in Ostdeutschland sind bikulturell. Das ist der mit Abstand höchste Wert aller untersuchten Regionen.

Wegen ihrer guten Qualifikation schneiden jene Migranten, die trotz der insgesamt schwierigen Arbeitsmarktlage einen Job haben, beim IMI gut ab: 18 Prozent der erwerbstätigen Migranten sind selbstständig,

14 Prozent im öffentlichen Dienst beschäftigt, und zehn Prozent arbeiten in Vertrauensberufen. Bis auf den letzten Indikator, bei dem Berlin noch etwas besser dasteht, liegen die neuen Bundesländer hier jeweils an der Spitze. Selbst die Hausfrauenquote ist mit 22 Prozent nirgendwo sonst so niedrig.

Sehr gut fallen für Ostdeutschland auch die Vergleiche von erster und zweiter Migrantengeneration aus. Die in Deutschland geborenen Kinder von Migranten halten nicht nur den hohen Bildungsstandard ihrer Eltern. Sie haben auch doppelt so häufig wie diese die deutsche Staatsbürgerschaft und leben fast zweimal so oft in biculturellen Ehen. Die in Deutschland Geborenen sind weniger als halb so häufig wie ihre Eltern von öffentlichen Leistungen abhängig.

Rang 4 Bayern

Bayern hat einen Migrantenanteil von 18 Prozent und lässt damit Bundesländer wie Schleswig-Holstein, das Saarland, Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz hinter sich. Die größte Gruppe bilden mit 26 Prozent Aussiedler, gefolgt von Menschen mit Herkunft aus den Weiteren Ländern der EU-25 (18 Prozent). Die türkische Herkunftsgruppe ist mit 16 Prozent relativ klein.

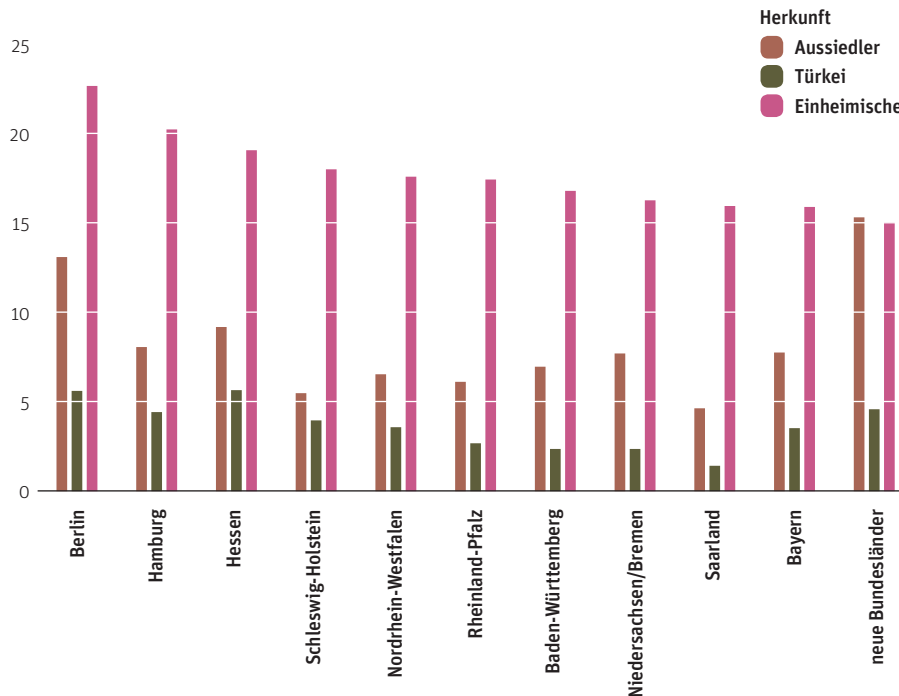
Bayern punktet vor allem durch seinen sehr guten Arbeitsmarkt. Die Erwerbspersonenquote der Migranten ist mit 72 Prozent bundesweit die höchste. Erwerbslosenquote und Jugenderwerbslosenquote gehören zu den niedrigsten. Auch die Hausfrauenquote unter Migranten ist mit 28 Prozent relativ niedrig.

Die florierende Wirtschaft Bayerns zieht gut qualifizierte Zuwanderer an: Der Anteil von Migranten ohne Bildungsabschluss gehört mit neun Prozent zu den bundesweit niedrigsten. Eher schlecht schneidet der Freistaat in Sachen höherer Bildung ab. Der Anteil der 16- bis 20-jährigen Migranten, die eine gymnasiale Oberstufe besuchen, ist mit nur 17 Prozent nach dem Saarland der zweitniedrigste. Nur 26 Prozent der 20- bis 39-jährigen verfügen über die Hochschulreife. Allerdings müssen diese Werte vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Abiturientenquote in Bayern auch für Einheimische im Bundesländervergleich niedrig ist. Der Freistaat bringt generell nur wenige Schüler zur Hochschulreife und wirbt sein qualifiziertes Personal häufig anderswo an. Wohl auch deshalb verändern sich die Qualifikationen von der ersten zur zweiten Generation der Migranten kaum.

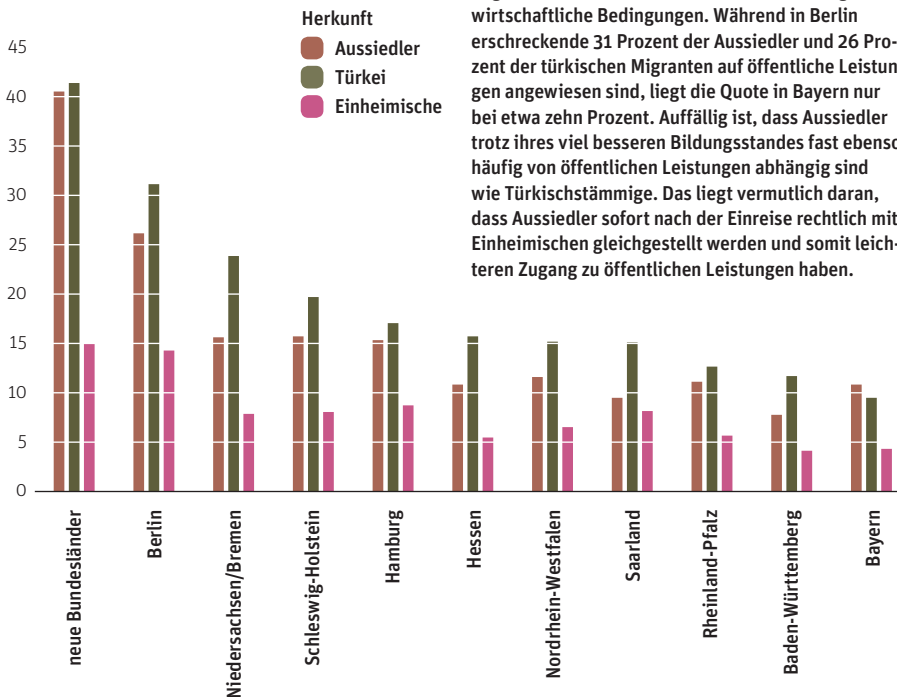
Aussiedler haben die besten Jobs im Osten Deutschlands

In den neuen Bundesländern üben Aussiedler – sofern sie angesichts der schwierigen Arbeitsmarktlage überhaupt beschäftigt sind – ebenso häufig einen sozial verantwortungsvollen und angesehenen Beruf aus wie Einheimische. Auch Berlin schneidet mit 13 Prozent Aussiedlern in Vertrauensberufen recht gut ab. Im Saarland ist der Anteil am geringsten. Personen mit türkischem Migrationshintergrund sind weit seltener in solchen Positionen zu finden.

Anteil Erwerbstätige in Vertrauensberufen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nach ausgewählten Herkunftsgruppen und Bundesländern in Prozent (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)



Anteil von Personen von im Alter von 15 bis 64 Jahren, die vorwiegend von öffentlichen Leistungen abhängig sind, nach Herkunftsgruppe und Bundesländern in Prozent
(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)



In Bayern muss der Staat am wenigsten helfen

Bayern schneidet im Integrationsvergleich gut ab, weil viele der Zugewanderten aus den Weiteren Ländern der EU-25 kommen. Aber auch türkische Migranten und Aussiedler finden im Freistaat gute wirtschaftliche Bedingungen. Während in Berlin erschreckende 31 Prozent der Aussiedler und 26 Prozent der türkischen Migranten auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, liegt die Quote in Bayern nur bei etwa zehn Prozent. Auffällig ist, dass Aussiedler trotz ihres viel besseren Bildungsstandes fast ebenso häufig von öffentlichen Leistungen abhängig sind wie Türkishstämmige. Das liegt vermutlich daran, dass Aussiedler sofort nach der Einreise rechtlich mit Einheimischen gleichgestellt werden und somit leichter Zugang zu öffentlichen Leistungen haben.

jeweils sechs Prozent niedrig. Positiv entwickelt sich das familiäre Zusammenwachsen von Migranten und Einheimischen. Der Anteil bikultureller Ehen ist zwar mit insgesamt 23 Prozent relativ gering, hat sich in der zweiten Generation im Vergleich zur ersten aber mehr als verdoppelt.

Das bevölkerungsreichste Bundesland **Nordrhein-Westfalen** beherbergt rund vier Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das ist absolut die größte Zahl von Migranten und entspricht 23 Prozent der Bevölkerung. Dabei stellen in dem ehemaligen Schwerindustrieland, das in den 1960er Jahren viele Gastarbeiter für seine Kohlegruben und Stahlhütten benötigte, Menschen türkischer Herkunft mit 24 Prozent die zweitgrößte Gruppe – nach den Aussiedlern mit 28 Prozent. Nur in der Hauptstadt Berlin ist der türkische Bevölkerungsanteil an den Migranten ähnlich hoch.

Nordrhein-Westfalen bürgert recht erfolgreich ein: 53 Prozent aller Menschen mit Migrationshintergrund haben bereits die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch der Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst liegt mit zwölf Prozent relativ hoch. Der Anteil bikultureller Ehen bewegt sich insgesamt auf einem sehr niedrigen Niveau von nur 19 Prozent, auch wenn er sich in der zweiten Generation verdoppelt hat.

Rang 5 Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen

Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sind mit zehn respektive 17 Millionen Einwohnern demografische Schwergewichte. Im Integrationsvergleich liegen sie punktgleich im Mittelfeld.

Mit 24 Prozent hat **Baden-Württemberg** den höchsten Migrantenanteil aller Flächenländer. Über Jahrzehnte hat eine blühende Industrie Zuwanderer angezogen – entsprechend gut ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Die Erwerbslosenquote ist vergleichsweise niedrig, die Erwerbspersonenquote hoch, und selbst die Hausfrauenquote gehört mit 28 Prozent zu den niedrigsten der Bundesländer.

Ähnlich schlecht wie Bayern schneidet Baden-Württemberg bei den Bildungsindikatoren ab. Dieser Makel ist auch den guten Beschäftigungsmöglichkeiten geschuldet, die lange ohne hohe Qualifikation ein gutes Einkommen garantiert haben. Folglich sind auch die Selbstständigenquote und der Migrantenanteil in Vertrauensberufen mit

Die nordrhein-westfälischen Migranten sind im Mittel schlecht gebildet. Der schleppende Strukturwandel hat wenige gut qualifizierte Zuwanderer angelockt und die ansässigen Migranten offenbar kaum zu verstärkten Bildungsanstrengungen motiviert. Nur 19 Prozent der über 30-jährigen Migranten verfügen über eine Hochschulqualifikation. 17 Prozent haben keinerlei Schul- oder Ausbildungsabschluss, ein Wert, der nur in Berlin noch höher ist. Verbesserungen lassen sich aber für die Generation der in Deutschland geborenen Migranten erkennen – unter ihnen ist der Anteil von Menschen mit Abitur deutlich höher als unter den Zugewanderten.

Rang 7 Berlin

Die Bundeshauptstadt, von deren Bevölkerung 23 Prozent einen Migrationshintergrund besitzen, ist in mehrfacher Hinsicht ein Sonderfall: Auf der einen Seite leben nirgendwo sonst so viele gering qualifizierte Migranten, auf der anderen Seite gibt es hier auch eine Bildungselite. Dramatisch ist die Situation im Hinblick auf gering gebildete Migranten: 18 Prozent, also fast ein Fünftel, verfügen weder über einen schulischen noch über einen beruflichen Abschluss. Die Erwerbslosenquote der Migranten ist nach jener der neuen Bundesländer die zweithöchste, sie erreicht bedrückende 31 Prozent. Allerdings liegt diese Ziffer mit 16 Prozent auch bei den einheimischen Berlinern sehr hoch.

Diese bedenklichen Werte hängen erstens mit der speziellen Zuwanderungsgeschichte Berlins zusammen: Mit 24 Prozent ist der Anteil türkischer Zugewanderter wie in Nordrhein-Westfalen bundesweit am höchsten, während der Aussiedleranteil mit nur 14 Prozent am niedrigsten ist. Da türkische Migranten die schlechtesten Integrationsergebnisse vorweisen, wirkt sich dies zwangsläufig auf die Integrationsbewertung von Berlin aus. Zweitens tragen auch der noch immer nicht vollendete wirtschaftliche Strukturwandel und die insgesamt schlechte wirtschaftliche Entwicklung der Hauptstadt zu der düsteren Bilanz bei. Nach der Wende brachen mehr als hunderttausend vielfach subventionierte Industriearbeitsplätze weg, die einst viele türkische Gastarbeiter angezogen hatten. Das ist ein Grund dafür, dass über 26 Prozent aller Berliner Migranten von öffentlichen Leistungen abhängen. Aber auch die Einheimischen hängen dreieinhalb Mal so häufig an öffentlichen Leistungen wie in Bayern oder Baden-Württemberg, die bei diesem Indikator am besten dastehen.

Neben den gering Qualifizierten hat es auch viele sehr gut ausgebildete Migranten in die Stadt gezogen. Berlin ist mit vier Universitäten und zahlreichen Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen einer der wichtigsten Bildungs- und Forschungsstandorte Deutschlands. Zudem gilt die Hauptstadt als tolerant und kulturell vielfältig.^{32 43} 43 Prozent der in Berlin lebenden Migranten haben Abitur, 39 Prozent verfügen über einen Hochschulabschluss. Bei diesen Indikatoren belegt Berlin mit weitem Abstand Rang eins. Hoch ist auch der Anteil von Migranten in Vertrauensberufen und im öffentlichen Dienst (jeweils elf Prozent).

Rang 8 Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz hat mit 17 Prozent deutlich weniger Migranten als die Stadtstaaten oder die großen süddeutschen Bundesländer. Es überwiegen die Aussiedler (29 Prozent) und Menschen türkischer Herkunft (17 Prozent), gefolgt von Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 (13 Prozent). Letzteres dürfte der Grenzlage des Bundeslandes zu Frankreich, Belgien und Luxemburg geschuldet sein. Rheinland-Pfalz gehört zu jenen Bundesländern, die nur bei sehr wenigen Indikatoren gute Werte erreichen. Positiv ist der relativ geringe Anteil von öffentlichen Leistungen abhängiger Migranten (13 Prozent).

Generell ist der Bildungsstand der Migranten gering, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass es in Rheinland-Pfalz kaum größere Hochschulen gibt, die Bildungswanderer anziehen könnten. Auch unter den Einheimischen finden sich nur wenige Abiturienten und Akademiker. Unter den Migranten verfügen nur 27 Prozent über die Hochschulreife, das ist der bundesweit geringste Wert. Sowohl bei der Abiturienten- als auch bei der Erwerbslosenquote und dem Anteil der Menschen, die von öffentlichen Leistungen abhängen, verbessert sich von der ersten zur

zweiten Migrantengeneration kaum etwas. Insgesamt liegt deshalb die Integration von Migranten in Rheinland-Pfalz auf einem niedrigen Niveau.

Rang 9 Schleswig-Holstein

Mit nur zwölf Prozent hat das norddeutsche Schleswig-Holstein den geringsten Migrantenanteil aller Bundesländer. Aussiedler stellen darunter mit 30 Prozent die mit Abstand größte Gruppe. Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25 machen erhebliche 18 Prozent aus, Personen türkischer Abstammung stellen nur 16 Prozent. Der hohe Migrantenanteil aus den Weiteren Ländern der EU-25 dürfte einerseits dem zu Schleswig-Holstein gehörenden Speckgürtel Hamburgs zuzuschreiben sein, in dem viele hoch Qualifizierte, darunter auch eingewanderte Erwerbstätige, mit Arbeitsplätzen in Hamburg leben. Andererseits wohnen im dänischen Grenzgebiet Personen aus dem nördlichen Nachbarland. Über die Hälfte der Migranten in Schleswig-Holstein – 58 Prozent – haben einen deutschen Pass, so viele wie in keinem anderen Bundesland.

Vergleichsweise wenige Migranten bedeuten – anders als in Ostdeutschland – nicht automatisch gute Integrationserfolge, eher im Gegenteil: Die Situation der Migranten in Schleswig-Holstein ist noch ein wenig prekärer als die ohnehin schon unzureichende Lage in Rheinland-Pfalz. Auch Schleswig-Holstein ist ein Land ohne größere Hochschul- oder Forschungsstandorte, was zu einem geringen Akademikeranteil bei Einheimischen und Migranten führt. Allerdings sind mit 20 Prozent deutlich mehr Migranten von öffentlichen Leistungen abhängig als in dem südwestdeutschen Vergleichsland.

Rang 10 **Niedersachsen/ Bremen**

Die zusammengefasste Region Niedersachsen/Bremen vereint rund 8,5 Millionen Menschen, von denen 16 Prozent einen Migrationshintergrund haben. 32 Prozent aller Migranten sind Aussiedler – das ist der bundesweit höchste Anteil. Unter anderem deshalb haben beachtliche 56 Prozent der in Niedersachsen und Bremen lebenden Migranten die deutsche Staatsangehörigkeit.

Bei allen anderen Indikatoren schneidet Niedersachsen/Bremen hingegen mittelmäßig bis schwach ab. 13 Prozent der Migranten haben keinen Bildungsabschluss, ihre Erwerbslosenquote liegt bei 20 Prozent. Die Erwerbspersonenquote, also der Anteil jener Migranten im erwerbsfähigen Alter, die einer Arbeit nachgehen oder eine solche suchen, erreicht mit 64 Prozent den geringsten Wert aller betrachteten Regionen. 37 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter stehen nach der Hausfrauenquote dem Arbeitsmarkt nicht zu Verfügung.

Nur sieben Prozent der erwerbstätigen Migranten arbeiten in Vertrauensberufen, fast 20 Prozent sind hingegen vorwiegend von öffentlichen Leistungen abhängig. Auch in der kulturellen Annäherung kommen die Menschen in Niedersachsen/Bremen kaum voran – nur 23 Prozent aller verheirateten Migranten führen eine Partnerschaft mit einer Person ohne Migrationshintergrund, das ist bundesweit der drittniedrigste Wert. Die zweite Generation kann sich im Vergleich zur ersten bei den Bildungs- und Arbeitsmarktindikatoren nicht verbessern – ihre Erwerbslosenquote steigt sogar über jene der selbst Zugewanderten.

Rang 11 **Saarland**

Das kleinste Flächenland Deutschlands mit seinen rund eine Million Einwohnern war jahrzehntelang von Kohle und Stahl geprägt. Der wirtschaftliche Strukturwandel war erst in den 1990er Jahren weitgehend abgeschlossen, als die neu angesiedelte Automobilindustrie Arbeitsplätze schuf und die jahrelange Abwanderung aus der Region stoppte. Heute haben 17 Prozent der Saarländer einen Migrationshintergrund. 27 Prozent der Migranten sind Aussiedler, 22 gehören zur Gruppe der südeuropäischen Migranten – der mit Abstand höchste Wert aller Bundesländer. Letztere waren die ersten Arbeitsmigranten in der Schwerindustrie der 1950er und 1960er Jahre – und viele blieben auch, als es mit Kohle und Stahl abwärts ging.

Der Bildungsstand der Migranten im Saarland ist ausgesprochen schlecht. 15 Prozent verfügen über keinerlei Bildungsabschluss – nur Berlin und Nordrhein-Westfalen erzielen hier noch schlechtere Ergebnisse. Lediglich 24 Prozent der 20- bis 39-jährigen haben die Hochschulreife. Auch der Nachwuchs verspricht hier keine Verbesserung. Denn nirgendwo sonst in Deutschland besuchen so wenige der 16- bis 20-jährigen Migranten eine gymnasiale Oberstufe: gerade einmal 16 Prozent. Es ist anzunehmen, dass der geringe Bildungsstand in der industriellen Vergangenheit des Landes wurzelt, als eine höhere Schulbildung zum Geldverdienen nicht unbedingt erforderlich war. Auch einheimische Saarländer verfügen nur über ein geringes Qualifikationsniveau: Drei Prozent von ihnen besitzen keinen Bildungsabschluss, nur 15 Prozent haben eine akademische Ausbildung absolviert. Mit diesem Wert würden

Die Integration der größten Migranten-gruppen – Türken und Aussiedler

Die Integration der größten Migranten- gruppen – Türken und Aussiedler		deutsche Staats- bürger- schaft		bikultu- relle Ehe		ohne Bildungs- abschluss		Schüler der gymnasialen Oberstufe					
		Herkunft	Aussiedler	Türkei	Aussiedler	Türkei	Aussiedler	Türkei	Einheimische	Aussiedler	Türkei	Einheimische	
			Prozent										
Baden-Württemberg		100	30	18	4	2	26	1	20	16	28		
Bayern		100	26	17	6	3	22	1	15	11	21		
Berlin		100	38	25	5	4	37	2	44	19	33		
Hamburg		100	38	25	6	3	31	2	38	24	35		
Hessen		100	29	18	3	3	28	1	22	20	31		
neue Bundesländer		100	26	36	36	1	29	1	19	–	22		
Niedersachsen/Bremen		100	30	18	5	6	32	2	25	19	29		
Nordrhein-Westfalen		100	35	15	4	4	34	2	27	23	34		
Rheinland-Pfalz		100	29	18	9	3	29	1	22	15	27		
Saarland		100	26	11	5	5	45	3	15	–	32		
Schleswig-Holstein		100	34	25	7	3	26	2	26	6	27		

Ausgewählte Indikatorwerte der Bundesländer

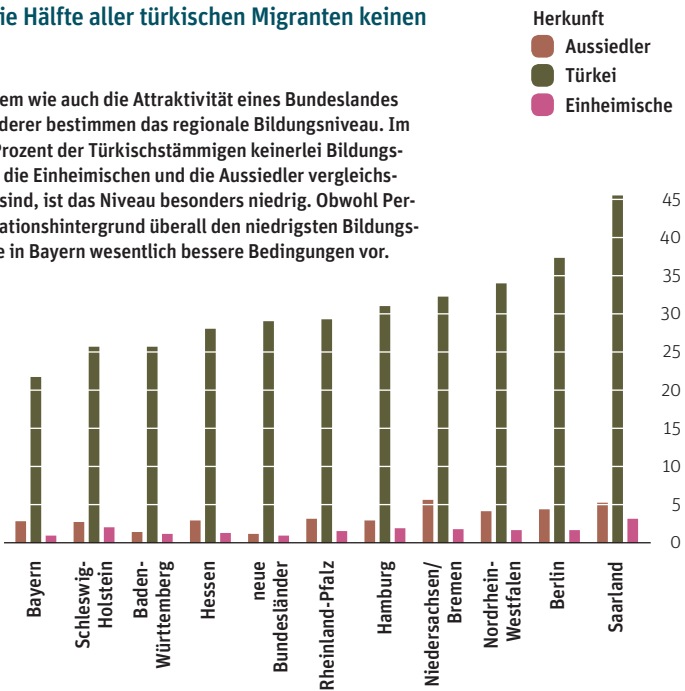
die einheimischen Saarländer auf dem letzten Platz eines entsprechenden Bundesländervergleichs landeten.

Die Selbstständigenquote unter Migranten liegt an der Saar bei nur sieben Prozent. Die von Großunternehmen geprägte Wirtschaftsstruktur des Landes hat offenbar kaum eine Kultur der Selbständigkeit entstehen lassen. Lediglich der Anteil der im öffentlichen Dienst beschäftigten Migranten ist mit zwölf Prozent als gut zu bezeichnen. Die Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen und die Erwerbslosenquote liegen in der zweiten Generation von Migranten sogar deutlich höher als in der ersten. Die Situation der Migranten verschlechtert sich somit im Saarland, während sie sich im Bundesmittel verbessert. Alles in allem steht es um die Integration nirgendwo so schlecht wie im Saarland.

An der Saar hat fast die Hälfte aller türkischen Migranten keinen Abschluss

Das jeweilige Bildungssystem wie auch die Attraktivität eines Bundeslandes für gut qualifizierte Zuwanderer bestimmen das regionale Bildungsniveau. Im Saarland, in dem über 45 Prozent der Türkischstämmigen keinerlei Bildungsabschluss haben, und auch die Einheimischen und die Aussiedler vergleichsweise schlecht qualifiziert sind, ist das Niveau besonders niedrig. Obwohl Personen mit türkischem Migrationshintergrund überall den niedrigsten Bildungsstand aufweisen, finden sie in Bayern wesentlich bessere Bedingungen vor.

Anteil der Personen ohne schulischen oder beruflichen Bildungsabschluss an allen 20- bis 64-Jährigen für verschiedene Herkunftsguppen nach Bundesländern in Prozent (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)



	Hochschulreife			Akademiker			Erwerbslosenquote			Erwerbspersonen			Hausfrauenquote			Selbstständige			Beschäftigte im öffentlichen Dienst			Vertrauensberufe			Abhängige von öffentlichen Leistungen		
	Aussiedler	Türkei	Einheimische	Aussiedler	Türkei	Einheimische	Aussiedler	Türkei	Einheimische	Aussiedler	Türkei	Einheimische	Aussiedler	Türkei	Einheimische	Aussiedler	Türkei	Einheimische	Aussiedler	Türkei	Einheimische	Aussiedler	Türkei	Einheimische	Aussiedler	Türkei	Einheimische
	Prozent																										
	28	11	39	15	9	21	10	18	5	78	65	76	16	41	20	5	5	11	13	6	18	7	2	17	8	12	4
	24	10	33	18	11	18	14	17	6	78	65	76	17	44	21	4	8	12	14	7	19	8	3	16	11	10	4
	47	17	51	27	17	31	27	40	16	71	61	75	14	33	11	12	12	14	14	9	24	13	6	23	26	31	14
	41	15	56	21	19	29	14	24	9	70	57	78	20	37	17	9	8	13	10	9	17	8	4	20	15	17	9
	30	13	45	20	19	24	12	22	7	73	64	75	20	42	21	5	9	11	15	8	21	9	6	19	11	16	5
	29	9	29	20	15	15	42	43	18	73	81	77	15	38	11	8	26	10	14	2	20	15	5	15	41	41	15
	22	14	35	15	8	17	18	26	9	74	56	73	22	55	23	5	6	10	13	4	21	8	2	16	15	24	8
	29	17	45	12	10	19	15	24	8	74	57	72	23	56	25	5	6	10	15	10	23	7	4	18	12	15	7
	20	9	35	16	12	18	15	16	7	77	62	75	19	58	23	6	10	10	12	4	22	6	3	17	11	13	6
	22	5	36	13	-	15	13	28	10	77	59	71	24	63	27	2	3	10	11	1	20	5	1	16	10	15	8
	29	14	32	16	15	17	18	23	9	70	66	74	27	47	23	8	8	11	17	9	22	5	4	18	16	20	8

(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

STÄDTE IM INTEGRATIONSVERGLEICH

In den 20 größten Städten Deutschlands leben zusammen knapp 16 Millionen Menschen, das entspricht etwa einem Fünftel der deutschen Bevölkerung. Von den Bewohnern dieser Städte haben wiederum rund 25 Prozent einen Migrationshintergrund – ungefähr vier Millionen Menschen. Es gibt keine westdeutsche Großstadt über 300.000 Einwohner, in der Migranten deutlich weniger als ein Fünftel der Bevölkerung stellen. Den höchsten Anteil an Migranten erreichen Frankfurt am Main, Stuttgart und Nürnberg – mehr als ein Drittel der dort Lebenden ist nicht-deutscher Herkunft. Doch selbst in den sächsischen Metropolen Dresden und Leipzig, die in den ansonsten an Migranten armen neuen Bundesländern liegen, haben bereits etwa zehn Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund.

Ein Großteil der Menschen mit Migrationshintergrund lebt in Deutschlands Städten. Das Berlin-Institut hat deshalb 20 Städte beziehungsweise Stadtregionen mit über 300.000 Einwohnern gesondert mit Hilfe des IMI verglichen. Um die nötige Städteauswertung vornehmen zu können, wurde diese nicht wie die übrigen Auswertungen der Studie mit dem leichter zugänglichen Scientific-Use-File des Mikrozensus 2005 vorgenommen, sondern mit dem sogenannten Grundfile (GF), welches mehr Fälle und Variable enthält.³³ Aufgrund der Verwendung unterschiedlicher Datensätze sind für Hamburg und Berlin, die sowohl im Bundesländer- als auch im Städtevergleich vorkommen, leicht unterschiedliche Indikatorwerte möglich. Da die Fallzahlen dennoch nicht ausreichen, um auch für Städte dynamische Indikatoren zu berechnen, gehen in den Vergleich nur die 15 Querschnittsindikatoren und zusätzlich der Gewichtungssindikator „Migrantenanteil an allen Einwohnern“ ein.

Unterschiedlicher Migranten-Mix

Die Zusammensetzung der Migranten variiert von Großstadt zu Großstadt noch stärker als auf Ebene der Bundesländer. Anders als dort stellen in der Mehrzahl der Städte Aussiedler nicht die größte Gruppe. In zehn Städten sind die Türkischstämmigen in der Mehrheit, in München die Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25.

Aussiedler leben häufiger auf dem Land und in kleineren Städten, während sich türkische Migranten in den Großstädten konzentrieren. Ihr Anteil ist vor allem in den nordrhein-westfälischen Städten hoch: In Duisburg sind 48, in Köln 37 Prozent aller Migranten türkischstämmig. In Bielefeld und Dortmund liegt der Anteil bei knapp 30 Prozent, ebenso in der Hansestadt Bremen.

In sechs der 20 Städte machen türkische Migranten und Aussiedler zusammen mehr als die Hälfte aller Migranten aus. Am wenigsten divers ist die Bevölkerung mit Mi-

grationshintergrund in Duisburg. Die besteht zu zwei Dritteln aus Türkischstämmigen und Aussiedlern. Im Gegensatz dazu setzen sich die Migranten in Frankfurt am Main, aber auch in Dresden und Leipzig fast gleichmäßig aus Angehörigen verschiedener Herkunftsgruppen zusammen.

Die Ursache dieser unterschiedlichen Mischung dürfte zum einen in der Zuwanderungsgeschichte liegen: In die einstigen Schwerindustriestädte wanderten viele türkische Migranten ein. Die meisten von ihnen und ihre Nachkommen blieben auch, als die Jobs verschwanden und die Arbeitslosigkeit stieg, während andere Gruppen in Regionen mit einer besseren Arbeitsmarktlage weiterzogen – oder zurück in ihre Heimat gingen. Zum anderen gründet die jeweilige Mischung auch auf der wirtschaftlichen Entwicklung der jüngeren Vergangenheit: Wo attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze entstanden sind, wie in der Forschungsstadt München, sammeln sich Migranten aus den Weiteren Ländern der EU-25.

Türkischstämmige finden sich eher in Duisburg, afrikanische Migranten in Bonn und Frankfurt

Während in Duisburg, Köln oder Berlin die türkischen Migranten dominieren, sind in München Zugewanderte aus den Weiteren Ländern der EU-25 am häufigsten. Frankfurt und Stuttgart haben mit 38 respektive 36 Prozent die höchsten Migrantenanteile unter den deutschen Großstädten. In Berlin haben lediglich 22 Prozent aller Personen ausländische Wurzeln. Der vergleichsweise geringe Anteil liegt an den nach wie vor niedrigen Migrantenzahlen im Osten der Stadt. Obwohl Berlin häufig als größte „türkische“ Stadt außerhalb der Türkei bezeichnet wird, haben nur sechs Prozent aller Berliner einen türkischen Migrationshintergrund. Köln und Duisburg sind wesentlich stärker türkisch geprägt.

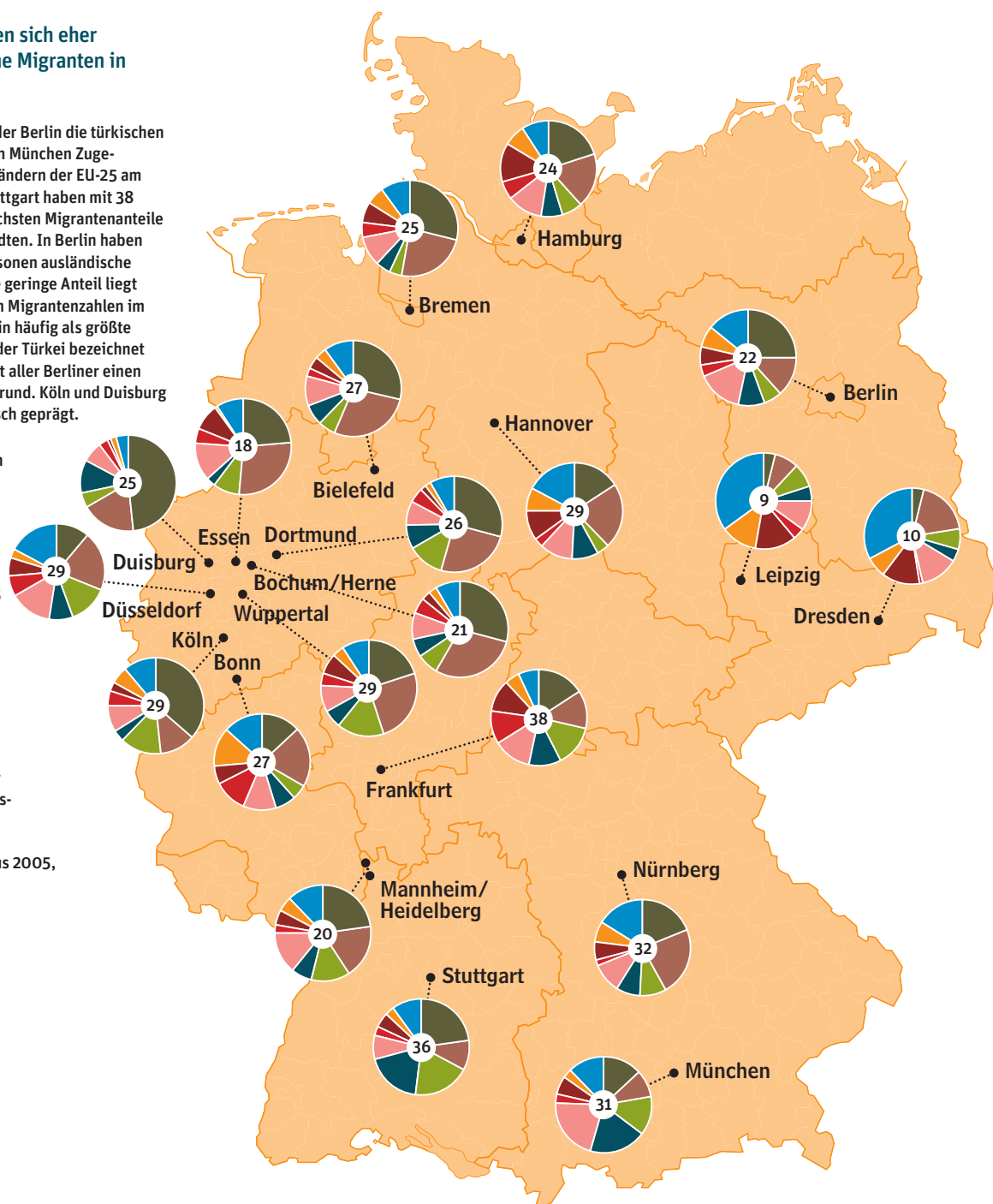
Anteile der Herkunftsgruppen an allen Migranten in Prozent

Herkunft

- Aussiedler
- Türkei
- Weitere Länder der EU-25
- Südeuropa
- ehemaliges Jugoslawien
- Ferner Osten
- Naher Osten
- Afrika
- Sonstige

36 Bevölkerungsanteil aller Menschen mit Migrationshintergrund in Prozent

(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, GF, eigene Berechnung)



Bereich Assimilation

In manchen Städten hat bereits mehr als die Hälfte der Migranten einen deutschen Pass

Dort, wo viele Aussiedler leben, die mit der Einreise bereits Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben, ist der Anteil an Eingebürgerten besonders hoch. In Essen, Bielefeld und Bochum/Herne sind etwa 30 Prozent aller Migranten Aussiedler, mehr als in den anderen untersuchten Städten. In fünf der neun betrachteten Städte Nordrhein-Westfalens haben über 50 Prozent der Bürger mit Migrationshintergrund einen deutschen Pass. Dahinter steht allerdings auch die vergleichsweise liberale Einbürgerungspolitik dieses Bundeslandes.

In den migrantenreichsten deutschen Städten Frankfurt und Stuttgart verfügen weniger als 40 Prozent der Zugewanderten über die deutsche Staatsbürgerschaft. Der Aussiedleranteil unter den Migranten liegt dort nur bei 13 respektive zehn Prozent. Die geringsten Anteile eingebürgerter Migranten haben München und Leipzig. Viele der in Leipzig lebenden Zugewanderten haben afrikanische, nah- oder fernöstliche Wurzeln und sind häufig noch nicht allzu lange im Land, was eine Ursache für die geringe Einbürgerungsquote sein dürfte. In München wohnen vergleichsweise viele Personen aus den Weiteren Ländern der EU-25, für die eine Einbürgerung aufgrund der weitgehenden rechtlichen Gleichstellung mit Einheimischen nicht sonderlich attraktiv ist.

Diese unterschiedliche Zusammensetzung spiegelt sich auch in den Eheschließungen wider: In der bayerischen Hauptstadt leben mit 26 Prozent sehr viele der verheirateten Migranten in bikulturellen Partnerschaften. In den Ruhrgebietsstädten Dortmund (13 Prozent) und Duisburg (16) hingegen ist der Anteil bikultureller Ehen gering, denn die dort dominierenden Türkischstämmigen heiraten meist untereinander.

Bereich Bildung

Dienstleistungsmetropolen vorn

Im Hinblick auf die Bildung der Migranten, gemessen an den drei Indikatoren Schüler der gymnasialen Oberstufe, Personen mit (Fach-)Hochschulreife und Akademiker, liegen Bonn, Düsseldorf und München an der Spitze der untersuchten Großstädte. Um die 50 Prozent aller Migranten haben dort Abitur, zwischen 32 und 40 Prozent von ihnen sind Akademiker. Auch die Jüngeren scheinen gut in das Bildungssystem integriert – etwa ein Drittel der Schüler mit Migrationshintergrund lernt an der gymnasialen Oberstufe. Insgesamt ziehen Städte mit moderner Dienstleistungswirtschaft qualifiziertere Menschen an – Einheimische wie Migranten. Und sie motivieren auch das Bildungsstreben der jüngeren Generation.

Sehr gute Bildungswerte erreichen auch die beiden Großstädte der neuen Bundesländer, Dresden und Leipzig. Beim Indikator „ohne Bildungsabschluss“ muss sogar auf eine Auswertung verzichtet werden, weil die Fallzahl der Migranten dieser Kategorie in der Stichprobe des Mikrozensus zu gering ist. In beiden sächsischen Städten verfügt mehr als die Hälfte der Migranten über Abitur und über einen Hochschulabschluss – in Nürnberg und Duisburg ist es hingegen nur ein Viertel.

Sehr gering ist in den beiden ostdeutschen Städten allerdings der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an der gymnasialen Oberstufe. Offensichtlich sind viele der dortigen Migranten bereits mit Abitur zugewandert, unter anderem, um in Sachsen zu studieren, während die Kinder der ansässigen Migranten selten in der gymnasialen Oberstufe zu finden sind.

Generell ist die Zuwanderungsbevölkerung im Westen weit stärker gespalten als im Osten. In vielen West-Städten steht einem beachtlichen Anteil höher gebildeter Migranten eine enorme Gruppe ungebildeter Menschen gegenüber: In München sind neun Prozent, in Frankfurt, Hamburg und Stuttgart 13 Prozent der Zugewanderten ohne jeden Bildungsabschluss. Solche Zahlen kennzeichnen eine bis heute verfehlte Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Besonders schlecht steht es um die Bildung eines großen Teils der Migranten in vielen nordrhein-westfälischen Städten. In Dortmund, Wuppertal und Bielefeld sind 18 Prozent, in Köln 20 und in Duisburg sogar 22 Prozent der Migranten ohne jeden Abschluss. Die Halbmillionenstadt an der Ruhr plagen unter allen untersuchten Städten die größten Probleme im Hinblick auf den Bildungsstand ihrer Migrantenbevölkerung. Duisburg hat nicht nur den höchsten Anteil gering Gebildeter, die alte Industriemetropole liegt auch beim Abiturientenanteil auf dem vorletzten und beim Akademikeranteil auf dem letzten Platz. Für die Zukunft lässt lediglich der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an der gymnasialen Oberstufe hoffen, der mit 37 Prozent etwa so hoch ist wie unter Einheimischen.

Bereich Arbeitsmarkt

Eine gute Beschäftigungssituation für Einheimische hilft auch den Migranten

Bei den Arbeitsmarktindikatoren liegen München, Frankfurt und Bonn im Durchschnitt vorn – Städte mit hoher Wirtschaftskraft und niedriger Arbeitslosigkeit. Die Erwerbspersonenquote der Migranten, also jener Anteil, der dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung steht, erreicht in München den Spitzenwert von 72 Prozent. In Bremen, Bochum/Herne und Duisburg, Städten also, die den Strukturwandel noch immer nicht bewältigen konnten, haben Migranten auf dem Arbeitsmarkt hingegen den schlechtesten Stand. In Bremen und Bochum/Herne ist die Erwerbslosenquote der Migranten fast dreimal, in Duisburg zweimal so hoch wie in München. In Bremen und Bochum/Herne stehen überhaupt nur 64 Prozent der Migranten im erwerbsfähigen Alter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. In Duisburg und Bochum/Herne hält sich fast die Hälfte aller weiblichen Migranten im Erwerbsalter vom Arbeitsmarkt fern.

Im Osten Deutschlands ist die Erwerbs- und Jugenderwerbslosigkeit generell hoch. Unter diesen schwierigen Bedingungen machen sich viele Migranten selbstständig – möglicherweise auch erleichtert durch ihren

guten Bildungsstand. In Dresden und Leipzig erreicht die Selbstständigenquote der Migranten 20 Prozent – annähernd ein doppelt so hoher Wert wie unter den Einheimischen. Auch in den Dienstleistungszentren München, Frankfurt und Bonn kommen Migranten auf Selbstständigenquoten von 13 bis 14 Prozent und damit auf einen Wert, der ähnlich hoch ist wie bei den Einheimischen. In Industriestädten hingegen – im Ruhrgebiet, aber auch in Baden-Württemberg – machen sich weniger als zehn Prozent der Migranten selbstständig. Stuttgart hat hier den geringsten Wert von nur sechs Prozent vorzuweisen. Offenbar zieht die baden-württembergische Landeshauptstadt Migranten vorwiegend als Arbeiter in die Industriebetriebe, zum Unternehmertum regt sie aber kaum an.

Im öffentlichen Dienst sind Migranten in Dresden und Leipzig, aber auch in Heidelberg/Mannheim und in Bielefeld recht gut vertreten. Dort sind jeweils mehr als 15 Prozent der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund öffentlich beschäftigt, ein Wert, der nicht allzu weit von dem der Einheimischen entfernt ist. In Duisburg, Dortmund oder Frankfurt liegt er weniger als halb so hoch wie bei der einheimischen Bevölkerung. Ganz am Ende der Skala findet sich Nürnberg, wo nur sieben Prozent der Migranten im öffentlichen Dienst arbeiten, was einem Drittel des Wertes unter den Einheimischen entspricht. Auch im Hinblick auf die Vertrauensberufe, in denen nur drei Prozent der Migranten tätig sind, erweist sich Nürnberg als eine Stadt mit einem für Migranten weitgehend verschlossenen Arbeitsmarkt.

Bereich Soziale Absicherung

Migranten in Leipzig, Dresden und in den Stadtstaaten sind besonders häufig vom Staat abhängig

Es ist kaum verwunderlich, dass Migranten in Städten mit guter Wirtschaftslage finanziell besser dastehen als anderswo. Das gilt vor allem für München, Stuttgart und Frankfurt. Da Menschen mit Migrationshintergrund dort auch vergleichsweise gut qualifiziert sind, erzielen sie im Durchschnitt die höchsten Einkommen. Und vergleichsweise wenige Migranten leben dort von öffentlichen Leistungen – in Frankfurt 13, in Stuttgart elf und in München acht Prozent. Im Mittelfeld finden sich viele nordrhein-westfälische Städte. Schlecht sieht es in Bremen, Berlin, Dresden und Leipzig aus, wo auch viele Einheimische von öffentlichen Leistungen abhängig und arbeitslos sind. Bei einer Abhängigkeitsquote unter Migranten zwischen 26 (Bremen und Berlin) und 41 Prozent (Leipzig) ist die dortige soziale Lage äußerst angespannt. Zudem erzielen Migranten in Bremen und Berlin im Durchschnitt die niedrigsten Einkommen.

STÄDTEWERTUNG: SÜDDEUTSCHLAND UND RHEINLAND LIEGEN VORN

Spitzengruppe: München, Bonn, Frankfurt, Düsseldorf

Die prosperierenden Dienstleistungsmetropolen West- und Süddeutschlands liegen beim Integrationsvergleich vorn. Wegen ihrer modernen Wirtschaftsstruktur sind sie attraktiv für qualifizierte Zuwanderer verschiedener Herkunftsgruppen. Weil Kohle, Stahl oder Schiffbau dort nie eine Rolle spielten, ist der Anteil früh zugezogener, gering qualifizierter Gastarbeiter niedrig. München, Bonn, Frankfurt und Düsseldorf erzielen im Schnitt bei allen Indikatoren die besten Werte. Diese vier Städte haben Migrantenanteile zwischen 27 (Bonn) und 38 Prozent (Frankfurt). Die hessische Metropole ist gleichzeitig die deutsche Großstadt mit dem höchsten Anteil von Bürgern mit Migrationshintergrund.

Die Spitzenreiter können durch gute Arbeitsmarktwerte punkten. Allerdings liegt die Erwerbslosenquote selbst in den bestplatzierten Städten doppelt bis drei Mal so hoch wie unter Einheimischen. In den vier Städten der Spitzengruppe stehen rund 70 Prozent aller Personen im erwerbsfähigen Alter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Vor allem in Vertrauensberufen und unter den Selbstständigen finden sich viele Migranten. Insgesamt liegt in diesen Städten die Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen am niedrigsten. München ist in diesem Punkt klarer Spitzenreiter: Nur acht Prozent der Migranten hängen von öffentlichen Leistungen ab, kaum mehr als die Einheimischen mit fünf Prozent.

Ergebnisse der einzelnen Indikatoren des IMI für die 20 größten Städte

Ergebnisse der einzelnen Indikatoren des IMI für die 20 größten Städte		Migrantenanteil	deutsche Staatsbürgerschaft	bikulturelle Ehen	ohne Bildungsabschluss	Schüler der gymnasialen Oberstufe	(Fach-) Hochschulreife				
		Prozent									
		gesamt	Migranten	Migranten	Migranten	Einheimische	Migranten	Einheimische	Migranten	Einheimische	
1	München	31	31	26	9	1	27	28	50	64	
2	Bonn	27	54	23	13	1	36	37	55	77	
3	Frankfurt	38	39	16	13	1	23	32	48	67	
4	Düsseldorf	29	44	19	12	2	36	48	48	67	
5	Dresden	10	37	45	1	1	13	17	72	51	
6	Hamburg	24	49	23	14	2	26	35	39	56	
6	Heidelberg/Mannheim	20	48	25	10	2	20	30	39	46	
8	Stuttgart	36	38	17	13	1	26	32	37	67	
9	Essen	18	59	23	12	2	25	38	28	41	
10	Berlin	22	43	24	18	2	31	32	43	50	
11	Hannover	29	44	15	9	1	36	30	40	62	
11	Köln	29	41	17	20	1	32	30	39	65	
13	Bielefeld	27	56	16	18	2	28	46	34	60	
14	Leipzig	9	26	23	5	0	13	24	51	50	
15	Wuppertal	29	54	22	18	3	26	41	33	39	
16	Bremen	25	49	16	18	2	34	32	31	49	
17	Bochum/Herne	22	55	19	17	2	33	38	37	51	
17	Dortmund	26	49	13	18	2	29	29	32	50	
17	Nürnberg	32	45	18	10	2	15	19	26	45	
20	Duisburg	25	49	16	22	2	37	35	26	41	

Indikatorwerte und Gesamtbewertung

Auch die Bildungswerte sind in diesen vier Städten relativ günstig. Zwar sind auch dort noch zwischen neun (München) und 13 Prozent (Bonn und Frankfurt) der Migranten ganz ohne Bildungsabschluss, dafür liegt der Anteil von Akademikern mit 32 (Bonn) bis 40 Prozent (München) sehr hoch. Dies ist

ein Zeichen dafür, dass diese Städte für hoch qualifizierte Migranten attraktiv sind. Bei den jüngeren Migranten ist das Ergebnis stärker gemischt: Frankfurt und München schneiden mit 23 beziehungsweise 27 Prozent aller Schüler mit Migrationshintergrund an der gymnasialen Oberstufe eher mittelmäßig ab,

Bonn und Düsseldorf hingegen erreichen mit 36 Prozent Spitzenwerte. Diese Erfolgsquote ist dem nordrhein-westfälischen Bildungssystem geschuldet, das vergleichsweise viele Jugendliche zur Hochschulreife führt.

	Akade- miker	Erwerbs- losen- quote	Erwerbs- personen	Jugend- erwerbs- losen- quote	Haus- frauen- quote	Selbst- ständige	Beschäftig- te im öf- fentlichen Dienst	Vertrauens- berufe	Abhängige von öffent- lichen Leistungen	Indivi- dual- einkom- men	Gesamt (Punktbewertung)										
	Prozent																		Klasse		
	Migranten	Einheimische	Migranten	Einheimische	Migranten	Einheimische	Migranten	Einheimische	Migranten	Einheimische		Migranten	Einheimische	Migranten	Einheimische	Migranten	Einheimische	Migranten	Einheimische	Migranten	Einheimische
	40	39	10	5	72	78	17	6	27	14	14	16	13	20	10	24	8	5	8	10	5,94
	32	44	19	4	67	72	14	14	35	21	13	10	15	38	12	29	13	3	7	9	5,75
	39	39	14	7	69	78	18	6	31	15	14	14	10	20	14	29	13	6	8	9	5,44
	37	32	18	7	69	76	23	15	37	19	11	12	10	22	13	24	15	7	8	9	5,31
	60	30	39	13	70	76	34	14	20	8	20	11	15	25	12	18	30	11	7	7	4,88
	31	29	17	8	66	78	24	11	31	17	11	13	9	17	7	20	18	9	7	8	4,81
	28	24	15	6	69	76	17	8	29	19	9	11	16	21	9	19	12	6	7	8	4,81
	28	38	14	5	71	77	16	7	31	17	6	14	12	21	6	22	11	5	8	9	4,75
	21	18	17	7	70	72	23	8	36	27	13	11	13	22	6	17	16	6	7	8	4,69
	40	32	30	16	66	75	30	21	26	11	20	14	11	24	11	23	26	14	6	8	4,63
	27	34	21	10	61	76	12	12	40	15	7	10	14	27	7	23	22	8	7	8	4,56
	27	31	23	8	65	77	26	10	39	19	12	13	13	22	9	23	18	7	7	9	4,56
	20	24	22	10	69	77	32	12	28	15	10	11	16	23	10	18	17	8	7	8	4,44
	56	23	44	18	65	76	24	20	27	8	20	12	17	19	6	17	41	15	7	7	4,31
	21	17	21	12	63	73	19	22	38	19	10	9	12	21	8	17	17	9	7	8	4,25
	31	24	27	12	64	75	25	11	34	19	10	10	10	18	6	14	26	13	6	8	4,19
	19	19	27	11	64	70	27	12	45	30	9	8	14	28	7	16	18	9	7	8	4,13
	17	18	22	12	66	72	16	17	40	24	9	9	11	25	8	18	19	9	7	8	4,13
	25	25	21	9	69	76	24	11	30	17	11	11	7	21	3	17	19	8	7	8	4,13
	9	12	21	12	60	69	20	17	47	30	8	8	11	26	5	14	18	9	8	8	3,75

(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, GF, eigene Berechnung)

Mittelfeld

Im oberen Mittelfeld der Gesamtbewertung liegen Dresden, Hamburg, Heidelberg/ Mannheim und Stuttgart, gefolgt von Essen, Berlin, Hannover und Köln. Das untere Mittelfeld bilden Bielefeld, Leipzig, Wuppertal und Bremen. Auf den mittleren Rängen der Städtebewertung zeigen die einzelnen Indikatoren des IMI bei den jeweiligen Kommunen untereinander große Schwankungen. Deshalb lassen sich nur schwer übergreifende Aussagen treffen. Vergleiche sind nur anhand einzelner Indikatorenwerte möglich, sagen dann jedoch wenig über die allgemeine Integrationslage aus. So hat beispielsweise Essen mit 59 Prozent einen Rekordwert von Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft, erreicht aber zugleich eher schlechte Werte bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Nur 13 Prozent sind im öffentlichen Dienst beschäftigt, und vier Prozent sind in Vertrauensberufen tätig. In Bremen besuchen viele Migranten die gymnasiale Oberstufe – gleichzeitig stehen in der kleinen Hansestadt mit einer Erwerbspersonenquote von 64 Prozent nur sehr wenige Migranten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Klassische Industriestädte mit den größten Problemen

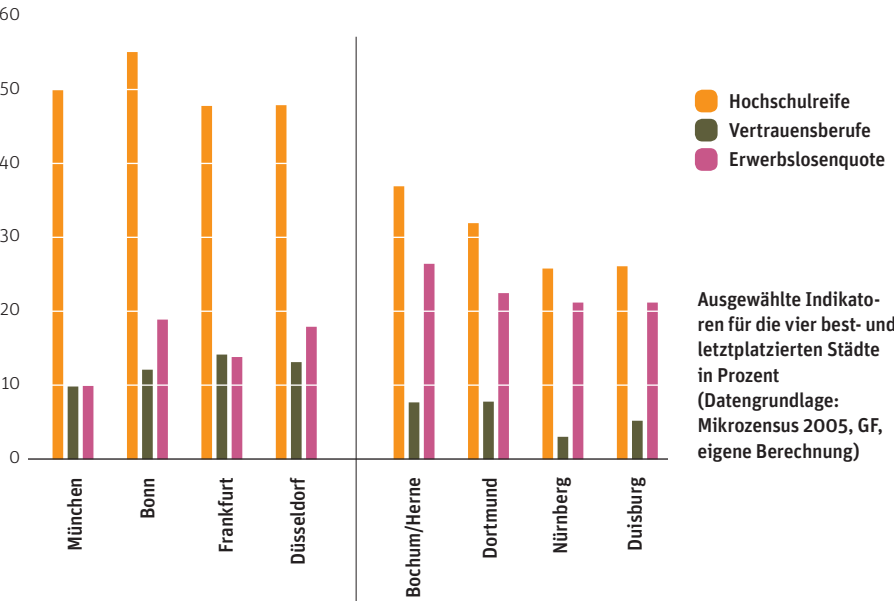
Wo es generell gute Jobs gibt, in den Dienstleistungsmetropolen Süd- und Mitteldeutschlands und im Rheinland, ist es auch für Migranten einfacher, Arbeit zu finden. Dort sind zudem höhere Qualifikationen gefragt, weshalb die Menschen mit Migrationshintergrund im Mittel besser gebildet sind. Anders ist die Lage dort, wo einst viele Gastarbeiter hinzogen. In diesen Zentren sind viele alte Industrien weggebrochen, viele gering Qualifizierte wurden arbeitslos und haben selbst dort nicht den Anschluss an den Arbeitsmarkt gefunden, wo neue Gewerbszweige aufgebaut wurden. Dies gilt vor allem für Nürnberg. Dort ist die Modernisierung der Wirtschaft weitgehend an den Migranten vorbeigegangen.

Die Schlusslichter: Bochum/Herne, Dortmund, Nürnberg und Duisburg

Es dürfte kein Zufall sein, dass gerade die lange von Altindustrien geprägten Großstädte die Schlusslichter des Städtevergleichs bilden. Besonders in den drei Ruhrgebietsmetropolen hat sich die Wirtschaft vom Niedergang der Schwerindustrie bis heute nicht erholt. Es herrscht hohe Arbeitslosigkeit, die Kommunen sind stark verschuldet und investieren wenig in Zukunftsaufgaben wie Bildung und Integration. Entsprechend ausgeprägt sind die sozialen Probleme.

In Bochum/Herne ist mehr als ein Viertel aller Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund ohne Job. In allen drei Ruhrstädten sind zwischen 17 und 22 Prozent aller Migranten ohne jeden Bildungsabschluss. Über einen Hochschulabschluss verfügen in Dortmund und Bochum/Herne lediglich 17 respektive 19 Prozent, in Duisburg sogar nur neun Prozent aller Migranten. Überhaupt stehen dort nur zwischen 60 und 66 Prozent der Zugewanderten im Erwerbsalter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. In Duisburg bleibt fast die Hälfte der Migrantinnen dieser Altersklasse dem Arbeitsmarkt fern.

Nicht viel besser sieht es in der Industriemetropole Mittelfrankens aus. Nürnberg hat den Strukturwandel zwar besser bewältigt als das Ruhrgebiet, denn es hat eine Reihe von Forschungszentren, etwa im Medizintechnikbereich, angezogen und so hochwertige Arbeitsplätze geschaffen. Die Migranten, die einst zahlreich kamen, profitieren aber nur wenig von diesen neuen Jobs. Ihre Erwerbslosenquote liegt bei 21 Prozent und damit zweieinhalbmal so hoch wie unter den Einheimischen. Migranten hängen in Nürnberg ebenso häufig von öffentlichen Leistungen ab wie im Ruhrgebiet. Wie wenig die Zugewanderten den Weg in die Gesellschaft gefunden haben, zeigt sich besonders daran, dass nur sieben Prozent von ihnen im öffentlichen Dienst und gar nur drei Prozent in Vertrauensberufen beschäftigt sind. Bei beiden Indikatoren ist Nürnberg mit Abstand Schlusslicht des Städtevergleichs.



Fazit

Integration mangelhaft

Wirklich zufriedenstellend sind Migranten nirgendwo in Deutschland integriert. Selbst in den Bundesländern mit den besten Ergebnissen sind Migranten mehr als doppelt so häufig erwerbslos wie Einheimische, und sie hängen mehr als doppelt so oft wie diese von öffentlichen Leistungen ab. In fast allen Bundesländern arbeiten weniger als zehn Prozent der Migranten in sozial verantwortungsvollen und angesehenen Vertrauensberufen – zwei- bis dreimal seltener als Einheimische. Das Ziel, Migranten mit Einheimischen gleichzustellen, ist somit nirgendwo auch nur annähernd erreicht.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern und Städten erlauben jedoch wichtige Erkenntnisse: Eine moderne Wirtschaftsstruktur bietet die besten Voraussetzungen, damit Integration gelingt. Länder und Städte mit einem großen Dienstleistungssektor ziehen nicht nur gut qualifizierte Migranten an, offenbar wirkt dieses Umfeld auch positiv auf die Bildungsanstrengungen der Kinder von Zugewanderten. Die gut platzierten Länder Hessen und Bayern und die Großstädte München, Bonn oder Frankfurt mit vergleichsweise guten Integrationsleistungen verfügen über eine moderne Dienstleistungswirtschaft und Forschungslandschaft und haben entsprechend auch eine besser gebildete Migrantenschicht. Umso bedenklicher bleibt, dass auch an diesen Standorten die weniger gut qualifizierten Migranten keinen Anschluss finden, so dass auch dort die Erwerbslosigkeit relativ gesehen hoch bleibt.

Wo der Strukturwandel weniger gut bewältigt wurde, etwa im Saarland, in Niedersachsen oder Schleswig-Holstein sowie in Städten wie Duisburg, Dortmund, Bochum/Herne oder Nürnberg, sind Migranten

aufgrund mangelnder Bildung besonders von der schlechten Lage am Arbeitsmarkt betroffen. Zudem ist anzunehmen, dass aus solchen wirtschaftlich problematischen Regionen besser qualifizierte Migranten tendenziell abwandern, was die Unterschiede zwischen den Regionen weiter verstärkt.

Die absolute oder relative Anzahl von Zugewanderten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung hat kaum Auswirkungen auf die Integrationserfolge. Zwar wurde mit dem Indikator „Migrantenanteil“ ein Gewichtungsfaktor in die Indexberechnung einbezogen, der Bundesländer und Städte mit vielen Zugewanderten einen Bonus verschafft – die Analyse zeigt aber, dass sich die Rangfolge der Integrationsergebnisse auch ohne diesen Indikator kaum verändert. Hessen und Hamburg, die Bundesländer mit dem höchsten Migrantenanteil, schneiden im Integrationsvergleich am besten ab, auch fällt das multikulturelle Frankfurt unter die drei besten Städten.

Die Durchmischung der Migrantenbevölkerung ist der Integration förderlich. Am schlechtesten im Länder- und im Städtevergleich schneiden Regionen ab, in denen einzelne Herkunftsgruppen dominieren. In Duisburg, im Städteindex auf dem letzten Platz, stellen Migranten mit türkischer Herkunft und Aussiedler zusammen zwei Drittel aller Einwohner mit Migrationshintergrund. Im erstplatzierten München gehören nur 22 Prozent zu diesen beiden deutschlandweit größten Gruppen. Auch beim Ländervergleich zeigt sich: je gemischter die Migrantenbevölkerung, desto besser die Integration. Beim Schlusslicht Saarland etwa stellen die beiden größten Herkunftsgruppen – Türkischstämmige und Südeuropäer – etwa die Hälfte aller Migranten.

Die Integration der größten Zuwanderergruppen – Aussiedler und Menschen türkischer Herkunft – spielt eine wesentliche

Rolle für das Abschneiden im Integrationsindex. Weil Aussiedler generell deutlich bessere Bildungsabschlüsse haben als Türkischstämmige, und weil der Bildungsgrad massiv die Integrationsfähigkeit beeinflusst, unterscheiden sich die Regionen, je nachdem welche der beiden Gruppen überwiegt. So gründen die schlechten Integrationsleistungen des Saarlandes unter anderem darauf, dass die große Gruppe mit türkischem Migrationshintergrund zu 45 Prozent ohne jeden Bildungsabschluss ist und dass auch deren Kinder kaum in der Bildungshierarchie aufsteigen.

Bei der Ausübung sozial angesehener Berufe macht sich neben dem Bildungsstand und der Lage auf dem Arbeitsmarkt auch die Landespolitik bemerkbar: In Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und dem Saarland liegt der Anteil erwerbstätiger Migranten im öffentlichen Dienst vergleichsweise hoch. Hier hat offenbar die Einstellungspolitik der langjährig sozialdemokratisch regierten Länder Wirkung gezeigt. Politischer Integrationswille wird auch beim hohen Anteil der Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft deutlich. Ein deutscher Pass erleichtert Migranten den Zugang zu Vertrauensberufen.

Kulturelle Vermischung steht in positivem Zusammenhang mit Beschäftigung: Wo Migranten vergleichsweise häufig eine Ehe mit Einheimischen eingehen, ist die Erwerbslosigkeit unter Zugewanderten eher niedrig und die Selbständigenquote tendenziell höher.

Bei aller Kritik an der mangelhaften Integration von Migranten zeigen die regionalen und gruppenspezifischen Unterschiede nicht nur Defizite, sondern erzählen auch Erfolgsgeschichten. Generell zeigt sich, dass die Bildung den wichtigsten, stets notwendigen, gleichwohl aber nicht hinreichenden Schlüssel für eine erfolgreiche Integration bildet.

8

DER PREIS VERFEHLTER INTEGRATION

Was unzureichende Eingliederung der Migranten die Gemeinschaft kostet

Die Diskussion um die Integration von Zugewanderten war in Deutschland lange vornehmlich von voreingenommener Ablehnung oder moralischen Erwägungen, aber wenig von pragmatischen Debatten geprägt – ohne dass sich dadurch der Status von Migranten wesentlich verbessert hätte. Im Gegenteil: Vorurteile blockierten oftmals eine sachliche Diskussion des Themas Einwanderung. Ausgelöst durch den demografischen Wandel gewinnen wirtschaftliche Aspekte für die gegenwärtige Integrationsdebatte immer mehr an Bedeutung, denn der Einfluss der Bevölkerungszusammensetzung auf die Ökonomie ist unübersehbar. So ist heute klar, dass es nicht zu vertreten ist, einen Teil der jungen Menschen so schlecht auszubilden, dass sie später fiskalisch gesehen nur wenig zur Volkswirtschaft beitragen können.

Kosten und Nutzen von Migration am Beispiel der Integration in den Arbeitsmarkt

Im Prinzip gilt: Zuwanderung kann einer Volkswirtschaft großen Nutzen bringen. Als Arbeitskräfte, aber auch als Konsumenten tragen Einwanderer zum Wirtschaftswachstum eines Landes bei. Im besten Fall bringen Migranten nachgefragte Berufe und Fähigkeiten mit. Die mit ihrer Ankunft wachsende kulturelle Vielfalt erleichtert und inspiriert zudem viele Innovationen. So ist beispielsweise der Aufstieg der USA zur führenden Wirtschaftsnation der Welt nicht denkbar ohne ihre Geschichte als Einwanderungsland. Insbesondere in der jüngeren Entwicklung der USA haben Migranten zur Vitalität und Attraktivität des Wirtschaftsraumes beigetragen und ein Umfeld geschaffen, in dem sich gleichermaßen Talente, Technologie und Toleranz entfalten können.³⁴ Die Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt ist eine wesentliche Voraussetzung, um deren Potenziale ökonomisch nutzbar zu machen. Vielen Ländern – auch Deutschland – ist das in der Vergangenheit nur schlecht gelungen.

Auf der Einnahmenseite eines Staates stehen in erster Linie die Steuern. Die Lohn- und Einkommenssteuer wird in der Regel nur von Erwerbstätigen entrichtet. Hier gilt: je höher das Einkommen, umso höher die zu entrichtenden Beiträge und letztlich die Einnahmen des Staates. Mehrwertsteuer

wiederum ist auf den Erwerb aller Waren und Dienstleistungen zu entrichten – sie ist eine Konsumsteuer. Auch hier gilt normalerweise: je höher das Einkommen, desto höher die Konsumausgaben und entsprechend die staatlichen Einnahmen. Neben Einkommens- und Konsumsteuern fließen außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung in die staatlichen Kassen. Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sowie Lohn- und Einkommenssteuern bezahlen jedoch nur jene, die ein Minimum an Einkommen erzielen. Bei den Migranten wie auch bei den Einheimischen setzt dies eine gelungene Integration in den Arbeitsmarkt voraus.

Bei denen, die über kein Einkommen verfügen, kehrt sich das Einnahmen-Ausgaben-Verhältnis um: Für sie muss im Bedarfsfall der Sozialstaat aufkommen, oft auch ohne dass jemals etwas in die Sozialkassen eingezahlt worden ist. Auf der Ausgabenseite des Staates stehen Zahlungen aus den Sozialversicherungen und Transfers wie Arbeitslosen- und Wohngeld. Auch für Kinder- und Erziehungsgeld sowie Renten und Pensionen muss der Staat aufkommen. Viele weitere Ausgaben sind freilich nur indirekt von Anzahl und Erwerbsstatus der Bürger abhängig und fallen in jedem Fall als Grundlage eines

funktionierenden Gemeinwesens an: die Infrastruktur wie zum Beispiel Straßen-, Bahn- und Schifffahrtswege, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie das gesamte Bildungssystem, die Gesundheitsversorgung und die Exekutivorgane wie die Polizei und die Landesverteidigung.

Die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben ergibt die wirtschaftliche Gesamtbilanz der Migration. Für Menschen, die schlecht in den Arbeitsmarkt integriert, also arbeitslos, unterbeschäftigt oder auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist diese Bilanz negativ – sie verursachen der Gesellschaft Kosten. Auch für Personen, die deutlich unterhalb ihres Qualifikationsniveaus beschäftigt sind, muss man einen wirtschaftlichen Verlust ausweisen. Er berechnet sich aus dem entgangenen Nutzen, denn diese Menschen könnten ein höheres Einkommen erzielen und mehr Steuern entrichten, wenn sie entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt würden.

Die Gastarbeiter der 1960er Jahre waren für die deutsche Gesellschaft von hohem ökonomischen Nutzen. Sie kompensierten den Arbeitskräftemangel in der Industrie und trugen so erheblich zum Wirtschaftswachstum bei. Sie hatten alle Arbeitsverträge, und weil sie jung waren und ohne Kinder und Angehörige hier lebten, verursachten sie so gut wie keine Kosten.

Diese Situation hat sich allerdings vollkommen verändert. Migranten sind heute in allen Bundesländern etwa doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Einheimische und leben weit häufiger von öffentlichen Leistungen. Mit einer derart mangelhaften Integration steht Deutschland freilich nicht allein – viele europäische Länder haben das gleiche Problem.

Gewinn für die Gemeinschaft: Kostenbilanz eines Bürgers

Als Kind verursacht jeder zunächst Kosten, die nicht nur für die Eltern anfallen, sondern auch für den Staat. Kindergärten, Schule, Tagesbetreuung und Kindergeld werden aus öffentlichen Mitteln finanziert. Diese Ausgaben sind eine Investition in die Zukunft. Nach der erfolgreichen Kinder-, Jugend- und Ausbildungsphase beginnt das Erwerbsleben. Dann wird der Bürger im Normalfall vom Nettoempfänger zum Nettozahler. Im Durchschnitt entrichten Arbeitnehmer 45 Jahre lang Steuern und Versicherungsbeiträge. Erst mit Erreichen des Renten- und Pensionsalters ändert sich die Bilanz wieder: Nun beziehen die inzwischen aus dem Berufsleben Ausgeschiedenen bis an ihr Lebensende zum Gutteil ein Einkommen aus öffentlichen Kassen. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen durchschnittlichen Lebenserwartung sind das bei einem Renteneintrittsalter von 65 Jahren im Schnitt 17 Jahre für Frauen und zwölf Jahre für Männer. Die Realität sieht freilich anders aus. Bei einer derzeitigen Quote von rund neun Prozent waren 2007 rund 3,8 Millionen in Deutschland lebende Personen arbeitslos.³⁵ Je nach Dauer der Arbeitslosigkeit kann das bedeuten, dass ein Einzelner in seinem Leben mehr Leistungen des Sozialstaates bezieht als er tatsächlich an Steuern oder Beiträgen einbezahlt. Auch chronisch Kranke und aufgrund eines Unfalls Berufsunfähige verursachen in der Regel Mehrkosten. Für sie kommt nach dem Prinzip des Sozialstaates die Gemeinschaft auf.

Zuschussprojekt Integration: Die Kosten eines abgehängten Zugewanderten

Für Migranten, die im erwerbsfähigen Alter nach Deutschland kommen, entfällt die Investition im Kindesalter, weil sie anderswo aufgewachsen, zur Schule gegangen und gegebenenfalls ausgebildet worden sind (den Nettoverlust trägt ihr Herkunftsland). Menschen, die aus beruflichen Gründen wandern, die so genannten Arbeitsmigranten, zahlen in der neuen Heimat sofort Steuern und Beiträge. Sie sind somit ein Gewinn für den Staat. Sie erzielen allerdings auch Anwartschaften aus den Sozialkassen, die später einmal fällig werden. Die häufig geringe Qualifikation der Zugewanderten setzt sie jedoch in der Realität einem hohen Risiko aus, arbeitslos zu werden. Zudem erkennt das deutsche System die Abschlüsse vieler Migranten nicht an. Ein Lehrer zum Beispiel, der seine Berufsausbildung im Ausland abgeschlossen hat, darf in Deutschland zumeist nicht ohne umfassende Nachqualifizierung unterrichten. Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit oder der Unterbeschäftigung steigen die Auszahlungen aus den öffentlichen Kassen an, denn für deutsche und ausländische Bürger gelten bei Sozialabgaben und den daraus resultierenden Ansprüchen die gleichen Regeln. Die Bilanz von Migranten fällt deshalb oft negativ aus. In die Kinder der Zuwanderer investiert der Staat in der Theorie im Mittel genauso viel wie in die einheimischen Kinder. In der Praxis benötigen diese Kinder jedoch spezielle Förderungen, damit sie nicht in denselben Kreislauf aus geringer Bildung und Arbeitslosigkeit rutschen wie ihre Eltern. Ihre Ausbildung ist damit im Prinzip teurer; noch kostspieliger wird es, wenn diese Maßnahmen nicht greifen.

Die Kosten verfehlter Integration – ein Überblick

Wie aber lässt sich nach diesen Vorüberlegungen eine genaue Kosten-Nutzen-Rechnung für die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt aufstellen? Bestimmte Faktoren können in Geldwerten bemessen werden, andere, wie das Innovationspotenzial durch kulturelle Vielfalt, lassen sich kaum derart quantifizieren.

In den vergangenen Jahren haben eine Reihe von wissenschaftlichen Studien Vorschläge gemacht, wie sich Kosten oder Nutzen von Zuwanderung berechnen lassen. Solche ökonomischen Zuwanderungsbilanzen zeigen allerdings je nach Herangehensweise ganz unterschiedliche Ergebnisse – abhängig davon, wie sehr es gelingt, die oft versteckten Kosten in eine solche Bilanz einzubeziehen.

Hans Werner Sinn vom Ifo-Institut für Wirtschaftsförderung in München kam 2001 zu dem Ergebnis, dass Zuwanderung überwiegend Kosten verursacht. Migranten seien häufig gering qualifiziert, verdienten daher weniger und entrichteten somit auch weniger Steuern als Einheimische. Dagegen verursachten sie zusätzliche Infrastrukturkosten etwa für Schulen oder Dolmetscher in Behörden. Die Gesamtbilanz sei daher negativ. Nach den Berechnungen des Ifo-Instituts hat jeder Zugewanderte in Westdeutschland allein im Jahr 1997 durchschnittlich 1.419 D-Mark Kosten verursacht.³⁶

Der Ökonom Hans Dietrich von Loeffelholz bezifferte im Jahr 2001 in einer Studie für das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung die jährlichen Kosten mangelhafter Integration von Migranten mit 40 bis 80 Milliarden D-Mark. Etwa die Hälfte davon entgingen dem Staat im Jahr an Steuern und Beiträgen. Die Ursachen lägen hauptsächlich in dem niedrigeren Bildungsstand der Migranten, der sie anfälliger für Arbeitslosigkeit mache.³⁷

In einer weiteren Studie aus dem Jahr 2004 kommt von Loeffelholz allerdings zu dem Ergebnis, dass die ökonomische Wanderungsbilanz positiv sei. Hier bezieht er nicht nur die Bilanz von Ein- und Auszahlungen der öffentlichen Kassen mit ein, sondern berücksichtigt auch die Fixkosten des Staates. Von Loeffelholz sieht nötige Ausgaben für Infrastruktur oder auch Landesverteidigung als weitgehend unveränderlich an – unabhängig davon, wie viele Menschen in Deutschland leben. Er argumentiert, dass seit 1972 – seit jenem Jahr liegt in Deutschland die Zahl der Sterbefälle über jener der Geburten – nur die Zuwanderung die Bevölkerung vor dem Schrumpfen bewahrt hat. Wäre die Einwohnerzahl gesunken, hätten immer weniger Deutsche für die gleichen Fixkosten des Staates aufkommen müssen – mit der Folge ständig steigender Kosten für jeden Einzelnen. Durch Zuwanderung verteile sich die Last dieser Fixkosten auf mehrere Köpfe. Werde dieser Umstand in die Berechnung der fiskalischen Gesamtbilanz einbezogen, so entlaste laut Loeffelholz Zuwanderung die öffentlichen Kassen jährlich um etwa 20 Milliarden Euro – eine Summe, die einem Prozent des Bruttosozialproduktes entspricht.³⁸ Eine ähnlich große Summe haben Bund, Länder und Kommunen 2006 für Kinder- und Jugendhilfe aufgewandt, etwa zur Finanzierung von Kindertagesbetreuung und Erziehungshilfe.³⁹

Die jüngste Studie zum Thema fiskalische Wanderungsbilanz wurde im Jahr 2008 von der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht. In ihr ist der Saldo wieder negativ: Je nach berechnetem Modell wird eine Spanne zwischen 11,8 bis 15,6 Milliarden Euro genannt, die verfehlte Integration pro Jahr koste. Das entspricht etwa der Hälfte des Bruttoinlandsproduktes von Bremen, das 2007 rund 26,5 Milliarden Euro betrug.⁴⁰ In der Bertelsmann-Studie wurden schlecht integrierte mit gut integrierten Personen in den Bereichen Bildung, Sprache und soziale Integration verglichen. Die Summe ergibt sich aus der Differenz zwischen Einkommen, Steuer- und Versicherungsbeiträgen und dem staatlichen

Mehraufwand, etwa durch Arbeitslosengeld. Pro Kopf kosten weniger gut integrierte Zugewanderte die Allgemeinheit eine Summe zwischen 2.624 und 3.471 Euro im Jahr.⁴¹

Auch Studien in anderen europäischen Ländern ermittelten für mangelnde Integration hohe Kosten. Eine niederländische Studie aus dem Jahr 2003 kam zum Ergebnis, dass Migranten über ihre gesamte Lebensspanne betrachtet potenziell dann die beste Bilanz für die öffentlichen Kassen erreichen, wenn sie im Alter von 25 Jahren ins Land kommen. Allerdings verursachten Zuwanderer aus nicht-westlichen Ländern sogar in diesem Fall ein erhebliches Minus – durchschnittlich 43.000 Euro pro Lebensspanne. Hoch qualifizierte Migranten dagegen erwirtschafteten einen höheren Gewinn als die einheimische niederländische Vergleichsgruppe. Fazit der Studie: Es hängt von den sozialen und wirtschaftlichen Merkmalen sowie vom Alter der Migranten ab, ob und wie viel sie in die Staatskassen einbezahlen oder ob sie letztlich ihr Leben lang bezuschusst werden müssen.⁴²

Eine Untersuchung aus dem Einwanderungsland USA zeigt hingegen, dass sich hier die wirtschaftlichen Leistungen von Zugewanderten kaum von denen der Einheimischen unterscheiden und sich Zuwanderung damit in jedem Fall positiv auf den Staatshaushalt auswirkt.⁴³ Allerdings ist das Sozialsystem der USA nicht mit dem Deutschlands oder der Niederlande vergleichbar, in denen es umfangreiche Sozialleistungen gibt, die auch als Anreize für eine Zuwanderung in öffentliche Versorgungssysteme erlebt und genutzt werden können. Aufgrund der erheblich schlechteren sozialen Sicherung fallen in den USA nur geringe direkte Kosten für schlecht integrierte Menschen an.

Negative Bilanz

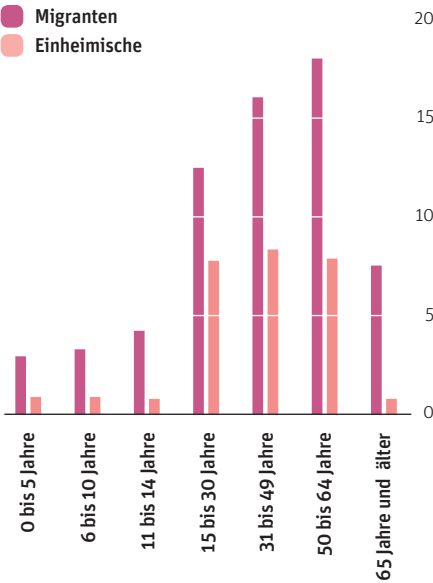
Zur Abschätzung der Kosten-Nutzen-Bilanz auch aus der Perspektive des IMI wird eine eigene einfache Modellrechnung aufgestellt. Nach dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) verursacht eine arbeitslose Person dem Staat jährliche Kosten von etwa 18.000 Euro.⁴⁴ In diesem Betrag enthalten sind die Ausgaben für Arbeitslosengeld I und II, die von der Arbeitsagentur bezahlten Sozialbeiträge, aber auch die Steuerausfälle, ausgehend vom Lohnniveau des Arbeitslosen vor dessen Jobverlust. Wenn ein Mensch die Hälfte seines Erwerbslebens (20 Jahre) arbeitslos bleibt, summieren sich diese Kosten – bei gegenwärtigen Bedingungen – auf insgesamt 360.000 Euro. Dieser Betrag kann als Richtwert für die Kosten missglückter Integration in den Arbeitsmarkt angesetzt werden und hängt zunächst nicht davon ab, ob es sich bei der nicht-integrierten Person um einen Migranten oder einen Einheimischen handelt.

Im Jahr 2005 waren in Deutschland insgesamt 4.861.000 Menschen arbeitslos.⁴⁵ Hochgerechnet musste der Staat in diesem Jahr im Schnitt etwas über 87 Milliarden Euro für den Unterhalt der Betroffenen entrichten. Auf Menschen mit Migrationshintergrund, deren Anteil an allen Arbeitslosengeldempfängern bei 27 Prozent lag, entfielen so rund 23,6 Milliarden Euro. Das entspricht etwa dem Volumen des Haushaltes von Niedersachsen für 2009 von 24,7 Milliarden Euro.⁴⁶

Massiv abhängig von Vater Staat

Etwa doppelt so viele Menschen mit Migrationshintergrund wie Einheimische beziehen ihr überwiegendes Einkommen aus öffentlichen Leistungen. Selbst die Rentner unter den Zugewanderten erhalten häufiger Sozialhilfe, da ihre Rentenansprüche durch lange Arbeitslosenzeiten und geringe Einkommen niedrig sind.

Anteil der vorwiegend von öffentlichen Leistungen Abhängigen nach Altersklassen in Prozent



(Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Unbezahlbar: Brachliegende Potenziale

Für die potenzielle ökonomische Leistungsfähigkeit einer Bevölkerungsgruppe spielt die Altersstruktur eine maßgebliche Rolle. Je höher der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, also von Menschen im Alter von 15 bis 65 Jahren, umso größer kann der mögliche fiskalische Nutzen für die Gesellschaft sein; vorausgesetzt, die Akteure gehen tatsächlich einer Beschäftigung nach – und sind finanziell unabhängig.

Bei den Zugewanderten und deren Nachkommen sind besonders viele Menschen – 70 Prozent – im erwerbsfähigen Alter, vier Prozentpunkte mehr als bei den Einheimischen. Besonders stark ist bei den Migranten der Anteil der unter 30-Jährigen, also jener Altersgruppe, die ihr Erwerbsleben noch weitgehend vor sich hat und die mit ihrer Motivation und Qualifikation die Wirtschaftsentwicklung der Zukunft mitbestimmt. Nach dem Mikrozensus von 2005 sind knapp die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund jünger als 30 Jahre, bei den Einheimischen sind es nur etwa 30 Prozent. Hingegen sind nur acht Prozent der Zugewanderten im Rentenalter – aber 22 Prozent der Deutschen.⁴⁷ Aufgrund ihrer Altersstruktur könnten Migranten somit bei guter Integration einen enormen Beitrag zur fiskalischen Nachhaltigkeit der deutschen Gesellschaft leisten und die demografischen Probleme erheblich abfedern.

Diesem überdurchschnittlichen Potenzial steht die erschreckende Realität gegenüber: Menschen mit Migrationshintergrund stellen 19 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, aber 29 Prozent der Arbeitslosengeldempfänger. 12 Prozent der Migranten verfügen über keinerlei Bildungs- oder Berufsabschluss – bei den Einheimischen sind es nur knapp 2 Prozent. Wer in Deutschland aber ohne Bildungsabschluss bleibt, erhält im Mittel doppelt so häufig Arbeitslosengeld

wie Personen mit Abschluss: 19 Prozent aller Menschen ohne Qualifikation in Deutschland beziehen solche Leistungen, aber nur zehn Prozent derjenigen mit einer Ausbildung.⁴⁸

Zwölf Prozent der erwerbstätigen Menschen mit Migrationshintergrund üben lediglich eine geringfügige Beschäftigung aus, für fast alle unter ihnen (90 Prozent) stellt diese die Haupteinnahmequelle dar. Zwar ist der Anteil von Teilzeitbeschäftigten mit 24 Prozent ähnlich hoch wie bei den Einheimischen, doch Migranten geben als Grund für die Teilzeitbeschäftigung häufiger an, keine Vollzeitstelle finden zu können. Auch geben mehr Migranten als Einheimische an, dass sie gerne ihre Arbeitsstunden aufstocken würden.⁴⁹ All dies zeigt, was für ein gewaltiges Humanvermögen ungenutzt bleibt – und wo der Schlüssel zur Lösung des zentralen Prob-

lems liegt: Gelingt es nicht, mehr Migranten zu Beitragszahlern in die Sozialsysteme zu machen, werden sie diese zukünftig überproportional und weiter ansteigend belasten.

Bei missglückter Integration – hier verstanden als hohe Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen schon im Erwerbsalter – entfällt jedoch nicht nur der erhoffte Effekt, die Erwerbsbevölkerung zu verjüngen und der Gemeinschaft zu mehr Einnahmen zu verhelfen, sondern das Gegenteil tritt ein: Älter werdende Migranten stehen selbst vor Altersarmut und bedürfen der Unterstützung. Damit verschärfen Zugewanderte letztlich die fiskalischen Negativfolgen des demografischen Wandels, weil sie im Alter auf öffentliche Leistungen angewiesen

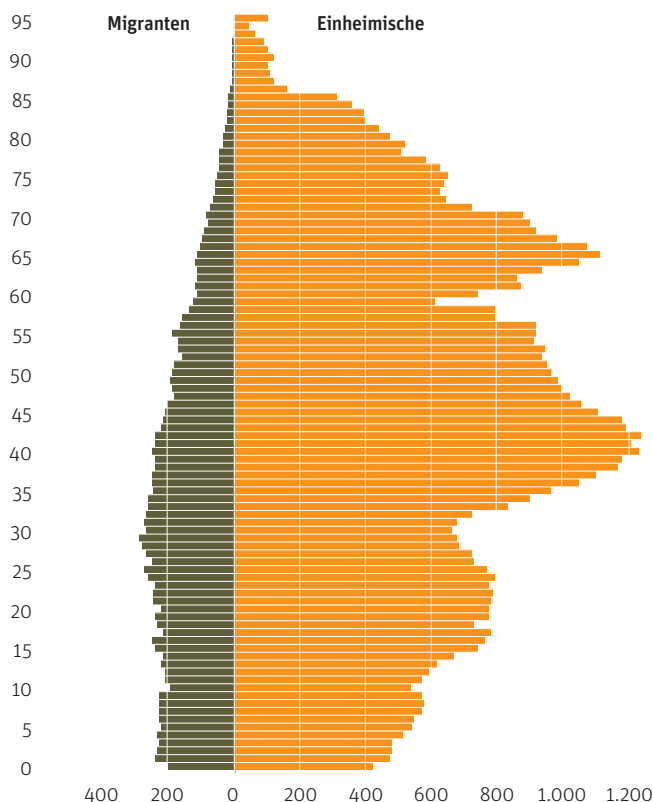
sind, ohne zuvor entsprechende Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt zu haben.

Der ökonomische Schaden durch eine in den Arbeitsmarkt schlecht integrierte Person ist insgesamt also viel höher als die bloßen Kosten langfristiger Arbeitslosigkeit. Ein Leben am Existenzminimum bedeutet in sämtlichen Lebensbereichen Verluste für die Wachstumswirtschaft: Ärmere Menschen konsumieren kaum, der Wirtschaft entgeht Gewinn und dem Staat Mehrwertsteuer. Auch von der Allgemeinheit finanzierte medizinische Leistungen werden von Arbeitslosen häufiger in Anspruch genommen als von Erwerbstätigen gleichen Alters: Durch Unzufriedenheit und fehlende finanzielle Mittel sinkt das Wohlbefinden, der Lebensstil ist ungesünder, und das Risiko für psychische Erkrankungen wie Depressionen steigt – und damit die Gesundheitskosten.

Ungenutzter demografischer Obolus

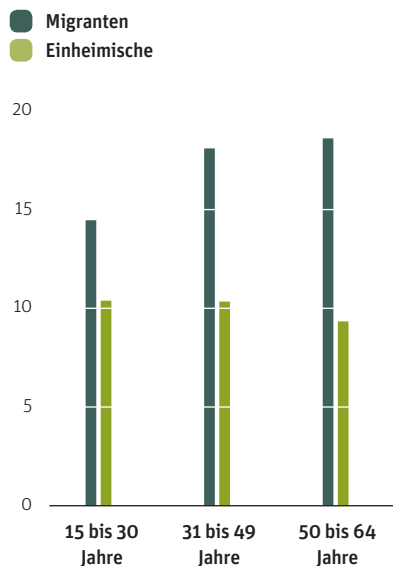
Die Migranten als Gruppe kennzeichnen zwei demografische Eigenschaften, die der deutschen Gesellschaft insgesamt fehlen: eine junge Altersstruktur und vergleichsweise viele Kinder. Das Potenzial an jungen Erwerbstätigen ist groß, bleibt jedoch meist ungenutzt. Die schon in Deutschland lebenden Zugewanderten könnten – bei besserer Integration – die demografischen Probleme der Einheimischen teilweise wettmachen.

Anzahl der Personen mit und ohne Migrationshintergrund in der jeweiligen Altersklasse in 1.000 (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)



Wenig Arbeit für Menschen mit Migrationshintergrund

Zugewanderte sind in allen Altersgruppen wesentlich häufiger arbeitslos als Menschen ohne Migrationshintergrund. In der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen ist das Risiko, arbeitslos zu werden, sogar fast doppelt so hoch wie bei den Einheimischen dieser Altersklasse.



Anteil der arbeitslos Gemeldeten an allen Erwerbstätigen in ausgewählten Altersgruppen in Prozent (Datengrundlage: Mikrozensus 2005, SUF, eigene Berechnung)

Fazit

Integration – kurzfristig Kosten, langfristig Gewinne

Zugewanderte erzielen zur Zeit nicht nur eine schlechte ökonomische Bilanz in der Gegenwart, sondern werden diese bei einer Fortschreibung des status quo in den kommenden Jahren weiter verschlechtern. Weil Menschen mit Migrationshintergrund einen immer größeren Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stellen werden, vergrößern sich die heute fälligen Kosten in der Zukunft nach dem Prinzip von Zins und Zinseszins: Heute schon wendet der Bund Milliarden von Euro auf, mit dem Ziel, Familien zu entlasten, die Zahl der Geburten zu erhöhen und die Folgen des demografischen Wandels abzufedern. So waren für das im Dezember 2006 eingeführte Elterngeld allein 2008 insgesamt rund vier Milliarden Euro vorgesehen.⁵⁰ Mit solchen Investitionen soll heute einer demografisch begründeten Wirtschaftsschwäche vorgebeugt werden.

Was in Zukunft unbezahlbar wird, ist heute vielleicht gerade noch finanzierbar. Eine vergleichbare Präventiv-Kalkulation findet aber im Hinblick auf die Integration bisher kaum statt. Die Anstrengungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt fallen angesichts der großen Probleme und ihrer noch viel größeren Hebelwirkung in der Zukunft bescheiden aus. Zur Förderung der Integration von Zugewanderten, für Integrationskurse und die Erstberatung von Migranten waren für das Jahr 2008 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt nur gut 200 Millionen Euro eingeplant.⁵¹

Würde der Staat nur einen Bruchteil der rund 24 Milliarden Euro jährlich, die Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug in Folge mangelhafter wirtschaftlicher Integration heute kosten, in bessere Integrationsmaßnahmen stecken, ließen sich in einigen Jahren vermutlich deutlich höhere Gewinne erzielen. Denn Aufwendungen für eine bessere Integration von sozial und wirtschaftlich Abgehängten (Migranten wie Einheimischen) sind keine Almosen für Bedürftige, sondern Zukunftsinvestitionen im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse. In einer Gesellschaft, der aus demografischen Gründen die jungen Menschen ausgehen und die daher in den kommenden Jahrzehnten mit einer rückläufigen Zahl an Erwerbsfähigen zu kämpfen haben wird, ist es fahrlässig, die vorhandenen Potenziale massiv zu missachten und verkümmern zu lassen.

Und nicht allein das: Eine gute Integration der zum heutigen Zeitpunkt in Deutschland lebenden Migranten ist auch eine Voraussetzung für den sozialen Frieden im Land und erleichtert die künftige Zuwanderung von hoch Qualifizierten, nach denen die Wirtschaft bereits heute dringend sucht. Ein Staat mit sichtbar schlechten Existenzbedingungen für Migranten kann kaum einladend auf Menschen wirken, die im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte zunehmend die Wahl haben, wo sie sich niederlassen.

Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, müsste beispielsweise die Idee der europäischen Blue Card umgesetzt werden. Nach diesem Modell würde der gesamte Arbeitsmarkt der EU allen hoch qualifizierten Bewerbern offen stehen.⁵²

Der Index zur Messung von Integration (IMI) stellt die spezifischen Stärken und Schwächen bei der Integration einzelner Herkunftsgruppen heraus. Hierbei zeigen sich große Unterschiede zwischen den Gruppen, die von regionalen, meist wirtschaftlichen Bedingungen beeinflusst werden. Es gibt somit nicht das eine Integrationsproblem in Deutschland, sondern eine Vielfalt von Herausforderungen und eine Menge Sackgassen für bestimmte Gruppen von Migranten. All diese Menschen haben zumindest das befristete Recht, in Deutschland zu leben. Aber alle sind auch gefordert, sich am Zusammenleben der Gesellschaft zu beteiligen. Die sehr verschiedenen Voraussetzungen, die sie dazu mitbringen, müssen bei politischen und gesellschaftlichen Integrationsmaßnahmen berücksichtigt werden. Gelingt es, Konstellationen zu identifizieren, die eine gelungene Integration vereiteln, so kann der IMI dazu beitragen, verhärtete Strukturen aufzulösen.

Die **Aussiedler** stellen die größte Herkunftsgruppe. Angesichts der insgesamt eher schwierigen Integrationssituation in Deutschland steht diese Gruppe relativ gut da. Defizite bestehen zum Beispiel im Bereich der höheren Bildung und im Zugang zu Vertrauensberufen. Werden hier die Potenziale vieler Menschen weiter so wenig gefördert wie bisher, könnte sich der beginnende Trend zur Rückkehr in die Herkunftsländer weiter

verstärken. Das wäre für die Gesellschaft ein großer Schaden: Weil bei dieser Rückwanderung vor allem besser Gebildete gehen, würde sich der ohnehin bereits bestehende Brain Drain, also die Abwanderung hoch Qualifizierter aus Deutschland, weiter verschärfen.

Die **türkischen Migranten** bilden die zweitgrößte Gruppe. Obwohl sie zum großen Teil schon lange in Deutschland leben und knapp die Hälfte von ihnen bereits hier geboren wurde, schneiden sie im Integrationsvergleich am schlechtesten ab. Für sie ist eine nachholende Integration besonders notwendig. Das wichtigste Ziel muss dabei sein, die Schranken zwischen der türkischen und der einheimischen Gesellschaft in Deutschland aufzubrechen, um der Existenz von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken.

Die Herkunftsgruppe aus den **Weiteren Ländern der EU-25** hat die geringsten Integrationsprobleme. Kulturell stehen diese Menschen der deutschen Mehrheitsgesellschaft sehr nahe, es herrschen enge soziale und wirtschaftliche Verbindungen, der politische Überbau der EU trägt zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl bei. Allerdings lassen sich die Integrationserfolge dieser Europäer im Saldo nicht unbedingt als Gewinn für die deutsche Gesellschaft verbuchen. Denn in dem gleichen Ausmaß, in dem sich gut qualifizierte EU-Bürger bei uns niederlassen, wandern andere gut Gebildete dieser Gruppe sowie leistungsfähige Einheimische ins europäische Ausland ab.

Einigermaßen zufriedenstellend ist die Gruppe der **südeuropäischen Migranten** integriert, deren Zuwanderung noch vor dem Zusammenwachsen der EU mit der Gastarbeiteranwerbung in den 1960er und 1970er Jahren begann. Diese Menschen weisen jedoch deutliche Schwachstellen im Bildungsbereich auf. Das Beispiel der vergleichsweise erfolgreichen Spanier zeigt allerdings, dass Verbesserungen sowohl in der Bildung als auch auf dem Arbeitsmarkt möglich sind.

Der Herkunftsgruppe der **ehemaligen Jugoslawen** gehören die nach den Türkischstämmigen im Durchschnitt am schlechtesten integrierten Personen an. Sie benötigt daher besondere Aufmerksamkeit. Da viele von ihnen zunächst als Flüchtlinge für eine unbestimmte Zeit kamen, war ihre Bereitschaft, sich auf die deutsche Gesellschaft einzulassen, lange Zeit nur schwach ausgeprägt. Dieser Migrantengruppe droht ein weiteres Abrutschen in die sozialen Randgruppen, wenn sie nicht im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt massive Fortschritte erzielen.

Am Beispiel der Herkunftsgruppe aus dem **Fernen Osten** zeigt sich, dass ein hohes Bildungsniveau den Integrationsprozess vorantreibt. Dieses Potenzial wird jedoch auf dem Arbeitsmarkt bislang viel zu wenig ausgeschöpft. Das gilt insbesondere für die Frauen, von denen nur knapp die Hälfte dem Arbeitsmarkt überhaupt zur Verfügung steht.

Ähnlich wie in der Herkunftsgruppe aus dem Fernen Osten verbirgt sich hinter vielen Migranten aus dem **Nahen Osten** ein großes wirtschaftliches Potenzial. Sie sind überproportional gut gebildet, allerdings auch häufig von Erwerbslosigkeit betroffen. Vor allem die hoch Qualifizierten ließen sich vermutlich weitaus besser in den Arbeitsmarkt integrieren, als dies bisher der Fall ist. Der große Anteil nicht erwerbstätiger Frauen weist auf die Gefahr hin, dass den nahöstlichen Migranten der Zugang zur Mehrheitsgesellschaft erschwert wird.

Das schlechte Integrationsergebnis der **afrikanischstämmigen Migranten** zeigt, wie dringlich Verbesserungen hier sind. Zwar gibt es auch in dieser Herkunftsgruppe einen Teil von gut gebildeten, in den Arbeitsmarkt integrierten Migranten, doch ist der Trend rückläufig. Diese Entwicklung ist alarmierend, da gerade afrikanischstämmige Zuwanderer in Zukunft vermehrt die Zusammensetzung der Migranten in Europa bestimmen werden. Das Bevölkerungswachstum auf dem afrikanischen Kontinent ist das mit Abstand höchste weltweit. Der Wanderungsdruck aus Afrika wird nach allen Prognosen wachsen. Bereits heute spiegelt er sich in der Zahl von Menschen wider, die eine lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer oder den Atlantik in Kauf nehmen.

Auch das regionale Umfeld hat einen großen Einfluss auf die Qualität der Integration. Im Vergleich der Bundesländer sind Migranten dort mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert, wo wegen zugrunde gegangener Industriezweige auch viele Einheimische arbeitslos sind. Eine moderne Wirtschaftsstruktur dagegen bietet die besten Voraussetzungen für gute Integration. Länder und Städte mit einem gut entwickelten Dienstleistungssektor ziehen qualifizierte Migranten an. Zudem wirken eine solche Ökonomie und erfolgreiche Vorbilder offenbar auch positiv auf die Bildungsmotivation der Kinder von Zugewanderten.

Das wichtigste Ergebnis der vorliegenden Studie ist somit folgendes: Nicht die ethnische Herkunft bestimmt vorrangig die Qualität der Integration. Vielmehr existieren Faktoren des Scheiterns, die in sozialen Milieus begründet sind und unterschiedlich starke Auswirkungen auf die Gruppen haben. Diese Faktoren können einzeln auftreten oder sich auch gegenseitig verstärken. Die Ursachen dafür können in den Einwanderungsmotiven – wie etwa Flucht, Wirtschaftsmigration oder Anwerbung hoch Qualifizierter – oder im Bildungsstand liegen, aber auch in den Meinungen und Vorurteilen, die über eine bestimmte Gruppe in Deutschland vorherrschen. Gruppen, die viele dieser integrationshemmenden Faktoren in sich vereinen, fällt die Eingliederung in die Gesellschaft besonders schwer. Sie sind in einem komplexen System negativer Rückkoppelungen gefangen und benötigen besondere Unterstützung, da sie ansonsten Gefahr laufen, in Strukturen parallel zur Mehrheitsgesellschaft zu landen.

Wie sich missglückte Integration etablieren kann

Fehlgeschlagene Integration hat einen komplexen Hintergrund. Im Zentrum stehen häufig unzureichende Sprachkenntnisse und eine schlechte Bildung. Die davon betroffenen Personen finden oft keine Arbeit und fallen dann den Sozialsystemen zur Last. Dadurch bestätigen sie notgedrungen Vorurteile, die in der Mehrheitsbevölkerung kursieren. Die Ablehnung, die sie dadurch erfahren, verschlechtert die Integration weiter und führt im schlimmsten Fall bei den Migranten zu einer feindlichen Stimmung gegenüber der Aufnahmegesellschaft.



Zu dieser quer durch die Herkunftsgruppen verlaufenden Schnittmenge von Migranten mit schwieriger Integrationssituation gehören die meisten der Türkischstämmigen, viele Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, ein Großteil der Afrikaner sowie die bildungs-schwachen Menschen der Herkunftsgruppe aus dem Nahen Osten und zum Teil auch aus dem Fernen Osten. Ihnen fehlen verbindende Elemente zur Aufnahmegesellschaft – vor allem im Hinblick auf die Bildungskultur der einheimischen Mittelschicht. Zudem wirken sie oft durch andere Religionszugehörigkeit zusätzlich „fremd“. Hier fehlen direkte Anknüpfungspunkte zur Eingliederung, die durch eine gewollte Annäherung geschaffen werden müssten.

Spiegelbildlich lässt sich die bildungsbezogene, urban ausgerichtete Ober- und Mittelschicht ausmachen, zu der viele der Migranten aus der EU zählen, aber auch gebildete Migranten aus dem Nahen oder Fernen Osten und aus Afrika. Diese Personen gehen ihrer Arbeit nach, sind finanziell unabhängig, nutzen die Bildungsangebote, stehen der Mehrheitsgesellschaft kulturell oder zumindest ideell sehr nahe und vermitteln den Deutschen das Gefühl, zur globalisierten Welt zu gehören. Es sind all jene, die ohne Zwang nach Deutschland kommen und denen der Arbeitsmarkt gute Einstiegschancen ermöglicht.

Als weitere Querschnittsgruppe wäre die Gruppe der mittel qualifizierten, aber aufstiegsorientierten Zugewanderten zu nennen, zu der große Teile der Aussiedler und viele südeuropäische Migranten zählen. Auch sie finden viele Anknüpfungspunkte an die deutsche Gesellschaft. Allerdings bestehen selbst für die qualifizierten und motivierten Menschen unter ihnen weiterhin höhere Hürden auf dem Arbeitsmarkt als für Einheimische. Dieser Zustand wird im Allgemeinen als gegeben hingenommen und vergleichsweise selten kritisiert.

Integrationsarbeit erfordern vor allem jene, die bereits heute zu großen Teilen von der Mehrheitsgesellschaft abgekoppelt und sozial abgerutscht sind und deren Kinder häufig im Bildungssystem scheitern. Zu ihnen gehören viele, die schon ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht haben und trotzdem den Anschluss nicht finden. Jene, die gerade erst angekommen sind, und denen die Türen nicht geöffnet werden. Und jene, die längst aufgegeben haben, in Deutschland Fuß zu fassen, aber auch nicht mehr in ihre ursprünglichen Regionen zurück können, weil ihre Heimat kein Land oder keine Nation mehr ist sondern vielmehr ein soziales Netzwerk. Diese Migranten verlieren leicht den Kontakt zu ihren Heimatländern und haben noch keinen ausreichenden zur Mehrheitsgesellschaft gefunden. Sie werden Gefangene in ihren eigenen Parallelgesellschaften. Im schlimmsten Fall beschädigen sie als Bildungsverweigerer, Straftäter oder Personen mit staatsfeindlichen Ideologien das Ansehen der Mehrheit der Migranten.

Türkische Migranten haben es dabei besonders schwer, denn die Größe und Homogenität ihrer Gruppe führt zu einem doppelten negativen Effekt. Die Meisten sind als gering gebildete (Gast-)Arbeiter oder im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland gekommen. Unter ihnen befinden sich kaum Migranten aus der intellektuellen Elite des Landes, die als Vorbilder und Brückenbauer fungieren könnten. Diese Gemeinsamkeit, gekoppelt mit der Größe ihrer Gruppe, ermöglicht es türkischen Migranten, in sich funktionierende Parallelstrukturen aufzubauen. Wer möchte, kann in Berlin-Kreuzberg oder in Duisburg-Marxloh durch den Alltag kommen, ohne ein Wort Deutsch sprechen zu müssen.

Der Rückzug in die eigene Gemeinschaft stellt einerseits eine Schutzreaktion gegen die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft dar, verbaut aber andererseits Chancen auf einen sozialen Aufstieg. Für diese Menschen sind Maßnahmen der nachholenden Integration extrem wichtig. Ihnen ist mit Anerkennung ihrer Leistungen und dem Schaffen von Vorbildern kaum ausreichend zu helfen. Um diesem Problem zu begegnen, braucht es zwei Dinge: eine Nulltoleranzstrategie gegenüber Übergriffen auf das Rechtssystem und eine ernst gemeinte Akzeptanz gegenüber den besonderen Problemen und Bedürfnissen dieser Gruppen.

Schon heute haben in einigen Teilen deutscher Großstädte über zwei Drittel der unter Fünfjährigen einen Migrationshintergrund. Was diese Kinder und Jugendliche heute erleben, werden sie morgen in die Gesellschaft einbringen. Ihre Erfahrungen werden sie weitergeben, an ihre Kinder und Enkelkinder. Einen derart großen Anteil an nicht-integrierten Jugendlichen kann sich keine Gesellschaft leisten – erst recht keine, in der insgesamt die jungen Menschen aufgrund der demografischen Entwicklung beständig weniger werden. Aus derzeit häufigen negativen Erfahrungen müssen darum möglichst viele positive werden.

Freilich gilt auch: Mangelnde Integration ist kein Alleinstellungsmerkmal von Migranten. Viele der hier beschriebenen Probleme sind auch unter den vielen perspektivlosen Jugendlichen etwa in den ländlichen und kleinstädtischen Räumen der neuen Bundesländer oder in den westdeutschen Ballungszentren verbreitet.⁵³ Lösungen, Konzepte und unkonventionelle Wege, die negativen Rückkopplungseffekte auszubrechen, werden auch für diese Bevölkerungsgruppe dringend gebraucht.

10

DAS PROBLEM IST DIE CHANCE

Herausforderungen für eine künftige Integrationspolitik

Seit Pisa, seit einer Reihe von Integrationsgipfeln und der Islamkonferenz wird in Deutschland intensiver über Integration gesprochen. Dazu gehört auch, dass alle Beteiligten konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lage von Migranten einfordern. Einige davon werden schon seit Jahren und auch in anderen Zusammenhängen geäußert, so wie die Auflösung des starren dreigliedrigen Schulsystems. Manche Vorschläge wurden inzwischen zumindest ansatzweise umgesetzt, wie die vereinfachte Einbürgerung durch das neue Staatsangehörigkeitsrecht von 2000. Die Realität ist von einer Politik der kleinen Schritte bestimmt. Sie hat bislang zu wenig Bewegung in die Integrationslandschaft gebracht, auch wenn viele Debatten stattfanden. Statt diesen weitere einzelne Vorschläge hinzuzufügen, hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung einige zentrale Herausforderungen für die künftige Integrationspolitik beschrieben, die sich aus der Studie ergeben.

1 Gruppenspezifische Konzepte: Stärken und Schwächen der einzelnen Herkunftsgruppen identifizieren

Die vorliegende Analyse zeigt, dass die Integration je nach Herkunftsgruppe unterschiedlich verläuft und zu verschiedenen Ergebnissen führt. Der IMI macht darüber hinaus deutlich, in welchen Bereichen, etwa Bildung oder Arbeitsmarkt, spezifische Defizite dieser Gruppen zu finden sind. Deshalb wird eine allgemeine, für alle Migranten gültige Integrationspolitik kaum zu den erwünschten Erfolgen führen. Vielmehr ist es notwendig, sich den verschiedenen Herkunftsgruppen mit maßgeschneiderten Integrationskonzepten zu nähern.

Diese können im Rahmen der Studie im Detail nicht erarbeitet werden. Dennoch zeigt sich, dass beispielsweise der **Herkunftsguppe der Aussiedler**, deren Defizite hauptsächlich im Bereich der höheren Bildung liegen, am meisten geholfen wäre, wenn die jungen Menschen unter ihnen zu höherer Bildung motiviert würden – beispielsweise mittels Stipendien oder dualen Ausbildungsprogrammen, in denen Lehre und Studium Hand in Hand gehen. Da viele der jungen Aussiedler selbst zugewandert sind, müssen ihnen zunächst das deutsche Bildungssystem näher gebracht und vorhandene Schulabschlüsse anerkannt werden.

Anders als die Aussiedler sind die **Türkischstämmigen** und auch die **Migranten aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens**

meist mit niedrigem Bildungsstand eingewandert. Es gibt jedoch kein Argument, dass sich an diesem Niveau auch bei den nachfolgenden Generationen so wenig ändert, wie es tatsächlich geschieht. Gerade junge Türkischstämmige müssen die Erfahrung machen, dass ein höherer Bildungsabschluss mit Erfolg belohnt wird – auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft. Durch Mentoren-Programme Vorbilder zu schaffen, kann dabei ein wichtiges Instrument sein. Wo es notwendig ist, sollte die Teilnahme von Eltern an Programmen zur Sprachförderung unterstützt werden.

Die Integrationserfolge der teilweise sehr gut gebildeten **Herkunftsgruppen aus dem Nahen und dem Fernen Osten sowie aus Afrika** lassen vor allem auf dem Arbeitsmarkt zu wünschen übrig. Oft sind es Akademiker, die keine Jobs finden. Hier fehlt es an der Anerkennung von in der Heimat erworbenen Qualifikationen beziehungsweise Studienabschlüssen. Zusätzlich sollten effiziente und unbürokratische Nachqualifizierungsprogramme angeboten werden.

In der **afrikanischen Herkunftsguppe** verschlechtern sich die durchschnittlichen Bildungswerte der in Deutschland geborenen Migranten deutlich im Vergleich zu denen der selbst Zugewanderten. Diese Entwicklung geht mit einer sehr hohen Jugenderwerbslosigkeit einher. Um zu vermeiden, dass sich stereotype Vorstellungen in der Aufnahmegesellschaft verstetigen, sind für afrikanische

Migranten spezielle Berufseinstiegs- und Ausbildungsprogramme notwendig, um emotionale Barrieren bei der Integration dieser Gruppe zu beseitigen. Gerade hier sind erfolgreiche Vorbilder wichtig und sollten mehr Publizität erlangen.

Auch mit dem **Rollenverständnis von Frauen und Männern** in vielen Herkunftsgruppen muss sich intensiver auseinandergesetzt werden, um dem hohen Anteil der Frauen ohne Bildungsabschluss unter den Migranten zu begegnen. Eine Ursache für diese, hierzulande als problematisch eingestuften Rollenbilder könnte zum Teil in religiösen Wertevorstellungen liegen.

Selbst für die Gruppe von Personen aus den **Weiteren Ländern der EU-25**, deren im Rahmen der vorliegenden Studie einziges, erkennbares Problem in der Jugenderwerbslosigkeit liegt, empfehlen sich spezifische Konzepte: Hier wären Programme für Berufseinsteiger sinnvoll, die gezielt die Kompetenzen der oft mehrsprachigen jungen Europäer nutzen.

2 Bildungssystem reformieren: Schulen als Integrationszentren

Ohne ausreichende Bildung ist erfolgreiche Integration kaum möglich – das ist lange bekannt und wird auch durch diese Studie bestätigt. Bildung ist also ein notwendiger Schlüssel für eine erfolgreiche Integration, aber kein hinreichender. Die Ergebnisse des IMI zeigen deutlich, dass auch gut gebildete Migranten sich zum Teil nur schwer auf dem Arbeitsmarkt behaupten können. Bildung muss also immer im Zusammenhang mit der zukünftigen Erwerbstätigkeit gesehen werden.

Doch die Theorie steht in einem eklatanten Widerspruch zur Praxis: Dem Bewusstsein der gesellschaftlichen Schlüsselrolle von

Vorbild Kanada

Eine Schule im kanadischen Toronto hat vorgemacht, wie sich die Idee einer Schule als Integrationseinrichtung umsetzen lässt. In einem der größten Einwanderungsländer – in Kanada leben mittlerweile etwa sechs Millionen Zugewanderte aus nahezu allen Ländern der Welt – bietet die Schule Migranten aller Altersklassen Unterstützung an. Im Kleinkindalter erlernen Migranten die englische Sprache und spielen mit gleichaltrigen Einheimischen, so dass beide Gruppen, wenn sie in die Schule kommen, die gleichen Startbedingungen haben, dem Unterricht zu folgen.

In der Schule können sich Eltern informieren und austauschen: Über das neue Land, über Arbeitsmöglichkeiten, Sprachunterricht und Kinderbetreuung sowie über Weiterbildungsangebote und den Wohnungsmarkt. Aber auch über die medizinischen Angebote, über Impfprogramme und Ernährungsfragen. Hierzu bietet eine Integrationsberaterin in der Schule ihre Dienste an.

2,8 Millionen Dollar stellt die Schulbehörde für das Programm zur Verfügung. Klassen wurden verkleinert, Lehrerfortbildungen organisiert, eine durchgängige Sprachförderung für Kinder jeden Alters eingeführt, Nachhilfe durch Tutoren angeboten und Lehrer mit Migrationshintergrund angeworben. In den Sommerferien bleibt die Schule geöffnet und organisiert zahlreiche Freizeitaktivitäten für die Kinder und weitere Beratungsdienste für die Eltern. Für dieses Engagement erhielt die Firgove Public School in Toronto den Carl Bertelsmann-Preis 2008.⁵⁴

Bildung sind bisher kaum Maßnahmen gefolgt, die das Problem an der Wurzel packen. Einzelne Erfolge beruhen häufig auf dem Engagement von individuellen Akteuren wie Lehrkräften, Schuldirektoren, Eltern oder Sozialarbeitern. Doch in Wirklichkeit müsste das gesamte System Schule umgedacht und umgestaltet werden – hin zu einem Zentrum, das sich zugleich um die Bildung, die soziale Kompetenz und die Integration verdient macht – bei allen Kindern. Denn auch bei einheimischen Kindern entscheidet in Deutschland das soziale und intellektuelle Niveau des Elternhauses so stark wie in keinem OECD-Staat über den Lernerfolg.

Dafür ist es nötig, Schule nicht mehr als reine Bildungsanstalt für Kinder und Jugendliche zu betrachten, sondern als Knotenpunkt gesellschaftlichen und staatlichen Engagements.

Schulen sollten zu Integrationszentren ausgebaut werden, denn sie sind die ein-

zigen öffentlichen Einrichtungen, die diese Aufgabe übernehmen können. Schule ist für alle Kinder verpflichtend. Nur über sie lassen sich auch alle Eltern ansprechen.

Schule sollte daher mehr bieten als Unterricht: Projektarbeit, Weiterbildungs- und Freizeitangebote, Integrationsbeauftragte, Beratungsdienste für Schüler und Eltern, all das sollte unter dem Dach der Schule zur Verfügung stehen. Schule ist in jedem Fall als Ganztageseinrichtung zu sehen, die auch in den Ferien Dienste anbietet.

Darüber hinaus sollte **das Fachpersonal möglichst genauso bunt gemischt sein** wie die Schülerschaft. Also braucht es mehr Männer und mehr Personen mit Migrationshintergrund in den Lehrberufen.

Verschiedene internationale Bildungsvergleichsstudien haben immer wieder beklagt, dass das deutsche dreigliedrige Schulsystem nicht durchlässig genug ist, um jedem Kind die Chance zu eröffnen, aus seinen Fähigkeiten das Beste herauszuholen. Betroffen davon sind vor allem Kinder aus sozial schwachen Haushalten, darunter viele Migranten. Das dreigliedrige System sollte daher durch ein System abgelöst werden, das es möglich macht, über die gesamte Schulphase je nach Leistung verschiedene Bildungswege – Abitur, Real- oder Hauptschulabschluss – einzuschlagen.

3 Vielfalt nutzen: Parallelgesellschaften entgegenwirken

In der vorliegenden Studie ist viel von Problemen und Defiziten im Rahmen der Integration die Rede. Dennoch sind Migranten grundsätzlich eine Bereicherung für die Gesellschaft, weil sie die kulturelle Evolution begünstigen.⁵⁵ Chancengleichheit muss deshalb nicht nur angeboten, sondern auch durchgesetzt werden. Das aber funktioniert nur, wenn einerseits die Migranten die ihnen angebotenen Chancen auch ergreifen. Andererseits sind Arbeitgeber, Verbände, Parteien, Vereine, die Politik und jeder einzelne Bürger aufgefordert, Migranten in existierende soziale und wirtschaftliche Verbünde einzubinden. **Die von der Bundesregierung initiierte „Charta der Vielfalt“ zielt in die richtige Richtung.** Dabei handelt es sich um ein Bekenntnis der unterzeichnenden Unternehmen, kulturelle und soziale Vielfalt als Gewinn in ihrem Handlungsbereich zu akzeptieren und zu fördern.⁵⁶

Daher ist es wichtig, dass sich Migranten und Einheimische schon im Kindergartenalter auf gleicher Augenhöhe begegnen. Gerade Kinder aus Migrantenfamilien besuchen jedoch relativ selten Kinderkrippen und -gärten und haben oft wenige Chancen, Deutsch als Um-

gangssprache zu erlernen. **Ein Vorschulbesuch sollte daher für alle Kinder verpflichtend und kostenlos eingeführt werden,** so wie es zum Beispiel in den Niederlanden der Fall ist. Außerdem sollten Familien ermutigt werden, ihren Kindern bereits vom dritten Lebensjahr an einen vorschulartigen Kindergartenbesuch zu ermöglichen, ähnlich wie es in Frankreich mit der „école maternelle“ seit langem üblich ist. Fundierter als bisher müssen **die Pädagogen für die frühkindliche interkulturelle Erziehung ausgebildet werden.**

Für Jugendliche sind **Austauschprogramme wie Klassenfahrten und Partnerschaften** mit den Herkunftsregionen der in Deutschland lebenden Migranten wichtig. Aber auch Mentoren-Programme sollten weiter gefördert und ausgebaut werden. In deren Rahmen können ältere Schüler, Studenten oder Berufstätige, die den Sprung in die Mehrheitsgesellschaft geschafft haben, jüngere Menschen gleicher Herkunft für eine Zeit lang an die Hand nehmen und sie aus eigenen Erfahrungen lernen lassen.

Menschen mit Migrationshintergrund sollten nicht nur das Straßenbild prägen, sondern auch das öffentliche, gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben. Ihre

Leistungen sollten stärker bekannt gemacht und anerkannt werden. Dies baut einerseits Vorurteile ab, andererseits motiviert es Migranten zu ähnlichen Erfolgen. Von Stiftungen finanzierte **Stipendienprogramme und Förderwettbewerbe** für Migranten weisen den richtigen Weg. Ein übergeordneter staatlicher Fond könnte diese Projekte ausweiten.

Einbürgerungen zu erleichtern ist ein Signal an Migranten, dass sie willkommen und erwünscht sind. Dazu gehört, dass in Deutschland geborene Kinder, unabhängig von der Herkunft oder dem Pass ihrer Eltern, die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Diese **Einbürgerung nach dem ius soli** dient in Frankreich oder in den Vereinigten Staaten dazu, dass sich Migranten schneller und besser mit der Aufnahmegesellschaft identifizieren.

Unabhängig der Herkunft gibt es eine bestimmte Untergruppe von Migranten, die sich aus verschiedenen Gründen der Integration widersetzt. In dieser Gruppe finden sich vermehrt junge – überwiegend männliche – Bildungsverweigerer sowie Personen, die hiesige Gesetze, unter anderem in Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen und Männern missachten, die der Aufnahme-

Chancengleich an französischen Grundschulen

Die école maternelle, die französische „Vorschule“, hat eine lange Tradition. Im Jahr 1881 gegründet besteht sie bis heute als kostenloses Angebot. Das Ziel: Ein landesweit einheitliches Bildungsniveau der zukünftigen Grundschüler zu erreichen – unabhängig vom Elternhaus der Kinder. Die école maternelle ist nicht verpflichtend, doch 99 Prozent der kleinen Franzosen im Alter von drei bis fünf Jahren besuchen sie auf Wunsch der Eltern – vor allem, weil die französische Grundschule das hier gewonnene Wissen als bekannt voraussetzt. Von 8 bis 16.30 Uhr werden die Kinder Wochentags betreut, eine warme Mahlzeit inklusive. Die Unterrichtszeit beträgt 26 Stunden pro Woche, dazwischen wird gespielt. Die Lehrer, die jeweils eine Klasse betreuen, sind die ganze Zeit anwesend und werden von einer weiteren Fachkraft unterstützt. Sie haben ein Studium absolviert, zusätzliche Kenntnisse in frühkindlicher Pädagogik erworben und könnten damit auch in jeder anderen Grund- oder Realschule unterrichten.

gesellschaft feindlich gegenüberstehen, fundamentalistische Ideen durchsetzen wollen oder kriminell werden. Diese Gruppe der Rechtssprechung, den Jugendstrafanstalten und den Abschiebegesetzen zu überlassen, löst das Problem nicht. Konzepte für diese Problemgruppe zu erarbeiten, sprengt die Möglichkeiten dieser Studie. Doch es ist notwendig, dass Politik, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaft gemeinsam an solchen Fragen arbeiten.

4 Grundlagenwissen erweitern: Datenlage verbessern

Der Index zur Messung von Integration (IMI) in seiner jetzigen Form kann Integrations-erfolge recht gut messen, lässt aber noch viele Fragen offen. Grund hierfür ist in erster Linie die Datenlage in Deutschland. Zwar werden verschiedene statistische Erhebungen durchgeführt, ihnen fehlt aber oft eine Vergleichsbasis und sie unterscheiden nur selten nach Migrationshintergrund. Generell wird in der amtlichen Statistik zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“ unterschieden, was wenig über Anzahl und sozio-ökonomische Eigenschaften der Migranten insgesamt aussagt.

Ohne fundierte Daten lassen sich Zusammenhänge nicht ergründen und wird die Chance vertan, aus Fehlern zu lernen. Was derzeit fehlt, ist eine flächendeckende und zusammenhängende Datenbank, aus der sich anonyme Informationen aus dem Erwerbsleben, dem gesellschaftlichen und familiären Leben, der Bildung, der Religion und eben der Herkunft erschließen lassen.

Das Berlin-Institut schlägt daher vor, bei amtlichen statistischen Erhebungen zukünftig den Migrationshintergrund einer Person über den eigenen Geburtsort und den der Eltern zu erfragen. Zusätzliche Informationen wie das Jahr der Einwanderung oder der Einbürgerung sollten zur tieferen Analyse weiterhin erhoben werden.

Für Deutschland ist der Mikrozensus eine gute Datenquelle. Doch es fehlen Angaben, die für eine genauere Bestimmung der Integrationssituation und Lebenswirklichkeit von Migranten unbedingt nötig sind. Indikatoren, die aus diesem Grund nicht nur in den kommenden Mikrozensus, sondern auch bei der geplanten EU-weiten Volkszählung 2010/11 erfragt werden sollten, wären:

1. Sprachkenntnisse und Sprachgebrauch

Die Integrationsbedeutung ausreichender Sprachkenntnisse wird wissenschaftlich und politisch nicht angezweifelt. Es ist daher notwendig zu erfahren, in welchen Regionen und bei welchen Herkunftsgruppen die größten Probleme mit der deutschen Sprache bestehen.

2. Religiöse Zugehörigkeit

Mögliche positive oder negative Zusammenhänge zwischen gelebter Religion und Integration lassen sich nur erforschen, wenn sich die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft mit den sozioökonomischen Eigenschaften der entsprechenden Gruppe vergleichen lässt.

3. Aufenthaltsstatus

Der Aufenthaltsstatus kann bewirken, dass jemand von öffentlichen Unterstützungen wie Asylbewerberleistungen abhängt, nicht arbeiten darf oder sich nicht aktiv im Hinblick auf eine Integration engagiert. Analysen dieser Zusammenhänge können dazu beitragen, dass Aufenthaltsbedingungen im Sinne einer effizienten Integration in den Arbeitsmarkt verbessert werden.

4. Besuch von Kindergärten

Um herauszufinden, wie und wo Lerndefizite von Kindern entstehen, ist es wichtig, von Anfang an verfolgen zu können, wie sich einheimische und Kinder von Migranten im Bildungssystem und in Abhängigkeit von vorschulischen Einrichtungen entwickeln.

5. Kinderzahlen

Trotz aller Diskussion um den demografischen Wandel hat die Statistik bis dato nicht abgefragt, wie viele Kinder die Menschen in Deutschland haben. Die neueste, noch nicht veröffentlichte Erhebung des Mikrozensus hat diese Frage erstmals gestellt. Das gleiche sollte unbedingt bei der kommenden Volkszählung wiederholt werden. Denn diese Zahlen sind notwendig, um die gesellschaftliche Entwicklung voraussagen zu können, zum Beispiel für die Kommunal- und Schulplanung. Zudem sollte man wissen, wie sich die Bevölkerung in den unterschiedlichen Bildungsschichten oder Herkunftsgruppen zahlenmäßig entwickelt, um rechtzeitig Integrationsmaßnahmen einleiten zu können.

DEFINITORISCHE ABGRENZUNGEN UND METHODIK

Abgrenzung der Personen mit Migrationshintergrund

Im Mikrozensus 2005 werden zur Abgrenzung des Migrationshintergrundes folgende Aspekte erfragt: Geburtsort im In- oder Ausland, im Falle einer Zuwanderung nach 1949 (die Migrationsbewegungen davor werden den Kriegsfolgen zugeschrieben) das Zuwanderungsjahr, Staatsbürgerschaft und im Falle einer Einbürgerung das Einbürgerungsjahr sowie die vorherige Staatsbürgerschaft. Diese Kriterien werden für jedes Haushaltsmitglied erhoben. Wenn eine Person mit seinen Eltern zusammenlebt, wird also automatisch auch deren Einwanderungsgeschichte erfragt.

Anders ist es, wenn die Eltern nicht im gleichen Haushalt leben beziehungsweise verstorben sind. Deren Migrationshintergrund wird im Mikrozensus 2005 in einem Sonderteil erfragt, sofern sie nach 1959 zugewandert sind. In diesem Fall werden zusätzlich das Zuwanderungsjahr, die Staatsbürgerschaft und bei Einbürgerung auch das Einbürgerungsjahr sowie die vorherige Staatsbürgerschaft erhoben. Wird angegeben, dass die Eltern nicht nach 1959 nach Deutschland zugewandert sind, bleibt offen, ob sie in Deutschland geboren wurden oder ob sie im Ausland verblieben sind.

In Anlehnung an das Statistische Bundesamt werden als Personen mit Migrationshintergrund Mitglieder folgender Personengruppen definiert:

- Alle ausländischen Staatsbürger.
- Alle eingebürgerten Deutschen.

- Alle Nachkommen der ersten beiden Fälle, unabhängig davon, ob sie selbst zugewandert sind oder schon in Deutschland geboren wurden. Allerdings können Personen, deren Migrationshintergrund nur über die Eigenschaften der Eltern definiert ist, diesen nicht weitervererben. Ihre Kinder gelten dann als Einheimische.

- Im Ausland geborene Deutsche, wenn die Vermutung nahe liegt, es handelt sich um Aussiedler (siehe Definition Aussiedler).

Deutsche von Geburt, die in Deutschland geboren wurden, bekommen auch dann keinen Migrationshintergrund zugeschrieben, wenn sie sich vorübergehend im Ausland aufgehalten haben (so genannte Rückkehrer).

Aus dieser Definition ergeben sich zwei Untergruppen, die sich nicht auf Anhieb eindeutig zuordnen lassen:

1. Die erste Untergruppe stellen die gebürtigen Deutschen dar, die nicht in Deutschland geboren wurden. Dafür können zwei Ursachen verantwortlich sein:

a. Die Eltern der jeweiligen Person sind Deutsche, die sich bei der Geburt des Kindes nur vorübergehend im Ausland aufgehalten haben.

b. oder es handelt sich um Statusdeutsche, also um Aussiedler.

Um die im Ausland geborenen Kinder von Deutschen nicht als Personen mit Migrationshintergrund zu zählen, werden bei dieser Konstellation die Migrationseigenschaften der Eltern geprüft. Sind beide

Elternteile nicht zugewandert und Deutsche von Geburt an, wird vom ersten Fall ausgegangen. Hat ein Elternteil dagegen eine ausländische Staatsbürgerschaft, ist eingebürgert und/oder selbst zugewandert, wird vom zweiten Fall ausgegangen.

Schwierig wird diese Abgrenzung, wenn die Eltern der betreffenden Personen nicht im gleichen Haushalt leben, da dann unklar bleibt, ob nicht zugewanderte Elternteile im Herkunftsland verblieben sind oder als gebürtige Deutsche in Deutschland leben. In Anlehnung an das Statistische Bundesamt wird in diesem Fall prinzipiell von der Variante 1.a. ausgegangen.

2. Die zweite Untergruppe bezieht sich auf eine nicht unbedeutende Anzahl der im Mikrozensus Befragten, die angegeben haben, eine ausländische Staatsbürgerschaft beziehungsweise die deutsche durch Einbürgerung zu besitzen und im Ausland geboren zu sein. Beim Zuzugsjahr geben sie jedoch an, nicht zugewandert zu sein beziehungsweise weniger als sechs Monate im Ausland gelebt zu haben. Damit würden diese Personen zur zweiten Generation der Migranten zählen, die nicht selbst zugewandert sind. Theoretisch könnte dies der Fall sein, wenn die Mutter dieser Personen nur für die Geburt ins Ausland gereist ist und in den ersten sechs Lebensmonaten des Neugeborenen nach Deutschland zurückgekehrt ist. Diese Fälle werden nur zur der zweiten Generation gezählt, wenn für die jeweiligen Eltern keine Zuwanderung festgestellt werden kann. Es wird dann davon ausgegangen, dass diese Personen selbst zugewandert sind, aber das Zuwanderungsjahr falsch angegeben haben.

Abgrenzung der Herkunftsgruppen

Die vorliegende Studie unterscheidet acht verschiedene Herkunftsgruppen: Aussiedler, Türkei, Weitere Länder der EU-25, Südeuropa, ehemaliges Jugoslawien, Ferner Osten, Naher Osten, Afrika. Zu den sonstigen Herkunftsregionen, die hier nicht näher betrachtet wurden, gehören: europäische Länder, die nicht der EU-25 angehören (zum Beispiel Norwegen, die Schweiz, Island, Rumänien und Bulgarien), Russland (sofern die Migranten nicht als Aussiedler definiert wurden), Nord-, Mittel- und Südamerika sowie Australien.

Abgrenzung der Aussiedler

Die erhobenen Merkmale im Mikrozensus 2005 lassen eine eindeutige Identifizierung von Aussiedlern nicht zu. Das liegt zum Teil daran, dass der Fragenkatalog nicht eindeutig unterscheidet, ob ein Aussiedler zu den gebürtigen deutschen Staatsbürgern oder zu den Eingebürgerten zählt. Das Berlin-Institut betrachtet daher für diese Studie die Mitglieder folgender Personengruppen als zugewanderte Aussiedler:

1. Alle nicht in Deutschland geborenen, eingebürgerten Deutschen, welche die Einbürgerung innerhalb der ersten drei Jahre erhalten haben und vorher die Staatsangehörigkeit aus der Russischen Föderation und anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn, und dem ehemaligen Jugoslawien besessen haben.

2. Alle nicht in Deutschland geborenen, eingebürgerten Deutschen, die keine Angaben zum Einbürgerungsjahr und/oder der Staatsangehörigkeit vor der Einbürgerung gemacht haben sowie alle nicht in Deutschland geborenen Deutschen von Geburt, für die einer der folgenden Fälle zutrifft:

a. Ein Elternteil ist zugewandert, hat die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung innerhalb der ersten drei Jahre erworben und vorher die Staatsangehörigkeit aus der Russischen Föderation oder anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion oder aus Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn oder dem ehemaligen Jugoslawien besessen. Wird der Status als Aussiedler durch einen Elternteil bestimmt, der nicht im selben Haushalt lebt, muss aus Gründen der Datengrundlage des SUF des weiteren Bulgarien als mögliches Herkunftsland berücksichtigt werden.

b. Ein Elternteil ist zugewandert und hat die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an.

c. Ein Elternteil ist nicht zugewandert, lebt aber außerhalb des Haushaltes. Hier ist im Gegensatz zu den Elternteilen im Haushalt eine genauere Betrachtung der Staatsangehörigkeit etc. nicht möglich. In Anlehnung an die Definition des Statistischen Bundesamtes wird angenommen, dass es sich dabei um im Herkunftsland verbliebene Eltern von Aussiedlern handelt.

Zu den in Deutschland geborenen Kindern der zugewanderten Aussiedler (zweite Generation) zählen alle in Deutschland geborenen Deutschen von Geburt mit mindestens einem Elternteil, der:

a. im selben Haushalt lebt und dem der Aussiedlerstatus der ersten Generation zugeschrieben wurde oder

b. außerhalb des Haushalts lebt, zugewandert ist, innerhalb der ersten drei Jahre eingebürgert wurde und vorher die Staatsangehörigkeit der Russischen Föderation oder anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion oder aus Bulgarien, Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn oder dem ehemaligen Jugoslawien besessen hat oder

c. außerhalb des Haushalts lebt, zugewandert und gebürtiger Deutscher ist.

Abgrenzung der Vertrauensberufe

Als Vertrauensberufe hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung für diese Studie klassifiziert: Bankfach-, Versicherungsfach- und Bausparkassenleute, Abgeordnete, Minister, Wahlbeamte, Verbandsleiter, Funktionäre, Verwaltungsfachleute im gehobenen und höheren Dienst, Unternehmer, Geschäftsführer, Geschäftsbereichsleiter, Direktionsassistenten, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Juristen (Richter, Staats-, Anwälte, Beschäftigte im gehobenen Justizdienst, Rechtsvertreter und -berater), Vollstreckungs- und Vollzugsbedienstete, Soldaten, Grenzschutz-, Polizeibedienstete, Berufsfeuerwehr- und Brandschutzfachleute, Kapitäne, Publizisten, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Heilpraktiker, Heilpädagogen, Psychologen, Lehrer (an Grund-, Haupt-, Real-, Sonderschulen, Gymnasien, berufsbildende Schulen sowie für musische Fächer und Sport), Erzieher, Sozialarbeiter und -pädagogen, Geistliche, Seelsorge- und Kulthelfer, Ordensbrüder und -schwestern.

Einschränkungen des Scientific Use File

Die Daten des Mikrozensus stehen Wissenschaftlern nur in einer 70-prozentigen Stichprobe zur Verfügung, dem so genannten Scientific Use File (SUF). In diesem Datensatz wird jede befragte Person als ein „Fall“ behandelt, dem die jeweiligen Antworten zugeordnet sind. Aus datenschutzrechtlichen Gründen wurden in dem SUF allerdings bei einigen Fragen die Antwortmöglichkeiten zusammengefasst, um zu vermeiden, dass einzelne befragte Personen zurückverfolgt werden können. Dadurch können die Berechnungen dieser Studie zum Teil leicht von offiziellen Statistiken abweichen, die sich in der Regel auf das 100-prozentige Grundfile des Mikrozensus beziehen.

Seit dem Mikrozensus 2005 wird alle vier Jahre in einem Sonderteil die Migrationserfahrung und Herkunft der Eltern erfragt, die nicht im selben Haushalt leben. Knapp vier Prozent aller Personen mit Migrationshintergrund wurden über diesen Zusatzteil definiert. Dieser kleine Teil kann bei folgenden Untersuchungen für die Jahre 2006 bis 2008 nicht berücksichtigt werden.

Berechnung des IMI

Der Index zur Messung von Integration (IMI) setzt sich aus 20 Indikatoren zusammen. Davon messen 14 den prozentualen Anteil von Personen innerhalb einer Herkunftsgruppe, die ein bestimmtes Merkmal erfüllen. Der Indikator „Individualeinkommen“ misst die am stärksten besetzte Einkommensklasse (Modalwert) je Gruppe. Für fünf der Indikatoren wurde außerdem die Veränderung des prozentualen Anteils von den selbst Zugewanderten einer Herkunftsgruppe zu den in Deutschland Geborenen gemessen. Für jeden Indikator wurde eine Bewertungsskala von 1 bis 8 entwickelt, der die erreichten Prozentwerte zugeordnet wurden. Die Ober- und Untergrenze dieser Skalen wurde unter Berücksichtigung der vorkommenden Streuung der Werte und dem Wert, den die einheimische Bevölkerung erreicht, in einem Diskussionsprozess innerhalb des Forschungsteams festgelegt. Die Skalenstufen fallen dabei innerhalb eines Indikators immer gleich groß aus.

Die Endbewertung der Integrationssituation einer Herkunftsgruppe ergibt sich aus dem Durchschnittswert aller 20 Skalenwerte.

QUELLEN

¹ Häussermann, Hartmut/ Kapphan, Andreas (2008): Integrationspolitik der Städte. In: Bommes, Michael/ Krüger-Potratz, Marianne (Hg.): Migrationsreport 2008. Fakten, Analysen, Perspektiven. Frankfurt/ New York, S. 15-47.

² Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2008): Das Integrationsportal.

<http://www.integration-in-deutschland.de>

³ Bundesregierung (2008): Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht. Berlin.

⁴ Statistisches Bundesamt: Mikrozensus 2005. Scientific Use File (SUF). Wiesbaden.

⁵ Statistisches Bundesamt (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen 2006. Fachserie 1, Reihe 1.2. Wiesbaden.

⁶ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Ausländerzahlen 2007. www.bamf.de

⁷ Ebd.

⁸ Vgl. Fußnote 5.

⁹ Herbert, Ulrich (2003): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Bonn.

¹⁰ Vgl. Fußnote 5.

¹¹ Vgl. Fußnote 9.

¹² Vgl. Fußnote 6.

¹³ Vgl. Fußnote 9.

¹⁴ Vgl. Fußnote 6.

¹⁵ Geißler, Reiner (2008): Der „kriminelle Ausländer“ – Vorurteil oder Realität? Zum Stereotyp des „kriminellen Ausländers“. In: Überblick (14), 1, S. 3-8.

¹⁶ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2007): Asyl in Zahlen 2007. Paderborn.

¹⁷ Bade, Klaus J./ Oltmer, Jochen (2007): Deutschland. In: Bade, Klaus J. et al. (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München, S. 141-170.

¹⁸ Vgl. Fußnote 16.

¹⁹ Vgl. Fußnote 16.

²⁰ Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2005): Daten – Fakten – Trends. Migrationsgeschehen 2004. www.bundesregierung.de

²¹ Vgl. Fußnote 5.

²² Bade, Klaus J./ Oltmer, Jochen (2004): Normalfall Migration. Bonn.

²³ Ebd.

²⁴ Vgl. Fußnote 20.

²⁵ Vgl. Fußnote 16.

²⁶ Vgl. Fußnote 16.

²⁷ Brenke, Karl (2007): Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa trotz Arbeitsmarktbarrieren deutlich gestiegen. Wochenbericht, Nr. 44/2007, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

²⁸ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2008): Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich Regionen verändern. München.

²⁹ Bundesministerium des Inneren/ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2006): Migrationsbericht 2006. Berlin.

³⁰ Steinhardt, Max Friedrich (2008): Does citizenship matter? The economic impact of naturalizations in Germany. HWWI Research Paper 3-13. www.hwwi.org

³¹ DB Research (2008): Sind Frauen wirklich weniger wert? Ein Blick hinter die Zahlen: Warum Frauen weniger verdienen als Männer und was wir dagegen tun können. www.dbresearch.de

³² Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2007): Talente, Technologie und Toleranz – wo Deutschland Zukunft hat. Berlin.

³³ Statistisches Bundesamt: Mikrozensus 2005. Grundfile (GF). Wiesbaden.

³⁴ Florida, Richard (2002): The Rise of the Creative Class. Cambridge.

³⁵ Statistisches Bundesamt: Arbeitsmarkt. www.destatis.de

³⁶ Sinn, Hans-Werner et al. (2001): EU-Erweiterung und Arbeitskräfteintegration. Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung. München.

³⁷ von Loeffelholz, Hans Dietrich (2001): Kosten der Nichtintegration ausländischer Zuwanderer. In: Beihefte zur Konjunkturpolitik 2001/ 52, S. 191-212.

³⁸ von Loeffelholz, Hans Dietrich et al. (2004): Fiskalische Kosten der Zuwanderer. Endbericht zum Forschungsvorhaben des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration. Essen.

³⁹ Statistisches Bundesamt: 20,9 Milliarden für Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2006. Pressemitteilung Nr. 474 vom 23.11.2007. www.destatis.de

⁴⁰ Handelskammer Bremen (2008): Bruttoinlandsprodukt 2007. www.handelskammer-bremen.ihk24.de

⁴¹ Bertelsmann Stiftung (2008): Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland. Welche gesellschaftlichen Kosten entstehen, wenn Integration nicht gelingt? Gütersloh.

⁴² Roodenburg, Hans/ Euwals, Rob/ ter Rele, Harry (2003): Immigration and the Dutch Economy. CPB Special Publication, SDU, Den Haag; ter Rele, Harry (2003): The fiscal impact of immigration. CPB Report 2003/02, S. 23-29.

⁴³ Storesletten, Kjetil (2000): Sustaining fiscal policy through immigration. In: Journal of Political Economy 108/ 2, S. 300-322.

⁴⁴ Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung: IAB-Kurzbericht. Aktuelle Analysen und Kommentare aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 14/2008.

<http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb1408.pdf>

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Niedersächsisches Finanzministerium: Haushaltsplanentwurf 2009. www.mf.niedersachsen.de

⁴⁷ Vgl. Fußnote 4.

⁴⁸ Vgl. Fußnote 4.

⁴⁹ Vgl. Fußnote 4.

⁵⁰ Bundesministerium der Finanzen: Bundeshaushaltsplan 2008. www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2008

⁵¹ Ebd.

⁵² von Weizsäcker, Jakob (2008): Division of labour: rethinking Europe's migration policy. Bruegel Blueprint Series, Vol. VI. Brussels.

⁵³ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2007): Not am Mann. Vom Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Berlin.

⁵⁴ Bertelsmann Stiftung (2008): Integration durch Bildung. Vielfalt stärken und gemeinsame Chancen eröffnen. In: change. Das Magazin der Bertelsmann Stiftung 2/2008.

⁵⁵ Richerson, Peter J./ Boyd, Robert (2008): Migration: An engine for social change. In: Nature, Vol. 456, S. 877.

⁵⁶ www.charta-der-vielfalt.de

GLOSSAR

Altersgruppen

Die Studie unterscheidet zwischen Kindern (bis einschließlich 14 Jahre), der erwerbstätigen Bevölkerung (zwischen 15 und 64 Jahren) und den Älteren (älter als 64 Jahre). In einigen Kapiteln werden außerdem die Jugendlichen (zwischen 15 und 24 Jahren) gesondert betrachtet.

Assimilation

Dieser Begriff wird in der vorliegenden Studie zur Beschreibung der rechtlichen und persönlichen Annäherung zwischen Migranten und Einheimischen verwendet. Im Index zur Messung von Integration (IMI) umfasst er die Indikatoren „deutsche Staatsbürgerschaft“ und „bikulturelle Ehen“.

Aussiedler

Als „Aussiedler“ gelten deutsche oder deutschstämmige Minderheiten, die in Osteuropa gelebt haben, bevor sie nach Deutschland gekommen sind. Sie haben einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung und erhalten umfangreiche Eingliederungshilfen. Die deutschen oder deutschstämmigen Migranten, die nach 1993 eingewandert sind, heißen offiziell „Spätaussiedler“. Zur Vereinfachung werden in dieser Studie auch „Spätaussiedler“ als „Aussiedler“ bezeichnet.

Bikulturelle Ehen

Wenn Ehepartner verschiedene Nationalitäten besitzen, spricht man von „bikulturellen Ehen“. In dieser Studie bezieht sich der Begriff auf Ehen, in denen ein Ehepartner einen Migrationshintergrund hat und der andere Einheimischer ist.

Bildungsniveau

Die Studie unterscheidet drei Gruppen nach Bildungsniveau: die hoch Gebildeten, die eine akademische Ausbildung aufweisen, die mittel Gebildeten mit Realschul- oder Gymnasialabschluss und die gering Gebildeten, die entweder nur einen Hauptschulabschluss erreicht oder die Schule abgebrochen haben.

Familien

Als Familie zählt ein Haushalt, in dem ledige Kinder leben. Von „Großfamilie“ wird in der Studie gesprochen, wenn mehr als drei ledige Kinder zum Haushalt gehören.

Einheimische

Als „Einheimische“ bezeichnet die Studie Menschen, die in Deutschland geboren sind, die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an besitzen und deren Eltern ebenfalls beide hier geboren sind sowie die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an besitzen.

Erste und zweite Generation

Der in dieser Studie verwendete Generationenbegriff unterscheidet zwischen den selbst Zugewanderten (erste Generation) und den schon in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund (zweite Generation).

Haushalte und Lebensformen

Alle Personen, die in einer Wohneinheit zusammen leben, bilden einen Haushalt. Innerhalb von Haushalten werden verschiedene Lebensformen unterschieden, zum Beispiel allein stehende Personen, Paare oder Familien. Diese Studie definiert außerdem die Mehr-Generationen-Haushalte – also Haushalte, in denen direkt verwandte Personen aus mindestens drei Generationen leben – als eine Lebensform. Generell ist es möglich, dass mehrere Lebensformen einen Haushalt bilden. Dies kommt jedoch nur in knapp vier Prozent aller ausgewerteten Fälle dieser Studie vor. Daher werden die beiden Begriffe meist synonym verwendet.

IMI

Der Index zur Messung von Integration (IMI) ist ein vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung entworfenes Instrument, das die Integrationssituation verschiedener Migrantengruppen misst. Zur näheren Beschreibung siehe Kapitel 3 und Anhang.

Ius soli

Dem ius soli (wörtlich: „Recht des Bodens“) zufolge erhält jede in einem Land geborene Person die einheimische Staatsbürgerschaft – unabhängig von der Staatsbürgerschaft der Eltern. Das ius soli wird unter anderem in Frankreich und in den USA angewandt.

Migrationshintergrund und Migranten

Menschen, die selbst zugewandert sind oder von denen mindestens ein Elternteil zugewandert ist, haben einen Migrationshintergrund. Sie sind nicht-deutscher Herkunft – mit Ausnahme der Aussiedler. Diese Studie verwendet den Ausdruck „Migrant“ als Synonym für „Personen mit Migrationshintergrund“. Zur besseren Lesbarkeit werden ebenfalls gleichbedeutende Umschreibungen wie „mit türkischem Migrationshintergrund“, „türkischstämmig“, „türkischer Herkunft“ und „türkischer Migrant“ gebraucht. Gemeint sind jeweils Menschen, die einen Migrationshintergrund aus der entsprechenden Herkunftsgruppe aufweisen.

Nachholende Integration

Der Integrationsbedarf von Migranten, die schon lange in Deutschland leben oder hier geboren sind, wurde bis vor kurzem ignoriert. Der Begriff „nachholende Integration“ bezeichnet Maßnahmen, die diese Versäumnisse gezielt aufholen sollen.

Parallelgesellschaft

In dieser Studie werden Parallelgesellschaften als Migrantengruppen definiert, die weitgehend ethnisch-kulturell homogen sind und sich sozial, zum Teil auch räumlich von der Mehrheitsgesellschaft abtrennen.

Um den Lesefluß zu erleichtern, verzichtet diese Studie im Allgemeinen auf die besondere Nennung beider Geschlechterformen (zum Beispiel: Migrantin und Migrant). Nur wenn die Geschlechterzugehörigkeit eine besondere Rolle spielt, wird die korrekte Bezeichnung verwendet.

Berlin-Institut

für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin

www.berlin-institut.org

ISBN 978-3-9812473-1-2

++ rund ein Fünftel der Bevölkerung hat Migrationshintergrund +++ viele Selbstständige unter den Migranten aus Nahost +++ Hessen integriert am besten Migranten aus Fernost hoch qualifiziert +++ höchster Anteil türkischer Migranten in Duisburg +++ die Hälfte aller Migranten besitzt deutschen Pass +++